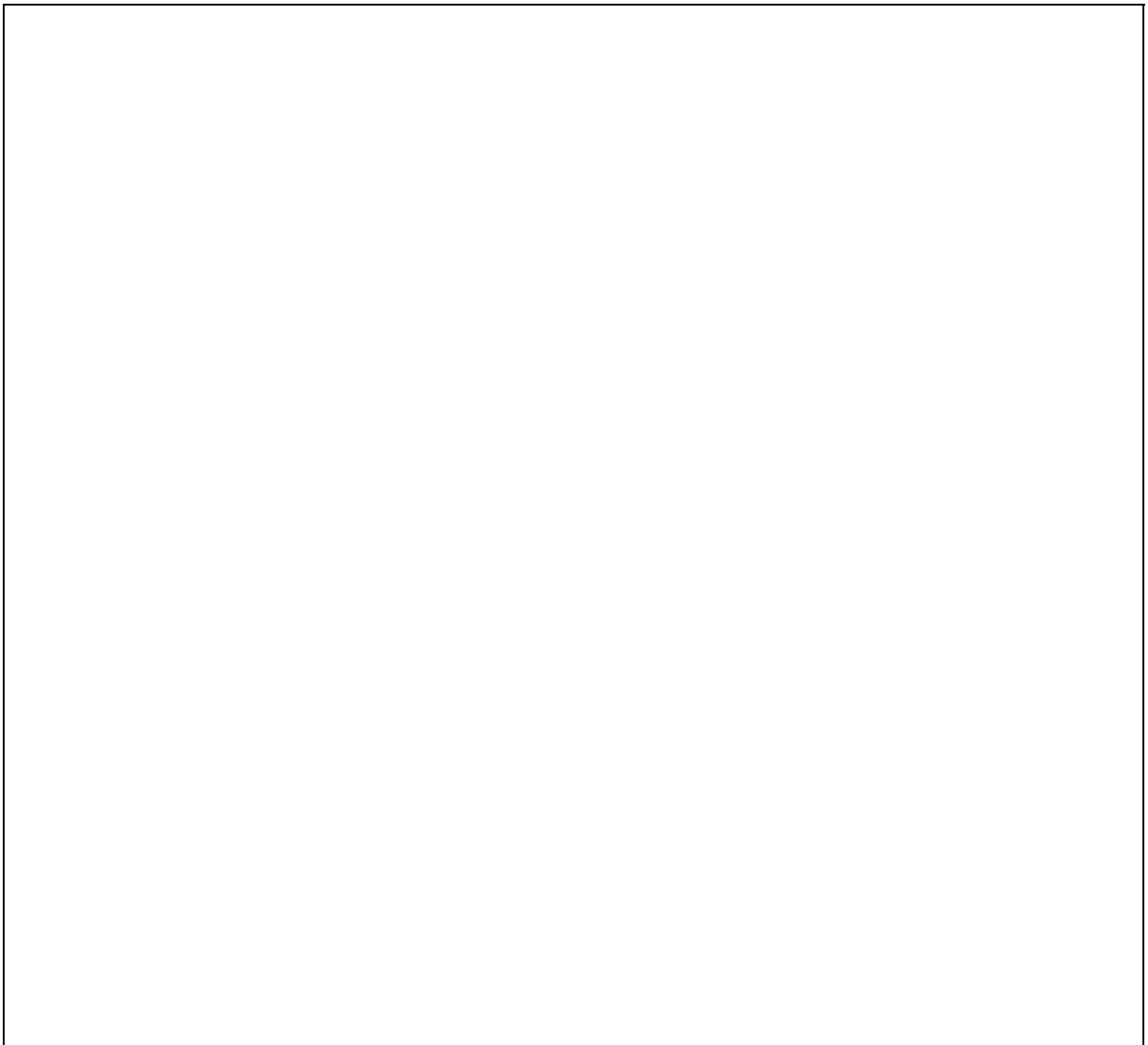


Prüfung der Rechnung

Schlussbericht 2007



Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Einleitung	4
1. Vorbemerkungen	4
2. Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes	5
2.1 Gesetzliche Aufgaben	5
2.1.1 Aufgaben nach der Gemeindeordnung NRW (alte Fassung)	5
2.1.2 Aufgaben nach der Gemeindeordnung NRW (neue Fassung)	6
2.2 Vom Rat übertragene Aufgaben	6
2.3 Wahrnehmung von Aufgaben für den Rechnungsprüfungsausschuss	7
3. Prüfungsunterlagen	8
4. Prüfungstätigkeit	9
5. Prüfbericht	10
6. Zusammenstellung der Prüfungsbemerkungen	11
6.1 Kameraler Haushalt	11
6.2 NKF-Haushalt	11
 II. Kameraler Haushalt	 12
1. Haushalt	12
1.1 Haushaltssatzung	12
1.2 Nachtragshaushaltsplan	13
1.3 Rechnungslegung	14
1.4 Rechnungsergebnis	15
2. Prüfung der Jahresrechnung	18
2.0 Einzelplan 0 - Allgemeine Verwaltung	18
2.0.1 Verwaltungshaushalt	18
2.0.2 Vermögenshaushalt	43
2.1 Einzelplan 1 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung	47
2.1.1 Verwaltungshaushalt	47
2.1.2 Vermögenshaushalt	52
2.2 Einzelplan 2 - Schulen	55
2.2.1 Verwaltungshaushalt	55
2.2.2 Vermögenshaushalt	68
2.3 Einzelplan 3 - Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege	72
2.3.1 Verwaltungshaushalt	72
2.3.2 Vermögenshaushalt	80

2.4	Einzelplan 4 - Soziale Sicherung	84
2.4.1	Verwaltungshaushalt	84
2.4.2	Vermögenshaushalt	97
2.5	Einzelplan 5 - Gesundheit, Sport, Erholung	102
2.5.1	Verwaltungshaushalt	102
2.5.2	Vermögenshaushalt	106
2.6	Einzelplan 6 - Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	109
2.6.1	Verwaltungshaushalt	109
2.6.2	Vermögenshaushalt	115
2.7	Einzelplan 7 - Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	121
2.7.1	Verwaltungshaushalt	121
2.7.2	Vermögenshaushalt	125
2.8	Einzelplan 8 - Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen	128
2.8.1	Verwaltungshaushalt	128
2.8.2	Vermögenshaushalt	132
2.9	Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft	138
2.9.1	Verwaltungshaushalt	138
2.9.2	Vermögenshaushalt	149
2.10	Sonderhaushalt	154
III.	NKF-Haushalt	156
1.	Gesamtergebnisrechnung	156
1.1	Personalaufwendungen	157
1.1.1	Allgemeine Anmerkungen	157
1.1.2	Personalaufwendungen insgesamt und nach einzelnen Konten	157
2.	Gesamtfinanzrechnung	163
3.	Abrechnung mit dem kameralen Haushalt	163
4.	Vermögens- und Schuldenübersicht	164
5.	Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen	165
5.1	Produktbereich 11 – Innere Verwaltung	165
5.2	Produktbereich 12 – Sicherheit und Ordnung	167
5.3	Produktbereich 21 – Schulträgeraufgaben	172
5.4	Produktbereich 31 – Soziale Hilfen	173
5.5	Produktbereich 36 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	175
5.6	Produktbereich 42 – Sportförderung	176
5.7	Produktbereich 51 – Räumliche Planung u. Entwicklung, Geoinformationen	181
5.8	Produktbereich 52 – Bauen und Wohnen	183
5.9	Produktbereich 54 – Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	185
5.10	Produktbereich 71 – Stiftungen	191

IV.	Betätigungsprüfung	192
V.	Mitarbeit in Projekten	194
1.	Neues Kommunales Finanzmanagement	194
2.	Planung und Einführung eines Service-Centers bei der Stadt Wuppertal	195
3.	Regionale 2006	196
4.	Einführung eines Elektronischen Beschaffungsmanagements	196
VI.	Schlussbemerkung und Entlastungsvorschlag	198
VII.	Abkürzungsverzeichnis	199

Bericht über die Prüfung der Rechnung 2007 - Kameraler Haushalt und NKF-Haushalt -

I. Einleitung

1. Vorbemerkungen

Der Landtag NRW hat am 16.11.04 das Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement (NKFG NRW) beschlossen, das am 01.01.05 in Kraft getreten ist. Das NKFG NRW enthält das Gesetz zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKFEG NRW) sowie Änderungen verschiedener Gesetze und Verordnungen, insbesondere der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW). Für die Gemeinden in NRW wurden damit Regelungen für die Umstellung des kameralen Rechnungswesens auf ein Rechnungswesen nach den Regeln der doppelten Buchführung getroffen.

Spätestens zum 01.01.09 müssen die Kommunen ihr Rechnungswesen umstellen und eine Eröffnungsbilanz aufstellen. Die vollständige Umstellung ist in Wuppertal zum 01.01.08 erfolgt. Zuvor ist von der Option Gebrauch gemacht worden, das neue Haushaltswesen schrittweise einzuführen, indem zum 01.01.07 das Rechnungswesen in sechs Pilotbereichen umgestellt wurde. Es handelt sich dabei um die Organisationseinheiten:

R 102	Ressort Vermessung, Kataster und Geodaten,
R 104	Ressort Straßen und Verkehr,
R 204	Ressort Zuwanderung und Integration,
SB 209	Stadtbetrieb Sport und Bäder (Sportförderung und Bäder),
SB 303	Stadtbetrieb Chemisches Untersuchungsinstitut,
R 403	Ressort Finanzen (ohne Steueramt).

Bei der schrittweisen Umstellung gelten in der Übergangszeit weiterhin die kameralen Vorschriften zum Haushaltsausgleich und zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Gemäß § 6 Abs. 2 NKFEG NRW ist der Haushaltsplan in einen kameralen und einen doppischen Teil zu gliedern, wobei im kameralen Teil ein Zuschuss oder Überschuss des NKF-Teils auszuweisen ist. Der Ausweis ist getrennt nach Verwaltungs- und Vermögenshaushalt vorzunehmen. Für die Rechnungslegung gelten analoge Regelungen.

Insgesamt ist der kameraler Haushalt führend und enthält im Rechnungsabschluss die Ergebnisse des NKF-Haushalts.

2. Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes

Die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) gliedern sich in drei Gruppen:

- gesetzliche Aufgaben
- vom Rat übertragene Aufgaben
- Aufgaben, die für den Rechnungsprüfungsausschuss wahrgenommen werden.

2.1 Gesetzliche Aufgaben

Die gesetzlichen Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes sind in § 103 GO NRW festgelegt. Die GO NRW wurde zum 01.01.2005 auf Grund der Umstellung des kameraleen Haushaltswesens auf das Neue Kommunale Finanzmanagement grundlegend überarbeitet.

Gemäß § 9 NKFEF NRW finden für Gemeinden, die ihre Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung in Teilschritten erfassen, in den nicht umgestellten Aufgabenbereichen die Vorschriften der Gemeindeordnung, der Gemeindehaushaltsverordnung und der Gemeindekassenverordnung in der bis zum 31. Dezember 2004 geltenden Fassung weiterhin Anwendung.

Daher bildet für die Prüfung des kameraleen Haushalts der Jahresrechnung 2007 die alte Fassung der GO NRW die Grundlage; für die umgestellten Bereiche die neue Fassung der GO NRW.

2.1.1 Aufgaben nach der Gemeindeordnung NRW (alte Fassung)

Nach § 103 Abs. 1 GO NRW - alte Fassung - (GO NRW a. F.) hat das Rechnungsprüfungsamt folgende Aufgaben:

- die Prüfung der Rechnung (§ 101 GO NRW a. F.)
- die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresrechnung
- die dauernde Überwachung der Kassen der Gemeinde und ihrer Sondervermögen sowie die Vornahme der Kassenprüfungen
- bei Automation im Bereich der Haushaltswirtschaft der Gemeinde und ihrer Sondervermögen die Prüfung der Programme vor ihrer Anwendung (§ 92 Abs. 2 GO NRW a. F.)
- die Prüfung der Finanzvorfälle gem. § 100 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung
- die Prüfung von Vergaben.

2.1.2 Aufgaben nach der Gemeindeordnung NRW (neue Fassung)

Nach § 103 Abs. 1 GO NRW - neue Fassung - (GO NRW n. F.) hat das Rechnungsprüfungsamt folgende Aufgaben:

- die Prüfung des Jahresabschlusses der Gemeinde
- die Prüfung der Jahresabschlüsse der in § 97 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 GO NRW n. F. benannten Sondervermögen
- die Prüfung des Gesamtabchlusses
- die laufende Prüfung der Vorgänge in der Finanzbuchhaltung zur Vorbereitung der Prüfung des Jahresabschlusses
- die dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung der Gemeinde und ihrer Sondervermögen sowie die Vornahme der Prüfungen
- bei Durchführung der Finanzbuchhaltung mit Hilfe automatisierter Datenverarbeitung der Gemeinde und ihrer Sondervermögen die Prüfung der Programme vor ihrer Anwendung
- die Prüfung der Finanzvorfälle gemäß § 100 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung
- die Prüfung von Vergaben.

2.2 Vom Rat übertragene Aufgaben

Nach § 103 Abs. 2 GO NRW kann der Rat der Stadt dem Rechnungsprüfungsamt weitere Aufgaben übertragen. Durch die vom Rat beschlossene Rechnungsprüfungsordnung (RPO) in der für das Berichtsjahr 2007 geltenden Fassung wurde dem Rechnungsprüfungsamt die Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit übertragen, insbesondere

- die Prüfung von Anordnungen vor ihrer Zuleitung an die Kasse bei Teilschluss- und Schlussrechnungen (im technischen Bereich) - Visakontrolle -
- gutachtliche Stellungnahmen zur Verfahrensregelung im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und zu wesentlichen Änderungen organisatorischer, finanz- und betriebswirtschaftlicher Art sowie zum Einsatz technikunterstützter Informationsverarbeitung
- die technisch-wirtschaftliche Prüfung von Plänen und Kostenberechnungen gem. § 10 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW - alte Fassung - (GemHVO NRW a. F.)
- die Prüfung von Bauausführungen und Bauabrechnungen

- die Prüfung der Wirtschaftsführung und des Rechnungswesens der Sondervermögen, wobei auf die Jahresabschlussprüfung nach § 106 GO NRW a. F. mit abzustellen ist
- die gemeindliche Betätigungsprüfung (Beteiligungsverwaltung)
- die Prüfung bei mittelbaren Geschäftsgründungen (Tochtergesellschaften bzw. Untergesellschaften)
- Prüfungen bei den Gesellschaften
- die Prüfung der Innenrevisionen
- die Prüfung der Kassen-, Buch- und Betriebsführung, die sich die Stadt bei einer Beteiligung, bei Hingabe eines Darlehens oder sonst vorbehalten hat (sog. Gefährdungsprüfung)
- die Prüfung der Kostenrechnung
- die Prüfung der technikunterstützten Informationsverarbeitung.

Nach § 4 der Rechnungsprüfungsordnung können der Rat der Stadt, der Rechnungsprüfungsausschuss im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben sowie der Oberbürgermeister (§ 104 GO NRW a. F. bzw. § 103 GO NRW n. F.) dem Rechnungsprüfungsamt Prüfaufträge erteilen.

Auf Grund der Gesamtumstellung des kameraleen Haushalts zum 01.01.2008 auf das Neue Kommunale Finanzmanagement war es erforderlich, die bestehende Rechnungsprüfungsordnung anzupassen.

Die am 20.05.2008 in Kraft getretene Neufassung der RPO findet bei der Prüfung der Jahresrechnung 2007 keine Anwendung. Die Änderungen werden daher im Bericht der Jahresrechnung 2008 näher erläutert.

2.3 Wahrnehmung von Aufgaben für den Rechnungsprüfungsausschuss

Gemäß § 101 GO NRW ist die Jahresrechnung bzw. der Jahresabschluss vom Rechnungsprüfungsausschuss zu prüfen.

Hierbei zielt § 101 GO NRW - alte Fassung - auf die Prüfung der kameraleen Jahresrechnung ab, während § 101 GO NRW - neue Fassung - die Prüfung des Jahresabschlusses unter NKF regelt.

Da in Wuppertal zum 01.01.2007 lediglich in Teilbereichen eine Umstellung auf das NKF-System erfolgte, ist der kamerale Haushalt weiterhin als führend zu betrachten. Entsprechend findet für die Prüfung der Jahresrechnung 2007 § 101 GO NRW a. F. Anwendung.

Nach § 101 GO NRW a. F. hat der Rechnungsprüfungsausschuss die Rechnung mit allen Unterlagen daraufhin zu prüfen, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
3. bei den Einnahmen und Ausgaben nach den geltenden Vorschriften verfahren ist,
4. die Vorschriften über Verwaltung und Nachweis des Vermögens und der Schulden eingehalten sind.

In die Prüfung der Rechnung sind die Entscheidungen und Verwaltungsvorgänge aus delegierten Sozialhilfaufgaben auch dann einzubeziehen, wenn die Zahlungsvorgänge selbst durch den Träger der Sozialhilfe vorgenommen werden (§ 101 Abs. 1 Satz 2 GO NRW a. F.).

Zur Durchführung dieser Arbeiten bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss des Rechnungsprüfungsamtes (§ 101 Abs. 6 GO NRW a. F.).

3. Prüfungsunterlagen

Zur Prüfung der Jahresrechnung standen dem Rechnungsprüfungsamt folgende Unterlagen zur Verfügung:

- die vom Rat der Stadt für die Haushaltsjahre 2006/2007 beschlossene Haushaltssatzung mit ihren Anlagen. Das von der Stadt aufgestellte Haushaltssicherungskonzept (§ 75 Abs. 4 GO NRW a. F.) ist von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt worden. Deshalb durfte die Haushaltssatzung von der Stadt nicht bekannt gemacht werden (§ 79 Abs. 5 S. 5 GO NRW a. F.).
- die Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2007 – kameraler Haushalt – sowie die Haushaltssatzung für den NKF-Haushalt für das Haushaltsjahr 2007.
Seitens der Kommunalaufsicht besteht die Forderung, parallel zum NKF-Haushalt einen kameralen Nachtragshaushaltsplan aufzustellen, um eine Trennung der Rechnungen zu gewährleisten.
- die Haushaltsrechnung für den Verwaltungshaushalt, den Vermögenshaushalt und den Sonderhaushalt für die nicht pilotierten Bereiche
- die Ergebnis- und Finanzrechnung sowie die entsprechenden Teilrechnungen für die NKF-Pilotbereiche
- die zu den vorstehend aufgeführten Rechnungen und Abschlüssen gehörenden Bücher, Buchungsnachweise, Belege und Kassenanordnungen aus dem Bereich der Finanzbuchhaltung

- Geschäfts- und Abschlussberichte der städtischen Beteiligungsunternehmen, soweit ihre Ergebnisse die Haushaltsrechnung berühren, und der Betriebe gewerblicher Art (BgA) sowie die Betriebsabrechnungen der kostenrechnenden Einrichtungen
- alle weiteren zweckdienlichen Aktenvorgänge und sonstigen Unterlagen der Ressorts und Stadtbetriebe.

4. Prüfungstätigkeit

Im Berichtsjahr waren die Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung (§§ 81, 75 Abs. 7 und 8 GO NRW a. F.) weiterhin zu beachten.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung im gesamten Jahr 2007 weitgehend von den Leistungseinheiten eingehalten wurden.

Während des Berichtsjahres wurde die Prüfung der Jahresrechnung durch laufende Prüfungen der Kassenvorgänge und -belege vorbereitet. Kassenanordnungen für Teilschluss- und Schlussrechnungen im technischen Bereich unterlagen der Visakontrolle (Prüfung vor der Zuleitung an die Finanzbuchhaltung). Andere Anordnungen – auch aus den übrigen Bereichen - sind nach der Ausführung in Stichproben geprüft worden.

Die Prüfung wurde auf frühere Jahre und bis zum Prüfungszeitpunkt ausgedehnt, soweit dies zur Vervollständigung des Sachverhalts notwendig erschien oder aus Gründen einer zeitnahen Prüfung für erforderlich gehalten wurde.

Im Rahmen der gesetzlichen und übertragenen Aufgaben sowie der personellen Möglichkeiten sind im Berichtsjahr die in den Prüfplänen vorgesehenen Bereiche geprüft worden. Die geprüften Stellen sind - soweit erforderlich - über die Ergebnisse dieser Prüfung unterrichtet und ggf. um Stellungnahme gebeten worden. Die daraufhin getroffenen Maßnahmen führten im allgemeinen zur ordnungsgemäßen Weiterbehandlung der angesprochenen Fälle.

Definition der Prüfungsbemerkungen:

H	Hinweis
B	Beanstandung
B/W	Wiederholungsbeanstandung

Im Übrigen ist das Rechnungsprüfungsamt durch den Rechnungsprüfungsausschuss beauftragt, zeitnah über abgeschlossene Prüfungen zu berichten. Dies wird regelmäßig über die Halbjahresberichte sichergestellt.

Auch in diesem Berichtsjahr hat das Rechnungsprüfungsamt die Verwaltung bei zahlreichen Projekten beraten und seine begleitenden Prüfungstätigkeiten fortgeführt (siehe Kapitel V. dieses Schlussberichts „Mitarbeit in Projekten“, Seiten 194 bis 197).

5. Prüfbericht

Auf Grund der teilweisen Umstellung der Haushaltssystematik erfolgt die Darstellung des Ergebnisses aus der Prüfung der Jahresrechnung 2007 in zwei separaten Berichtsteilen (siehe Kapitel II. „Kameraler Haushalt“, Seiten 12 bis 155 und Kapitel III. „NKF-Haushalt“, Seiten 156 bis 191).

Im Haushaltsplan und in der Jahresrechnung für die NKF-Pilotbereiche werden systembedingt die Einnahmen negativ und die Ausgaben positiv dargestellt. In den Tabellen dieses Prüfberichts wird die übliche Darstellungsform gewählt, in der Einnahmen positiv und Ausgaben negativ abgebildet werden.

6. Zusammenstellung der Prüfungsbemerkungen

6.1 Kameraler Haushalt

	<u>Haushalt</u>	Seite
B/1 W	Die gesetzliche Frist zur Vorlage der Jahresrechnung wurde nicht eingehalten	14
<u>EP 4</u>	<u>Soziale Sicherung</u>	
B/2	Das Rechnungsergebnis ist nicht ausgeglichen	100
<u>EP 6</u>	<u>Bau- und Wohnungswesen, Verkehr</u>	
H	Die Buchung war bis zum Abschluss der Prüfung noch nicht erfolgt und muss noch vorgenommen werden	114
H	Bei der Verrechnung wurde das in § 7 Abs. 2 GemHVO a. F. verankerte Bruttoprinzip nicht beachtet	118
<u>EP 9</u>	<u>Allgemeine Finanzwirtschaft</u>	
H	Falsche Bezeichnung der Haushaltsstelle	143

6.2 NKF-Haushalt

Vor dem Hintergrund des Pilotcharakters wurde im doppischen Teil der Jahresrechnung insgesamt auf Prüfungsbemerkungen verzichtet.

II. Kameraler Haushalt

1. Haushalt (002.104; R 403)

1.1 Haushaltssatzung

Es musste infolge des weiterhin nicht ausgeglichenen Haushalts erneut ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) gemäß § 75 Abs. 4 GO NRW a. F. erstellt werden.

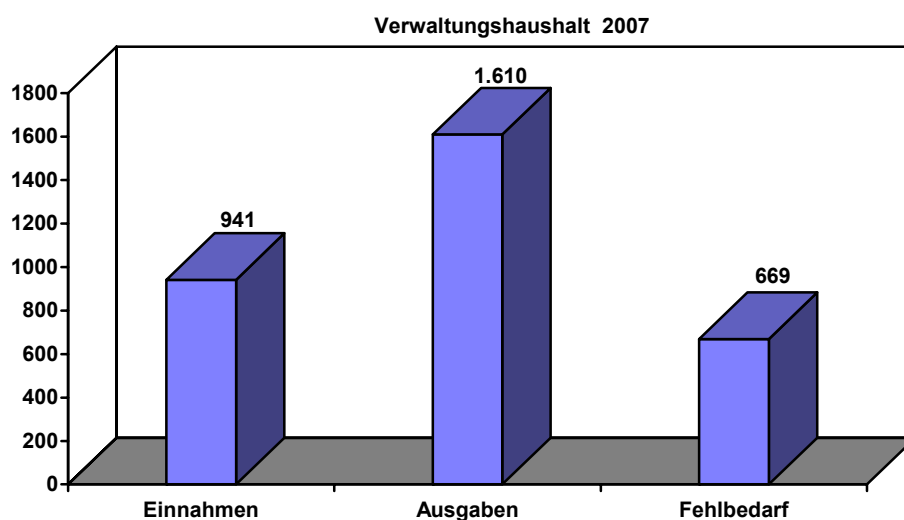
Die Haushaltssatzung konnte nicht entsprechend der Vorschrift des § 79 Abs. 5, S. 5 GO NRW a. F. - nach der Versagung der Genehmigung des HSK durch die Aufsichtsbehörde - öffentlich bekannt gemacht werden.

Aufgrund dessen sind bis zum Inkrafttreten des nächsten genehmigten Haushalts die haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen des § 81 Abs. 1 GO NRW a. F. zu beachten.

Bei der Haushaltsplanung wurden die Instrumente der dezentralen Ressourcenverantwortung und Budgetierung eingesetzt. Die Fachbereiche bewirtschaften somit die ihnen zugewiesenen Mittel eigenverantwortlich.

Die Haushaltssatzung enthielt für 2007 folgende Ansätze:

Verwaltungshaushalt	Einnahmen	941.038.300 €
	Ausgaben	1.609.697.790 €
Vermögenshaushalt	Einnahmen	100.143.120 €
	Ausgaben	100.143.120 €



Der Verwaltungshaushalt wies somit einen Fehlbedarf von rd. 669 Mio. € aus. Darin enthalten war gemäß § 23 GemHVO der Fehlbedarf aus 2005 in Höhe von rd. 461 Mio. €.

Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag für Kassenkredite wird überschritten.

Gem. § 77 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW a. F. enthält die Haushaltssatzung die Festsetzung der Höchstbeträge der Kassenkredite. Diese wurden in der Haushaltssatzung auf 1 Mrd. € festgelegt.

Die Satzung und die Haushaltspläne 2006 und 2007 wurden im Rat am 19.12.2005 beschlossen.

Durch Verfügung der Bezirksregierung vom 16.05.2006 wurde die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes versagt.

Entsprechend § 79 GO NRW a. F. bedarf die Haushaltssatzung für ihre Wirksamkeit der Bekanntmachung. Diese hat nicht stattgefunden. Somit gelten die Regelungen der letzten bekannt gemachten Haushaltssatzung grundsätzlich fort.

Nach Abstimmung mit der Kommunalaufsicht wurde durch Ratsbeschluss der Kassenkreditbedarf auf Grundlage der Liquiditätsplanung auf 1,2 Mrd. € erhöht.

Es wird darauf hingewiesen, dass damit der in der letzten bekannt gemachten Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag für Kassenkredite überschritten wird. Nach § 89 Abs. 2 GO NRW n. F. bzw. nach dem insofern wortgleichen § 87 GO NRW a. F. „kann die Gemeinde Kassenkredite bis zu dem in der **Haushaltssatzung** festgesetzten Höchstbetrag aufnehmen“. Die Bezirksregierung Düsseldorf und das Innenministerium NRW halten trotz dieses Gesetzeswortlauts gerade dann eine Erhöhung des Höchstbetrages durch einfachen Ratsbeschluss für zulässig, wenn aufgrund eines nicht genehmigten Haushaltskonzeptes die Ansätze vergangener Jahre maßgeblich sind.

Das RPA nimmt dies als einen „pragmatischen“ Weg zur Kenntnis.

1.2 Nachtragshaushaltsplan

Zum 01.01.2008 wurde für die Stadt Wuppertal flächendeckend das Neue Kommunale Finanzmanagement eingeführt.

Um erste Erfahrungen sammeln zu können, wurden in einer Pilotierungsphase bereits zum 01.01.2007 verschiedene Ressorts und Stadtbetriebe auf das neue System ganz oder teilweise umgestellt.

Eine Bewirtschaftung im alten kameralen System war für diese Bereiche nicht vorgesehen.

Daher bestand seitens der Kommunalaufsicht die Forderung, parallel zum NKF-Haushalt einen kameralen Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2007 aufzustellen. Durch diesen wird gewährleistet, dass die pilotierten Bereiche aus dem kameralen Haushalt herausgenommen werden.

Der Nachtragshaushaltsplan weist für 2007 die folgenden Werte aus:

Verwaltungshaushalt	Einnahmen	872.315.880 €
	Ausgaben	1.540.975.370 €
Vermögenshaushalt	Einnahmen	97.589.870 €
	Ausgaben	97.589.870 €

Ergänzend wurde ein Haushaltsplan 2007 für umgestellte Bereiche aufgestellt, der die Ansätze der NKF-Pilotbereiche enthält. Somit ist eine klare Trennung der kammerealen Rechnung von der NKF-Rechnung gewährleistet.

1.3 Rechnungslegung

Die Jahresrechnung umfasst nach § 39 Abs. 1 GemHVO a. F. den kassenmäßigen Abschluss und die Haushaltsrechnung.

Der Jahresrechnung sind gemäß § 39 Abs. 2 GemHVO a. F. beizufügen:

1. eine Vermögensübersicht,
2. eine Übersicht über die Schulden und die Rücklagen,
3. ein Rechnungsquerschnitt und eine Gruppierungsübersicht,
4. ein Rechenschaftsbericht.

B/1 W Die gesetzliche Frist zur Vorlage der Jahresrechnung wurde nicht eingehalten

Gemäß § 93 GO NRW a. F. muss die Jahresrechnung dem Rat innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres zugeleitet werden.

Der kassenmäßige Abschluss für den Haushalt 2007 wurde am 09.06.2008 aufgestellt und trägt den Sichtvermerk des Kämmerers vom 10.06.2008. Gleiches gilt für den Abschluss der Auftrags- und Sonderhaushalte.

Die Haushaltsrechnung wurde durch den Stadtkämmerer am 10.06.2008 aufgestellt und vom Oberbürgermeister am 11.06.2008 festgestellt.

Die Feststellung des Ergebnisses erfolgte ca. 1 Monat später als im Vorjahr, die gesetzliche Frist wurde erneut nicht eingehalten.

Die verspätete Rechnungslegung muss vom RPA zum wiederholten Male beanstandet werden.

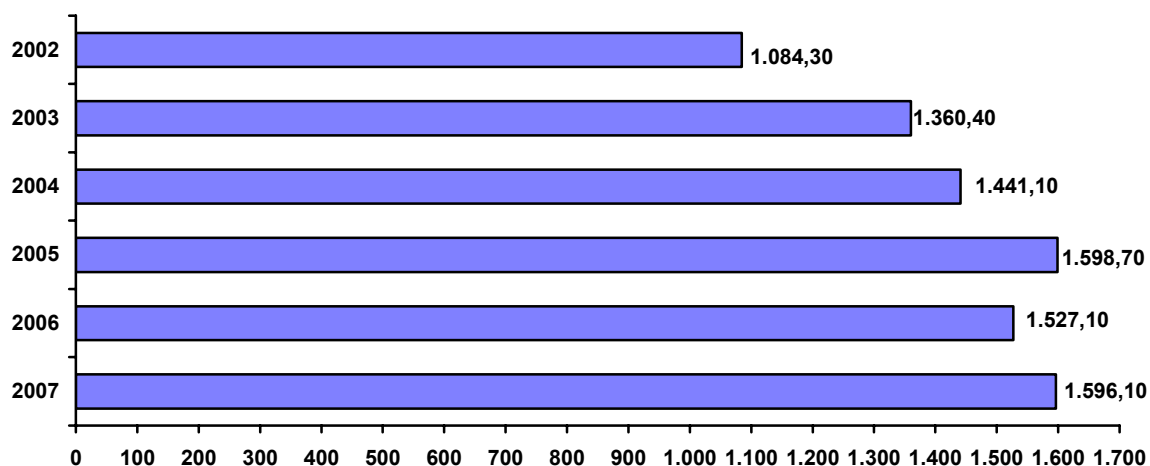
Die Beanstandung wird durch R 403 anerkannt.

1.4 Rechnungsergebnis

	Einnahmen	% des Gesamthaushalts	Ausgaben	% des Gesamthaushalts
Verwaltungshaushalt	913,0 Mio. €	89,5%	1.500,0 Mio. €	94,0 %
Vermögenshaushalt	107,3 Mio. €	10,5 %	96,1 Mio. €	6,0 %
Gesamthaushalt	1.020,3 Mio. €	100 %	1.596,1 Mio. €	100 %

Die Ausgabeentwicklung des Gesamthaushalts der letzten 6 Jahre stellt nachfolgende Grafik dar:

Ausgabeentwicklung der letzten 6 Jahre in Mio. €



Das Ausgabevolumen des Gesamthaushalts 2007 ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 4,5 % gestiegen. Damit ist der Rückgang aus dem Rechnungsergebnis 2006 egalisiert und das Niveau des Jahres 2005 wieder erreicht worden.

Trotz des Anstiegs der Ausgaben ist dennoch eine Unterschreitung des Ansatzes basierend auf den Werten des kameralen Nachtragshaushaltsplans 2007 von ca. 42 Mio. € festzustellen.

Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben auf die Einzelpläne**Verwaltungshaushalt 2007**

Einzelplan	Einnahmen €	Ausgaben €
0	31.210.687	67.230.366
1	24.227.662	52.944.626
2	8.136.398	81.157.129
3	7.038.261	53.446.148
4	88.334.593	332.913.256
5	2.654.207	35.866.236
6	27.790.410	29.198.247
7	128.764.278	136.864.032
8	20.953.771	9.769.517
9	573.898.460	701.585.767
Summe	913.008.727	1.500.975.324

Die Planung für den Verwaltungshaushalt 2007 ging von einem Fehlbedarf von rd. 519,7 Mio. € aus. Die Haushaltsrechnung weist ein Defizit von rd. 588,0 Mio. € aus und schließt damit deutlich höher als in der Jahresrechnung 2006 ab.

Die Tabelle beinhaltet im Einzelplan 9 die Zahlungen, die für die Abrechnung der NKF-Pilotbereiche aufgewendet wurden.

Ein direkter Vergleich des Saldos der Einzelpläne mit den Vorjahresergebnissen ist somit nur bedingt möglich, da die Ergebnisse der NKF-Piloten nicht auf die einzelnen Unterabschnitte zurückgeführt wurden. Vielmehr findet sich die Gesamtsumme im neu eingerichteten UA 9102 wieder.

Die Buchung des Ergebnisses der NKF-Pilotbereiche in einer Summe ist für die Darstellung nicht optimal, dennoch ist die Forderung des § 8 NKF-Einführungsgesetz damit erfüllt.

Vermögenshaushalt 2007

Einzelplan	Einnahmen €	Ausgaben €
0	0	964.057
1	1.780.513	-961.362
2	10.716.473	15.134.009
3	1.401.928	487.755
4	737.411	2.353.797
5	10.124	4.623.581
6	10.203.179	20.438.948
7	6.289.530	5.432.532
8	7.626.235	4.917.258
9	68.586.139	42.762.529
Summe	107.351.532	96.153.104

Der Vermögenshaushalt 2007 weist eine Differenz von rund 11,2 Mio. € auf.

Das Ergebnis beruht auf der Tatsache, dass auf Grund des Übergangs von der kameralen Haushaltssystematik auf die NKF-Systematik keine Haushaltsausgabereste zu bilden sind. Die Kämmerei weist daher in der letzten kameralen Jahresrechnung den Betrag von 11,2 Mio. € systembedingt als Überschuss aus.

Die Tabelle beinhaltet wie auch im Verwaltungshaushalt im Einzelplan 9 die Zahlungen, die für die Abrechnung der NKF-Pilotbereiche aufgewendet wurden.

Ein direkter Vergleich des Saldos der Einzelpläne mit den Vorjahresergebnissen ist somit nur bedingt möglich, da die Ergebnisse der NKF-Piloten nicht auf die einzelnen Unterabschnitte zurückgeführt wurden. Vielmehr findet sich die Gesamtsumme im neu eingerichteten UA 9102 wieder.

- 2. Prüfung der Jahresrechnung**
- 2.0 Einzelplan 0 – Allgemeine Verwaltung**
- 2.0.1 Verwaltungshaushalt (002.100)**

Hinweis

Im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements wurden einige Unterabschnitte des Einzelplans 0 bereits zum 01.01.2007 als Pilotbereiche auf das doppische Haushaltswesen umgestellt.

Im Verwaltungshaushalt handelt es sich dabei um folgende Unterabschnitte:

- UA 0300 - Kämmerei (R 403)
- UA 0310 - Stadtkasse (R 403)

Etwaige Erläuterungen sowie Prüfungsfeststellungen des RPA zu o.g. Bereichen werden daher in Kapitel III. dieses Schlussberichts („NKF-Haushalt“) unter den entsprechenden Produktgruppen dargestellt.

Die bisher an dieser Stelle abgebildeten Grafiken zum Verwaltungshaushalt „Vergleich der Rechnungsergebnisse“ und „Vergleich des Haushaltssolls mit dem Rechnungsergebnis“ besitzen aufgrund des Wegfalls einzelner Unterabschnitte aus dem kameralen Haushalt keine Aussagekraft und entfallen daher.

Allgemeine Vorbemerkungen zum EP 0

Von der Umstellung einzelner Verwaltungsbereiche auf das System der doppelten Buchführung war auch der EP 0 betroffen. Mit Beginn des Jahres 2007 wurde das Ressort Finanzen (ohne Steueramt) bezüglich der UA 0300 (Kämmerei) und 0310 (Stadtkasse) nicht mehr kameral, sondern nach NKF-Regeln bewirtschaftet. In den UA 0300 und 0310 sind nach kameralen Bestimmungen lediglich einige wenige Haushaltsstellen bebucht worden. Diese Buchungen konnten z.B. wegen einer abweichenden Periode nicht ordnungsgemäß im NKF-Haushalt abgewickelt werden.

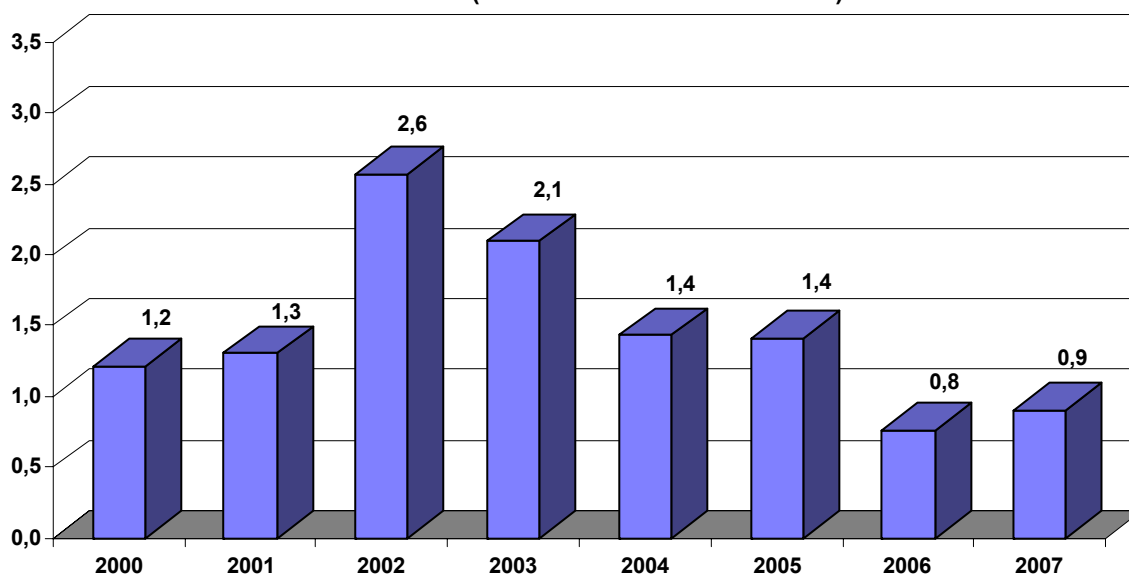
Wegen der eingeschränkten Vergleichbarkeit wird auf die in früheren Schlussberichten zum gesamten EP 0 notierten Hinweise und Anmerkungen verzichtet - bis auf die beiden nachfolgenden Ausnahmen zu „Resten“.

Zum 01.01.2007 wurde der allgemeine Mehrwertsteuersatz von 16 % auf 19 % erhöht. Diese Steuererhöhung bewirkte entsprechende Verteuerungen bei den Sachausgaben sämtlicher UA nicht nur im EP 0.

Kasseneinnahmereste

Im Verwaltungshaushalt des EP 0 bestanden am Ende des Rechnungsjahres 2007 (neue) Kasseneinnahmereste (KER) in Höhe von insgesamt 903 T-Euro. Im Vergleich zum RE 2006 bedeutet dies eine Zunahme um rd. 140 T-Euro. Die in 2006 bei der Haushaltsstelle 0350-101.0000 „Bodenverkehrsgebühren“ entstandenen KER in Höhe von 8 T-Euro wurden infolge einer organisatorischen Neuordnung in den EP 6 überführt und bei der Position 6100-101.0000 „Bodenverkehrsgebühren“ nachgewiesen.

**Kasseneinnahmereste im EP 0 am Ende des Rechnungsjahres
in Mio. € (2007 ohne UA 0300 und 0310)**

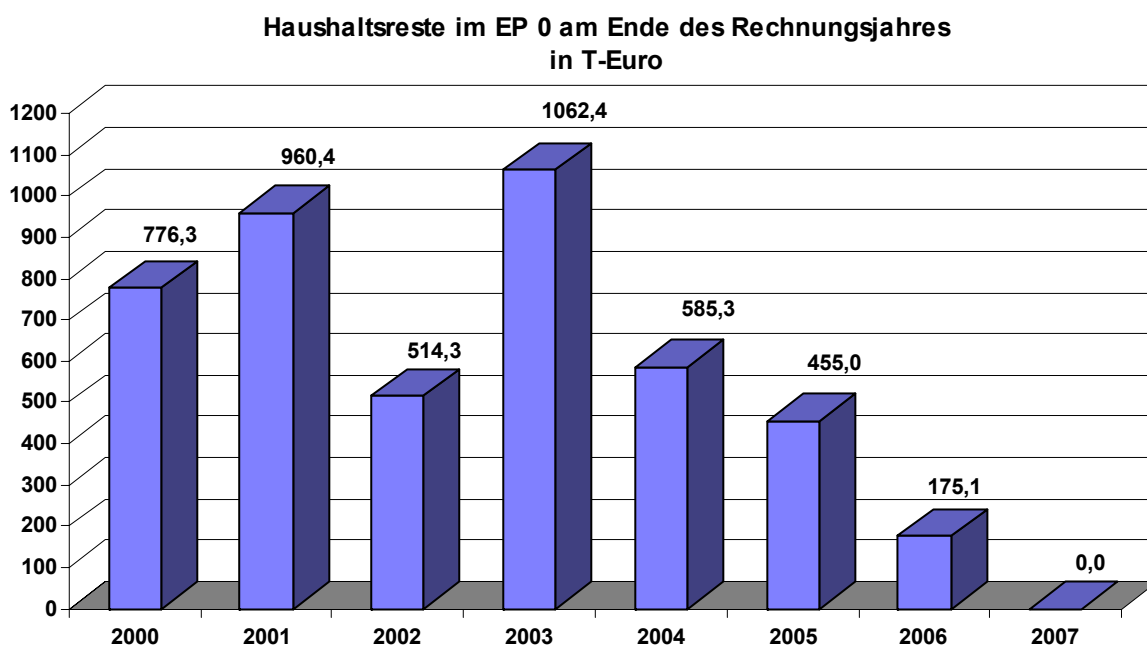


Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Betrag der neu gebildeten KER insbesondere beim UA 0620 „Nachrichtentechnik“ auf 684 T-Euro (zum Vergleich RE 2006: 408 T-Euro). Gestiegen sind in Jahresfrist die KER auch in den UA 0270 „Regionalbüro“ (Zugang um 37 T-Euro, wofür u.a. eine vergleichsweise späte Sollstellung Ende des Jahres ursächlich war). Im UA 0800 beruht die KER-Zunahme um rd. 25 T-Euro binnen eines Jahres überwiegend auf einer fehlerhaften doppelten Sollstellung. Rückläufig hat sich die Summe der KER im UA 0210 entwickelt. Während Ende des Berichtsjahres die Höhe der KER 43 T-Euro betrug, waren es lt. RE 2006 noch 265 T-Euro. Bei allen KER wird zu prüfen sein, ob und in welcher Höhe die Beträge als Forderungen in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 zu aktivieren sind.

Bei der Interpretation der zuvor abgebildeten grafischen Darstellung ist neben der Herausnahme der UA 0300 und 0310 im Jahr 2007 zu berücksichtigen, dass die KER-Summe 2005 einen doppelt zum Soll gestellten Betrag in Höhe von 287 T-Euro beinhaltet, der im Jahr 2006 abgesetzt worden ist. Ohne diese doppelte Buchung hätten im Jahr 2005 die KER einen Betrag von ca. 1,1 Mio. € ausgemacht. Andererseits wären die KER am Ende des Jahres 2006 ohne diese Absetzung um 287 T-Euro höher gewesen.

Haushaltsreste

Wegen der verwaltungsweiten Umstellung des Rechnungswesens auf die doppelte Buchführung wurden in der Rechnung 2007 keine Haushaltsreste gebildet. Allerdings wurden im NKF-Haushalt 2008 in begründeten Einzelfällen nicht verbrauchte Mittel neu veranschlagt. Dies betrifft beim EP 0 beispielsweise die im UA 0260 nachgewiesenen Verfügungsmittel der Bezirksvertretungen, über deren Verwendung im Berichtsjahr nicht verfügt wurde, und zweckgebundene Zuwendungen Dritter, die das Regionalbüro vereinnahmt bzw. zum Soll gestellt hat (vgl. UA 0270).



Unterabschnitte des Verwaltungshaushalts

UA 0000 Rat und Gremien (002.100; R 000)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.705.700	1.654.785	-3,0	1.626.122	1,8
Ausgaben	1.966.992	1.752.145	-10,9	1.713.375	2,3
Differenz	-261.292	-97.361		-87.254	

Die Einnahmen dieses UA stammen zum größten Teil aus den Steuerungsumlagen der Verwaltungsdienststellen und der Eigenbetriebe. Der Zuschussbedarf fiel um 164 T-Euro geringer aus als geplant, er lag indessen geringfügig über dem RE des Vorjahres.

An Aufwands- und Verdienstausfallentschädigungen sowie Sitzungsgeldern für Ratsmitglieder und sachkundige Bürger/-innen bzw. Einwohner/-innen wurden im Berichtsjahr 589 T-Euro zum Soll gestellt, rd. 26 T-Euro weniger als im Vorjahr (Haushaltsstelle 0000-400.0000). Einerseits hat der Gesetzgeber die Entschädigungssätze mit Wirkung ab Juli 2007 teilweise erhöht, andererseits hat die Stadt Wuppertal den Höchstbetrag für Verdienstausfallentschädigungen etwas reduziert. In Einzelfällen wurden Entschädigungsleistungen nicht in 2007, sondern erst im Jahr 2008 ausgezahlt.

Die teilweise Erhöhung der gesetzlichen Entschädigungspauschalen für Bezirksvertreter/-innen und eine Staffelung nach der Einwohnerzahl der Stadtbezirke ab Juli 2007 bewirkten, dass sich die Kosten für die Mandatsträger/-innen in den „Stadtteilparlamenten“ im Vorjahresvergleich um ca. 18 T-Euro auf nunmehr 446 T-Euro erhöhten (Haushaltsstelle 0000-401.0000).

Wie im Vorjahr wurden die bei der Position 0000-573.0300 „Städtepartnerschaft mit Matagalpa“ veranschlagten 10 T-Euro nicht verausgabt, da das Land NRW keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt hat. Die Betreuung erfolgte im Rahmen der üblichen Städtepartnerschaft.

Kleinere Verstöße gegen Haushaltsrecht und innerdienstliche Regelungen (z.B. Finanzierung eines Anlagegutes im Werte von 3.266,55 € aus dem Verwaltungshaushalt anstatt aus dem Vermögenshaushalt, Verstöße gegen Meldepflichten im Rahmen der RPA-Vergabevorprüfung) wurden mit der Leistungseinheit (LE) besprochen und werden als ausgeräumt betrachtet.

UA 0001 Geschäftsführung (002.100; R 001)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	807.200	783.637	-2,9	780.679	0,4
Ausgaben	1.179.511	1.192.772	1,1	977.141	22,1
Differenz	-372.311	-409.134		-196.462	

Bei diesem UA stammen die Einnahmen zur Gänze aus den Steuerungsumlagen der Verwaltung und der Eigenbetriebe. Bei den Ausgaben handelt es sich vor allem um Personalausgaben. Neben den beim UA 0210 näher beschriebenen Besonderheiten war hier für die Erhöhung gegenüber dem RE 2006 eine andere Zuordnung von Mitarbeitern/-innen zu Unterabschnitten mit den entsprechenden Verschiebungen der Personalbudgets ausschlaggebend.

Wie in den Vorjahren wurden die Verfügungsmittel des Oberbürgermeisters (Haushaltsstelle 0001-660.0000, Ausgabeermächtigung 2 T-Euro) nicht in voller Höhe ausgegeben.

UA 0090 Fraktionen (002.100; R 001)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.444.700	1.442.662	-0,1	1.394.528	3,5
Ausgaben	1.569.085	1.568.980	0,0	1.535.669	2,2
Differenz	-124.385	-126.318		-141.140	

Im Wesentlichen erfolgt die Finanzierung dieses UA über die Steuerungsumlagen. Außerplanmäßig leistete eine im Rat der Stadt vertretene Fraktion nicht verausgabte Fraktionszuwendungen in Höhe von 40 T-Euro an den städtischen Haushalt zurück.

Die Ausgaben setzen sich vor allem aus den Fraktionszuschüssen und zu einem vergleichsweise geringen Teil aus den an den Eigenbetrieb GMW abzuführenden Mieten und Betriebskosten (+ 4 T-Euro gegenüber dem RE 2006) sowie den Ausgaben für Nachrichtentechnik zusammen. An die Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt und in den Bezirksvertretungen wurden im Berichtsjahr 1.516 T-Euro überwiesen. Im Vorjahresvergleich stiegen die Fraktionszuwendungen um etwa 30 T-Euro bzw. 2,1 %. Ausschlaggebend dafür war eine Änderung der Gemeindeordnung durch den nordrhein-westfälischen Gesetzgeber, wonach ab Oktober 2007 nicht nur Fraktionen, sondern auch Gruppen mit mindestens zwei Vertretern/-innen einen Anspruch auf regelmäßige städtische Zuwendungen besitzen. Begünstigt von dieser neuen Regelung war eine im Rat der Stadt vertretene Gruppe.

Die vom RPA in den beiden letzten Jahren bemängelte zu frühe Auszahlung der Fraktionszuschüsse fand im Berichtsjahr nicht statt. Im Hinblick auf die zum 1. Januar 2008 erstmals aufzustellende NKF-Eröffnungsbilanz soll jedoch darauf hingewiesen werden, dass die für Januar 2008 vorgesehenen Fraktionszuwendungen bereits Ende 2007 ausgezahlt worden sind.

UA 0100 Rechnungsprüfungsamt (002.100; R 002)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.712.600	1.664.113	-2,8	1.619.505	2,8
Ausgaben	1.923.819	1.920.734	-0,2	1.838.680	4,5
Differenz	-211.219	-256.621		-219.174	

Die höheren Einnahmen im Vergleich zum RE 2006 sind ausschließlich auf eine Verrechnung von Personalkosten mit dem UA 0208 zurückzuführen. Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen auf den Vollzug dieser Verrechnung verzichtet worden ist, wurden dem RPA-Budget 42 T-Euro gutgeschrieben zur Deckung von NKF-bedingten zusätzlichen Personalausgaben. Geringere Steuerungsumlagen als kalkuliert waren dafür ursächlich, dass die Einnahmeerwartung nicht erreicht werden konnte.

Die Ausgabenerhöhungen im Vergleich zum RE 2006 lassen sich im Wesentlichen auf die allgemeinen Ursachen der Erhöhung des Personalaufwands (siehe UA 0210) und auf einzelne gestiegene Sachkosten zurückführen (Betriebskosten und Fortbildungskosten jeweils ca. 5 T-Euro mehr als 2006), die nicht vollständig durch Einsparungen bei den anderen Positionen aufgefangen werden konnten. Fortbildungskosten für die Prüferinnen und Prüfer der örtlichen Rechnungsprüfung, die in erster Linie zur Vorbereitung auf die künftige Prüfungstätigkeit unter NKF verausgabt wurden, fielen jedoch auch bei anderen UA an (z.B. UA 0208). Insgesamt blieben die Ausgaben unter dem Ansatz.

UA 0150 Antikorruptionsstelle (002.100; R 002)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	284.900	276.684	-2,9	275.675	0,4
Ausgaben	312.260	297.533	-4,7	274.472	8,4
Differenz	-27.360	-20.849		1.203	

Die Finanzierung dieses UA erfolgt ausschließlich durch Steuerungsumlagen der Verwaltung und der Eigenbetriebe. Die Erhöhung des Zuschussbedarfs im Vergleich zum RE 2006 ist auf gestiegene Personalausgaben zurückzuführen (siehe hierzu auch die Ausführungen beim UA 0210). Hier gilt es zu berücksichtigen, dass das RE

2006 durch die vorzeitige Pensionierung eines Mitarbeiters günstiger als geplant ausgefallen war. Die Höhe der Sachausgaben lag geringfügig unter dem Vorjahresergebnis.

UA 0200 Infrastruktur (002.100; R 401)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	200.150	203.211	1,5	211.871	-4,1
Ausgaben	2.732.980	2.810.594	2,8	2.455.730	14,5
Differenz	-2.532.830	-2.607.383		-2.243.859	

Im Großen und Ganzen setzen sich die Einnahmen aus den Beträgen zusammen, die Eigenbetriebe, städtische Gesellschaften und städtische Dienststellen (in der Regel kostenrechnende Einrichtungen) für Leistungen der zentralen Dienste an den UA 0200 abführen. Im Vergleich zur Planung für das Berichtsjahr nutzten Eigenbetriebe und Gesellschaften vermehrt diese Dienste (Telefonzentrale, Poststelle, Zentraleinkauf usw.). Der Rückgang bei den Einnahmen gegenüber der Rechnung 2006 beruht darauf, dass städtischen Dienststellen für die Inanspruchnahme der zentralen Dienste weniger in Rechnung gestellt worden ist als in Jahresfrist.

Beim Vergleich der Ausgaben mit dem Vorjahresresultat und der nicht eingehaltenen Ausgabeermächtigung müssen Sondereinflüsse berücksichtigt werden. Außerplanmäßig wurde der UA 0200 mit Ausgaben in Höhe von rd. 97 T-Euro belastet, die die Stadt für die überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt zu entrichten hatte. Durch die Fertigstellung der meisten baulichen Maßnahmen zur Einrichtung des Service-Centers in Verbindung mit der Zuordnung dieser Einrichtung zum R 401 wurden Mieten und Betriebskosten in Höhe von etwa 26 T-Euro fällig, die maßgeblich zur Erhöhung der entsprechenden Haushaltsstellen beim RE im UA 0200 führten. Die im UA 0203 dafür eingerichtete Außerplanstelle wurde nicht bebucht (siehe UA 0203). An den Eigenbetrieb ESW mussten u.a. 16 T-Euro für die Reparatur eines verunfallten Fahrzeugs der Poststelle bezahlt werden.

Das Versäumnis des SB 304, die Leistungen der Feuerwehroleitstelle im Rahmen der Übernahme der Telefonvermittlung vereinbarungsgemäß zu verrechnen, führte hingegen zu einer unerwarteten „Verminderung“ der Ausgaben im UA 0200 um nahezu 18 T-Euro.

Einzelaspekte:

xxxx-652.0900

Porto (9340-652.0900)

Für das Jahr 2007 belastete die zentrale Poststelle die Budgets der Ressorts und Stadtbetriebe mit Portokosten in Höhe von zusammen 1,1 Mio. €, darunter entfielen 110 T-Euro auf Portoaufwendungen in den NKF-Pilotbereichen. Im Vorjahresver-

gleich ist der umgelegte Betrag um 284 T-Euro zurückgegangen. Die Portokosten der Eigenbetriebe, städtischen Gesellschaften und anderen Nutzer der zentralen Poststelle beliefen sich im Berichtsjahr auf ca. 200 T-Euro, für die Zustellung der Lohnsteuerkarten fielen 55 T-Euro an. Die Portokostenerstattungen der Gesellschaften gingen nicht in voller Höhe im Jahr 2007 ein. In Höhe von ca. 37 T-Euro wurden Rechnungsbeträge zunächst abgesetzt, da lt. Auskunft von R 401 wegen der Umstellung auf die doppelte Buchführung zum Jahreswechsel 2007/2008 die entsprechende Haushaltsstelle ausgeglichen werden musste. Diese Summe wurde zwar im Jahr 2008 als Ertrag verbucht, der in 2007 abgesetzte Betrag erhöhte jedoch die von den Ämtern, Ressorts und Stadtbetrieben zu leistenden Portoausgaben im Umfange von rund 37 T-Euro.

UA 0201 Geschäftsbereichsleitung 4 Zentrale Dienstleistungen (002.100)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	497.807	467.017	-6,2	455.171	2,6
Differenz	-497.807	-467.017		-455.171	

In diesem UA werden zentrale Sachausgaben für den Geschäftsbereich 4 sowie die Personal- und Sachkosten des Geschäftsbereichsleiters nebst Büroassistentz dargestellt. Einnahmen werden hier nicht verbucht. Die im Vergleich zum RE höheren Ausgaben sind auf eine Zuordnung neuer Aufgaben (Geschäftsführung für Ausschüsse) und auf höhere Personalaufwendungen insbesondere für tariflich beschäftigte Kräfte (siehe hierzu die Ausführungen beim UA 0210) zurückzuführen. Die Sachausgaben lagen rd. 5 T-Euro niedriger als im Vorjahr. Höheren Aufwendungen für Renovierungs- und Umzugsmaßnahmen im GB 4 (+ 8 T-Euro gegenüber 2006) standen geringere Einrückungsgebühren (- 6 T-Euro) und Einsparungen bei der Inanspruchnahme von ADV- und Druckleistungen (- 8 T-Euro) gegenüber.

UA 0202 Customer Competence Center (002.100; 400)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	168.000	168.000	0,0	0	/
Ausgaben	2.257.429	1.906.170	-15,6	1.925.577	-1,0
Differenz	-2.089.429	-1.738.170		-1.925.577	

Das CCC betreut das SAP-Verfahren in der Verwaltung fachlich. Die Einnahmen resultieren aus einer inneren Verrechnung von Personalkosten mit dem UA 0208 (Finanzierung von Stellen aus NKF-Projektmitteln). Diese Verrechnung wurde im Haushaltsjahr 2006 nicht durchgeführt.

Die Personalausgaben, die ungefähr die Hälfte des Ausgabevolumens im UA 0202 bilden, gingen im Vorjahresvergleich leicht um ca. 14 T-Euro zurück. Die bereitgestellten Mittel wurden hier ebenso wenig in voller Höhe in Anspruch genommen wie bei der Mehrzahl der Haushaltspositionen für Sachausgaben. An das externe SAP-Rechenzentrum wurden Betriebskosten in Höhe von 572 T-Euro entrichtet, wobei der Rückgang im Vergleich zum RE 2006 (586 T-Euro) maßgeblich auf das Ende der Laufzeit von bestimmten SAP-Versionen zurückgeführt werden kann. Aus dieser Haushaltsstelle wurden allerdings auch irrtümlich Anlagegüter (Druckertreiber) finanziert; für deren Anschaffung Mittel des Vermögenshaushalts hätten genutzt werden müssen.

UA 0203 Schlüsselprojekte der Verwaltung (002.100; 400)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	573.600	557.329	-2,8	573.497	-2,8
Ausgaben	814.888	725.269	-11,0	597.177	21,4
Differenz	-241.288	-167.941		-23.680	

In diesem UA dargestellt wird die haushaltmäßige Abwicklung von Schlüsselprojekten der Verwaltung, die sich im Jahr 2007 hauptsächlich auf die beiden Projekte „Prozessoptimierung“ bzw. „Service-Center“ und „Internet“ beschränkten, die ihrerseits etliche gemeinsame Anknüpfungspunkte aufweisen. Die Einnahmen dieses UA stammen aus den Steuerungsumlagen der Eigenbetriebe und der Verwaltung, die gegenüber dem Vorjahr um 16 T-Euro geringer ausgefallen sind.

Zur Erhöhung der Ausgaben im Vergleich zum RE 2006 trugen u.a. um ca. 47 T-Euro gestiegene Personalkosten bei, für die maßgeblich eine Budgetverschiebung vom UA 0510 verantwortlich gemacht werden kann.

Die bei der außerplanmäßig eingerichteten Haushaltsstelle 0203-539.1000 „Miete und Betriebskosten, Betriebsbedarf Service-Center“ bereitgestellten Mittel in Höhe von 11 T-Euro wurden nicht in Anspruch genommen. Die für die beiden letzten Monate des Berichtsjahres angefallenen Mieten und Betriebskosten für das Service-Center in Höhe von zusammen etwa 26 T-Euro wurden im UA 0200 verbucht. Im Jahr 2007 nicht verausgabt wurden auch die im UA 0203 außerplanmäßig zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 5 T-Euro für die besondere Telefonvermittlungstechnik im Service-Center.

Die Kosten für den Umbau und die technische Einrichtung der Flächen im Gebäude Untere Lichtenplatzer Straße 102 zum Betrieb des Service-Centers wurden bzw. werden vom Eigenbetrieb GMW vorfinanziert. Aus dem UA 0203 wurden für das Projekt „Service-Center“ im Berichtsjahr Beratungskosten in Höhe von rd. 7 T-Euro geleistet. Für die Möblierung und die Anschaffung sonstiger Einrichtungsgegenstände wurden aus Mitteln des Vermögenshaushalts 69 T-Euro bezahlt. Dabei wurden entgegen den haushaltsrechtlichen Bestimmungen auch Gegenstände des laufenden Bedarfs aus dem Vermögenshaushalt finanziert, für deren Bezahlung die Position

0203-539.1000 des Verwaltungshaushalts zur Verfügung gestanden hätte (z.B. Ausgaben für Kleiderbügel, Isolierkannen, Garderobenstände).

Beim Projekt „Planung und Einführung eines Service-Centers bei der Stadt Wuppertal“ war das RPA im Rahmen der begleitenden Prüfung eingebunden. Mit der Einrichtung eines zentralen Service-Centers sollen u.a. die telefonische Erreichbarkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung verbessert, der Vollzug standardisierter Verwaltungstätigkeiten optimiert und ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erreicht werden (siehe auch Bemerkungen in Kapitel V., Ziffer 2, dieses Schlussberichts).

UA 0208 Einführung Neues Kommunales Finanzmanagement (002.100; 400)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	2.407.680	2.238.535	-7,0	1.694.852	32,1
Differenz	-2.407.680	-2.238.535		-1.694.852	

Durch den verstärkten Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im NKF-Projekt weist das RE 2007 Personalausgaben in Höhe von etwas mehr als 1 Mio. € auf, 386 T-Euro mehr als im Vorjahr. Der Mehrbedarf wurde kompensiert vor allem durch die geringere Inanspruchnahme externer Beratungsleistungen. Von den zur Verfügung stehenden 1,26 Mio. € wurden 761 T-Euro benötigt (zum Vergleich RE 2006: 820 T-Euro). Von den bereitgestellten Mitteln für Fortbildungen im Bereich NKF in Höhe von 281 T-Euro wurden 81 T-Euro verausgabt.

Zu der deutlichen Erhöhung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahresergebnis trug auch die Übernahme von anteiligen Personalkosten der UA 0100 und 0202 in Höhe von 210 T-Euro bei. Diese Personalkostenverrechnungen wurden im Haushaltsjahr 2006 nicht vollzogen.

UA 0210 Personal und Organisation (002.100; R 404)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.512.560	2.438.644	-2,9	2.439.188	0,0
Ausgaben	5.619.410	5.008.626	-10,9	5.272.304	-5,0
Differenz	-3.106.850	-2.569.981		-2.833.116	

Während die Einnahmen im Vergleich der Rechnungsergebnisse auf Vorjahresniveau lagen, wurde die Einnahmeerwartung um einen vergleichsweise geringfügigen Betrag verfehlt. Zum einen fiel der vom Land NRW überwiesene Anteil an der

Versorgung ehemaliger Beamter oder deren Hinterbliebenen um 92 T-Euro niedriger als geplant. Hier ist der betreffende Personenkreis durch Sterbefälle kleiner geworden. Zum anderen wurden mit den kostenrechnenden Einrichtungen der Verwaltung für Leistungen des Personalressorts etwa 80 T-Euro weniger verrechnet als in der Haushaltsplanung vorgesehen. Am Ende des Berichtsjahres bestanden KER in Höhe von 43 T-Euro (zum Vergleich RE 2006: 257 T-Euro).

Maßgeblich beeinflusst wurde die sowohl im Vergleich zur Planung als auch gegenüber dem Vorjahr geringere Ausgabenhöhe durch eine außerordentliche „Gutschrift“ des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbands in Höhe von 379 T-Euro bei den von der Stadt zu entrichtenden Beiträgen für die gesetzliche Unfallversicherung. Die Vertreterversammlung des Verbands hatte beschlossen, die vorhandenen Betriebsmittel einmalig zu reduzieren und den überschüssigen Betrag an die Mitglieder auszuzahlen. Von R 404 wurde dieser Betrag in der Form einer Ausgabe-Absetzungsanordnung gebucht. Für mehr Transparenz hätte die Verbuchung als Einnahme gesorgt.

Die Personalkosten im UA 0210 lagen auf Vorjahreshöhe. Im Übrigen können größere Veränderungen im Vorjahresvergleich vor allem registriert werden bei der Inanspruchnahme von Leistungen der Datenverarbeitung und Druckerei (+ 162 T-Euro mehr als beim RE 2006), bei den an den Eigenbetrieb GMW abzuführenden Betriebskosten (+ 13 T-Euro), bei den Ausgaben für Dienstjubiläen und Verabschiedungen (16 T-Euro weniger als 2006) und beim Portoaufwand, der um 12 T-Euro niedriger ausfiel als in der vorherigen Periode.

Wenige Fehlbuchungen und andere Auffälligkeiten jeweils mit geringen Werthöhen wurden mit der LE erörtert und gelten als erledigt.

Personalausgaben in der Gesamtverwaltung

Bei einer Gegenüberstellung der gesamtstädtischen Personalausgaben (Kernverwaltung) gilt es insbesondere zu berücksichtigen, dass anders als 2006 für die Beschäftigten der Volkshochschule (nunmehr Zweckverband Bergische Volkshochschule) im RE 2007 keine Personalausgaben unmittelbar mehr aus dem städtischen Haushalt geleistet worden sind. Ferner brachte die Umstellung auf die doppelte Buchführung in den sechs Pilotbereichen R 102, R 104, R 204, SB 209 (nur Bäder), SB 303 und R 403 (ohne Steueramt) auch eine Zäsur in der Darstellung der gesamtstädtischen Personalkosten (Anmerkungen zum Personalaufwand in der Ergebnisrechnung der NKF-Piloten finden sich unter Ziffer 1.1 im Kapitel III. dieses Schlussberichts). Voll vergleichbare Werte liegen beispielsweise für die Summen der Beamtenbezüge und der Vergütungen der tariflich Beschäftigten nebst Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung und zur Zusatzversorgung nicht mehr vor. Die nachfolgenden Gegenüberstellungen der Vergütungen für Beamtinnen und Beamte sowie für Tarifkräfte sollen in erster Linie die Größenverhältnisse darstellen und auf ausgewählte Einflussfaktoren hinweisen.

Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten in der Gesamtverwaltung 2007

Merkmal	Ansatz 2007 Mio. €	Ergebnis 2007 Mio. €	Saldo Ergebnis/ Ansatz		Ergebnis		
			Mio. €	%	2006 Mio. €	Saldo 2007/2006	
						Mio. €	%
RE kameral	38,981	37,639	-1,342	-3,4	43,543	/	/
Ergebnis NKF	7,263	6,963	-0,300	-4,1	x	x	x
Zusammen	46,244	44,602	-1,642	-3,6	43,543	1,059	2,4

1) Originalbudget gemäß kameralem Nachtragsplan bzw. Haushaltsplan für die NKF-Pilotbereiche.

Die kommunalen Beamtinnen und Beamten erhielten Mitte 2007 eine Einmalzahlung in Höhe von 350 €, Anwärter/-innen bekamen einmalig 100 € und Versorgungsempfängern/-innen und sonstigen Versorgungsberechtigten wurde ein entsprechender Einmalbetrag nach landesgesetzlicher Maßgabe gezahlt.

Entgelt für tariflich Beschäftigte in der Gesamtverwaltung 2007

Merkmal	Ansatz 2007 Mio. €	Ergebnis 2007 Mio. €	Saldo Ergebnis/ Ansatz		Ergebnis		
			Mio. €	%	2006 Mio. €	Saldo 2007/2006	
						Mio. €	%
RE kameral	89,815	93,132	3,317	3,7	106,212	/	/
Ergebnis NKF	18,833	18,563	-0,270	-1,4	x	x	x
Zusammen	108,648	111,695	3,047	2,8	106,212	5,483	5,2

1) Originalbudget gemäß kameralem Nachtragsplan bzw. Haushaltsplan für die NKF-Pilotbereiche.

In den RE sämtlicher Unterabschnitte mit Personalausgaben für Tarifkräfte sind neben den das Jahr 2007 betreffenden Entgelten, Beiträgen zu Versorgungskassen und zur gesetzlichen Sozialversicherung zusätzlich die entsprechenden Werte des Monats Dezember 2006 enthalten. Insoweit umfassen die Rechnungsergebnisse des Jahres 2007 nicht 12, sondern 13 Abrechnungsmonate. Das RE 2003 bestand bei den in Betracht kommenden Personalkosten aus den Auszahlungen für die Monate Januar bis November. Die Dezembervergütungen für Tarifkräfte nebst den Beiträgen für ZVK und Sozialversicherung wurde erst im Januar 2004 gebucht ¹⁾. In den Folgejahren setzten sich die betreffenden RE jeweils aus den Werten der Monate Dezember des Vorjahres und Januar bis November des Berichtsjahres zusammen. Mit NKF-Einführung konnte diese vom RPA seinerzeit beanstandete Verfahrensweise nicht weitergeführt werden. Bezüglich der Einzelheiten wird auf die Schlussberichte 2003 ff. verwiesen. Die tariflichen Vergütungen für den Monat Dezember 2006 der Beschäftigten in den auf doppelte Buchführung umgestellten Bereichen wurden kameral in den (früheren) UA der NKF-Piloten verbucht. Bei den Tarifentgelten handelt es sich insgesamt um einen Betrag in Höhe von etwa 6,8 Mio. €, darunter entfallen ca. 1,4 Mio. € auf die NKF-Pilotbereiche.

Im Dezember 2007 wurde den tariflich Beschäftigten ein pauschales Leistungsentgelt (vgl. § 18 TVöD) in Höhe von 12 % des ihnen für den Monat September 2007 jeweils zustehenden Tabellenentgelts ausgezahlt. Nach Mitteilung von R 404 kamen auf diese Weise für die Tarifkräfte der Kernverwaltung zusammen 804 T-Euro zur Auszah-

¹⁾ Hinsichtlich der Fälligkeitstermine der Steuern usw., der Gesamtsozialversicherungsbeiträge und der ZVK-Umlagen und einer an sich möglichen Sollstellung siehe Schlussbericht 2003.

lung. Es handelte sich dabei um eine Übergangslösung, da der Vollzug des leistungsorientierten Entgelts gemäß § 18 TVöD sowie Dienstvereinbarung zwischen Verwaltung und Personalvertretung erst ab 2008 greift.

Anmerkungen zu sonstigen Personalausgaben (Gesamtverwaltung)

Die entsprechend der zwischenzeitlich außer Kraft getretenen Regelung in § 12 Abs. 3 i.V.m. § 5 des Gesetzes zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen (Versorgungsfondsgesetz - EFoG -) für im Dienst befindliche Beamtinnen und Beamte ermittelte Zuführung an die Sonderrücklage „Pensionsrückstellungen“ betrug 348 T-Euro und wurde richtig ermittelt (zum Vergleich RE 2006: 350 T-Euro). Diese Rücklagenzuführung auf kameraler Basis umfasste auch die in den NKF-Pilotbereichen tätigen beamteten Dienstkräfte, deren Anteil im UA 0810 verbucht worden ist. In Höhe dieses Betrags wurden Anteile am Rheinischen Versorgungsrücklage-Fonds erworben (s. auch Erläuterungen beim UA 0810).

UA 0211 Ausbildung (002.100; R 404)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	2.069.008	1.941.638	-6,2	1.922.335	1,0
Differenz	-2.069.008	-1.941.638		-1.922.335	

In diesem UA werden die Personal- und Ausbildungskosten (einschließlich Dienstfahrten, Kosten der Nachrichtentechnik, Steuerungsumlage, Personalnebenkosten) für die Auszubildenden und Umschüler/-innen der Stadtverwaltung Wuppertal nachgewiesen. Die Ausgaben blieben um 142 T-Euro hinter der Ausgabeermächtigung zurück. Für die Erhöhung gegenüber dem RE 2006 waren um 14 T-Euro höhere Personalausgaben und um 5 T-Euro gestiegene Sachausgaben ausschlaggebend.

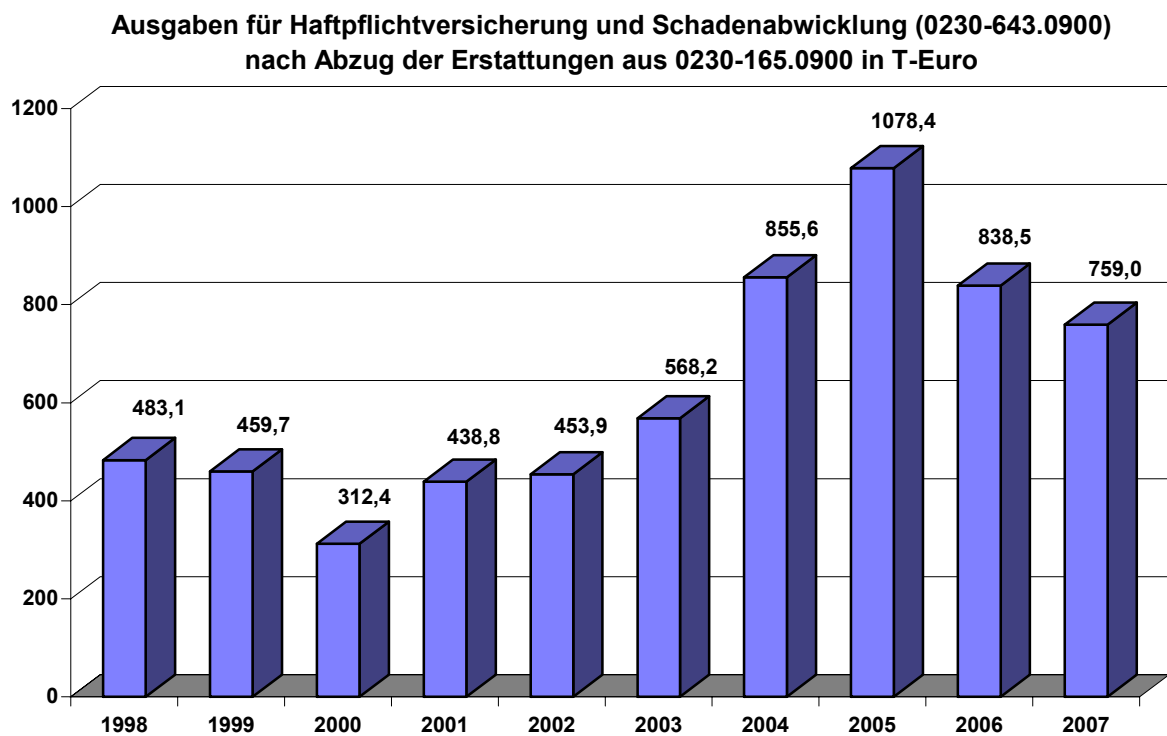
UA 0230 Servicebüro Recht (002.100; R 401)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	534.650	620.274	16,0	756.618	-18,0
Ausgaben	2.638.387	2.617.962	-0,8	2.482.917	5,4
Differenz	-2.103.737	-1.997.688		-1.726.298	

Bei einer Analyse der Einnahmen ist eine frühere fehlerhafte Buchung zu berücksichtigen, die ein um ca. 75 T-Euro zu hohes RE 2006 und wegen der erforderlichen „Rückabwicklung“ im Jahr 2007 ein entsprechend geringeres RE für das Berichtsjahr verursachte. Im Übrigen zeigt ein Vorjahresvergleich der Einnahmen der Haushalts-

stellen dieses UA auf, dass in größerem Umfang als 2006 von den vier Eigenbetrieben GMW, ESW, APH und KIJU Leistungen der Rechtsabteilung in Anspruch genommen wurden (+ 37 T-Euro mehr als beim RE 2006). Die in Rechnung gestellten Beträge umfassen allerdings teilweise auch Leistungen aus dem Jahr 2006. Da nicht sämtliche zum Soll gestellten Beträge eingingen, erhöhte sich die Summe der Kasseneinnahmereste bzw. Forderungen im Vorjahresvergleich um 12 T-Euro auf 42 T-Euro zum Ende des Jahres 2007.

Auf der Ausgabenseite fiel das RE um 135 T-Euro höher aus als im Vorjahr, die Ausgabeermächtigung wurde indessen nicht ausgeschöpft. Im Vorjahresvergleich wurden insbesondere höhere Personalausgaben (+ 121 T-Euro gegenüber 2006) aufgrund Stellenwiederbesetzung und Zuordnung der Stelle des Datenschutzbeauftragten zum R 401 sowie gestiegene Aufwendungen für Rechtsstreit- und Räumungskosten (+ 144 T-Euro) verzeichnet. Dagegen mussten für Haftpflichtversicherung und Schadenabwicklung 139 T-Euro weniger bereitgestellt werden als im Haushaltsjahr 2006. Seit dem Ausscheiden des Klinikums aus dem Kreis der erstattungspflichtigen Organisationen mit Beginn des Jahres 2005 gehen die zum Soll gestellten Beträge bei dieser Haushaltsstelle zurück.



UA 0240 Presse- und Informationswesen (002.100; R 001)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	736.100	712.793	-3,2	721.328	-1,2
Ausgaben	855.728	792.724	-7,4	858.314	-7,6
Differenz	-119.628	-79.932		-136.986	

Für den Rückgang der Einnahmen im Vorjahresvergleich waren im Wesentlichen geringere Steuerungsumlagen ursächlich.

Den Rückgang der Ausgaben gegenüber dem RE 2006 bewirkten vor allem Verschiebungen von Personalkostenbudgets zu Lasten der UA 0001 und 2950 (zusammen ca. 92 T-Euro). Die Sachausgaben lagen um rund 8 T-Euro niedriger als im Vorjahr. Durch die Verlagerung der jeweiligen Ansätze in die Budgets der Geschäftsbereiche wurden bei den im UA 0240 verbuchten Einrückungsgebühren etwa 6 T-Euro weniger benötigt als im Vorjahr.

UA 0250 Gleichstellungsstelle (002.100; 000)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	288.900	283.918	-1,7	286.490	-0,9
Ausgaben	309.922	320.329	3,4	270.365	18,5
Differenz	-21.022	-36.412		16.124	

Der UA 0250 wird überwiegend aus Steuerungsumlagen finanziert, deren Summe sich im Vorjahresvergleich geringfügig erhöht hat. Trotzdem musste ein Einnahmerückgang verzeichnet werden, da die von der Gleichstellungsstelle eingeworbenen Gelder Dritter in geringerem Umfang anfielen als 2006.

Die im Vorjahresvergleich höheren Ausgaben beruhen auf höheren Personalkosten im Bereich der tariflich bezahlten Kräfte. Die Sachausgaben gingen gegenüber dem RE 2006 um ca. 5 T-Euro zurück.

Geringere Einnahmen zum einen und gestiegene Ausgaben zum anderen bewirkten eine Überschreitung des geplanten Zuschussbedarfs um ca. 15 T-Euro.

Kleinere Verstöße gegen Haushaltsrecht und Dienstanweisung wurden mit der LE besprochen und gelten als ausgeräumt.

**UA 0260 Stadtbüros, Geschäftsführung der Bezirksvertretungen
(002.100; R 401)**

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.000	2.012	0,6	50.071	-96,0
Ausgaben	1.500.879	1.380.964	-8,0	1.516.893	-9,0
Differenz	-1.498.879	-1.378.953		-1.466.822	

Im Unterabschnitt 0260 werden überwiegend Personalausgaben und Sachkosten der Bürgerbüros (frühere Bezeichnung: Stadtbüros) in den Stadtbezirken, Kosten der BV-Geschäftsstellen sowie die Verfügungsmittel der 10 Bezirksvertretungen, die von diesen unmittelbar verausgabt oder im Verfahren der gegenseitigen Deckungsfähigkeit verwandt werden dürfen, nachgewiesen.

Gebühreneinnahmen und Erlöse aus dem Verkauf von Informations- und Werbematerial in den Bürgerbüros wurden im Jahr 2007 vereinbarungsgemäß an die Fachdienststellen weitergeleitet durch Absetzung der jeweiligen Beträge von den Einnahmen im UA 0260. Hingegen wurden diese Umbuchungen für das Haushaltsjahr 2006 durch Belastungen auf der korrespondierenden Ausgabehaushaltsstelle vorgenommen, wodurch sich beim RE 2006 einerseits die auffällig hohen Einnahmen ergaben und andererseits die Ausgaben entsprechend höher ausfielen.

Im UA 0260 sind u.a. die Haushaltsmittel veranschlagt, über deren Verwendungszweck die Bezirksvertretungen nach § 37 Abs. 3 GO NRW allein entscheiden dürfen. Die im Haushaltsjahr 2007 verausgabten Gelder der im Verwaltungshaushalt budgetierten Verfügungsmittel betrafen sowohl konsumtive Zwecke als auch traditionell, entgegen den haushaltsrechtlichen Bestimmungen, Zuwendungen für die Anschaffung von Anlagegütern. Zuschüsse der letztgenannten Art sind nach §§ 1, 45 GemHVO aus dem Vermögenshaushalt zu finanzieren.

In diesem Zusammenhang fragt sich das RPA, warum Zuschüsse der Bezirksvertretungen in der Regel ohne besondere Gegenleistungsverpflichtung bewilligt wurden. So wurden im Rechnungsjahr 2007 beispielsweise mehreren Sportvereinen Zuweisungen für den Erwerb von Sportgeräten gewährt, ohne die Vereine gleichzeitig zu verpflichten, diese Anlagegüter z.B. für eine eventuelle Nutzung beim Schulsport zur Verfügung zu stellen. Dadurch wird die gesetzliche Entscheidungsfreiheit der BV nach RPA-Meinung nicht eingeschränkt. R 401 hat die Angelegenheit intern besprochen und zur weiteren Klärung an die Geschäftsführungen der Bezirksvertretungen weitergeleitet.

Eine BV erhielt eine Barspende in Höhe von nahezu 500,- €, die indessen nicht auf einer Einnahmehaushaltsstelle verbucht worden ist. Vielmehr wurde entgegen dem haushaltsrechtlichen Bruttoprinzip durch eine Ausgabe-Absetzungsanordnung die Höhe der verausgabten BV-Verfügungsmittel reduziert.

Für die von den Bezirksvertretungen nicht ausgegebenen Mittel wurden keine Reste gebildet. Allerdings wurden diese Gelder in 2008 bis auf eine Ausnahme in voller Hö-

he überplanmäßig wieder zur Verfügung gestellt (insgesamt ca. 186 T-Euro). Inso-
weit wird das RE 2007 günstiger dargestellt.

UA 0270 Regionalbüro (002.100; 000)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	768.150	1.186.916	54,5	744.286	59,5
Ausgaben	929.729	672.456	-27,7	523.054	28,6
Differenz	-161.579	514.460		221.232	

Im UA 0270 werden überwiegend projektbezogene Einnahmen und Ausgaben nachgewiesen. Die Höhe der Einnahmen und Ausgaben hängt mithin zu einem erheblichen Teil vom finanziellen Volumen der Maßnahmen und vom jeweiligen Fortschritt bei der Projektabwicklung ab. Im Übrigen erfolgt die Finanzierung über Steuerumlagen der Eigenbetriebe und der Verwaltung, die im Berichtsjahr zusammen 496 T-Euro ausmachten.

Für das erhebliche Einnahmeplus sowohl im Vorjahresvergleich als auch gegenüber der Planung waren im Wesentlichen die nachfolgend beschriebenen Entwicklungen verantwortlich: Im Berichtsjahr wurde das Projekt der EU-Initiative „EQUAL“ endgültig abgerechnet, zuvor vom Bund einbehaltene Zuwendungen in Höhe von 239 T-Euro (10 %iger Rückbehalt) wurden an das Regionalbüro ausgezahlt. Nicht in der Einnahmeplanung des Regionalbüros enthalten waren Landesmittel für die Projekte „ProFit 2“ (20 T-Euro), „U3“ (66 T-Euro) und „Kombilohn NRW“ (116 T-Euro).

Während beim UA 0270 Ende 2006 keine Kasseneinnahmereste angefallen waren, beträgt die Höhe der KER am Ende des Berichtsjahres rund 37 T-Euro. Ein Teilbetrag in Höhe von 17 T-Euro beruht auf einer sehr späten Sollstellung am Jahresende; dieser Betrag wurde indessen nicht benötigt und Anfang 2008 abgesetzt.

Beim Projekt „EQUAL“, einer mit EU-Geldern geförderten Qualifizierungsmaßnahme, wurden von den in 2007 erhaltenen Zuwendungen in Höhe von 239 T-Euro im Berichtsjahr nur rd. 75 T-Euro wieder ausgezahlt. Annähernd 100 T-Euro hat ein Zuwendungsempfänger vom Regionalbüro erst im Jahr 2008 erhalten, die restlichen Zuwendungen dienten zur anteiligen Finanzierung von Personalkosten des Regionalbüros für die Durchführung dieses Projekts.

Beim Projekt „U3“, das zur Finanzierung von Kinderbetreuungskosten entwickelt worden ist, um Eltern eine vorzeitige Rückkehr in den Beruf zu erleichtern, verschob sich ebenfalls die Auszahlung der für das 4. Quartal bestimmten Zuschüsse in das Jahr 2008.

Die Differenz in Höhe von 252 T-Euro zwischen RE und Ausgabeermächtigung im UA 0270 ist des Weiteren entstanden durch die nicht erfolgte Weiterleitung der Landesmittel für die örtlichen Regionalagenturen (Ansatz 53 T-Euro) im Jahr 2007, durch nicht verausgabte Gelder für regionale Projekte im Umweltbereich im Volumen von

rd. 34 T-Euro und durch Minderausgaben beim Projekt „Ökoprofit“ (20 T-Euro weniger als vorgesehen) sowie durch geringere Ausgaben als geplant im Bereich der Sachausgaben und der Öffentlichkeitsarbeit der Regionalagentur (zusammen etwa 27 T-Euro weniger).

Verbesserungsmöglichkeiten bei der Rechnungsabwicklung im Regionalbüro wurden mit der Leistungseinheit besprochen. Dabei ging es u.a. um kleinere Verstöße gegen Haushaltsrecht und Dienstanweisungen (Finanzierung und Erfassung von Anlagegütern, Verwaltung und Prüfung des Handvorschusses). Auf die wegen des hohen Aufwands nach Möglichkeit zu vermeidende Abwicklung kleinerer Auszahlungsbeträge über das SAP-Verfahren wurde bereits im Rahmen der Prüfung der Rechnung 2005 aufmerksam gemacht.

UA 0500 Standesamt (002.101; R 301)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	416.950	445.727	6,9	430.878	3,4
Ausgaben	1.505.092	1.426.388	-5,2	1.422.094	0,3
Differenz	-1.088.142	-995.510		-991.216	

Der Zuschussbedarf ist gegenüber dem Vorjahr um 4.000 € gestiegen und liegt rd. 92.000 € unter dem prognostizierten Wert.

Gestiegene Personal- und Betriebskosten werden durch rückläufige Ausgaben für Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei sowie Nachrichtentechnik kompensiert.

UA 0510 Statistik und Wahlen (002.100; R 401)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	629.450	607.028	-3,6	659.588	-8,0
Ausgaben	1.191.684	651.574	-45,3	924.715	-29,5
Differenz	-562.234	-44.547		-265.127	

Wie schon in früheren Schlussberichten erwähnt, sind die Einnahmen und Ausgaben mit denen des Vorjahres und der Haushaltsansätze in der Regel nicht vergleichbar, da die Rechnungsergebnisse wesentlich von den durchgeführten Wahlen und den damit verbundenen Kostenerstattungen des Bundes bzw. Landes abhängen. In den Jahren 2006 und 2007 fanden keine allgemeine Wahlen statt, die Rechnungsergebnisse des Haushaltsjahres 2006 enthalten allerdings „Restzahlungen“ des Landes im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2005 in Höhe von ca. 52 T-Euro einer-

seits und Buchungen auf wahlbezogene Haushaltsausgabereste andererseits (im Ergebnis Ausgabeverminderung um ca. 10 T-Euro).

Im Übrigen bestehen die Einnahmen, abgesehen von vergleichsweise geringen Verkaufserlösen (RE 2007: 2 T-Euro), aus Steuerungsumlagen der Eigenbetriebe sowie der Ressorts, Ämter und Stadtbetriebe.

Die großen Differenzen bei den Ausgaben im Vergleich zum Ansatz und gegenüber dem RE 2006 beruhen zum größten Teil auf einen vergleichsweise geringen Betrag für die von der Wahlbehörde bezogenen Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei. Während hierfür 402 T-Euro veranschlagt waren, betrug das RE nur etwas mehr als 6 T-Euro (zum Vergleich RE 2006: 257 T-Euro). Ursächlich war zum einen der Wegfall des BS2000-Verfahrens, für das 2006 noch 220 T-Euro beim UA 0510 verrechnet wurden. Zum anderen wurden zur Bezahlung von Tul-Leistungen andere Unterabschnitte des Ressorts 401 belastet.

Ansonsten wurde die Höhe der Ausgaben durch eine geänderte Zuordnung einer Mitarbeiterin beeinflusst. Die Personalausgaben für diese Kraft werden in Höhe von rd. 64 T-Euro in der Rechnung 2007 beim UA 0203 nachgewiesen. Außerdem fielen durch die Abgabe von Räumlichkeiten im Vorjahresvergleich geringere Werte für Mieten und Betriebskosten an.

UA 0610 Automatisierte Datenverarbeitung (002.202; SB 402 ohne 402.1)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007/
	€	€	%	€	%
Einnahmen	6.308.550	6.900.841	9,4	6.354.770	8,6
Ausgaben	6.732.820	7.750.184	15,1	6.565.852	18,0
Differenz	-424.270	-849.343		-211.082	

Das Rechnungsergebnis 2007 entsprach auf der Einnahmen- und Ausgabenseite nicht der Planung. Der Planansatz bei den Einnahmen wurde um 9,4 % überschritten. Dem steht gegenüber, dass der Ansatz bei den Ausgaben um 15,1 % überschritten wurde.

Die Mehreinnahmen gegenüber dem Ansatz resultieren aus höheren Einnahmen bei den inneren Verrechnungen mit anderen Dienststellen (0610-169.0100). Hier wurde 601.579 € mehr vereinnahmt als geplant.

Die Mehrausgaben gegenüber der Planung fallen fast ausschließlich bei den Personalausgaben inkl. der Nebenkosten an. Wegen der Fortführung der Rezentralisierung der Tul-Administration wurde im SB 402 der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr aufgestockt.

In der Summe ist das Rechnungsergebnis mit - 849.343 € negativ.

UA 0620 Nachrichtentechnik (002.202; SB 402.1)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006 / RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	6.942.000	6.612.385	-4,7	7.069.257	-6,5
Ausgaben	6.638.240	6.301.721	-5,1	6.567.568	-4,0
Differenz	303.760	310.664		501.689	

Im Jahr 2007 wurde bei den Einnahmen und Ausgaben der Planansatz unterschritten. Im Gesamtergebnis entspricht der Saldo fast genau der Planung.

UA 0640 Zentrale Vergabestelle (002.100; 400)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006 / RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	372.500	350.753	-5,8	360.534	-2,7
Ausgaben	425.987	407.807	-4,3	377.803	7,9
Differenz	-53.487	-57.054		-17.270	

Der Rückgang bei den Einnahmen im Vergleich zum RE 2006 beruht auf einer etwas geringeren Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Zentralen Vergabestelle durch die Eigenbetriebe GMW, ESW, APH und KIJU.

Ausschlaggebend für die im Vorjahresvergleich gestiegenen Ausgaben waren in erster Linie die beim UA 0210 beschriebenen allgemeinen Entwicklungen bei den Personalausgaben für Tarifkräfte. Der gegenüber 2006 zu verzeichnende geringfügige Anstieg bei den Sachkosten einschl. der inneren Verrechnungen (+ 3 T-Euro) ist vor allem zurückzuführen auf höhere Betriebskosten und Mehraufwendungen beim Bezug von Leistungen der Datenverarbeitung und Druckerei.

UA 0800 Arbeitsmedizin, Arbeitssicherheit und betriebliche Suchtberatung (002.100; R 404)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006 / RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	233.920	284.809	21,8	244.025	16,7
Ausgaben	618.842	582.710	-5,8	543.675	7,2
Differenz	-384.922	-297.901		-299.650	

Der weitaus größte Teil der Einnahmen setzt sich aus Überweisungen der Eigenbetriebe und sonstigen städtischen Gesellschaften (u.a. APH Service GmbH, Wupper-

taler Bühnen GmbH, Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH) sowie aus Verrechnungen mit kostenrechnenden Einrichtungen der Verwaltung zusammen. Vergütet werden die Leistungen des arbeitsmedizinischen Dienstes, des Teams Arbeitssicherheit und der betrieblichen Sozial- und Schuldnerberatung.

Sowohl im Vergleich zur Planung als auch gegenüber dem RE 2006 gingen von den Eigenbetrieben und den sonstigen betreuten Institutionen höhere Entgelte für die zuvor beschriebenen Leistungen ein. Wegen einer doppelten Sollstellung sind die Einnahmen im UA 0800 jedoch um einen Betrag in Höhe von ca. 17 T-Euro zu hoch ausgewiesen. Für die Betreuung durch den arbeitsmedizinischen Dienst wurden der Freiwilligen Feuerwehr 17 T-Euro berechnet. Die Sollstellung erfolgte irrtümlich sowohl durch eine Verrechnungsanordnung als auch ein zweites Mal mittels Rechnung. Die an sich fällige Absetzung eines dieser beiden Beträge wurde im Haushaltsjahr 2007 nicht vorgenommen. Um den Rechnungsbetrag in Höhe von 17 T-Euro fallen mithin die (neuen) Kasseneinnahmereste im UA 0800 zu hoch aus.

Die gegenüber dem RE 2006 gestiegenen Ausgaben sind im Wesentlichen auf höhere Personalausgaben für Tarifkräfte zurückzuführen (siehe hierzu auch die Ausführungen beim UA 0210).

UA 0810 Versorgungsleistungen und dergleichen (002.100; R 404)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	645.000	1.830.034	183,7	1.180.205	55,1
Ausgaben	18.002.827	16.731.257	-7,1	14.693.827	13,9
Differenz	-17.357.827	-14.901.224		-13.513.621	

In diesem UA werden Teile der Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte sowie Teile der Beihilfeaufwendungen für Versorgungsempfänger/-innen veranschlagt und abgerechnet. Ferner werden Zahlungen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Altersteilzeitgesetzes und von Sozialversicherungsträgern erstattete Aufwendungen für Mutterschaft hier nachgewiesen. Darüber hinaus dient der UA 0810 als „Auffangstelle“ für sonstige personalbezogene Leistungen, z.B. Mittel für Rückkehrer/-innen aus Gesellschaften und Eigenbetrieben zur Kernverwaltung. Haushaltsansätze und Rechnungsergebnisse 2007 bei einigen Haushaltsstellen dieses UA sind durch die teilweise Bewirtschaftung des Haushalts nach dem System der doppelten Buchführung für die NKF-Pilotbereiche beeinträchtigt. Dadurch sind Vergleiche der RE 2007 mit den Vorjahresergebnissen und den Ansätzen teilweise nicht oder nur in eingeschränkter Form möglich.

Bei den Einnahmen, deren RE 2006 durch eine Absetzung eines Kasseneinnahmerestes in Höhe von 287 T-Euro zum Ausgleich einer im Jahr 2005 erfolgten „Fehlbuchung“ negativ beeinflusst worden ist, führten vor allem folgende Entwicklungen zu dem auffällig hohen RE 2007: Von den Krankenkassen gingen mit 160 T-Euro nahezu doppelt so hohe Erstattungen für finanzielle Leistungen der Stadt für Mutterschaftsfälle (z.B. Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, Arbeitsentgelt bei Beschäfti-

gungsverboten) ein als im Vorjahr, was vor allem darauf zurückgeführt werden kann, dass das Gesetz erst Anfang 2006 in Kraft getreten ist. Der Umlageanteil der Eigenbetriebe für Altersteilzeit belief sich auf 950 T-Euro (zum Vergleich RE 2006: 507 T-Euro); die Haushaltsplanung sah hier nur 400 T-Euro Einnahmen vor. Mit 615 T-Euro leisteten städtische Gesellschaften und Eigenbetriebe für die Zuführung zur Versorgungsrückstellung etwa 234 T-Euro mehr als im Jahr 2006. Hierbei handelt es sich um pauschale Beiträge der städtischen Unternehmen an der gesamtstädtischen Zuführung zur Versorgungsrücklage und um Pensionsausgleichszahlungen für beamtete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die früher bei der Stadtverwaltung tätig waren und entweder pensioniert wurden oder zur Stadtverwaltung zurück wechselten. Um 104 T-Euro geringer als im Vorjahr fielen indessen die Leistungen der Arbeitsagentur für Altersteilzeitverhältnisse aus, wobei wegen des praktizierten halbjährlichen Abrechnungsverfahrens und der Besonderheiten der betroffenen Fälle keine sichere Prognose über die Höhe und den Zeitpunkt der Erstattungen aufgestellt werden kann.

Die im UA 0810 verbuchten Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten beliefen sich lt. RE 2007 auf 10,4 Mio. € (zum Vergleich RE 2006: 8,1 Mio. €). Die Ausgabeermächtigung betrug 11,5 Mio. €. Hier gilt es zu berücksichtigen, dass über den UA 0810 im Berichtsjahr zusätzlich die Versorgungsbezüge für die NKF-Pilotbereiche abgewickelt worden sind. Für die Gesamtverwaltung schließt die Rechnung 2007 mit Versorgungsbezügen in Höhe von insgesamt 23,4 Mio. € ab (zum Vergleich RE 2006: 23,1 Mio. DM). Für die Erhöhung im Vorjahresvergleich waren u.a. eine höhere Anzahl von Pensionierungen und mehr „Sterbegeldfälle“ ursächlich.

Für Beihilfeleistungen und sonstige Unterstützungen wurden aus dem UA 0810 im Berichtsjahr 4,9 Mio. € geleistet (zum Vergleich RE 2006: 5,4 Mio. €). Dabei wird unter der Haushaltsstelle 0810-450.0000 „Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen“ der Unterschiedsbetrag zwischen der Summe der aus den einzelnen UA stammenden Umlagen (pauschal 2.000,- € für jede beamtete Vollzeitkraft) und dem Gesamtbetrag aller Beihilfezahlungen verbucht. Die für die beamteten Kräfte in den NKF-Pilotbereichen veranschlagten Pauschalen wurden in Höhe von 364 T-Euro vom kameralen in den NKF-Haushalt umgebucht. Während das Konto 504101 „Beihilfen für Beamte“ im NKF-Ergebnis der Pilotbereiche mit Aufwendungen in Höhe von zusammen ca. 350 T-Euro abschließt, wurde im kameralen UA 9102 „Abrechnung mit dem NKF-Haushalt“ lediglich ein Betrag in Höhe von 336 T-Euro verbucht. Diese Differenz hat allerdings keine Auswirkungen auf die Gesamtsumme aller Beihilfeleistungen und Unterstützungsleistungen für die Beschäftigten der Gesamtverwaltung, die sich im Berichtsjahr auf rund 7,3 Mio. € belief gegenüber 7,8 Mio. € im Vorjahr und 7,0 Mio. € im Jahr 2005. Die Ursachen für diese von R 002 nicht erwartete Entwicklung konnten im Rahmen der Prüfung der Rechnung 2007 nicht geklärt werden. Möglicherweise hat die Vorbereitung und Einführung der neuen Software für die Beihilfebearbeitung zu zeitlichen Verschiebungen geführt. Welche Auswirkungen die Einschränkungen des Gesetz- bzw. Verordnungsgebers hinsichtlich der Beihilfefähigkeit von nicht verschreibungspflichtigen Medikamenten und die sonstigen Änderungen des Beihilferechts auf das RE 2007 hatten, ist ebenfalls offen.

Für Pensionsrückstellungen auf Versorgungsbezüge entsprechend den Regelungen des EFoG (siehe hierzu UA 0210) wurden auf kameraler Berechnungsgrundlage für die Gesamtverwaltung 185 T-Euro ermittelt (zum Vergleich RE 2006: 188 T-Euro). Auf den UA 0810 entfielen davon 83 T-Euro, darin enthalten sind auch die Pensions-

rückstellungen auf Versorgungsbezüge für den NKF-Pilotbereich. In der Summe ergeben die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für die im Dienst befindlichen Beamtinnen und Beamte in Höhe von 348 T-Euro (s. UA 0210), für die Versorgungsempfänger/-innen in Höhe von 185 T-Euro und die von den Eigenbetrieben und städt. Gesellschaften geleisteten Zuführungen zur Versorgungsrückstellung in Höhe von 615 T-Euro einen Wert in Höhe von insgesamt 1.149 T-Euro. Dieser Betrag wurde der Sonderrücklage „Pensionsrückstellungen“ zugeführt und an den Rheinischen Versorgungsrücklage-Fonds überwiesen. Der Bestand der in diesem Fonds angelegten Versorgungsrücklage erhöhte sich durch den Erwerb weiterer Anteile auf ca. 6 Mio. € (= Nennwert) am Jahresende 2007 (zum Vergleich Nennwert am Jahresende 2006: 5,2 Mio. €).

Obwohl für die in den NKF-Pilotbereichen tätigen Beamtinnen und Beamten Pensionsrückstellungen auf doppischer Grundlage (Konto 505110 „Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beamte“, lt. Ergebnisrechnung ca. 2,9 Mio. €) gebildet worden sind, wurde für diesen Personenkreis auch im kameralen Haushalt im UA 0810 auf der Basis von pauschalen Sätzen eine (anteilige) Pensionsrückstellung in Höhe von zusammen 54 T-Euro gebucht. Auf diese Weise wurde erreicht, dass der der Sonderrücklage „Pensionsrückstellungen“ zugeführte und an den Rheinischen Versorgungsrücklage-Fonds überwiesene Betrag sämtliche beamtete Dienstkräfte der Verwaltung umfasst.

Das im RE 2007 bei der Haushaltsstelle 0810-421.0000 „Pensionsrückstellungen auf Versorgungsbezüge“ ausgedruckte Haushaltssoll (= Ansatz) in Höhe von 92.040,- € stimmt nicht mit dem im kameralen Nachtragsplan als „Ansatz 2007 neu“ veranschlagten Betrag in Höhe von 99.120,- € überein.

UA 0820 Personalvertretung (002.100)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.022.150	992.341	-2,9	988.643	0,4
Ausgaben	1.180.562	1.152.313	-2,4	1.091.887	5,5
Differenz	-158.412	-159.972		-103.245	

In diesem Unterabschnitt sind die Einnahmen und Ausgaben für den Gesamtpersonalrat, die Teilpersonalräte, die Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie für die Schwerbehindertenvertretungen dargestellt.

Auf der Einnahmeseite wurden ausschließlich Steuerungsumlagen verbucht. Die Aufwendungen entstehen zum weitaus überwiegenden Teil durch die Personalkosten der freigestellten Personalratsmitglieder nebst entsprechender Büroassistenz. Im Vorjahresvergleich erhöhten sich die Personalaufwendungen um 58 T-Euro, für Mieten und Betriebskosten wurden dagegen zusammen rund 8 T-Euro weniger als 2006 benötigt. Bei den Repräsentationsaufwendungen und für die Anmietung von Veranstaltungsräumen betrug der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ca. 10 T-Euro, wofür vor allem eine zusätzliche Personalversammlung und anteilig zu tragende Ver-

anstellungskosten für die „Wuppertaler Initiative für Kommunalwirtschaft“ verantwortlich waren. Das RE der Ausgaben fiel insgesamt aber niedriger aus als die Ausgabenermächtigung.

UA 0830 Kantine (002.100; R 404)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	76.000	105.331	38,6	86.802	21,3
Ausgaben	251.189	227.936	-9,3	218.535	4,3
Differenz	-175.189	-122.605		-131.733	

Die Kantine wird von einem Fremdunternehmen bewirtschaftet und unterliegt als Betrieb gewerblicher Art der Umsatzsteuer. Um 14 T-Euro höhere Vorsteuererlöse als beim RE 2006 und um rd. 5 T-Euro höhere Einnahmen bei der Position „Bewirtung der Gremien“ (z.B. Rats-, Fraktions- und Ausschusssitzungen, sonstige Besprechungen usw.) bewirkten die Erhöhung der Einnahmen.

Auf der Ausgabenseite stiegen im Vorjahresvergleich die vom privaten Kantinenbetreiber der Stadt in Rechnung gestellten Bewirtungsleistungen um etwa 5 T-Euro. Die restlichen Ausgabensteigerungen in Jahresfrist beruhen auf höheren Mehrwertsteuerbeträgen (+ 5 T-Euro gegenüber 2006) und geringfügig gestiegenen Betriebskosten. Der städtische Zuschuss für den Kantinenbetrieb fiel im Berichtsjahr lt. Rechnungsergebnis mit etwa 78 T-Euro (netto) um rund 2 T-Euro geringer aus als im Vorjahr. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass eine im Rahmen des Betriebskostenzuschusses zu leistende Ausgleichszahlung für Verkaufserlöse mit reduziertem Mehrwertsteuersatz (7 %) in Höhe von etwa 2 T-Euro nicht bei der eigentlich zutreffenden Haushaltsstelle 0830-717.0000 „Zuschuss für den Betrieb der Kantine“, sondern bei 0830-571.0000 „für die Bedienung der Gremien“ gebucht worden ist.

UA 0840 Kommunale Fortbildung (002.100; 400/R 404)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	306.850	219.861	-28,3	264.189	-16,8
Ausgaben	810.977	698.427	-13,9	718.974	-2,9
Differenz	-504.127	-478.566		-454.785	

Die Einnahmen der kommunalen Fortbildung (KoFo) bestehen ausschließlich aus den Entgelten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die zum größten Teil bei der Stadtverwaltung, den Eigenbetrieben und den städtischen Gesellschaften beschäftigt sind. In den gesamten Einnahmen enthalten sind allerdings auch Erträge geringeren Umfangs aus der Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für externe Dritte.

Im Vorjahresvergleich sind die vereinnahmten Teilnehmergebühren um 44 T-Euro niedriger ausgefallen.

Von Gewicht waren u.a. die über die KoFo durchgeführten Qualifizierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Umstellung des Rechnungswesens auf die doppelte Buchführung. Für diese NKF-Fortbildungen wurden mit dem UA 0208 Entgelte in Höhe von ca. 72 T-Euro verrechnet.

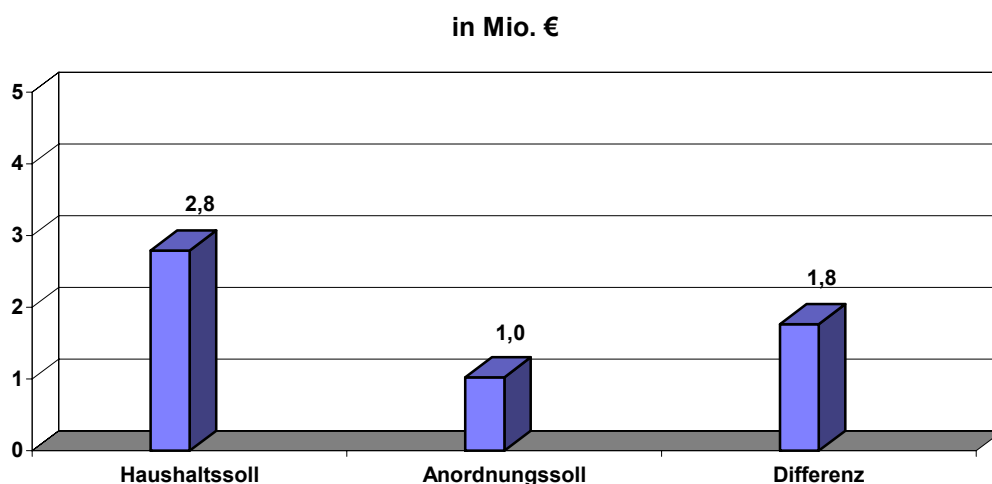
Ausschlaggebend für die gegenüber dem RE 2006 niedrigeren Ausgaben waren vor allem gesunkene Personalausgaben (-15 T-Euro im Vergleich zum Vorjahr) und eine reduzierte Inanspruchnahme von Leistungen der Datenverarbeitung und Druckerei (-11 T-Euro). Dadurch konnte die Ausgabensteigerung bei den an den Eigenbetrieb GMW abzuführenden Betriebskosten (+ 3 T-Euro) und die um 7 T-Euro höheren Aufwendungen für die Durchführung der Fortbildungsveranstaltungen (u.a. Dozenten-honorare) mehr als ausgeglichen werden.

Bei der Interpretation der finanziellen Ergebnisse sollten die gebührenfreien Angebote der KoFo (Gesundheitsförderung bzw. projektbezogene Veranstaltungen) nicht vergessen werden.

2.0.2 Vermögenshaushalt (002.100)

Grafik zur Tabelle 1:

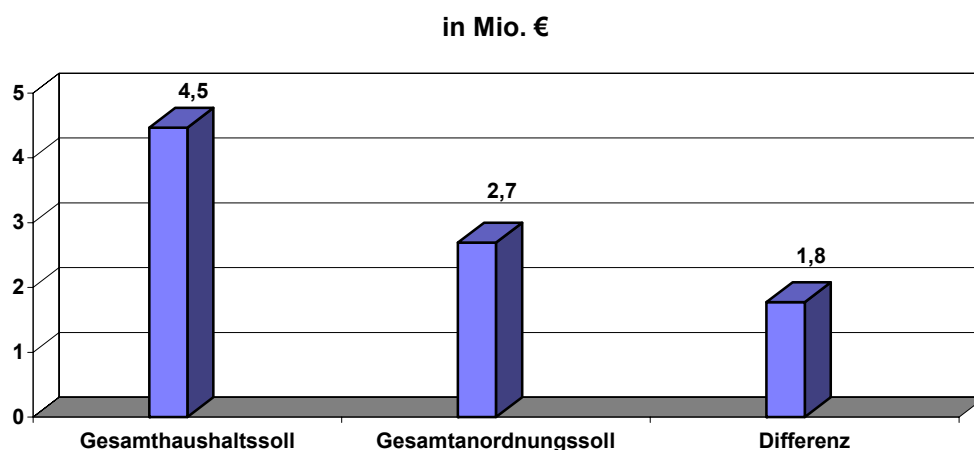
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. u. apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO a. F. +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 36,7 % (2006 = 47,6 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 60,3 % (2006 = 67,0 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
0000 Rat und Gremien	0	0	0	0,0
0200 Infrastruktur	229.120	152.354	76.766	66,5
0202 Customer Competence C.	0	0	0	0,0
0203 Schlüsselprojekte d. Verw.	80.000	68.697	11.303	85,9
0208 Einführung NKF	18.500	18.395	105	99,4
0211 Ausbildung	0	0	0	0,0
0240 Presse- u. Informationswes.	0	0	0	0,0
0340 Finanzen (Steueramt)	0	0	0	0,0
0350 Grundstückswirtschaft	0	0	0	0,0
0500 Standesamt	0	0	0	0,0
0610 ADV und Druckerei	1.642.000	785.417	856.583	47,8
0620 Nachrichtentechnik	823.100	923	822.177	0,1
0800 Arbeitsmedizin u.a.	0	0	0	0,0
0830 Kantine	0	0	0	0,0
Summe EP 0	2.792.720	1.025.787	1.766.933	36,7

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
0000 Rat und Gremien	0	0	0	0,0
0200 Infrastruktur	289.120	212.354	107.880	73,4
0202 Customer Competence C.	0	0	0	0,0
0203 Schlüsselprojekte d. Verw.	80.000	68.697	11.303	85,9
0208 Einführung NKF	18.500	18.395	105	99,4
0211 Ausbildung	0	0	0	0,0
0240 Presse- u. Informationswes.	0	0	0	0,0
0340 Finanzen (Steueramt)	0	0	0	0,0
0350 Grundstückswirtschaft	0	0	0	0,0
0500 Standesamt	0	0	0	0,0
0610 ADV und Druckerei	2.524.264	1.667.680	856.583	66,1
0620 Nachrichtentechnik	1.554.981	726.054	828.927	46,7
0800 Arbeitsmedizin u.a.	0	0	0	0,0
0830 Kantine	0	0	0	0,0
Summe EP 0	4.466.864	2.693.181	1.804.797	60,3

Realisierungsquote im Vermögenshaushalt des Einzelplans 0:

Aufgrund der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements sind die zum 01.01.2007 als Pilotbereiche auf das doppelte Haushaltswesen umgestellten Unterabschnitte 0300 und 0310 des Vermögenshaushalts in den vorstehenden Grafiken und Tabellen nicht mehr abgebildet. Für o.g. Unterabschnitte sah der kamerale Haushaltsplan (Entwurf) keine vermögenswirksamen Ausgaben vor. Trotz der Löschung der Unterabschnitte aus den Grafiken und Tabellen ist die Darstellung sämtlicher Realisierungsgrade im Vermögenshaushalt des Einzelplans 0 mithin vollständig.

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:

UA 0200 Infrastruktur (002.100; R 401)

Für die Beschaffung von Büroinventar (Haushaltsstelle 0200-935.0044) standen im Berichtsjahr 229 T-Euro zuzüglich 60 T-Euro Haushaltsreste aus Vorjahren zur Verfügung. Von den Mitteln des Jahres 2007 wurden 152 T-Euro verausgabt (= Rechnungsergebnis), außerdem die Restmittel in voller Höhe. Am Jahresende 2007 waren Aufträge mit einem Wert von zusammen rund 70 T-Euro noch nicht abgerechnet. Von den für das Berichtsjahr bereitgestellten Mitteln konnte ein Betrag in Höhe von etwa 10 T-Euro eingespart werden.

UA 0610 ADV und Druckerei (002.202; SB 402)

Von den Haushaltsresten am Ende des Berichtsjahres in Höhe von rund 828 T-Euro sind bereits 514 T-Euro durch Aufträge gebunden. Darunter befinden sich Fachverfahren für verschiedene Ressorts und Stadtbetriebe der Verwaltung, wie z.B.

- „Via Vis“ (Straßenmanagement) für R 104, Auftragswert ca. 71 T-Euro,
- „Felis“ (Fachprogramm für den kommunalen Ordnungsdienst) für R 302, Auftragswert 93 T-Euro,
- „WiNOWiG“ (Verfahren bei Ordnungswidrigkeiten) für R 302, Auftragswert 21 T-Euro,
- „citysite“ (Content-Managementsystem für Intranet, Internet) für 400, Auftragswert etwa 50 T-Euro, und
- „Altiris“ (Inventarisierung von Software) für SB 402, Auftragswert 18 T-Euro.

UA 0620 Nachrichtentechnik (002.202; SB 402)

Von den zur Verfügung stehenden Mitteln wurden 856 T-Euro nicht verausgabt. Darunter waren zum Jahresende bereits 800 T-Euro durch beabsichtigte Auftragsvergaben gebunden, wobei ein Großteil in Höhe von 700 T-Euro auf die neue Telefonanlage in der Stadtverwaltung entfällt.

2.1 Einzelplan 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung

2.1.1 Verwaltungshaushalt

Hinweis

Im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements wurde ein Unterabschnitt des Einzelplans 1 bereits zum 01.01.2007 als Pilotbereich auf das doppelte Haushaltswesen umgestellt.

Im Verwaltungshaushalt handelt es sich dabei um folgenden Unterabschnitt:

UA 1140 - Ausländerwesen (R 204)

Etwaige Erläuterungen sowie Prüfungsfeststellungen des RPA zu o.g. Bereich werden daher in Kapitel III. dieses Schlussberichts („NKF-Haushalt“) unter der entsprechenden Produktgruppe dargestellt.

Die bisher an dieser Stelle abgebildeten Grafiken zum Verwaltungshaushalt „Vergleich der Rechnungsergebnisse“ und „Vergleich des Haushaltssolls mit dem Rechnungsergebnis“ besitzen aufgrund des Wegfalls des o.g. Unterabschnitts aus dem kamerale Haushalt keine Aussagekraft und entfallen daher.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushalts

UA 1100 Ordnungsaufgaben (002.101; R 302)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	12.069.650	11.464.232	-5,0	11.416.680	0,4
Ausgaben	11.836.526	11.497.901	-2,9	11.179.975	2,8
Differenz	233.124	-33.669		236.705	

Der UA schließt mit einem negativen Rechnungsergebnis ab. Die Einnahmen liegen im Bereich des Vorjahres. So wurden rückläufige Einnahmen (u.a. aus Überwachung des ruhenden Verkehrs und der Verwaltungsgebühren ./. 435.000 €) durch Mehreinnahmen im Bereich der Geschwindigkeits- und Rotlichtkontrolle (+ 600.000 €) kompensiert. Der Ansatz bei den Einnahmen durch die Überwachung des ruhenden Verkehrs ist seit Jahren unverändert hoch geblieben, so dass sich allein bei dieser Position eine Abweichung von mehr als 860.000 € zwischen Ansatz und Rechnungsergebnis ergibt.

UA 1110 Meldebehörde (002.101; R 301)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.164.260	1.481.828	27,3	1.278.889	15,9
Ausgaben	4.692.914	3.730.667	-20,5	3.586.164	4,0
Differenz	-3.528.654	-2.248.839		-2.307.275	

Auf der Einnahmeseite konnte – trotz erhöhter Ansätze gegenüber dem Vorjahr – wiederum eine Verbesserung bei den Verwaltungsgebühren für Reisepässe und Personalausweise erzielt werden.

Dementsprechend belasten höhere Kosten bei der Beschaffung von Reisepässen und Personalausweisen die Ausgabeseite, wobei die Ausgaben unter dem Haushaltsansatz liegen.

UA 1130 Veterinäraufgaben (002.101; R 302)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	117.000	130.625	11,6	124.604	4,8
Ausgaben	490.022	477.138	-2,6	458.378	4,1
Differenz	-373.022	-346.513		-333.774	

Mehrausgaben sind im Wesentlichen für die Bekämpfung von Tierseuchen durch die Einrichtung des Logistikzentrums der Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid entstanden, sowie für Kosten von Probenahmen externer Tierärzte, die zur Tierseuchenbekämpfung zwingend notwendig waren.

UA 1300 Berufsfeuerwehr (002.101; SB 304)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	928.500	636.370	-31,5	856.239	-25,7
Ausgaben	19.816.608	20.279.086	2,3	18.934.563	7,1
Differenz	-18.888.108	-19.642.716		-18.078.324	

Eine Forderung gegenüber dem ESW wurde im Rechnungsjahr 2006 doppelt zum Soll gestellt. Die Absetzung erfolgte im Dezember 2007 und belastet das Rechnungsergebnis mit ca. 50.000 €.

Eine Einnahmeerwartung von 25.000 € vom GMW für Eigenleistungen der Feuerwehr konnte nur in Höhe von rund 21.600 € realisiert werden. Zudem wurde diese Einnahme auf dem Verwahrkonto und nicht bei der entsprechenden Finanzposition in diesem Unterabschnitt verbucht. Die interne Verrechnung mit dem Ressort 401 für Leistungen der Feuerwehr (Kosten für die Bereitstellung der Telefonzentrale) in Höhe von veranschlagten 17.900 € erfolgte nicht, so dass das Rechnungsergebnis insgesamt um zusätzlich ca. 42.900 € belastet wird.

Rückläufige Einnahmen aus Gebühren und Kostenersatz führen ebenfalls zu einer Verschlechterung des Rechnungsergebnisses gegenüber dem Vorjahr. Sie liegen jedoch im Bereich des Rechnungsergebnisses des Jahres 2005.

Die Ausgaben liegen im Wesentlichen aufgrund gestiegener Personal- und Betriebskosten über dem Haushaltsansatz und dem Rechnungsergebnis des Jahres 2006.

UA 1310 Freiwillige Feuerwehr (002.101; SB 304)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	25.750	31.132	20,9	22.086	41,0
Ausgaben	2.897.152	2.814.539	-2,9	2.346.448	19,9
Differenz	-2.871.402	-2.783.407		-2.324.362	

Die Zuwendung zur Förderung des Feuerschutzes durch das Land für den Ersatz von Aufwendungen bei der Teilnahme von ehrenamtlichen Angehörigen öffentlicher Feuerwehren an Lehrgängen stieg – bedingt durch höhere Teilnehmerzahlen – um ca. 27 %.

Die Ausgaben liegen rund 468.000 € über dem Rechnungsergebnis des Vorjahres, aber noch unter dem Haushaltsansatz. Der Anstieg ist in erster Linie auf erhöhte Miet- und Betriebskostenzahlungen an das GMW und eine Erhöhung der kalkulatorischen Kosten (Abschreibung und Verzinsung des Anlagekapitals) zurückzuführen.

UA 1400 Katastrophenschutz (002.101; SB 304)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	10.050	13.252	31,9	20.183	-34,3
Ausgaben	430.714	367.359	-14,7	348.321	5,5
Differenz	-420.664	-354.107		-328.138	

Die im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2006 gesunkenen Einnahmen ergeben sich aus einer geringeren Erstattung der Kosten für die Anmietung von Stellplätzen durch den Bund.

Die Ausgaben liegen unter dem Haushaltsansatz, jedoch aufgrund gestiegener Personalkosten über dem Rechnungsergebnis des Jahres 2006.

UA 1600 Rettungsdienst (002.101; SB 304)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	8.539.250	10.069.783	17,9	9.722.865	3,6
Ausgaben	9.933.431	9.774.335	-1,6	9.326.418	4,8
Differenz	-1.394.181	295.448		396.447	

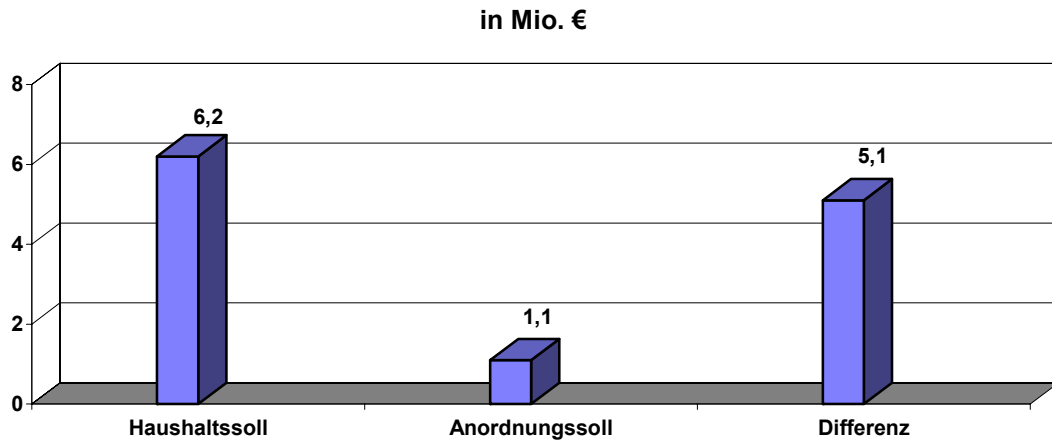
Mehreinnahmen in Höhe von rund 300.000 € gegenüber dem Vorjahr und 1,8 Mio. € gegenüber dem Haushaltsansatz führten im Bereich der Rettungsdienstgebühren zu dem positiven Rechnungsergebnis.

Die Ausgaben liegen rund 448.000 € über dem Rechnungsergebnis des Vorjahres. Die Steigerung beruht in erster Linie auf erhöhten Miet- und Betriebskostenzahlungen an das GMW und einer Erhöhung der kalkulatorischen Kosten (Abschreibung und Verzinsung des Anlagekapitals).

2.1.2 Vermögenshaushalt (002.101)

Grafik zur Tabelle 1:

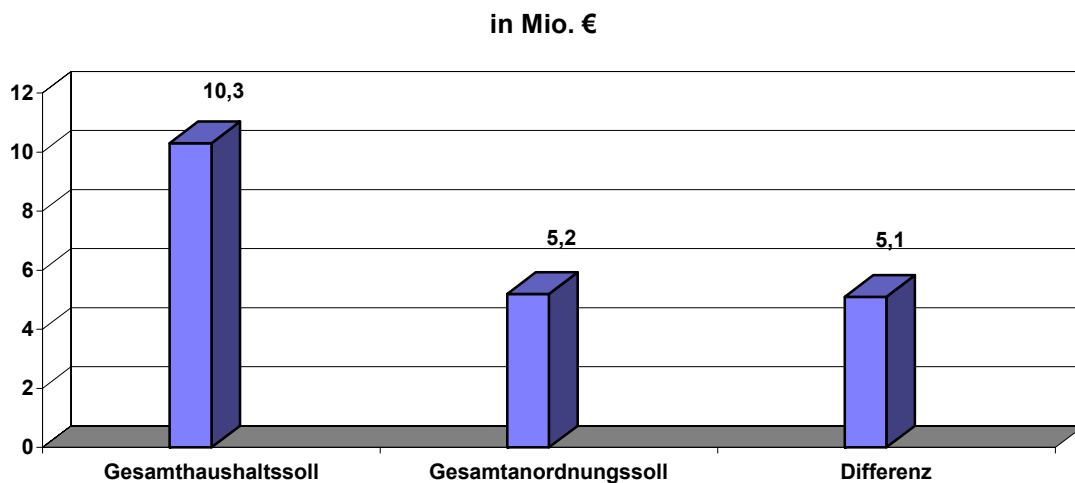
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. u. apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO a. F. +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 18,2 % (2006 = 6,2 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 50,1 % (2006 = 31 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
1100 Ordnungsaufgaben	393.500	331.344	62.156	84,2
1110 Meldebehörde	200	156	44	77,9
1130 Veterinäraufgaben	2.500	2.411	89	96,4
1200 Altlasten	2.347.234	42.697	2.304.538	1,8
1210 Umweltschutz	976.899	73.795	903.104	7,6
1300 Berufsfeuerwehr	1.007.408	623.926	383.482	61,9
1310 Freiwillige Feuerwehr	860.652	41.561	819.091	4,8
1400 Katastrophenschutz	7.248	0	7.248	0,0
1600 Rettungsdienst	583.000	8.369	574.632	1,4
Summe EP 1	6.178.641	1.124.259	5.054.383	18,2

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
1100 Ordnungsaufgaben	393.500	331.344	62.156	84,2
1110 Meldebehörde	3.441	3.396	45	98,7
1130 Veterinäraufgaben	2.500	2.411	89	96,4
1200 Altlasten	2.678.188	373.650	2.304.538	14,0
1210 Umweltschutz	1.011.139	108.036	903.104	10,7
1300 Berufsfeuerwehr	3.160.809	2.777.327	383.482	87,9
1310 Freiwillige Feuerwehr	1.657.686	838.595	819.091	50,6
1400 Katastrophenschutz	212.129	138.129	74.000	65,1
1600 Rettungsdienst	1.152.201	577.569	574.632	50,1
Summe EP 1	10.271.593	5.150.458	5.121.135	50,1

Realisierungsquote im Vermögenshaushalt des Einzelplans 1:

Aufgrund der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements ist der zum 01.01.2007 als Pilotbereich auf das doppische Haushaltswesen umgestellte Unterabschnitt 1140 des Vermögenshaushalts in den vorstehenden Grafiken und Tabellen nicht mehr abgebildet. Für o.g. Unterabschnitt sah der kamerale Haushaltsplan (Entwurf) keine vermögenswirksamen Ausgaben vor. Trotz der Löschung des Unterabschnitts aus den Grafiken und Tabellen ist die Darstellung sämtlicher Realisierungsgrade im Vermögenshaushalt des Einzelplans 1 mithin vollständig.

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:

UA 1200 Altlasten (002.201, R 106)

Maßgeblichen Einfluss auf die auch im Jahr 2007 erneut niedrig ausfallenden Realisierungsgrade des UA 1200 sind neben der fehlenden Förderzusage des Landes (Kippe Giebel) vor allem die im Vergleich zum Ansatz geringe Verausgabung von Mitteln bei der Maßnahme Sanierung Zoo-Viertel. Als Gründe für letzteres sind zum einen geringer ausgefallene Kosten, zum anderen aber auch, dass der zum ausgewiesenen Ansatz führende Sanierungsumfang sich im Nachhinein als deutlich geringer herausgestellt hat.

Veränderte Bedingungen führten bei der Sanierung Industriestraße dazu, dass eine Um- und Neuplanung erfolgen musste, so dass mit der Sanierung erst im Juli 2008 begonnen werden konnte.

UA 1210 Umweltschutz (002.201, R 106)

Die geringe Anzahl der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gemäß § 1a BauGB prägen maßgeblich den niedrigen Realisierungsgrad des UA 1210. Während dauerhafte Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen der Kompensationsflächen einen Teil der Ausgaben verursachen, stehen Entscheidungen für die Umsetzung weiterer Ausgleichsflächen derzeit aus

UA 1310 Freiwillige Feuerwehr (002.101; SB 304)

Die geringen Anordnungen auf das Haushaltssoll in 2007 resultieren im Wesentlichen aus Verzögerungen bei der Beschaffung von Fahrzeugen. Zwischen Planung bzw. Auftragsvergabe und Zahlung können wie in den vergangenen Jahren mehrere Haushaltsjahre liegen. Eine Abwicklung der Maßnahmen innerhalb eines Haushaltsjahres ist aufgrund der teilweise vorgeschriebenen europaweiten Ausschreibungen und zum Teil sehr langer Lieferzeiten i.d.R. nicht möglich.

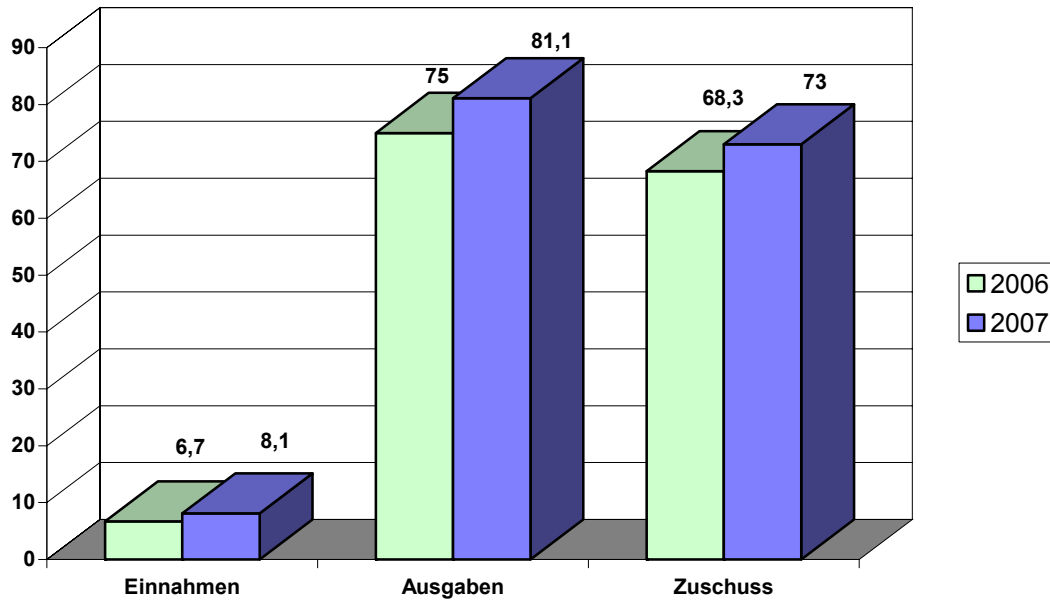
Auch die interkommunale Zusammenarbeit mit Solingen verursacht zunächst zusätzlichen Abstimmungsbedarf, der sich jedoch letztendlich durch Verwaltungsvereinfachungen an anderer Stelle sowie Preisvorteile rechnet.

Gleiches gilt für die Unterabschnitte 1400 (Katastrophenschutz) und 1600 (Rettungsdienst).

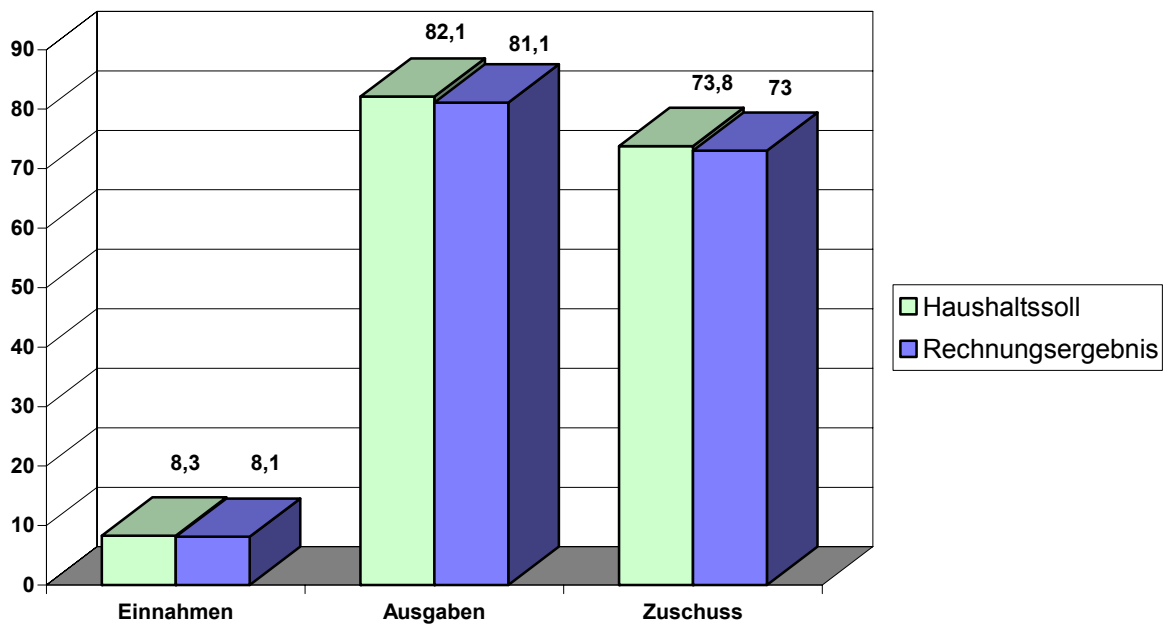
2.2 Einzelplan 2 – Schulen

2.2.1 Verwaltungshaushalt (002.116; SB 206)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2007 mit dem Rechnungsergebnis 2007 (in Mio. €)



Gegenüber 2006 ist der Zuschussbedarf im Jahr 2007 um rd. 4,7 Mio. € (rd. 6,9 %) gestiegen.

Der Anstieg des Zuschussbedarfs im Jahr 2002 um rd. 2,7 Mio. € beruhte vor allem auf erhöhten Mietzahlungen an das Gebäudemanagement, die als Folge mietwerterhöhender Maßnahmen an den Schulgebäuden geplant waren. Zudem stieg die zu zahlende Steuerungsumlage, da ab dem Doppelhaushalt 2002/2003 vier Steuerungsunterabschnitte zusätzlich auf die zu steuernden Unterabschnitte umgelegt wurden.

Auch 2003 erhöhten sich die Ausgaben im Einzelplan 2 durch gestiegene Mietzahlungen an das Gebäudemanagement, die als Folge mietwerterhöhender Maßnahmen an den Schulgebäuden geplant waren. Im Übrigen wurde die Entwicklung durch verschiedene Positionen beeinflusst. Der Zuschussbedarf stieg um rd. 2 Mio. €.

Dem im Jahr 2004 nahezu unveränderten Zuschussbedarf lagen verschiedene Entwicklungen in den Einnahme- und Ausgabepositionen zugrunde. Die Mietzahlungen an das Gebäudemanagement erhöhten sich fast durchgehend, was als Folge mietwerterhöhender Maßnahmen an den Schulgebäuden geplant war.

Im Jahr 2005 erhöhte sich der Zuschussbedarf durch verschiedene Entwicklungen in den Einnahme- und Ausgabepositionen um rd. 3 Mio. €.

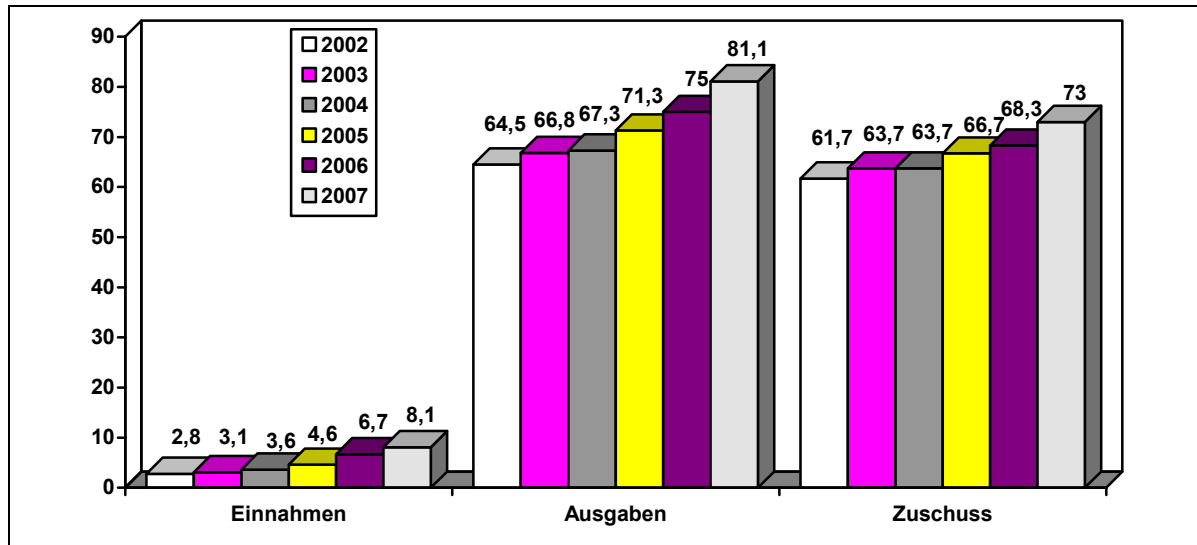
Im Jahr 2006 ergab sich in den Unterabschnitten, die Personalkosten enthalten und deshalb eine Steuerungsumlage zahlen müssen, durchgehend eine Erhöhung dieser Ausgaben. Zurückzuführen war diese Entwicklung auf die Erhöhung des Steuerzuschlags von 3 % im Jahr 2005 auf 3,5 % im Jahr 2006. Zusätzlich erhöht sich die zu zahlende Steuerungsumlage, wenn sich die Berechnungsbasis also die Personal- und Sachkosten des Unterabschnitts erhöhen, was z.B. durch Maßnahmen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Offenen Ganztagsschule im Jahr 2006 der Fall war.

Eine durchgehende Erhöhung der Einnahmen erfolgte in den Positionen für den Mietanteil von Sekundärnutzern, da der Stadtbetrieb Sport & Bäder seit 2006 einen um 10 % erhöhten Anteil an den Mietkosten für die Turnhallen trägt, der den Positionen des Stadtbetriebs Schulen gutgeschrieben wird.

Im Jahr 2007 wurden erstmalig, um eine sachgerechtere Darstellung im Haushalt zu erreichen, die Einnahmen aus Dienstwohnungsvergütungen der Schulhausmeister in den Unterabschnitten vereinnahmt, die Miete an das GMW zahlen. Hieraus ergibt sich eine durchgehende Erhöhung der Einnahmen, die jedoch durch Ausgabeerhöhungen aufgezehrt wird. So haben sich bei den Ausgaben für Schülerfahrten durch die Umstellung der bisherigen Begleichung der Rechnungen über die Jahreshorizonte hinaus auf eine jahresbezogene Abrechnung in allen UA, in denen Schülerfahrkosten bzw. Ausgaben für die Anmietung von Autobussen verbucht werden, 2007 starke Erhöhungen ergeben, für die einmalig insgesamt 1,82 Mio. € überplanmäßig bewilligt werden mussten (Drucksache Nr. VO/0302/07, Rat 11.06.07). Auch die Ausgaben für Miete, Betriebskosten und Hausmeisterdienste an das GMW sind aus verschiedenen Gründen zum Teil stark gestiegen.

Im Einzelplan 2 stellt sich die Entwicklung in den vergangenen Jahren folgendermaßen dar (in €):

RE	2007	2006	2005	2004	2003	2002
Einnahmen	8.136.398	6.712.133	4.586.370	3.576.611	3.105.252	2.762.861
Ausgaben	81.157.129	75.020.096	71.299.996	67.269.168	66.804.721	64.520.278
Zuschuss	73.020.730	68.307.963	66.713.626	63.692.557	63.699.469	61.757.417



Unterabschnitte des Verwaltungshaushalts

UA 2000 Schulverwaltung (002.116; SB 206)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	78.450	105.711	34,7	49.576	113,2
Ausgaben	6.092.642	5.888.574	-3,3	5.167.447	14,0
Differenz	-6.014.192	-5.782.863		-5.117.871	

Der Zuschussbedarf ist im UA 2000 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 665.000 € gestiegen. Die Ausgaben haben sich hierbei um rd. 721.000 € erhöht, die Einnahmen um rd. 56.000 €.

Durch das zweite Schulrechtsänderungsgesetz werden Einnahmen aus Ordnungswidrigkeiten und Schulpflichtverletzungen nicht mehr im Landeshaushalt, sondern bei der Stadt Wuppertal vereinnahmt. In 2007 ergaben sich dadurch erstmalig Einnah-

men in Höhe von rd. 30.000 €. Auch für Bußgelder im Rahmen der neu eingeführten Sprachstandsfeststellung wurden erstmalig rd. 28.000 € zum Soll gestellt.

Auf der Ausgabenseite ergaben sich die Erhöhungen in folgenden Positionen:

Die Erstattung, die der SB 206 an den UA 0610 für die Leistungen der Datenverarbeitung und der Druckerei vornehmen muss, erhöhte sich um rd. 206.000 € im Vergleich zum Vorjahr, da die Zahl der ans Intranet angeschlossenen und von 402 betreuten Schulen zunimmt. Um rd. 147.000 € stieg das Rechnungsergebnis der Ausgabeposition „Für Pflege und Wartung des Programms „Neue Medien““. Im Vorjahr wurde ca. die Hälfte der Ausgaben aus Resten getätigt, die nicht in das Rechnungsergebnis des laufenden Jahres eingehen; in 2007 wurde nicht aus Resten gezahlt und wegen des Übergangs auf das NKF wurden keine neuen Reste gebildet, was beides erhöhend auf das Rechnungsergebnis 2007 wirkt. Insgesamt bewegten sich die Ausgaben in den Jahren 2006 und 2007 auf einem fast gleichen Niveau. Das gezahlte Entgelt für tariflich Beschäftigte erhöhte sich um rd. 135.000 €. Durch die Umstellung auf das NKF sind einmalig 13 Monatsgehälter in die Rechnung des Jahres 2007 eingegangen. Infolge dessen stiegen auch die Beiträge zu Versorgungskassen und die gesetzliche Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte um rd. 10.000 € bzw. um rd. 23.000 €. Die Umlage zur gesetzlichen Unfallversicherung betrug 2007 rd. 127.000 € mehr als im Vorjahr und für die Prüfung ortsveränderlicher Betriebsmittel in Schulen wurden rd. 77.000 € mehr an das GMW gezahlt. Die Ausgaben für die Anmietung von Autobussen stiegen um rd. 72.000 €, da die bisherige Begleichung der entsprechenden Rechnungen über die Jahresgrenzen hinaus auf eine jahresbezogene Abrechnung umgestellt wurde. Für alle UA, in denen Schülerfahrkosten bzw. Ausgaben für die Anmietung von Autobussen verbucht werden, mussten hierfür einmalig insgesamt 1,82 Mio. € überplanmäßig bewilligt werden.

Ein um rd. 140.000 € geringeres Rechnungsergebnis entstand bei der Ausgabeposition für die zweckgebundenen Mittel aus Stiftungserträgen. Da wegen des Übergangs auf das NKF 2007 keine neuen Reste gebildet wurden, gab es einen hohen Abgang auf Haushaltsreste aus Vorjahren zur Bereinigung der Haushaltsstelle. Dadurch entstand ein negatives Rechnungsergebnis, das die Differenz von 140.000 € zum Rechnungsergebnis des Vorjahres begründet.

UA 2100 Grundschulen einschließlich Schulkindergärten (002.116; SB 206)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	6.503.250	5.615.044	-13,7	4.436.548	26,6
Ausgaben	24.518.076	24.245.551	-1,1	22.049.873	10,0
Differenz	-18.014.826	-18.630.507		-17.613.325	

Den um rd. 1,2 Mio. € gestiegenen Einnahmen stehen im UA 2100 um rd. 2,2 Mio. € gestiegene Ausgaben gegenüber, wodurch der Zuschussbedarf im Jahr 2007 um rd. 1 Mio. € gestiegen ist.

Die Einnahmeerhöhung im UA 2100 resultiert im Umfang von rd. 703.000 € aus höheren Einnahmen vom Land für die Offene Ganztagschule sowie in Höhe von rd.

274.000 € aus dem Anstieg hierfür vereinnahmter Elternbeiträge. Diese Erhöhungen spiegeln die Entwicklung der Maßnahmen im Rahmen der Offenen Ganztagschule in Wuppertal mit einer vom Schuljahr 2006/2007 zum Schuljahr 2007/2008 deutlich erhöhten Anzahl von Gruppen wider. Die Zahl der sonstigen Betreuungsmaßnahmen an Grundschulen war dementsprechend rückläufig, wodurch rd. 223.000 € weniger vom Land für diese Maßnahmen vereinnahmt wurden als im Jahr 2006. Der im Vorjahr erstmalig vereinnahmte Deckungsbeitrag zu den Kosten der Offenen Ganztagschule aus den Mitteln der Grundsicherung nach dem SGB II erhöhte sich um 200.000 €. Im Berichtsjahr gingen erstmalig Mittel des Landes aus dem Förderprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ in Höhe von rd. 165.000 € ein. Um eine sachgerechtere Darstellung im Haushalt zu erreichen, wurden die Einnahmen aus Dienstwohnungsvergütungen der Schulhausmeister 2007 in den Unterabschnitten vereinnahmt, die Miete an das GMW zahlen. Die Einnahmen erhöhten sich durch diese Position um rd. 103.000 €.

Nur im Vorjahr wurden vom Land Mittel für das Projekt „Stärkung der künstlerisch-kulturellen Bildung an Schulen“ zur Verfügung gestellt. Die Einnahmen sind daher im Vergleich zum Jahr 2006 um rd. 25.000 € gesunken.

Die Zahlungen an Träger / Vereine für die Offene Ganztagschule waren um rd. 1,5 Mio. € höher als im Vorjahr. Grund ist die oben genannte Ausweitung der Maßnahmen im Rahmen der Offenen Ganztagschule. Für das Projekt „Verlässliche Grundschule“ wurden rd. 250.000 € weniger als im Vorjahr verausgabt, da die Zahl dieser Betreuungsmaßnahmen an Grundschulen aufgrund der Entwicklung der Maßnahmen im Rahmen der Offenen Ganztagschule in Wuppertal rückläufig war. Um rd. 331.000 € stieg die Mietzahlung an das Gebäudemanagement, die Ausgaben für Betriebskosten an das Gebäudemanagement sind um rd. 222.000 € gesunken. Um eine transparentere Leistungsverrechnung mit dem GMW zu gewährleisten stiegen die Ausgaben für Hausmeisterdienste in den Schulen um rd. 124.000 €. Die Ausgaben für Schülerfahrten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um rd. 624.000 €. Die Erhöhung dieser Ausgaben wird in allen Unterabschnitten deutlich, in denen Schülerfahrkosten verbucht werden, und resultiert daraus, dass die bisherige Begleichung der entsprechenden Rechnungen über die Jahresgrenzen hinaus auf eine jahresbezogene Abrechnung umgestellt wurde. Für alle UA, in denen Schülerfahrkosten verbucht werden, mussten hierfür einmalig insgesamt 1,82 Mio. € überplanmäßig bewilligt werden. Die zu zahlende Steuerungsumlage stieg im UA 2100 um rd. 21.000 €.

UA 2150 Hauptschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	222.300	326.487	46,9	279.147	17,0
Ausgaben	6.265.111	6.219.813	-0,7	6.394.675	-2,7
Differenz	-6.042.811	-5.893.326		-6.115.528	

Der im UA 2150 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 222.000 € gesunkene Zuschussbedarf ist auf eine Erhöhung der Einnahmen um rd. 47.000 € und eine Verringerung der Ausgaben um rd. 175.000 € zurückzuführen.

Um eine sachgerechtere Darstellung im Haushalt zu erreichen wurden die Einnahmen aus Dienstwohnungsvergütungen der Schulhausmeister 2007 in den Unterabschnitten vereinnahmt, die Miete an das GMW zahlen. Die Einnahmen erhöhten sich durch diese Position um rd. 32.000 €. Der vom Gebäudemanagement überwiesene Mietanteil von Sekundärnutzern stieg um rd. 11.000 €.

Auf der Ausgabenseite lag das Rechnungsergebnis bei der Position „Schulinventar und Lehrmittel“ um rd. 41.000 € niedriger als im Vorjahr. Die Schulen haben die Möglichkeit, die nicht verausgabten Mittel über das Jahr hinaus anzusparen, wozu bisher ein Haushaltsrest gebildet wurde, was in 2007 wegen des Übergangs auf das NKF jedoch nicht möglich war. Das Fehlen des Haushaltsrests verringert das Rechnungsergebnis 2007. Die Zahlungen für Miete, Betriebskosten und Hausmeisterdienste an das GMW verringerten sich 2007 um rd. 30.000 €, rd. 63.000 € und rd. 36.000 €, da in 2006 die Hauptschule Simonsstraße aus der Nutzung genommen wurde.

UA 2200 Realschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	129.800	214.527	65,3	185.810	15,5
Ausgaben	4.019.131	4.023.340	0,1	3.449.369	16,6
Differenz	-3.889.331	-3.808.813		-3.263.559	

Der Zuschussbedarf im UA 2200 ist im Jahr 2007 um rd. 545.000 € gestiegen, wobei es sowohl in den Einnahmepositionen Erhöhungen um rd. 29.000 € als auch in den Ausgabepositionen Erhöhungen um rd. 574.000 € gab.

Die Einnahmesteigerung beruht vor allem auf den erstmalig vereinnahmten Dienstwohnungsvergütungen der Schulhausmeister in Höhe von rd. 16.000 €, die zugunsten einer sachgerechteren Darstellung im Haushalt in den Unterabschnitten vereinnahmt wurden, die Miete an das GMW zahlen. Zusätzlich wurde ein um rd. 6.500 € höherer Mietanteil von Sekundärnutzern vom Gebäudemanagement überwiesen.

Auf der Ausgabenseite waren rd. 146.000 € mehr für Hausmeisterdienste und um rd. 284.000 € erhöhte Betriebskosten an das GMW zu zahlen. Für Schülerfahrten wurden rd. 139.000 € mehr als im Vorjahr verausgabt, da die bisherige Begleichung der entsprechenden Rechnungen über die Jahresgrenzen hinaus auf eine jahresbezogene Abrechnung umgestellt wurde. Für alle UA, in denen Schülerfahrkosten verbucht werden, mussten hierfür einmalig insgesamt 1,82 Mio. € überplanmäßig bewilligt werden. Das gezahlte Entgelt für tariflich Beschäftigte erhöhte sich um rd. 15.000 €. Durch die Umstellung auf das NKF sind einmalig 13 Monatsgehälter in die Rechnung des Jahres 2007 eingegangen. Infolge dessen stiegen auch die Beiträge zu Versorgungskassen und die gesetzliche Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte um rd. 1.500 € bzw. um rd. 2.400 €.

Bei der Position „Schulinventar und Lehrmittel“ lag das Rechnungsergebnis um rd. 14.000 € niedriger als im Vorjahr. Die Schulen haben die Möglichkeit, die nicht ver-

ausgaben Mittel über das Jahr hinaus anzusparen, wozu bisher ein Haushaltsrest gebildet wurde, was in 2007 wegen des Übergangs auf das NKF jedoch nicht möglich war. Das Fehlen des Haushaltsrests verringert das Rechnungsergebnis 2007.

UA 2300 Gymnasien (002.116; SB 206)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	449.300	792.712	76,4	757.620	4,6
Ausgaben	14.259.828	13.810.968	-3,1	13.381.898	3,2
Differenz	-13.810.528	-13.018.256		-12.624.278	

Der Zuschussbedarf ist im UA 2300 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 394.000 € gestiegen. Sowohl die Einnahmen sind dabei um rd. 35.000 € als auch die Ausgaben um rd. 429.000 € gestiegen.

Auf der Einnahmeseite entstand die Erhöhung im Wesentlichen durch die erstmalig vereinnahmten Dienstwohnungsvergütungen der Schulhausmeister in Höhe von rd. 18.000 €, die zugunsten einer sachgerechteren Darstellung im Haushalt in den Unterabschnitten vereinnahmt wurden, die Miete an das GMW zahlen, sowie die Einnahmen vom Land für die Betreuung an Gymnasien, die durch die Ausweitung der Betreuungsmaßnahmen um rd. 14.000 € stiegen.

Die Zahlungen für Miete, Betriebskosten und Hausmeisterdienste an das GMW stiegen im UA 2300 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 132.000 €, rd. 280.000 € und rd. 305.000 €. Für Schülerfahrten wurden rd. 154.000 € mehr verausgabt, da die bisherige Begleichung der entsprechenden Rechnungen über die Jahresgrenzen hinaus auf eine jahresbezogene Abrechnung umgestellt wurde. Für alle UA mussten hierfür einmalig insgesamt 1,82 Mio. € überplanmäßig bewilligt werden.

Bei der Ausgabebeziehung „Verwendung der Stiftungserträge“ verringerte sich das Rechnungsergebnis im Vergleich zum Vorjahr um rd. 442.000 €. Die zweckgebundenen Mittel wurden bisher durch die Bildung eines Haushaltsrests in das folgende Haushaltsjahr übernommen. Da in 2007 nicht alle Rest-Mittel verbraucht wurden, und auch wegen des Übergangs auf das NKF kein neuer Haushaltsrest gebildet werden konnte, entstand durch einen hohen Abgang auf Haushaltsreste ein Minus-Rechnungsergebnis, das um den oben genannten Betrag geringer ausfällt als das Rechnungsergebnis 2007.

UA 2410 Gewerbliche, hauswirtschaftliche und sozialpädagogische Berufs- und Berufsgrundschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	167.600	224.875	34,2	208.193	8,0
Ausgaben	7.299.163	7.294.944	-0,1	6.399.090	14,0
Differenz	-7.131.563	-7.070.069		-6.190.897	

Im UA 2410 sind die Einnahmen um rd. 17.000 € gestiegen und die Ausgaben um rd. 896.000 €. Der Zuschussbedarf hat sich also um rd. 879.000 € erhöht.

Auf der Einnahmeseite entstand die Erhöhung im Wesentlichen durch die erstmalig vereinnahmten Dienstwohnungsvergütungen der Schulhausmeister in Höhe von rd. 14.000 €, die zugunsten einer sachgerechteren Darstellung im Haushalt in den Unterabschnitten vereinnahmt wurden, die Miete an das GMW zahlen,

Die Mietzahlung an das GMW erhöhte sich 2007 um rd. 610.000 €, was auf die Mietwerterhöhung durch umfangreiche Sanierungsmaßnahmen am Berufskolleg Kohlstraße zurückzuführen ist. Die Ausgaben in den Positionen Betriebskosten und Hausmeisterdienste an das GMW erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 117.000 € bzw. rd. 128.000 €. Das gezahlte Entgelt für tariflich Beschäftigte stieg um rd. 43.000 €. Durch die Umstellung auf das NKF sind einmalig 13 Monatsgehälter in die Rechnung des Jahres 2007 eingegangen. Infolge dessen erhöhten auch die Beiträge zu Versorgungskassen und die gesetzliche Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte um rd. 2.500 € bzw. um rd. 6.000 €.

Bei der Position „Schulinventar und Lehrmittel“ lag das Rechnungsergebnis um rd. 25.000 € niedriger als im Vorjahr. Die Schulen haben die Möglichkeit, die nicht verausgabten Mittel über das Jahr hinaus anzusparen, wozu bisher ein Haushaltsrest gebildet wurde, was in 2007 wegen des Übergangs auf das NKF jedoch nicht möglich war. Das Fehlen des Haushaltsrests verringert das Rechnungsergebnis 2007.

UA 2411 Kaufmännische Berufsschulen und Berufsgrundschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	30.050	73.020	143,0	88.645	-17,6
Ausgaben	3.494.398	3.521.428	0,8	3.361.171	4,8
Differenz	-3.464.348	-3.448.408		-3.272.526	

Der Zuschussbedarf im UA 2411 ist durch eine Verringerung der Einnahmen um rd. 16.000 € und eine Erhöhung der Ausgaben um rd. 160.000 € im Vergleich zum Vorjahr um rd. 176.000 € gestiegen.

Die Einnahmeverringerung ergab sich in voller Höhe bei dem vom GMW überwiesenen Mietanteil von Sekundärnutzern.

Die Zahlungen für Betriebskosten und Hausmeisterdienste an das GMW erhöhten sich in 2007 um rd. 91.000 € bzw. rd. 40.000 €. Die an tariflich Beschäftigte gezahlten Entgelte sowie die entsprechenden Beiträge zu Versorgungskassen und zur gesetzlichen Sozialversicherung stiegen um insgesamt rd. 44.000 €, was zum Teil durch die Umstellung auf das NKF bedingt ist, durch die einmalig 13 Monatsgehälter in die Rechnung des Jahres 2007 eingegangen sind.

UA 2460
2470
2480

Bei den genannten Unterabschnitten ergeben sich keine Änderungen durch die Positionen Mieteinnahmen von Sekundärnutzern, Miete und Betriebskosten an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement oder durch Personalausgaben, da diese Einnahmen und Ausgaben für die Unterabschnitte 2460, 2470 und 2480 im Unterabschnitt 2410 veranschlagt werden.

UA 2460 Gewerbliche, hauswirtschaftliche und sozialpädagogische Berufsfachschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	150	0	-100,0	0	0,0
Ausgaben	298.894	298.819	0,0	256.768	16,4
Differenz	-298.744	-298.819		-256.768	

Im UA 2460 ist der Zuschussbedarf im Vergleich zum Vorjahr um rd. 42.000 € gestiegen.

Im Wesentlichen beruht diese Erhöhung auf einem Anstieg der Ausgaben für Schülerfahrten, da die bisherige Begleichung der entsprechenden Rechnungen über die Jahresgrenzen hinaus auf eine jahresbezogene Abrechnung umgestellt wurde. Für alle UA, in denen Schülerfahrkosten verbucht werden, mussten hierfür einmalig insgesamt 1,82 Mio. € überplanmäßig bewilligt werden.

UA 2461
2480

Bei den genannten Unterabschnitten ergeben sich keine Änderungen durch die Positionen Mieteinnahmen von Sekundärnutzern, Miete und Betriebskosten an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement oder durch Personalausgaben, da diese Einnahmen und Ausgaben für die Unterabschnitte 2461 und 2480 im Unterabschnitt 2411 veranschlagt werden.

UA 2461 Kaufmännische Berufsfachschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	100	0	-100,0	0	0,0
Ausgaben	285.912	285.837	0,0	250.511	14,1
Differenz	-285.812	-285.837		-250.511	

Der Zuschussbedarf im UA 2461 ist im Jahr 2007 um rd. 35.000 € gestiegen.

Diese Entwicklung beruht im Wesentlichen auf höheren Ausgaben für Schülerfahrten, da die bisherige Begleichung der entsprechenden Rechnungen über die Jahresgrenzen hinaus auf eine jahresbezogene Abrechnung umgestellt wurde. Für alle UA, in denen Schülerfahrkosten verbucht werden, mussten hierfür einmalig insgesamt 1,82 Mio. € überplanmäßig bewilligt werden.

UA 2470 Fachschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	150	0	-100,0	0	0,0
Ausgaben	75.966	75.895	-0,1	65.902	15,2
Differenz	-75.816	-75.895		-65.902	

Die Erhöhung des Zuschussbedarfs im UA 2470 um rd. 10.000 € beruht auf einer Ausgabensteigerung in der Position Schülerfahrten, da die bisherige Begleichung der entsprechenden Rechnungen über die Jahresgrenzen hinaus auf eine jahresbezogene Abrechnung umgestellt wurde. Für alle UA, in denen Schülerfahrkosten verbucht werden, mussten hierfür einmalig insgesamt 1,82 Mio. € überplanmäßig bewilligt werden.

UA 2480 Fachoberschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	100	0	-100,0	0	0,0
Ausgaben	127.933	127.796	-0,1	108.479	17,8
Differenz	-127.833	-127.796		-108.479	

Der Zuschussbedarf ist im UA 2480 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 19.000 € gestiegen.

Diese Entwicklung beruht im Wesentlichen auf höheren Ausgaben für Schülerfahrten, da die bisherige Begleichung der entsprechenden Rechnungen über die Jahresgrenzen hinaus auf eine jahresbezogene Abrechnung umgestellt wurde. Für alle UA, in denen Schülerfahrkosten verbucht werden, mussten hierfür einmalig insgesamt 1,82 Mio. € überplanmäßig bewilligt werden.

UA 2700 Sonderschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	127.150	209.470	64,7	177.451	18,0
Ausgaben	4.944.230	4.880.586	-1,3	4.287.106	13,8
Differenz	-4.817.080	-4.671.116		-4.109.655	

Im UA 2700 ist der Zuschussbedarf im Vergleich zum Vorjahr um rd. 561.000 € gestiegen. Sowohl die Einnahmen erhöhten sich hierbei um rd. 32.000 € als auch die Ausgaben um rd. 593.000 €.

Von den Städten Solingen und Remscheid sind im Jahr 2007 rd. 35.000 € mehr als im Vorjahr für den Betrieb der Schule für Kranke eingegangen, da in 2006 keine Abrechnung stattgefunden hatte. In 2007 fand die Abrechnung für die Jahre 2005 und 2006 statt. Um eine sachgerechtere Darstellung im Haushalt zu erreichen wurden die Einnahmen aus Dienstwohnungsvergütungen der Schulhausmeister 2007 in den Unterabschnitten vereinnahmt, die Miete an das GMW zahlen. Die Einnahmen erhöhten sich durch diese Position um rd. 27.000 €.

Rd. 21.000 € weniger als im Vorjahr wurden vom Land für die Betreuung an Sonderschulen vereinnahmt, da sich die Zahl der bisherigen Betreuungen reduziert hat, weil Betreuungsmaßnahmen im Rahmen des Offenen Ganztags entstanden sind.

Auf der Ausgabenseite erhöhten sich die Kosten für Schülerfahrten um rd. 556.000 €, da die bisherige Begleichung der entsprechenden Rechnungen über die Jahresgrenzen hinaus auf eine jahresbezogene Abrechnung umgestellt wurde. Für alle UA, in denen Schülerfahrkosten verbucht werden, mussten hierfür einmalig insgesamt 1,82 Mio. € überplanmäßig bewilligt werden. Für den Betrieb von Schulen für Kranke in Remscheid und Solingen wurden 2007 rd. 39.000 € mehr gezahlt als im Vorjahr, da in 2006 keine Abrechnung stattgefunden hatte. In 2007 fand die Abrechnung für die Jahre 2005 und 2006 statt. Die Zahlung für Hausmeisterdienste an das GMW erhöhte sich in 2007 um rd. 50.000 €.

Durch Verzögerungen bei der Abrechnung wurden in 2007 rd. 32.000 € weniger für die Verpflegung für Ganztagschulen verausgabt als im Vorjahr. Für Betreuungsangebote an Sonderschulen wurden rd. 21.000 € weniger gezahlt, da sich die Zahl der bisherigen Betreuungen reduziert hat, weil Betreuungsmaßnahmen im Rahmen des Offenen Ganztags entstanden sind.

UA 2800 Gesamtschulen (002.116; SB 206)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	229.200	346.369	51,1	319.627	8,4
Ausgaben	9.579.695	9.523.246	-0,6	8.973.110	6,1
Differenz	-9.350.495	-9.176.877		-8.653.483	

Im UA 2800 hat sich der Zuschussbedarf im Vergleich zum Vorjahr um rd. 523.000 € erhöht.

Die Entwicklung geht auf Einnahmesteigerungen um rd. 27.000 € und Ausgabeerhöhungen um rd. 550.000 € zurück.

Auf der Einnahmeseite entstand die Erhöhung im Wesentlichen durch die erstmalig vereinnahmten Dienstwohnungsvergütungen der Schulhausmeister in Höhe von rd. 22.000 €, die zugunsten einer sachgerechteren Darstellung im Haushalt in den Unterabschnitten vereinnahmt wurden, die Miete an das GMW zahlen,

Die Zahlungen für Betriebskosten und Hausmeisterdienste an das GMW stiegen im UA 2800 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 272.000 € bzw. rd. 195.000 €. Die Ausgaben für Schülerfahrten erhöhten sich um rd. 109.000 €, da die bisherige Begleichung der entsprechenden Rechnungen über die Jahresgrenzen hinaus auf eine jahresbezogene Abrechnung umgestellt wurde. Für alle UA, in denen Schülerfahrkosten verbucht werden, mussten hierfür einmalig insgesamt 1,82 Mio. € überplanmäßig bewilligt werden.

Das Rechnungsergebnis in der Position „Schulinventar und Lehrmittel“ lag um rd. 16.000 € niedriger als in 2006. Die Schulen haben die Möglichkeit, die nicht verausgabten Mittel über das Jahr hinaus anzusparen, wozu bisher ein Haushaltsrest gebildet wurde, was in 2007 wegen des Übergangs auf das NKF jedoch nicht möglich war. Das Fehlen des Haushaltsrests verringert das Rechnungsergebnis 2007.

UA 2950 Medienzentrum (002.116; SB 206)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	308.930	228.184	-26,1	209.517	8,9
Ausgaben	826.412	960.332	16,2	874.698	9,8
Differenz	-517.482	-732.148		-665.181	

Im UA 2950 haben sich sowohl die Einnahmen um rd. 18.000 € als auch die Ausgaben um rd. 85.000 € erhöht. Der Zuschussbedarf ist dadurch um rd. 67.000 € gestiegen.

Bei den Einnahmen konnten die Leistungen für Dritte ausgeweitet werden, wodurch rd. 9.000 € mehr vereinnahmt wurden als im Vorjahr. Die ARGE gewährte erstmalig Zuschüsse zur Beschäftigung einer Auszubildenden im Umfang von 4.800 €.

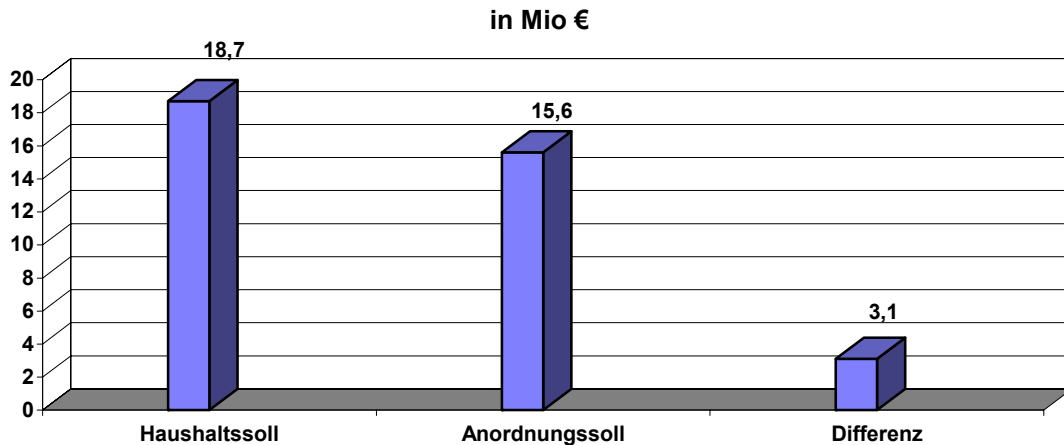
Auf der Ausgabenseite lag das Entgelt für tariflich Beschäftigte 2007 um rd. 99.000 € über den Zahlungen des Vorjahres. Durch die Umstellung auf das NKF sind einmalig 13 Monatsgehälter in die Rechnung des Jahres 2007 eingegangen. Außerdem wurde dem Medienzentrum eine Grafikerstelle organisatorisch zugeordnet (vorher R 001). In Abhängigkeit hiervon erhöhten sich auch die Beiträge zu Versorgungskassen und die gesetzliche Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte um rd. 7.000 € bzw. um rd. 16.000 €. Bei den Abschreibungen auf das Anlagevermögen ergab sich eine Erhöhung um rd. 16.000 €.

Die Dienstbezüge der Beamten reduzierten sich um rd. 38.000 €, da eine Beamtenstelle aus organisatorischen Gründen dem SB 402 zugeordnet wurde. Dementsprechend sind die anteilig zugeordneten Versorgungsbezüge für Beamte im Umfang von rd. 13.000 € gesunken.

2.2.2 Vermögenshaushalt (002.116; SB 206)

Grafik zur Tabelle 1:

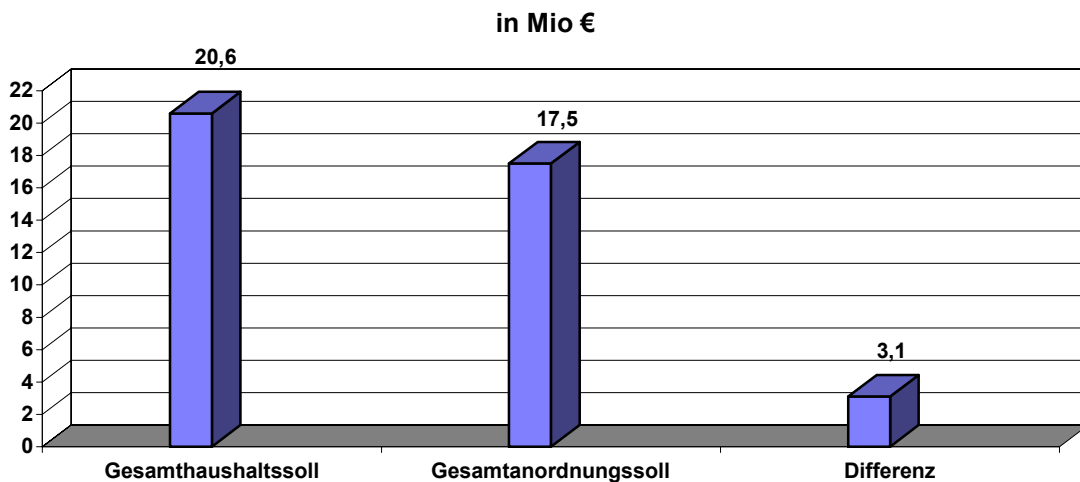
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. u. apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO a. F. +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 83,5 % (2006 = 68,6 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 84,9 % (2006 = 69 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltsoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
2000 Schulverwaltung	10.000	0	10.000	0,0
2100 Grundschulen einschl. Schulkindergärten	16.724.696	14.718.727	2.005.969	88,0
2150 Hauptschulen	244.619	44.599	200.020	18,2
2200 Realschulen	100.000	43.417	56.583	43,4
2300 Gymnasien	583.982	361.369	222.613	61,9
2410 Gewerbl., Hauswirtschaftl. und Sozialpädagogische Berufs- und Berufgrundschulen	300.000	95.202	204.798	31,7
2411 Kaufmännische Berufsschulen und Berufgrundschulen	60.000	25.126	34.874	41,9
2700 Sonderschulen	40.684	17.790	22.894	43,7
2800 Gesamtschulen	552.377	226.482	325.895	41,0
2950 Medienzentrum	40.000	39.704	296	99,3
Summe EP 2	18.656.358	15.572.416	3.083.942	83,5

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
2000 Schulverwaltung	16.992	6.992	10.000	41,1
2100 Grundschulen einschl. Schulkindergärten	17.483.314	15.449.418	2.033.896	88,4
2150 Hauptschulen	357.759	157.739	200.020	44,1
2200 Realschulen	163.192	106.609	56.583	65,3
2300 Gymnasien	956.578	728.425	228.153	76,1
2410 Gewerbl., Hauswirtschaftl. und Sozialpädagogische Berufs- und Berufsgrundschulen	463.432	258.634	204.798	55,8
2411 Kaufmännische Berufsschulen und Berufsgrundschulen	85.241	50.367	34.874	59,1
2700 Sonderschulen	97.066	74.172	22.894	76,4
2800 Gesamtschulen	943.254	617.359	325.895	65,4
2950 Medienzentrum	42.822	42.526	296	99,3
Summe EP 2	20.609.650	17.492.241	3.117.409	84,9

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 2000 Schulverwaltung (002.116; SB 206)**

Im UA 2000 ergibt sich eine geringe Realisierungsquote, da 10.000 € für den Ersatz von Video- bzw. Musikanlagen in verschiedenen Schulen zur Verfügung standen, im Jahr 2007 aber kein entsprechender Bedarf entstanden ist.

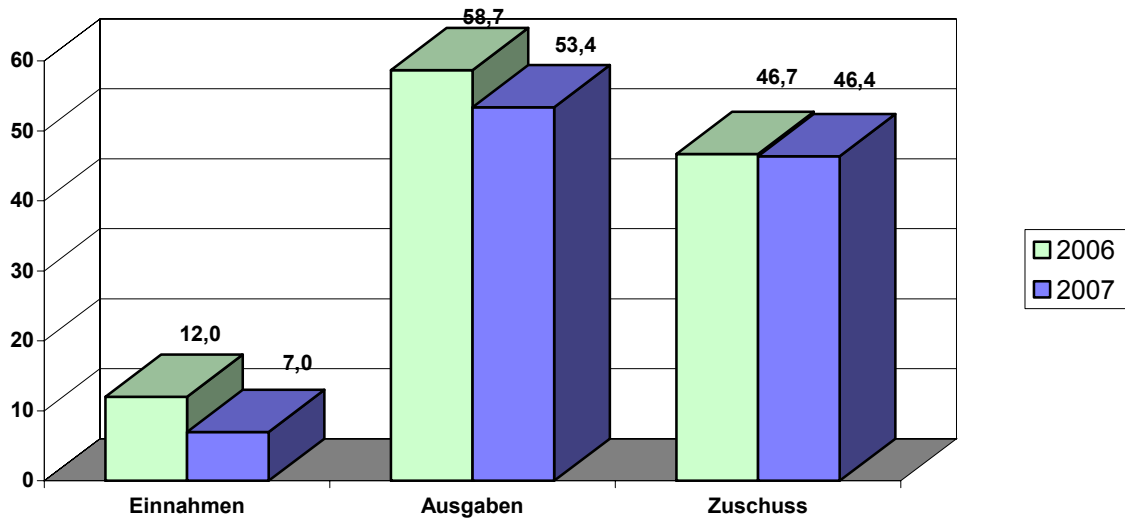
UA 2150 Hauptschulen (002.116; SB 206)

Für die Beschaffung von großen Lehrmitteln und Schulinventar wurden zur Verfügung stehende Mittel in Höhe von rd. 80.000 € nicht verausgabt, was auf der den Schulen eingeräumten Möglichkeit beruht, nicht verausgabte Mittel über das Jahr hinaus für größere Anschaffungen anzusparen. Im Umfang von rd. 120.000 € beruht die geringe Realisierungsquote auf nicht verausgabten Mitteln für Einrichtungsmaßnahmen an den Hauptschulen Bundesallee und Kruppstraße, die in Abhängigkeit von zeitlich verzögerten Baumaßnahmen und deren Abrechnung mit dem GMW noch nicht durchgeführt werden konnten.

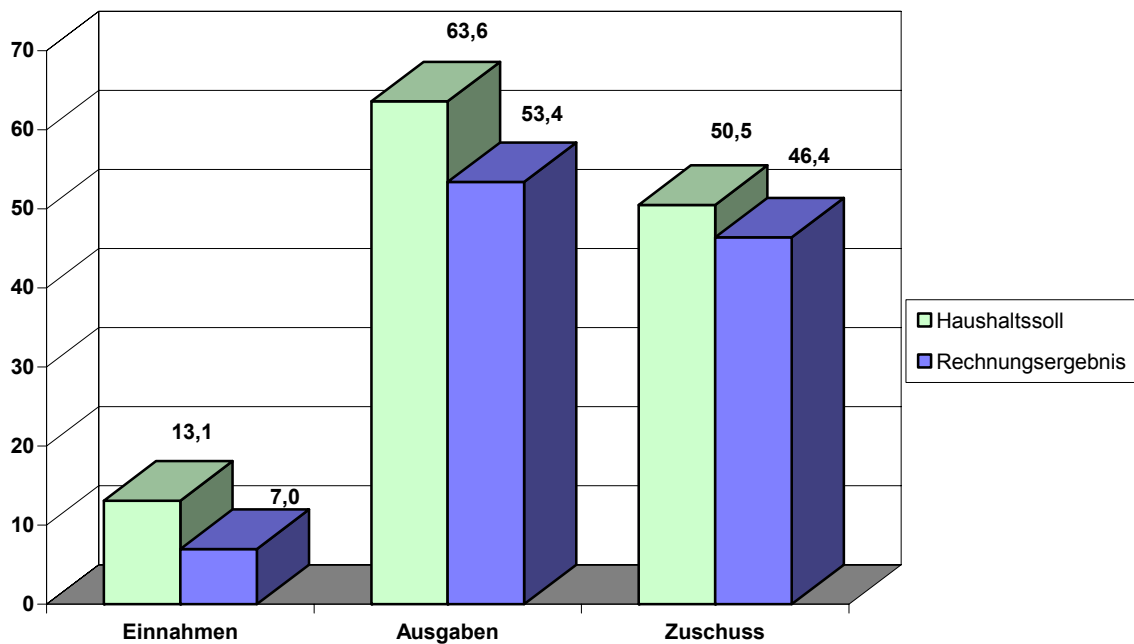
2.3 Einzelplan 3 – Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

2.3.1 Verwaltungshaushalt (002.117)

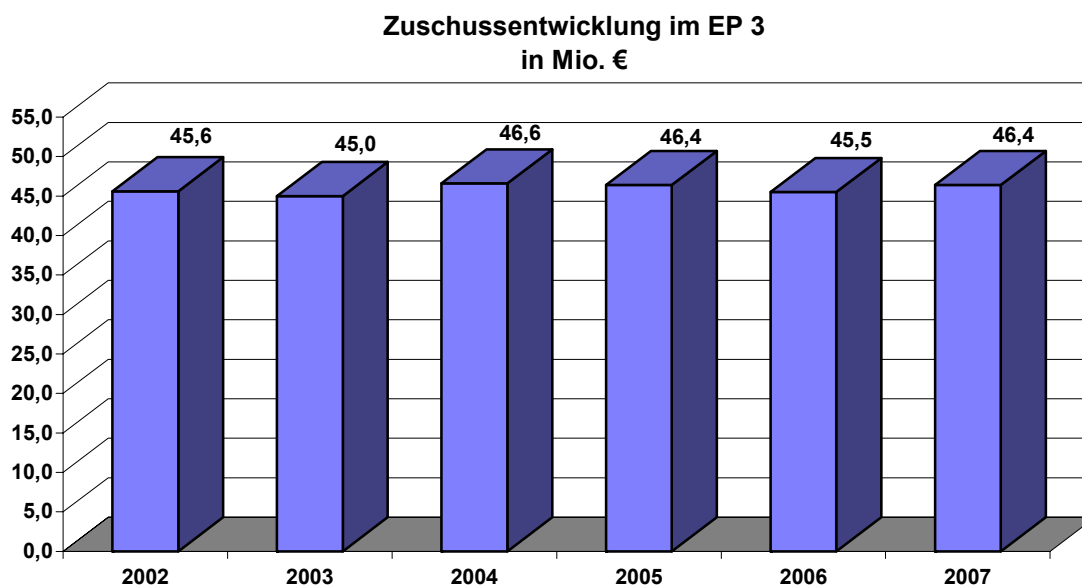
Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Vergleich des Haushaltssolls 2007 mit dem Rechnungsergebnis 2007 (in Mio. €)



Zuschussentwicklung im Einzelplan 3



Unterabschnitte des Verwaltungshaushalts

UA 3001 Geschäftsbereichsleitung Soziales und Kultur (002.117; Geschäftsstelle GB 2)

	Ansatz 2007 €	RE 2007 €	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007 %	RE 2006 €	Differenz RE 2006/ RE 2007 %
Einnahmen	80.050	235.662	194,4	229.423	2,7
Ausgaben	1.398.600	1.278.885	-8,6	1.239.963	3,1
Differenz	-1.318.550	-1.043.223		-1.010.540	

Die geplanten Einnahmen enthielten nicht die noch ausstehenden Fördermittel aus dem Programm LOS in Höhe von rd. 85 T-Euro. Des Weiteren wurden zusätzlich 70 T-Euro vom Land für das Projekt Ostersbaum vereinnahmt.

UA 3100 SB Von der Heydt-Museum (002.117; SB 216)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	604.500	732.339	21,1	917.671	-20,2
Ausgaben	5.485.996	5.376.008	-2,0	5.361.731	0,3
Differenz	-4.881.496	-4.643.669		-4.444.060	

Die Budgetvorgaben konnten im Einnahmebereich um 21 % gesteigert werden. Bei den Ausgaben konnten 2 % gegenüber der Planung eingespart werden.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 130.833 Besucherinnen und Besucher im SB 216 gezählt. Davon entfielen auf das Von der Heydt-Museum 118.894 Besucher, 3.220 besuchten die Kunsthalle Barmen.

7.963 Schüler wurden im Von der Heydt-Museum, 766 in der Kunsthalle gezählt.

Die Veranstaltungen im Von der Heydt-Museum waren Konzerte, Lesungen, Vorträge und Veranstaltungen von Dritten mit gebuchten Führungen. Insgesamt nahmen 3.905 Besucher hieran teil.

Gegenüber dem Vorjahr stieg das Besucheraufkommen erheblich (Gesamtbesucher in 2006 78.069). Hierzu hat insbesondere die Ende Oktober 2007 eröffnete Renoir-Ausstellung beigetragen.

UA 3101 SB Fuhlrott-Museum (002.117; SB 213)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	31.550	23.420	-25,8	21.777	7,5
Ausgaben	721.247	683.561	-5,2	692.166	-1,2
Differenz	-689.697	-660.141		-670.389	

Das Fuhlrott-Museum hatte in 2007 Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr. Auf der Ausgabenseite konnten geringfügige Einsparungen erzielt werden. Insgesamt wurden die Budgetvorgaben eingehalten.

In 2007 wurden aus dem Eintrittskartenverkauf 11.073 € erzielt. Der Erlös lag in 2006 bei 8.766 €, 2005 bei 11.533 €.

Nach der Besucherstatistik ist die Zahl der Besucher gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant (2006 14.093, 2007 14.804 Besucher/-innen).

UA 3102 Historisches Zentrum (002.117; SB 213)

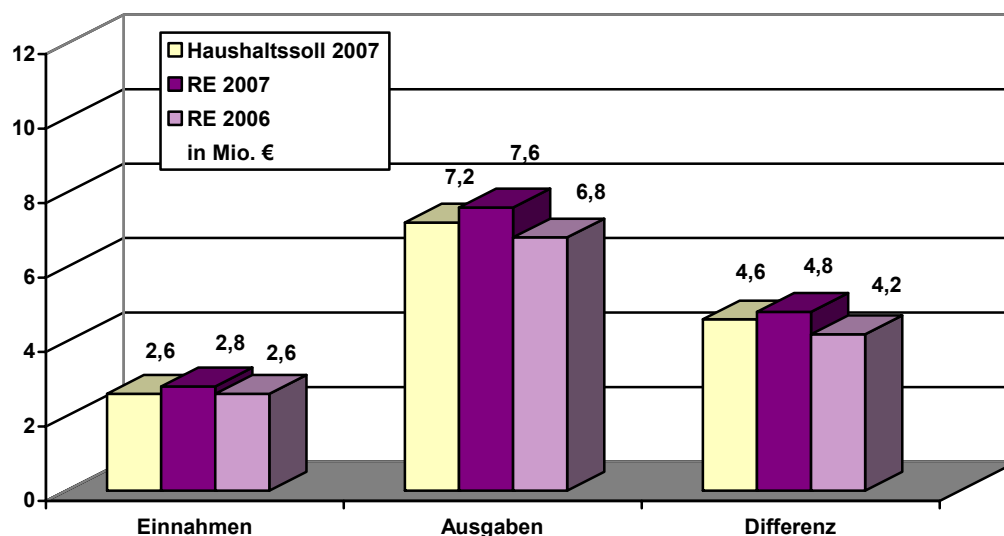
	Ansatz 2007 €	RE 2007 €	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007 %	RE 2006 €	Differenz RE 2006/ RE 2007 %
Einnahmen	28.150	43.471	54,4	36.853	18,0
Ausgaben	926.689	1.136.385	22,6	1.027.737	10,6
Differenz	-898.539	-1.092.914		-990.884	

Die Einnahmen konnten gegenüber der Planung gesteigert werden. Auf der Ausgabenseite konnten die Budgetvorgaben nicht eingehalten werden.

Das Historische Zentrum hatte im Berichtsjahr 23.069 Besucher/-innen. Hierin enthalten sind rd. 9.000 Schüler/-innen, die mit ihren Schulklassen das Museum besuchten. Gegenüber dem Vorjahr ging die Besucherzahl zurück (2006 27.343). Ursache hierfür war, dass keine Großveranstaltungen, z.B. Geschichtsfest, stattfanden.

UA 3230 Zoologischer Garten (002.116; SB 215)

	Ansatz 2007 €	RE 2007 €	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007 %	RE 2006 €	Differenz RE 2006/ RE 2007 %
Einnahmen	2.606.050	2.762.167	6,0	2.607.339	5,9
Ausgaben	7.179.825	7.575.535	5,5	6.776.837	11,8
Differenz	-4.573.775	-4.813.368		-4.169.498	



Der Zuschussbedarf im UA 3230 ist im Jahr 2007 um rd. 644.000 € gestiegen.

Insgesamt resultiert diese Entwicklung aus einer Erhöhung der Einnahmen des gesamten Unterabschnitts im Vergleich zum Vorjahr um rd. 155.000 € sowie einer Erhöhung der Ausgaben um rd. 799.000 €.

Die Einnahmeerhöhung ergibt sich im Wesentlichen aus den folgenden Entwicklungen:

Die Einnahmen aus Eintrittsgeldern sind durch einen Anstieg der Besucherzahlen (siehe unter „Besucherzahlen“) um rd. 193.000 € gestiegen. Bei der in 2007 vereinbarten Summe der Eintrittsgelder in Höhe von rd. 2,6 Mio. € handelt es sich um die höchste Einnahme der Zoogeschichte!

Die Spendeneinnahmen stiegen im Vergleich zu 2006 um rd. 21.500 €, die Einnahmen aus Tierpatenschaften um rd. 9.000 €.

Die Einnahmen aus Sonderveranstaltungen und -aktionen lagen um rd. 68.000 € niedriger als im Vorjahr, da sich in 2006 hohe Einnahmen aus den Aktivitäten während der Pinguinale ergaben.

Die Ausgabenerhöhung um rd. 799.000 € ist ebenfalls auf verschiedene Entwicklungen zurückzuführen:

Für Grundbesitzabgaben wurden wegen einer Nachberechnung der Regenwassergebühren durch das Steueramt für fünf Jahre rd. 319.000 € mehr verausgabt als im Vorjahr.

Die Ausgaben aus der Position „Entgelt für tariflich Beschäftigte“ sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 278.000 € gestiegen. Durch die Umstellung auf das NKF sind einmalig 13 Monatsgehälter in die Rechnung des Jahres 2007 eingegangen. Dementsprechend ergaben sich für die Beiträge zu Versorgungskassen und zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte um rd. 20.000 € bzw. um rd. 36.000 € höhere Ausgaben.

Durch die Sanierung des Dachs des Elefantenhauses haben sich die Zahlungen für die Gebäudeunterhaltung an das Gebäudemanagement um rd. 150.000 € erhöht.

Die Energiekosten stiegen um rd. 53.000 €. Für Futtermittel und sonstige Aufwendungen für die Tierpflege wurden rd. 40.000 € mehr verausgabt als im Vorjahr. Hier machen sich allgemeine Preissteigerungen und eine erhöhte Anzahl von Raubkatzen durch die Eröffnung der neuen Anlagen bemerkbar. Ausgaben für den Betriebsbedarf stiegen ebenfalls durch Preissteigerungen und Arbeiten im Vorfeld der Eröffnung der Zoo-Erweiterung um rd. 21.000 €.

Für Sonderveranstaltungen und -aktionen wurden im Vergleich zum Vorjahr, in dem die Pinguinale stattfand, rd. 48.000 € weniger verausgabt. Auch die in 2006 einmalig geleistete Vergleichszahlung in einer Nachlasssache führt in 2007 zu einer „Verringerung der Ausgaben“ um 65.000 €. Der Beitrag an den Wupperverband sank um rd. 28.000 €.

Besucherzahlen

Nach den statistischen Aufzeichnungen der Zooverwaltung sind die Besucherzahlen 2007 gegenüber 2006 um 22.736 auf 631.412 gestiegen (+ rd. 3,7 %).

Diese Entwicklung des Besucherinteresses beruht unter anderem auf der Eröffnung der neuen Großkatzenanlagen mit Zoo-Erweiterung am 24.05.07 sowie einer Elefantengeburt am 13.07.07. Die ausbaubedingten Pausen im Schwebbahnverkehr während der Sommer- und Herbstferien und an einigen Wochenenden, die in der Vergangenheit zu deutlichen Rückgängen beim Besucheraufkommen geführt hatten, konnten mehr als kompensiert werden.

UA 3310 Wuppertaler Bühnen GmbH, Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH (002.117)

Im UA 3310 werden im Wesentlichen die von der Stadt zu zahlenden jährlichen Betriebskostenzuschüsse nachgewiesen. Die für das Jahr 2007 veranschlagten Betriebskostenzuschüsse für die Wuppertaler Bühnen GmbH und für die Tanztheater GmbH betragen insgesamt rd. 14 Mio. €. Der Betriebskostenzuschuss für die Tanztheater GmbH betrug wie im Vorjahr 2,067 Mio. €.

UA 3320 SB Orchester und Konzerte (002.117; SB 211)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	631.500	739.385	17,1	644.512	14,7
Ausgaben	7.408.114	7.985.623	7,8	7.153.588	11,6
Differenz	-6.776.614	-7.246.238		-6.509.076	

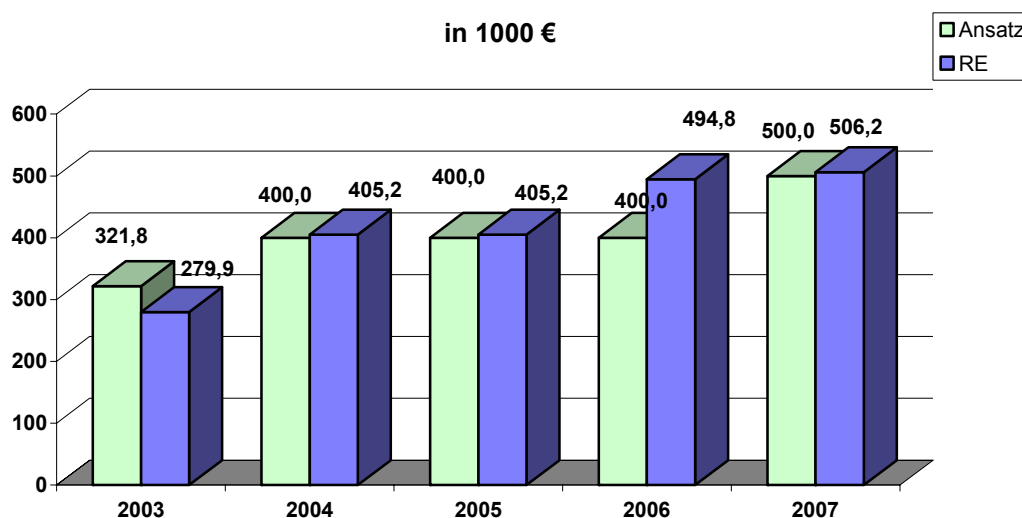
Das Sinfonieorchester konnte im Rechnungsjahr 2007 die Einnahmen um rund 100 T-Euro gegenüber dem Ansatz steigern. Erklärbar ist dies durch Spenden und besondere Einnahmen für die Japan-Tournee in Höhe von rund 80 T-Euro.

Auf der Ausgabenseite entstanden Mehrausgaben. Bei den Entgelten für tariflich Beschäftigte entstand ein Mehraufwand gegenüber der Planung von rund 600 T-Euro. Im Ergebnis ist der Zuschussbedarf gegenüber der Rechnung 2006 angestiegen.

Einzelaspekte:

3320-116.0000 Konzerte und CD-Verkauf

Vergleich der Konzerteinnahmen mit dem Haushaltsansatz seit 2003

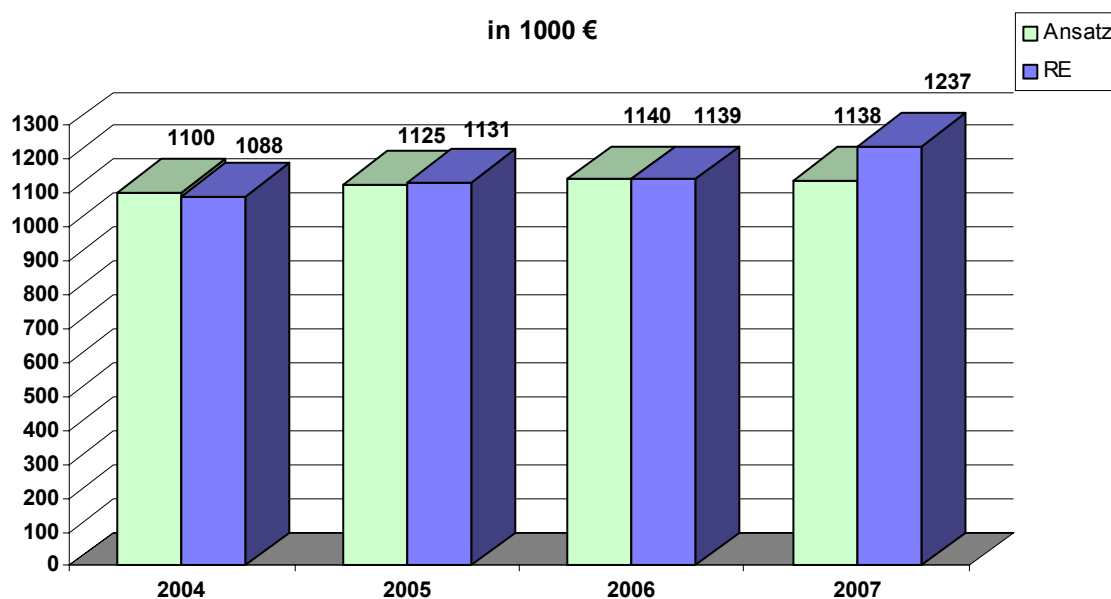


Die Einnahmeerwartung aus der Haushaltsstelle „Konzerte und CD-Verkauf“ wurden im Berichtsjahr erfüllt.

UA 3330 SB Bergische Musikschule (002.117; SB 212)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.169.900	1.287.553	10,1	1.176.686	9,4
Ausgaben	3.464.879	3.421.185	-1,3	3.153.714	8,5
Differenz	-2.294.979	-2.133.632		-1.977.028	

Im Berichtsjahr konnten die Einnahmen gesteigert werden. Gegenüber dem Planansatz ist eine leichte Ausgabenverminderung feststellbar.

Einzelaspekte:
3330-111.0000 Schulgeld
Vergleich der Schulgeldeinnahmen mit dem Haushaltsansatz


Gegenüber dem Vorjahr ist eine Einnahmesteigerung festzustellen. Die Schulgeldeinnahmen konnten in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert werden. Die Einnahmeerwartung wurde im Berichtsjahr überschritten.

UA 3400 Kulturbüro/Kulturreferat (002.117; 200.3)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	484.000	841.937	74,0	290.200	190,1
Ausgaben	2.094.761	1.958.863	-6,5	1.896.164	3,3
Differenz	-1.610.761	-1.116.926		-1.605.964	

Gegenüber dem Haushaltsansatz ergab sich eine Einnahmesteigerung von rund 360 T-Euro. Erklärbar ist dies durch eine erhöhte Erstattung der Personalkosten für das Kultursekretariat in Höhe von 225 T-Euro sowie durch einen Landeszuschuss in Höhe von 135 T-Euro.

Auf der Ausgabenseite konnten die Budgetvorgaben eingehalten werden. Es ergaben sich Einsparungen gegenüber dem Ansatz insbesondere bei den Personalkosten.

UA 3520 SB Stadtbibliothek (002.117; SB 214)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	266.850	294.209	10,3	285.483	3,1
Ausgaben	5.739.461	5.773.852	0,6	5.477.610	5,4
Differenz	-5.472.611	-5.479.643		-5.192.127	

Auch im Jahr 2007 konnte die Stadtbibliothek die Budgetvorgaben nahezu einhalten. Gegenüber dem Rechnungsergebnis des Vorjahres fällt der Zuschussbedarf um rd. 290 T-Euro höher aus. Die Einnahmen konnten im Berichtsjahr gesteigert werden.

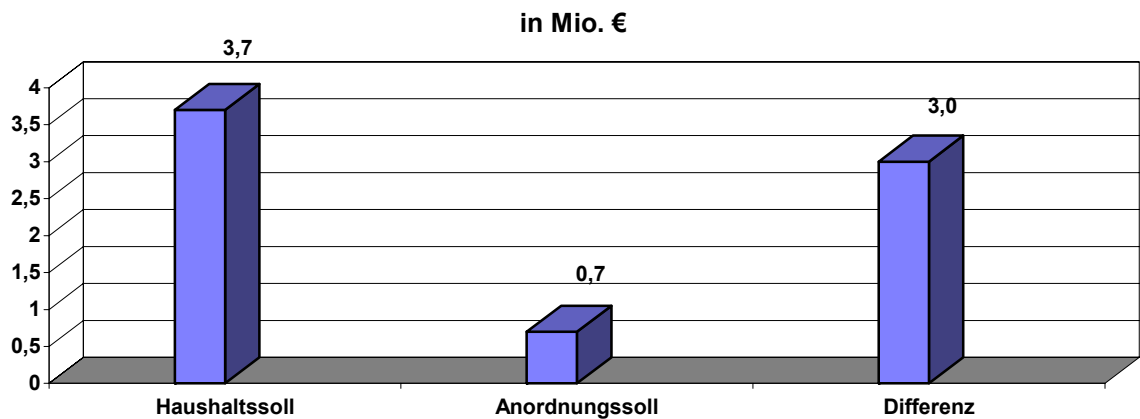
Im Jahr 2007 verzeichnete die Stadtbibliothek 1.312.186 Entleihungen. Gegenüber dem Vorjahr (1.249.313 Ausleihen) stieg die Anzahl der Entleihungen an. Die Erhöhung beruht u. a. auf der Steigerung der Ausleihzahl der Kinder- und Jugendliteratur und der modernen Medien (CDs und DVDs).

Auf der Einnahmeseite konnte bei den Benutzungsentgelten mit rd. 257 T-Euro ca. 10 T-Euro mehr eingenommen werden als im Vorjahr.

2.3.2 Vermögenshaushalt (002.117)

Grafik zur Tabelle 1:

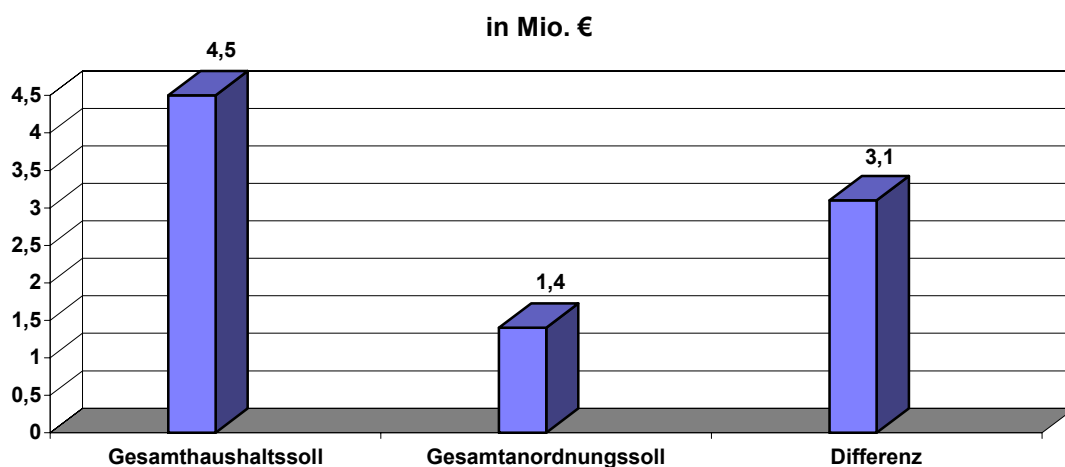
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz – Rückgaben lfd. Budget + üpl. u. apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO a. F. +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 18 % (2004 = 40 %, 2005 = 57 % und 2006 = 47 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 32 % (2004 = 53 %, 2005 = 60 % und 2006 = 58 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
3001 Geschäftsbereichsleitung Soziales und Kultur	183.346	102.989	80.357	56,2
3100 Von der Heydt-Museum	154.531	27.980	126.551	18,1
3101 SB Fuhlrott-Museum	1.900	0	1.900	0,0
3102 Historisches Zentrum	23.500	16.000	7.500	68,1
3210 Stadtarchiv	0	0	0	0,0
3230 SB Zoologischer Garten	115.687	95.989	19.698	83,0
3310 Wuppertaler Bühnen GmbH/ Tanztheater GmbH	2.275.000	75.000	2.200.000	3,3
3320 SB Orchester u. Konzerte	24.000	22.695	1.305	94,6
3330 SB Bergische Musikschule	22.100	12.299	9.801	55,7
3400 Kulturbüro/Kulturreferat	562.400	279.985	282.415	49,8
3500 SB Weiterbildung (VHS)	5.000	0	5.000	0,0
3510 Beschäftigung u. Qualifizier.	3.000	0	3.000	0,0
3511 Arbeitsbeschaffungs- und AsSH-Maßnahmen	4.000	0	4.000	0,0
3520 SB Stadtbibliothek	35.000	34.970	30	99,9
3650 Denkmalschutz und -pflege	306.000	0	306.000	0,0
3700 Synagoge Barmen	0	0	0	100,0
Summe EP 3	3.715.464	667.907	3.047.557	18,0

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
3001 Geschäftsbereichsleitung Soziales und Kultur	272.961	192.605	80.356	70,6
3100 Von der Heydt-Museum	180.471	53.920	126.551	29,9
3101 SB Fuhlrott-Museum	1.900	0	1.900	0,0
3102 Historisches Zentrum	23.500	16.000	7.500	68,1
3210 Stadtarchiv	0	0	0	0,0
3230 SB Zoologischer Garten	507.848	465.151	42.697	91,6
3310 Wuppertaler Bühnen GmbH/ Tanztheater GmbH	2.275.000	75.000	2.200.000	3,3
3320 SB Orchester u. Konzerte	82.378	81.073	1.305	98,4
3330 SB Bergische Musikschule	27.900	18.099	9.801	64,9
3400 Kulturbüro/Kulturreferat	710.527	428.112	282.415	60,3
3500 SB Weiterbildung (VHS)	5.000	0	5.000	0,0
3510 Beschäftigung u. Qualifizier.	100	0	100	0,0
3511 Arbeitsbeschaffungs- und AsSH-Maßnahmen	4.000	0	4.000	0,0
3520 SB Stadtbibliothek	35.000	34.970	30	99,9
3650 Denkmalschutz und -pflege	397.850	91.850	306.000	23,1
3700 Synagoge Barmen	0	0	0	100,0
Summe EP 3	4.524.435	1.456.780	3.067.655	32,2

Bei den vermögenswirksamen Ausgaben ist zu berücksichtigen, dass die Bauausgaben für Hochbaumaßnahmen mit Ausnahme der UA 3230 Zoologischer Garten und UA 3700 Synagoge Barmen ab dem Haushaltsjahr 2000 grundsätzlich im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs GMW veranschlagt werden. Im Vermögenshaushalt des Einzelplans 3 werden weiterhin die Landeszuweisungen, deren Weiterleitung an das Gebäudemanagement sowie Ausgaben für Einrichtungen, Kunstwerke usw. dargestellt.

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 3310 Wuppertaler Bühnen GmbH/ Tanztheater GmbH (002.200; R 403)**

Die Spende der Jackstädt-Stiftung für die Sanierung des Opernhauses wurde direkt an das Gebäudemanagement überwiesen. Eine Verbuchung der für 2007 veranschlagten Spendeneinnahme von 1,4 Mio. € und deren Weiterleitung an das GMW über den städtischen Haushalt war insofern entbehrlich.

Der Landeszuschuss für die denkmalgerechte Sanierung des Opernhauses wurde im Hinblick auf den Baufortschritt im Berichtsjahr noch nicht vollständig beantragt. Die Weiterleitung des erwarteten Zuschusses in Höhe von 800 T-Euro an das Gebäudemanagement erfolgte deshalb nicht.

UA 3650 Denkmalschutz und -pflege (002.200; R 105)

Zuschüsse für die Erhaltung denkmalwerter Bauten (Stadt-/ Landprogramm) werden in Höhe und Abhängigkeit der vom Land für den gleichen Zweck bewilligten Zuwendungen vergeben. Diese komplementäre Landesförderung lag im Berichtsjahr niedrig, so dass auch nur eine geringe städtische Zuschussquote zur Verfügung stand.

2.4 Einzelplan 4 – Soziale Sicherung

2.4.1 Verwaltungshaushalt (002.114)

Hinweis

Im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements wurden einige Unterabschnitte des Einzelplans 4 bereits zum 01.01.2007 als Pilotbereiche auf das doppelte Haushaltswesen umgestellt.

Im Verwaltungshaushalt handelt es sich dabei um folgende Unterabschnitte:

- UA 4040 - Allgemeine Aufgaben Zuwanderung und Integration (R 204)
- UA 4102 - Hilfe zum Lebensunterhalt (R 204)
- UA 4200 - Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (R 204)
- UA 4370 - Soziale Einrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge (R 204)
- UA 4515 - Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher (R 204)

Etwaige Erläuterungen sowie Prüfungsfeststellungen des RPA zu o.g. Bereichen werden daher in Kapitel III. dieses Schlussberichts („NKF-Haushalt“) unter den entsprechenden Produktgruppen dargestellt.

Die bisher an dieser Stelle abgebildeten Grafiken zum Verwaltungshaushalt „Vergleich der Rechnungsergebnisse“ und „Vergleich des Haushaltssolls mit dem Rechnungsergebnis“ besitzen aufgrund des Wegfalls einzelner Unterabschnitte aus dem kameralen Haushalt keine Aussagekraft und entfallen daher.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushalts

UA 4051 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (002.113; R 201)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	5.940.000	7.239.184	21,9	6.703.289	8,0
Ausgaben	7.732.899	8.968.287	16,0	8.267.058	8,5
Differenz	-1.792.899	-1.729.103		-1.563.769	

Der Zuschussbedarf für die Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 165.000 € (10,6 %) gestiegen. Mehreinnahmen in Höhe von rd. 536.000 € stehen dabei Mehrausgaben in Höhe von rd. 701.000 € gegenüber.

Die Verbesserung auf der Einnahmenseite ist im Wesentlichen auf die um rd. 494.000 € höhere Erstattung von Personalkosten durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) zurückzuführen.

Die Mehrausgaben resultieren insbesondere aus gestiegenen Personalkosten (+ rd. 414.000 €) und einer Erhöhung der Ausgabenposition „Erstattung des KdU-Personalkostenanteils an die BA“ (+ rd. 209.000 €). Im letzteren Fall handelt es sich um die anteilige Übernahme von Personalkosten der BA, die für die Erledigung kommunaler Aufgaben (u.a. Bewilligung von Kosten der Unterkunft im Rahmen der Leistungen nach dem SGB II) anfallen. Maßgebend für die Höhe der Erstattung ist dabei der vereinbarte kommunale Finanzierungsanteil (s.u.).

Einzelaspekte:

4051-655.0000 Beratungsleistungen zur Feststellung des KFA (002.113; R 201)

Das Personal der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) setzt sich aus Mitarbeitern/-innen der Stadt Wuppertal und der Agentur für Arbeit Wuppertal zusammen. Im „Vertrag über die Gründung und Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft Wuppertal“ ist daher geregelt, dass eine gegenseitige Erstattung der Verwaltungskosten für die Erbringung von Leistungen, die dem jeweiligen anderen Vertragspartner obliegen, zu erfolgen hat. Mit Zusatzvereinbarung vom 03.02.05 zwischen der Stadt Wuppertal und der Agentur für Arbeit Wuppertal wurde sich diesbezüglich auf einen kommunalen Finanzierungsanteil (KFA) von 10 % geeinigt.

Im Zuge der seitens der BA in 2007 geforderten Anhebung des KFA auf 12,6 % wurde durch die Stadt Wuppertal zunächst ein externes Beratungsunternehmen damit beauftragt, ein entsprechendes Gutachten zu erstellen. Die Kosten hierfür beliefen

sich auf 12.495 €. Im Ergebnis blieb festzuhalten, dass eine Anpassung an die geforderte Pauschale von 12,6 % gerechtfertigt erscheint. Mit Zusatzvereinbarung vom 20.12.07 wurde der KFA darauf hin zum 01.01.08 angepasst.

Vor diesem Hintergrund ist zukünftig mit geringeren Einnahmen aus der Erstattung von Personalkosten durch die BA und mit weiter steigenden Ausgaben bei der Erstattung des Personalkostenanteils an die BA zu rechnen.

UA 4060 Verwaltung des Wohngeldes (002.200; R 105)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	10.000	3.941	-60,6	8.423	-53,2
Ausgaben	1.563.255	1.163.404	-25,6	1.274.252	-8,7
Differenz	-1.553.255	-1.159.463		-1.265.829	

Die Ausgaben für die Verwaltung des Wohngeldes als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung haben sich gegenüber den Vorjahren weiter verringert. Es handelt sich vornehmlich um Personalausgaben für die Bearbeitung von Miet- und Lastenzuschüssen nach dem Wohngeldgesetz. Sie fielen gegenüber dem Jahr 2006 aufgrund weiterer nicht besetzter Stellen nochmals um knapp 9 % (Vorjahr: 7 %).

Die von Land und Bund anteilig finanzierten Wohngeldleistungen betragen im Jahr 2007 für Wuppertal rund 4 Mio. € (Vorjahr 7 Mio. €). Durch die Änderung des Wohngeldgesetzes zum 01.01.2005 ist die Zahl der Wohngeldbearbeitungen sehr stark gesunken. Sie fiel nach der Änderung um rund die Hälfte auf insgesamt 12.993 Berechnungsfälle und lag im Berichtsjahr noch bei 8.200 Berechnungsfällen. Maßgeblich dafür ist eine neue Regelung, nach der Empfänger von Transferleistungen wie z.B. Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Grundsicherung im Alter vom Wohngeldbezug ab 2005 ausgeschlossen sind. Nur Haushalte mit geringem Einkommen, mit Anspruch auf Arbeitslosengeld I oder ohne arbeitsfähige Personen beziehen nach wie vor Wohngeld. Die Leistungen für Unterkunft und Heizung im Rahmen von Hartz IV haben das Wohngeld zu einem großen Teil ersetzt.

Im Unterabschnitt Wohngeldverwaltung wurden erneut Einnahmen durch die Erhebung von Bußgeldern erzielt. Die Wohngeldstelle kam damit der allgemeinen Forderung des Landes zur Durchführung von Bußgeldverfahren weiterhin nach.

**UA 4070 Verwaltung der Jugendhilfe – ohne eigene Einrichtungen
(002.111;R 208)**

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	0	0,0	0	0,0
Ausgaben	8.025.486	8.506.230	6,0	8.131.240	4,6
Differenz	-8.025.486	-8.506.230		-8.131.240	

Der Zuschussbedarf hat sich im Rechnungsergebnis 2007 gegenüber dem Ansatz um 481 T-Euro (6 %) erhöht, im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2006 ist eine Steigerung des Zuschussbedarfs von 375 T-Euro (5 %) zu verzeichnen. Ursächlich für das Rechnungsergebnis 2007 sind üpl. Einstellungen von sozialarbeiterischen Fachkräften sowie die Zuordnung des Familienbüros und die Aufgabe Stadtbau West / LOS im Rahmen einer organisatorischen Umstrukturierung in diesen UA.

**UA 4100 Hilfe zum Lebensunterhalt – Ressort 201 –
(002.113 / 002.114; R 201)**

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.304.600	3.078.796	33,6	424.797	624,8
Ausgaben	5.411.751	4.685.448	-13,4	5.113.536	-8,4
Differenz	-3.107.151	-1.606.652		-4.688.739	

In diesem Unterabschnitt wird die nach dem Dritten Kapitel des SGB XII geleistete Hilfe zum Lebensunterhalt abgebildet. Hierunter fallen z.B. Hilfen für bedürftige Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren, für die (nur) vorübergehend keine Erwerbstätigkeit möglich ist.

Der Zuschussbedarf dieses Unterabschnitts hat sich im Vergleich zum Vorjahr um nahezu 3,1 Mio. € bzw. 65,7 % verringert. Ausschlaggebend waren Mehreinnahmen i.H.v. rd. 2,65 Mio. € bei gleichzeitigen Minderausgaben i.H.v. rd. 430.000 €.

Die deutlichste Erhöhung auf der Einnahmeseite i.H.v. rd. 1,36 Mio. € war bei der Finanzposition „Von Unterhaltspflichtigen für Hilfen außerhalb von Einrichtungen“ zu verzeichnen (RE 2006: - rd. 918.000 €, RE 2007: + rd. 443.000 €). Hier wurden im Berichtsjahr offene Forderungen, d.h., Zahlungsrückstände, die - voraussichtlich - nicht mehr zu realisieren sind, in wesentlich geringerem Umfang wertberichtigt als im Jahr 2006, so dass sich das diesjährige Rechnungsergebnis entsprechend positiver darstellt als im Vorjahr. Es handelt sich damit um keine faktische Steigerung der Soll-Einnahmen; die im Jahr 2007 geltend gemachten Ansprüche gegen Unterhaltspflichtige in Höhe von rd. 550.000 € sind im Vergleich zum Vorjahr sogar rückläufig (Anordnungssoll 2006: rd. 670.000 €).

Bei der Position „Rückzahlung gewährter Hilfen (Tilgung und Zinsen)“ hat sich das Rechnungsergebnis von rd. 435.000 € im Jahr 2006 auf rd. 978.000 € im Jahr 2007 mehr als verdoppelt. Die Steigerung um rd. 125 % resultiert überwiegend aus höheren geltend gemachten Forderungen der Stadt gegenüber Rückzahlungspflichtigen.

Auch bei den „Einnahmen aus Regressansprüchen“ hat sich im Berichtsjahr eine Verbesserung des Rechnungsergebnisses um rd. 410.000 € auf nunmehr rd. 633.000 € ergeben (+ 184 %). Hierunter werden derzeit die von der ARGE Wuppertal geforderten Unterhaltsbeträge für Leistungsempfänger/-innen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) verbucht. Die tatsächlich realisierten Unterhaltsbeträge werden anschließend auf die beiden Leistungsträger des SGB II, Bund und Kommune, pauschal nach einem vereinbarten Prozentsatz verteilt.

Der anfangs erwähnte Rückgang der Ausgaben ist vornehmlich auf die Position „Abführung 2005 realisierter Einnahmen der ARGE an den Bund“ zurückzuführen. Diese Haushaltsstelle wurde im Vorjahr einmalig eingerichtet, um die von der ARGE für den Bund realisierten Einnahmen zurückzuerstatten, die aus technischen Gründen im städtischen Haushalt verbucht wurden. Hier ist entsprechend ein 100-prozentiger Rückgang der Ausgaben i.H.v. rd. 594.000 € im Jahr 2006 auf 0 € im Jahr 2007 zu verzeichnen.

Zu einer Ausgabensteigerung in Höhe von rd. 355.000 € (+ 135,6 %) kam es hingegen bei der Position „Kostenerstattung an andere Träger der Sozialhilfe“.

Grundsätzlich handelt es sich hierbei um eine rückläufige Ausgabenposition, da mit Einführung des SGB XII zum 01.01.2005 eine Kostenerstattungspflicht bei Umzügen (ehemals § 107 Bundessozialhilfegesetz - BSHG -) entfallen ist und hierunter lediglich noch Altfälle abgewickelt werden. Aufgrund aktueller Rechtsprechung zum § 107 BSHG mussten im Rechnungsjahr 2007 allerdings nochmals vermehrt Kostenerstattungsansprüche anderer Gemeinden beglichen werden.

Eine gleichzeitige Erhöhung bei der Einnahmeposition „Von anderen Trägern der Sozialhilfe - ohne Landschaftsverband Rheinland -“ konnte indes nicht verzeichnet werden. Dies ist laut R 201 auf den Umstand zurückzuführen, dass entsprechende Kostenerstattungsansprüche der Stadt Wuppertal gegenüber anderen Gemeinden bereits in der Vergangenheit geltend gemacht worden sind.

UA 4101 Hilfe zum Lebensunterhalt – Ressort 105 – (002.200; R 105)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	25.550	24.507	-4,1	15.510	58,0
Ausgaben	238.950	38.905	-83,7	65.676	-40,8
Differenz	-213.400	-14.398		-50.166	

Die Abteilung Wohnungswirtschaft des Ressorts 105 gewährt Hilfen verschiedener Art zur Wiedereingliederung Obdachloser in Wohnverhältnisse und zur Vermeidung

drohender Wohnungsräumungen. Im Berichtsjahr wurden einmalige finanzielle Hilfen in Höhe von rund 31.000 € gewährt, was einer Halbierung des Mitteleinsatzes gegenüber den Vorjahren entspricht. Es handelte sich im Wesentlichen um die Leistung von Kautionen und die Begleichung von Mietrückständen. Die Fachdienststelle setzte auch im Berichtsjahr weiterhin erfolgreich ihren Tätigkeitsschwerpunkt auf Beratungen und Anregungen zur Selbsthilfe, so dass der Haushaltsansatz für die Gewährung einmaliger Leistungen nur rund zu einem Sechstel ausgeschöpft wurde.

Auf der Einnahmeseite entstanden aus der Darlehenstilgung durch die Vereinbarung von Ratenzahlungen kaum neue Kasseneinnahmereste. Der Bestand der Reste entspricht in etwa dem der Vorjahre. Es deutet einiges darauf hin, dass es sich um ältere Forderungen handelt, die auch im Hinblick auf die Eröffnungsbilanz nach NKF auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen wären. Nach Mitteilung des Ressorts 105 verfolgt zuständigshalber Ressort 201 die Forderungen.

UA 4103 Hilfe zur Arbeit (002.114; R 201)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	-69.550	/	-24.628	182,4
Ausgaben	0	0	0,0	0	0,0
Differenz	0	-69.550		-24.628	

Einzelaspekte:

4103-162.0200 Von anderen Trägern für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Die o.g. Einnahmehaushaltsstelle ist die einzige in diesem UA noch bewirtschaftete Finanzposition.

Hier erfolgt nach wie vor die Restabwicklung der ehemaligen „Arbeit statt Sozialhilfe“-Maßnahmen nach dem - zum 31.12.2004 außer Kraft getretenen – Bundessozialhilfegesetz (BSHG). In der Regel handelt es sich um Kostenerstattungsansprüche gegen andere Städte im Rahmen des § 107 BSHG. Aufwendungen für Hilfeempfänger/-innen, die in Wuppertal neu zugezogen waren und in das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ vermittelt wurden, sind i.d.R. von dem Sozialhilfeträger des vorherigen Wohnortes für die Dauer von 2 Jahren zu erstatten gewesen.

Die Haushaltsstelle - und damit auch der UA - schließt mit einem negativen Rechnungsergebnis i.H.v. - 69.550 € ab.

Ein negatives Rechnungsergebnis bei einer Einnahmeposition entsteht u.a. dann, wenn die im laufenden Jahr geltend gemachten Forderungen geringerer sind als die im gleichen Jahr abgesetzten Forderungen. Bei der vorliegenden Haushaltsstelle wurden im Berichtsjahr Erstattungsansprüche i.H.v. insgesamt 25.181 € zum Soll gestellt; gleichzeitig mussten noch offene Forderungen aus Vorjahren in einem Um-

fang von 94.731 € in Abgang gebracht werden, da diese aus unterschiedlichen Gründen nicht bzw. nicht mehr in der geforderten Höhe zu realisieren waren (z.B. kein durchsetzbarer Anspruch aufgrund längerer Unterbrechung des hiesigen Sozialhilfebezuges, fehlerhafte Bezifferung der Erstattungsbeträge, Verfristung der Kostenerstattungsansprüche).

Aktuell bestehen in drei Vorgängen noch geltend gemachte Forderungen i.H.v. rd. 16.000 €, die als Kasseneinnahmereste in das Jahr 2008 vorgetragen wurden und deren Durchsetzbarkeit z.T. gerichtlich geklärt wird.

UA 4110 Hilfe zur Pflege (002.113; R 201)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	3.967.500	4.127.977	4,0	5.539.243	-25,5
Ausgaben	19.952.242	19.665.429	-1,4	18.856.548	4,3
Differenz	-15.984.742	-15.537.452		-13.317.305	

Der Zuschussbedarf in diesem Unterabschnitt hat sich aufgrund von Mindereinnahmen in Höhe von rd. 1,4 Mio. € sowie Mehrausgaben in Höhe von rd. 800.000 € im Vergleich zum Vorjahr um rd. 2,2 Mio. € (16,7 %) erhöht.

Die Mindereinnahmen resultieren dabei fast ausschließlich aus rückläufigen Einnahmen „Von Zahlungspflichtigen für Hilfen in Einrichtungen, § 7 (ab 65 Jahre)“. Bei dieser Finanzposition werden u.a. Kostenbeiträge, Unterhaltsverpflichtungen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, Rückforderungen zu Unrecht erbrachter Leistungen sowie Leistungen anderer Sozialleistungsträger vereinnahmt. Nachdem im Vorjahr (RE 2006: rd. 2,2 Mio. €) ein vergleichsweise hohes Ergebnis erzielt werden konnte, sind die entsprechenden Einnahmen in diesem Jahr (RE 2007: rd. 897.000 €) wieder auf ein gewohntes Niveau zurückgegangen.

Zu einer Ausgabensteigerung kam es hauptsächlich bei der „Hilfe in Form von anderen Leistungen“ (+ rd. 469.000 €) sowie bei der „Hilfe zur Pflege in Einrichtungen (ab 65)“ (+ rd. 445.000 €). Dies ist vorwiegend auf die stetig ansteigende Fallzahl im Bereich Hilfe zur Pflege, sowohl innerhalb als auch außerhalb von Einrichtungen, zurückzuführen. Laut Bericht zur Finanz- und Leistungsentwicklung im Ressort Soziales stieg die Anzahl der Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen von 647 Personen im Januar 2007 auf 692 Personen im Dezember 2007. Im Bereich Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen hat sich die Fallzahl von 1.496 Personen im Januar 2007 auf 1.534 Personen im Dezember 2007 erhöht.

**UA 4130 Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaften, Familienplanung
(002.113; R 201)**

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	103.350	35.259	-65,9	14.770	138,7
Ausgaben	6.438.741	6.288.244	-2,3	5.579.656	12,7
Differenz	-6.335.391	-6.252.985		-5.564.886	

Der Zuschussbedarf ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 688.000 € (12,4 %) gestiegen.

Maßgeblich verantwortlich hierfür sind die gestiegenen Ausgaben für Erstattungen der Aufwendungen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für ambulante Krankenhilfe (+ rd. 872.000 €). Nachdem sich die Ausgaben im Jahr 2006 deutlich reduziert haben, kam es im Rechnungsjahr 2007 wieder zu einer Erhöhung der Ausgaben. Nicht unerheblich dazu beigetragen hat die weiterhin zeitlich verzögerte Abrechnung durch die Krankenkassen. Auch im Rechnungsjahr 2007 wurden erneut Aufwendungen aus den Jahren 2004 bis 2006 geltend gemacht. Die erhoffte Entwicklung, die Abrechnungen würden nach dem anfänglichen Umstellungsprozess in einer gewissen Kontinuität erfolgen, ist somit nicht eingetreten.

UA 4350 Soziale Einrichtungen für Wohnungslose (002.200; R 105)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	163.900	82.348	-49,8	88.550	-7,0
Ausgaben	1.117.673	1.018.184	-8,9	1.013.567	0,5
Differenz	-953.773	-935.836		-925.017	

Der Verwaltungs- und Unterhaltungsaufwand für die Obdachloseneinrichtungen der Stadt ist durch die bereits zu einem großen Teil realisierte Auflösung von Einrichtungen rückläufig. Die Ausgaben sanken in 2006 vor dem Hintergrund der erfolgten Aufgabe der Unterkünfte Brüderstraße und Bergstraße um ca. 100 T-Euro. Die Wohnungshilfe erstreckt sich nunmehr noch auf die Standorte Tiergartenstraße und Hermannstraße.

Ab 2003 führte die Fachverwaltung eine pauschale Restebereinigung für voraussichtlich nicht einbringliche Gebührenforderungen durch. Das Rechnungsergebnis des Berichtsjahres beinhaltet durch das gewählte Verfahren nur die in 2007 tatsächlich erzielten Einnahmen.

Die gebildeten Kasseneinnahmereste für teilweise langjährig ausstehende Mietgebühren sollten durch das Verfahren der pauschalen Restebereinigung und durch die Überprüfung der Forderungen hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit mittelfristig aufgelöst

werden. Es stellte sich in den Vorjahren bei einer Bestandsaufnahme der Fälle heraus, dass viele Einzelforderungen uneinbringlich oder zum Teil verjährt waren oder ihre Beitreibung den Wiedereingliederungsprozess der Zahlungspflichtigen störte. Das Rechnungsprüfungsamt beanstandete in der Vergangenheit wiederholt, dass die Verfolgung der ausstehenden Gebührenforderungen nicht mit der gebotenen Aufmerksamkeit betrieben wurde. Das Ressort hat im Berichtsjahr seine Aktivitäten, die Forderungen hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit zu überprüfen und entweder beizutreiben oder niederzuschlagen, erkennbar wieder aufgenommen. Die Verfolgung der ausstehenden Gebührenforderungen kann sich nach Angaben der Fachdienststelle auf ein halbes Jahr und länger erstrecken, insbesondere, wenn diese vollstreckt werden sollen.

Das RPA unterstreicht nochmals die Bedeutung einer kompletten Bestandsaufnahme und Beurteilung der Forderungen im Hinblick auf die anstehende Erstellung der Eröffnungsbilanz nach NKF.

**UA 4400 Kriegsofferfürsorge nach dem BVG (örtlicher Träger)
(002.113; R 201)**

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	145.000	-5.872	-104,0	113.891	-105,2
Ausgaben	158.692	21.192	-86,6	138.903	-84,7
Differenz	-13.692	-27.064		-25.012	

Minderausgaben von rd. 118.000 € stehen Mindereinnahmen von rd. 120.000 € gegenüber, sodass sich ein im Vergleich zum Vorjahr beinahe unveränderter Zuschussbedarf von rd. 27.000 € ergibt.

Aufgrund sinkender Anzahl der Empfänger/-innen von Leistungen der Kriegsofferfürsorge (KOF) wurde die Wahrnehmung des Aufgabenbereiches der KOF im Rahmen einer Vereinbarung zum 01.01.07 an den Landschaftsverband Rheinland (LVR) - Hauptfürsorgestelle - übertragen. Im Zuge der erfolgten Aufgabenübertragung erstattete die Stadt Wuppertal als örtliche Fürsorgestelle in 2007 lediglich noch den städtischen Kostenanteil der KOF (20 % der Ausgaben) in Höhe von rd. 23.000 € sowie einen Personal- und Sachkostenanteil für die Aufgabenwahrnehmung in Höhe von 4.300 € an den LVR.

UA 4510 Jugendarbeit (002.111; R 208)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	28.450	83.013	191,8	85.787	-3,2
Ausgaben	1.886.221	2.070.675	9,8	1.762.958	17,5
Differenz	-1.857.771	-1.987.662		-1.677.171	

Die Einnahmen konnten im Vergleich zwischen Ansatz Einnahmen 2007 und Rechnungsergebnis 2007 um 55 T-Euro (192 %) gesteigert werden, im Vergleich zwischen dem Rechnungsergebnis 2007 zum Rechnungsergebnis 2006 ist jedoch eine Einnahmeverminderung von 2 T-Euro (3 %) zu verzeichnen. Bei den Ausgaben ist im Vergleich zwischen dem Ansatz 2007 und dem Rechnungsergebnis 2007 eine Steigerung von 154 T-Euro (10 %) zu verzeichnen. Ursächlich sind um 121 T-Euro (12 %) gestiegene Personalaufwendungen auf Grund von Zuordnungen von Aufgaben und Personal in diesen Unterabschnitt.

UA 4550 Hilfe zur Erziehung (002.111; R 208)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	3.634.050	3.324.774	-8,5	2.419.528	37,4
Ausgaben	38.547.945	37.138.558	-3,7	35.816.327	3,7
Differenz	-34.913.895	-33.813.785		-33.396.799	

Die Ansätze lassen sich im Vorhinein nicht genau schätzen, es handelt sich bei den Einnahmen um Erstattungen anderer Kostenträger und bei den Ausgaben um Kostenersatz an andere Träger, die zeitlich nicht zu terminieren sind.

UA 4570 Adoptionsvermittlung, Amtspflege, Amtsvormundschaften usw. (002.111; R 208)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	6.000	1.200	-80,0	2.400	-50,0
Ausgaben	1.263.521	703.521	-44,3	714.168	-1,5
Differenz	-1.257.521	-702.321		-711.768	

Die Ausgaben im Rechnungsjahr blieben im Rechnungsergebnis um 560 T-Euro (44 %) unter dem Ansatz, im Vergleich mit dem Rechnungsjahr 2006 um 12 T-Euro

(2 %) unter dem Rechnungsergebnis. In 2007 wurden Mieten und Mietbetriebskosten in Höhe von 51 T-Euro nicht aus dem UA 4570 sondern aus dem UA 4070 abgerechnet. Der überwiegende Teil entstand jedoch durch organisatorische Umstrukturierung von Stellenanteilen in den UA 4070.

UA 4580 Sonstige Aufgaben der Jugendhilfe (002.111; R 208)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	89.600	0	-100,0	177.600	-100,0
Ausgaben	3.414.515	3.414.515	0,0	3.418.827	-0,1
Differenz	-3.324.915	-3.414.515		-3.241.227	

Die Einnahmen in 2007 weichen im Rechnungsergebnis vom Ansatz um 90 T-Euro ab. Der vom Land für das Projekt Ostersbaum erwartete Zuschuss wurde noch Ende des Rechnungsjahres 2006 gezahlt und verbucht.

UA 4600 Einrichtungen der Jugendarbeit (002.111; R 208)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	862.800	1.494.677	73,2	1.231.809	21,3
Ausgaben	9.712.451	9.361.418	-3,6	8.972.388	4,3
Differenz	-8.849.651	-7.866.740		-7.740.579	

Bei den Einnahmen in 2007 lag das Rechnungsergebnis um 632 T-Euro (73 %) über dem Ansatz. Das Rechnungsergebnis 2007 bei den Einnahmen ist um 263 T-Euro (21 %) über dem Rechnungsergebnis Einnahmen 2006. Ursächlich für die gesteigerten Einnahmen sind nicht veranschlagte bzw. nicht in voller Höhe im Ansatz veranschlagte Zuwendungen des Landes für Jugendeinrichtungen.

UA 4640 Tageseinrichtungen für Kinder (002.111; SB 202)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	29.310.750	26.591.208	-9,3	27.178.225	-2,2
Ausgaben	64.784.854	62.876.881	-2,9	62.587.906	0,5
Differenz	-35.474.104	-36.285.672		-35.409.681	

Bei den Einnahmen 2007 liegt das Rechnungsergebnis um 2.720.000 € (9 %) unter dem Ansatz und um 587 T-Euro (2 %) unter dem Rechnungsergebnis 2006. Ursäch-

lich waren verminderte Zuschüsse des Landes zu den Betriebskosten für nichtstädtische- und städtische Kindertageseinrichtungen. Die in 2007 getätigten Ausgaben liegen im Rechnungsergebnis um 1.908.000 € (3 %) unter dem Ansatz und um 289 T-Euro (1 %) über dem Rechnungsergebnis 2006. Auf Grund der geminderten Einnahmen wurden geminderte Betriebskostenzuschüsse an Organisationen für Kindertageseinrichtungen gezahlt.

UA 4810 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (002.114; R 201)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	3.793.500	3.912.209	3,1	3.284.537	19,1
Ausgaben	6.920.000	5.396.495	-22,0	5.484.939	-1,6
Differenz	-3.126.500	-1.484.286		-2.200.402	

Im Vergleich zum Vorjahr konnten im Berichtsjahr Mehreinnahmen i.H.v. rd. 627.000 € erzielt werden. Während die Einnahmen bei der Position „Erstattungen vom Land“ geringfügig von rd. 2.326.000 € im Jahr 2006 auf rd. 2.391.000 € im Jahr 2007 anstiegen (+ rd. 65.000 € = + 2,8 %), erhöhten sich diese bei der Position „Einnahmen von Unterhaltspflichtigen“ deutlich von rd. 958.000 € auf nunmehr rd. 1.520.000 € (+ 562.000 € = + 58,7 %).

Gleichzeitig war ein leichter Rückgang der Ausgaben festzustellen: die „Erstattungen an das Land“ reduzierten sich um einen Betrag i.H.v. rd. 18.000 € auf nunmehr rd. 382.000 € (- 4,5 %); zudem verringerten sich die gewährten „Unterhaltsleistungen gemäß UVG“ aufgrund gesunkener Fallzahlen sowie der Reduzierung der UVG-Regelsätze zum 01.07.2007 um rd. 70.000 € auf nunmehr rd. 5.015.000 € (- 1,4 %).

Der Zuschussbedarf des UA verminderte sich damit um rd. 716.000 € (- 32,5 %).

UA 4850 Vollzug des Grundsicherungsgesetzes (002.113; R 201)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	2.280.000	3.492.676	53,2	2.933.474	19,1
Ausgaben	21.493.239	20.702.028	-3,7	18.964.546	9,2
Differenz	-19.213.239	-17.209.352		-16.031.072	

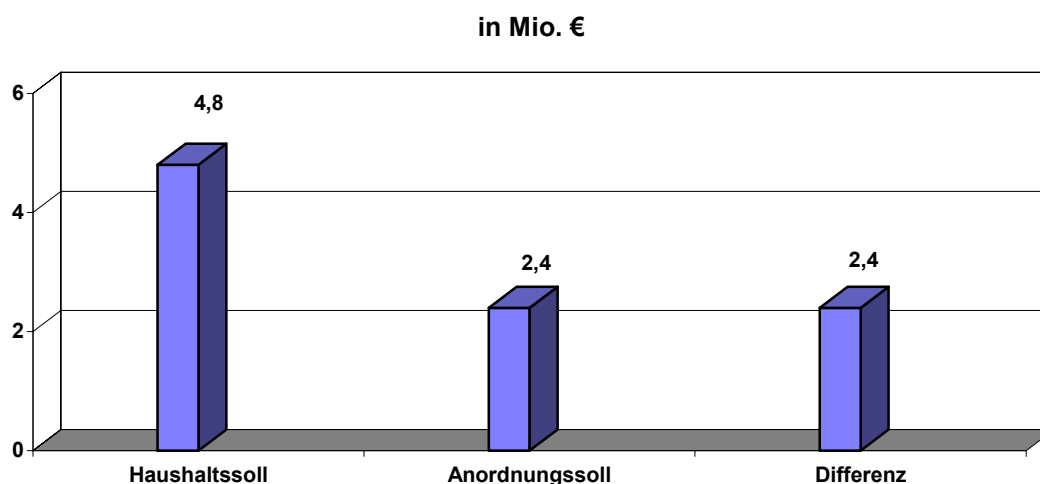
In diesem UA werden die Leistungen für Personen nach dem Vierten Kapitel des SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) ausgewiesen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Zuschussbedarf um rd. 1,2 Mio. € erhöht. Zuschussrelevant waren dabei fast ausschließlich Mehrausgaben für laufende Leistungen außerhalb von Einrichtungen in Höhe von 1,9 Mio. € (+ 11,1 %). Dies ist zum einen auf die weiterhin gestiegene Fallzahl – standen gemäß Bericht zur Finanz- und Leistungsentwicklung im Ressort Soziales im Januar 2007 noch 3.708 Personen im Leistungsbezug, so waren es im Dezember 2007 bereits 4.045 Personen – zurückzuführen. Zum anderen entstanden überplanmäßige Ausgaben im Zuge eines Urteils des Bundessozialgerichtes, wonach die in der Vergangenheit unrechtmäßig als Einkommen berücksichtigten Kindergeldzahlungen, beim Personenkreis der im Haushalt der Eltern lebenden, volljährigen, behinderten Kinder, auf Antrag an die Hilfeberechtigten nachgezahlt werden mussten.

2.4.2 Vermögenshaushalt (002.114)

Grafik zur Tabelle 1:

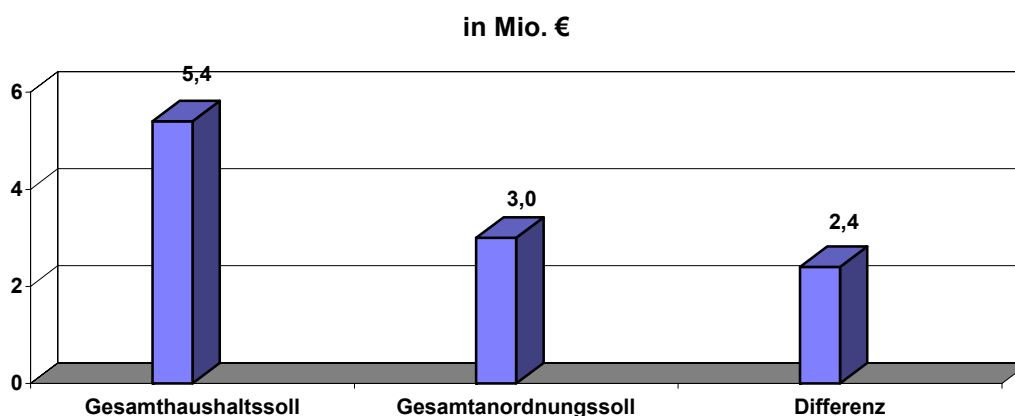
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. u. apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO a. F. +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 49,3 % (2006 = 52,9 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabe-
reste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen
auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. +
Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 54,9 % (2006 = 62,6 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
4000 Verwaltung der Sozialhilfe	1.204	1.179	25	97,9
4110 Hilfe zur Pflege	488.039	304.922	183.117	62,5
4121 Eingliederungshilfe für Behinderte	0	0	0	0,0
4311 Soziale Einrichtungen für Ältere (ohne Pflegeeinrichtungen)	0	0	0	0,0
4400 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG (örtlicher Träger)	21.920	1.920	20.000	8,8
4480 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	44.878	0	44.878	0,0
4580 Sonstige Aufgaben der Jugendhilfe	7.500	0	7.500	0,0
4600 Einrichtungen der Jugendarbeit	2.224.700	406.582	1.818.118	18,3
4620 Einrichtungen der Familienförderung	2.000	0	2.000	0,0
4640 Tageseinrichtungen für Kinder	960.530	612.713	347.817	63,8
4650 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen	1.500	0	1.500	0,0
4680 Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe	0	0	0	0,0
4700 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	3.800	0	3.800	0,0
4710 Leistungen nach dem Landespflegegesetz	1.073.500	1.054.763	18.737	98,3
4980 Sonstige soziale Angelegenheiten (örtlicher Träger)	0	0	0	0,0
Summe EP 4	4.829.571	2.382.079	2.447.492	49,3

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
4000 Verwaltung der Sozialhilfe	1.204	1.179	25	97,9
4110 Hilfe zur Pflege	488.039	304.922	183.117	62,5
4121 Eingliederungshilfe für Behinderte	0	0	0	0,0
4311 Soziale Einrichtungen für Ältere (ohne Pflegeeinrichtungen)	0	0	0	0,0
4400 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG (örtlicher Träger)	22.080	2.080	20.000	9,4
4480 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	44.878	0	44.878	0,0
4580 Sonstige Aufgaben der Jugendhilfe	7.500	0	7.500	0,0
4600 Einrichtungen der Jugendarbeit	2.757.275	939.157	1.818.118	34,1
4620 Einrichtungen der Familienförderung	2.000	0	2.000	0,0
4640 Tageseinrichtungen für Kinder	1.024.964	677.147	347.817	66,1
4650 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen	1.500	0	1.500	0,0
4680 Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe	0	0	0	0,0
4700 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	3.800	0	3.800	0,0
4710 Leistungen nach dem Landespflegegesetz	1.073.500	1.054.763	18.737	98,3
4980 Sonstige soziale Angelegen- heiten (örtlicher Träger)	0	0	0	0,0
Summe EP 4	5.426.741	2.979.248	2.447.492	54,9

Realisierungsquote im Vermögenshaushalt des Einzelplans 4:

Aufgrund der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements ist der zum 01.01.2007 als Pilotbereich auf das doppische Haushaltswesen umgestellte Unterabschnitt 4370 des Vermögenshaushalts in den vorstehenden Grafiken und Tabellen nicht mehr abgebildet. Für o.g. Unterabschnitt sah der kamerale Haushaltsplan (Entwurf) keine vermögenswirksamen Ausgaben vor. Trotz der Löschung des Unterabschnitts aus den Grafiken und Tabellen ist die Darstellung sämtlicher Realisierungsgrade im Vermögenshaushalt des Einzelplans 4 mithin vollständig.

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:

UA 4400 Kriegsoferfürsorge nach dem BVG (örtlicher Träger) (002.113; R 201)

In diesem UA erfolgt die Abwicklung der darlehensweisen Hilfgewährung für die Beschaffung von Kfz im Rahmen der Leistungen der Kriegsoferfürsorge. In 2007 wurden allerdings keine neuen Darlehen bewilligt. Bei den Ausgaben in Höhe von 1.920 € handelt es sich um Abführungen von Darlehensrückflüsse an den Landschaftsverband (LV). Grundsätzlich werden die Darlehensbeträge zu 80 % vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) erbracht. Die entsprechenden Rückflüsse sind somit auch wieder in dieser Höhe an den LVR abzuführen.

UA 4480 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz (002.113; R 201)

Grundsätzlich werden in diesen UA Rückflüsse von Darlehen aus Ausgleichsabgaben vereinnahmt, welche bei Abschluss des Haushaltsjahres in voller Höhe an den Landschaftsverband abzuführen sind. Der städtische Haushalt dürfte durch die Einnahme- und Ausgabepositionen somit weder be- noch entlastet werden.

B/2 Das Rechnungsergebnis ist nicht ausgeglichen

Dies ist darauf zurückzuführen, dass die vereinnahmten Darlehensrückflüsse (auch in Vorjahren) nicht an den LV abgeführt worden sind. Die entsprechenden Einnahme- und Ausgabepositionen sind daher nicht haushaltsneutral.

Die Beanstandung wird von R 201 anerkannt. Da sich erst im Mai 2007 herausstellte, dass es noch offene Darlehen der Fürsorgestelle ab 2002 gab, wurden diese zunächst zusammengetragen und in den Fällen, in denen nur sporadische oder überhaupt keine Zahlungen erfolgten, die Schuldner entsprechend gemahnt. Die Überweisung an den LV der bereits eingegangenen Zahlungen wurde vor diesem Hintergrund an das Ende des Verfahrens gesetzt und soll mit Abschluss des Haushaltsjahres 2008 erfolgen.

UA 4600 Einrichtungen der Jugendarbeit (002.111; R 208)

Die in 2007 begonnenen Maßnahmen zur Anlage, Ausbau, Grundüberholung und Sanierung von Kinderspielplätzen konnten im Rechnungsjahr nicht vollständig abgeschlossen werden.

UA 4640 Tageseinrichtungen für Kinder (002.111; SB 202)

Anträge freier Träger, Umbau-, Sanierungs- und sonstige zu fördernde Investitionsmaßnahmen, waren nicht in dem veranschlagten Umfang entscheidungsreif.

2.5 Einzelplan 5 – Gesundheit, Sport, Erholung

2.5.1 Verwaltungshaushalt

Hinweis

Im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements wurden einige Unterabschnitte des Einzelplans 5 bereits zum 01.01.2007 als Pilotbereiche auf das doppische Haushaltswesen umgestellt.

Im Verwaltungshaushalt handelt es sich dabei um folgende Unterabschnitte:

- UA 5460 - Chemisches Untersuchungsinstitut (SB 303)
- UA 5500 - Allgemeine Betreuung und Förderung des Sports (SB 209)
- UA 5700 - Bäder (SB 209)

Etwaige Erläuterungen sowie Prüfungsfeststellungen des RPA zu o.g. Bereichen werden daher in Kapitel III. dieses Schlussberichts („NKF-Haushalt“) unter den entsprechenden Produktgruppen dargestellt.

Die bisher an dieser Stelle abgebildeten Grafiken zum Verwaltungshaushalt „Vergleich der Rechnungsergebnisse“ und „Vergleich des Haushaltssolls mit dem Rechnungsergebnis“ besitzen aufgrund des Wegfalls einzelner Unterabschnitte aus dem kameralen Haushalt keine Aussagekraft und entfallen daher.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushalts

UA 5000 Gesundheitsverwaltung (002.101; SB 305)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	356.950	352.425	-1,3	316.135	11,5
Ausgaben	4.600.166	4.573.236	-0,6	4.422.785	3,4
Differenz	-4.243.216	-4.220.811		-4.106.650	

Auf der Einnahmeseite konnte gegenüber dem Rechnungsergebnis 2006 eine Verbesserung erzielt werden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat mit Wirkung vom 01.01.2007 die Landesförderung für Präventions- und Hilfemaßnahmen im AIDS- und Suchtbereich neu strukturiert. Die bisherige trägerbezogene Landesförderung wird durch eine fachbezogene pauschalierte und kommunalisierte Förderung (insgesamt 49.000,00 €) ersetzt, die vierteljährlich ausgezahlt wird.

Diese Pauschale wird in voller Höhe an den Verein „AIDS-Hilfe Wuppertal e.V.“ gezahlt. Zusätzlich wird das Rechnungsergebnis auf der Ausgabenseite durch höhere Personalkosten, Kosten für die Unterbringung von Tuberkulose-Patienten sowie Leistungen der Datenverarbeitung und Druckerei belastet.

UA 5600 Stadion (002.112; SB 209)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	3.900	53.053	1260,3	63.024	-15,8
Ausgaben	2.162.359	2.135.686	-1,2	2.248.789	-5,0
Differenz	-2.158.459	-2.082.633	-3,5	-2.185.765	

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 103.132 € (- 4,7 %) geringfügig reduziert, resultierend aus Mindereinnahmen von 9.971 € (- 15,8 %) und Minderausgaben von 113.103 € (- 5 %).

Die Mindereinnahmen beruhen im Wesentlichen auf dem zuletzt im Jahr 2006 gezahlten Zuschuss vom Land für Instandsetzung der Stadiongaststätte in Höhe von 50.000 € (100 %). Dem gegenüber stehen die Mehreinnahmen für Mieten und Pachten von 19.452 € (100 %). Seit 2007 ist ein Sportgeschäft in dem Dienstgebäude Hubertusallee 4 als Untermieter des SB 209 untergebracht. Bei den Einnahmen handelt es sich um die Mietzahlungen des Sportgeschäftes an den Stadtbetrieb. Ferner sind 22.837 € Mehreinnahmen für das WSV-Fanprojekt entstanden. Diese Einnahmeposition wurde erst im November 2006 unter der Federführung vom SB 209 für das Fan-

projekt Wuppertal eingerichtet. Die Förderung erfolgt durch das Land und den DFB, im Herbst 2007 wurde die Trägerschaft von der GESA übernommen.

Die Minderausgaben in Höhe von 34.334 € (- 74,2 %) resultieren hauptsächlich aus der Ausgabenposition Unterhaltung der Plätze und Wege, sonstige Betriebskosten. Dabei handelte es sich um eine im Jahr 2006 durchgeführte und abgerechnete Sondermaßnahme „Rasenerweiterung Hauptspielfeld“, die, lt. SB 209, in einem Zusammenhang mit dem Neubau der Stehtribünen zu sehen ist. Die weiteren Minderausgaben betreffen überwiegend die Betriebskosten an den Eigenbetrieb GMW in Höhe von 53.823 € sowie Entgelte für tariflich Beschäftigte mit 31.447 €.

Die Mehrausgaben betreffen hauptsächlich die höheren Ausgaben für Leistungen des ESW von 8.428 € (445,3 %). Dies ist auf einen außergewöhnlich hohen Reparaturbedarf im Jahr 2007 (z.B. Verdichtungswalze und Zugmaschine, Reparaturkosten insgesamt ca. 7.000 €) zurückzuführen. Weiterhin entstanden Mehrausgaben in Höhe von ca. 16.377 € (368,7 %) für die Leistungen der Nachrichtentechnik (an UA 0620). Nach Auskunft des SB 209 hängen die Mehrausgaben bei dieser internen Verrechnungsposition mit einer umfangreichen Überprüfung von Fernmeldeanschlüssen im Stadion zusammen.

UA 5610 Sportplätze, Turnhallen usw. (002.112; SB 209)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	106.600	112.726	5,7	133.741	-15,7
Ausgaben	5.886.699	6.009.536	2,1	5.617.950	7,0
Differenz	-5.780.099	-5.896.810		-5.484.209	

Mindereinnahmen von 21.015 € (- 15,7 %) und Mehrausgaben von 391.586 € (7 %) führten im Vergleich zum Vorjahr zu einer Zuschusserhöhung von 412.601 € (7,5 %). Verschiedene Gebäude sind nicht in das Eigentum des Eigenbetriebes GMW übergegangen, sondern werden auch weiter vom SB 209 über die bisherigen Haushaltspositionen bewirtschaftet. Das GMW wird bei Bedarf als Dienstleister tätig.

Die Mindereinnahmen beruhen hauptsächlich auf gesunkenen Einnahmen für Miete und Pacht (aber ansatzentsprechend) in Höhe von 15.072 € (- 18 %). Der Rückgang der Mieteinnahmen hängt, lt. SB 209, zum Großteil mit der Umnutzung einer mietpflichtigen Wohnung in einen mietfreien Jugendraum am Sportplatz Rauental zusammen. Ein weiterer befristeter Mietausfall war auf der Sportanlage Opphof für die Wohnung des Vereinsplatzwartes aufgrund entstandener Mietrückstände zu verzeichnen. Der Vereinsplatzwart ist zwischenzeitlich für den Verein nicht mehr tätig. Ferner wurden im Jahr 2006 10.000 € als Kostenbeteiligung des Deutschen Alpenvereins (DAV) an den Baukosten für einen Ballfang- und Abgrenzungszaun am Sportplatz Rauental vereinnahmt. Dem stehen Mehreinnahmen für die Benutzung von Sportplätzen und Turnhallen von ca. 9.315 € (39,3 %) gegenüber.

Die Mehrausgaben betreffen hauptsächlich die Entgelte für tariflich Beschäftigte in Höhe von ca. 152.150 € (21,7 %), die Ausgaben für die Unterhaltung der Sportplätze von 49.036 € (27,7 %) - aber ansatzentsprechend - sowie Ausgaben für Leistungen des ESW in Höhe von 15.357 € (30,6 %), entstanden durch größere Kfz-Reparaturen an zwei Fahrzeugen mit Gesamtkosten von ca. 14.200 €. Die weiteren Mehrausgaben in diesem Unterabschnitt verteilen sich überwiegend auf die Finanzpositionen Grundbesitzabgaben sowie Betriebskosten und Miete an den Eigenbetrieb GMW.

Dem gegenüber stehen Minderausgaben für die Vergabe von Reinigungsleistungen von 32.167 € (- 50,8 %). Aufgrund der Einstellung von Platzwart-Hilfskräften auf den Sportanlagen Oberbergische Str., Am Gelben Sprung und Am Freudenberg sind die Ausgaben für die Vergabe von Reinigungsleistungen rückläufig.

UA 5620 Uni-Halle (002.112; SB 209)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	327.900	331.308	1,0	382.157	-13,3
Ausgaben	1.664.523	1.685.651	1,3	1.655.318	1,8
Differenz	-1.336.623	-1.354.343		-1.273.161	

Mindereinnahmen von 50.849 € und Mehrausgaben von 30.333 € führten im Vergleich zum Vorjahr zu einer Zuschusserhöhung von 81.182 € (6,4 %).

Die Mindereinnahmen beruhen im Wesentlichen auf Abweichungen bei der Einnahmeposition Erstattung von Betriebs- und Personalkosten durch das Land in Höhe von 76.239 € (- 26,4 %). Die Differenz beruht überwiegend auf einer Nachzahlung von rd. 39.000 € aus dem Jahr 2005, die aber in 2006 vereinnahmt wurde. Dem gegenüber stehen Mehreinnahmen aus Nutzungsentgelten von 26.159 € (36,3 %).

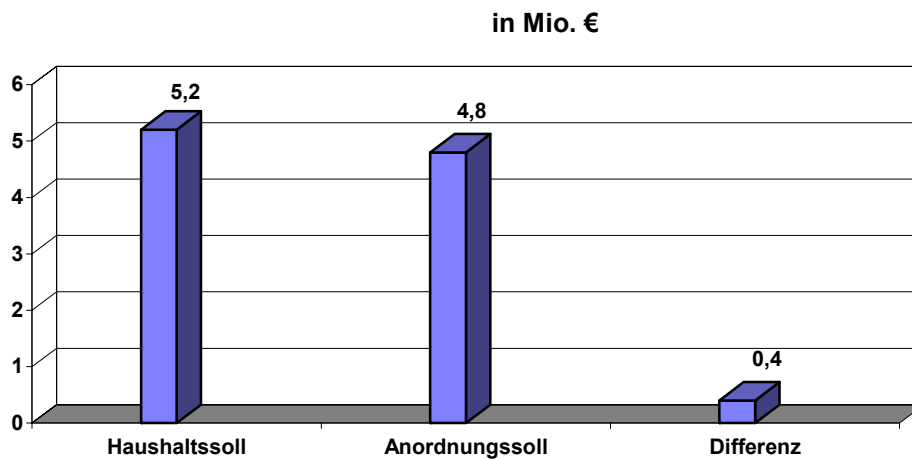
Die Mehrausgaben entfallen hauptsächlich auf die Ausgabepositionen Betriebskosten an den Eigenbetrieb GMW in Höhe von 10.501 € (3,5 %), Entgelt für tariflich Beschäftigte mit 13.064 € (9,8 %) und Betriebsbedarf in Höhe von 3.628 € (83 %). Lt. SB 209 handelt es sich hierbei um erhöhte Ausgaben anlässlich des 20-jährigen Hallenjubiläums sowie für zusätzliche Beschilderung in der Uni-Halle in Bezug auf das im Januar 2008 in Kraft getretene Nichtraucherschutzgesetz NRW.

Ferner sind Minderausgaben für Leistungen der Nachrichtentechnik in Höhe von 6.803 € (- 61,8 %) sowie für Fernmeldegebühren von 4.811 € (- 64,2 %) entstanden.

2.5.2 Vermögenshaushalt (002.112)

Grafik zur Tabelle 1:

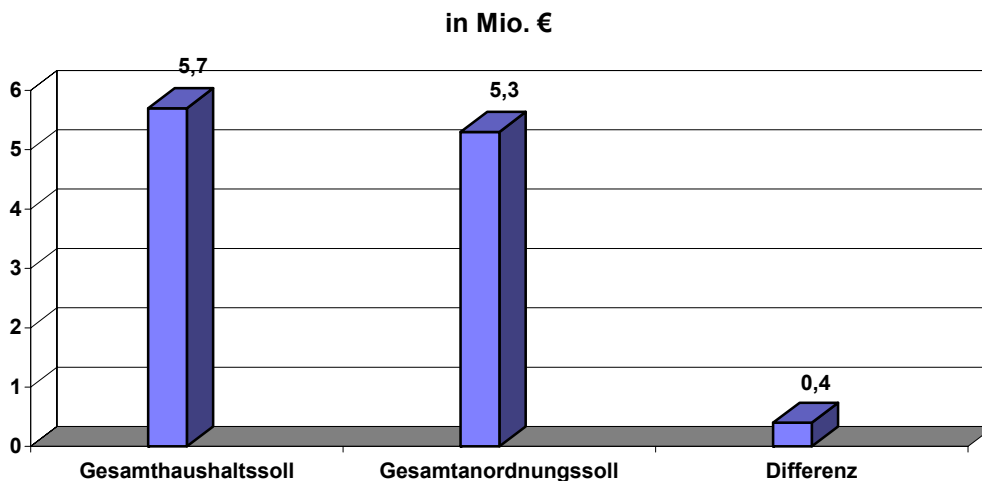
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz – Rückgaben lfd. Budget + üpl. u. apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO a. F. +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 93,3 % (2006 = 84,7 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 93,8 % (2006 = 68,2 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
5000 Gesundheitsverwaltung	4.800	2.491	2.309	51,9
5100 Klinikum Wuppertal GmbH	4.467.901	4.337.901	130.000	97,1
5600 Stadion	121.050	121.050	0	100,0
5610 Sportplätze, Turnhallen, usw.	156.150	145.489	10.661	93,2
5620 Uni-Halle	18.000	17.216	784	95,6
5800 Grün- und Parkanlagen	191.800	136.917	54.883	71,4
5810 Freiraum, Landschaftspflege	150.000	17.027	132.973	11,4
5900 Kleingärten	62.300	47.698	14.602	76,6
Summe EP 5	5.172.001	4.825.789	346.212	93,3

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
5000 Gesundheitsverwaltung	4.800	2.491	2.309	51,9
5100 Klinikum Wuppertal GmbH	4.467.901	4.337.901	130.000	97,1
5600 Stadion	124.200	124.200	0	100,0
5610 Sportplätze, Turnhallen, usw.	324.110	313.449	10.661	96,7
5620 Uni-Halle	31.000	30.216	784	97,5
5800 Grün- und Parkanlagen	417.999	355.115	62.884	85,0
5810 Freiraum, Landschaftspflege	253.422	120.449	132.973	47,5
5900 Kleingärten	75.996	61.394	14.602	80,8
Summe EP 5	5.699.428	5.345.215	354.213	93,8

Realisierungsquote im Vermögenshaushalt des Einzelplans 5:

Aufgrund der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements sind die zum 01.01.2007 als Pilotbereiche auf das doppische Haushaltswesen umgestellten Unterabschnitte 5460, 5500 und 5700 des Vermögenshaushalts in den vorstehenden Grafiken und Tabellen nicht mehr abgebildet. Die im kameralen Haushaltsplan (Entwurf) vorgesehenen vermögenswirksamen Ausgaben der o.g. Unterabschnitte wurden in den NKF-Haushalt übertragen und dort bewirtschaftet. Der Realisierungsgrad in Bezug auf die Gesamtbetrachtung des Vermögenshaushalts im Einzelplan 5 ist insoweit differenziert zu betrachten.

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 5810 Freiraum, Landschaftspflege (002.201; R 103)**

Die niedrige Realisierungsquote resultiert aus der nahezu ausschließlichen Inanspruchnahme von Haushaltsresten. Eine Gegenüberstellung Haushalts-Soll zu Gesamt-Anordnungs-Soll ergäbe eine Realisierungsquote von 80,37 %, so dass die für das Berichtsjahr zur Verfügung gestellten Mittel nicht benötigt worden sind.

2.6 Einzelplan 6 – Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

2.6.1 Verwaltungshaushalt

Hinweis

Im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements wurden einige Unterabschnitte des Einzelplans 6 bereits zum 01.01.2007 als Pilotbereiche auf das doppische Haushaltswesen umgestellt.

Im Verwaltungshaushalt handelt es sich dabei um folgende Unterabschnitte:

- UA 6110 - Vermessungs- und Katasterverwaltung (R 102)
- UA 6301 - Straßenunterhaltung (R 104)
- UA 6302 - Verkehrslenkung (R 104)
- UA 6303 - Straßenbau (R 104)
- UA 6304 - Ingenieurbau (R 104)
- UA 6305 - Verkehrssteuerungstechnik (R 104)
- UA 6306 - Verkehrsentwicklung und -planung (R 104)
- UA 6600 - Bundes- und Landesstraßen (R 104)
- UA 6700 - Straßenbeleuchtung (R 104)
- UA 6800 - Parkraumbewirtschaftung (R 104)

Etwaige Erläuterungen sowie Prüfungsfeststellungen des RPA zu o.g. Bereichen werden daher in Kapitel III. dieses Schlussberichts („NKF-Haushalt“) unter den entsprechenden Produktgruppen dargestellt.

Die bisher an dieser Stelle abgebildeten Grafiken zum Verwaltungshaushalt „Vergleich der Rechnungsergebnisse“ und „Vergleich des Haushaltssolls mit dem Rechnungsergebnis“ besitzen aufgrund des Wegfalls einzelner Unterabschnitte aus dem kameralen Haushalt keine Aussagekraft und entfallen daher.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushalts

UA 6002 Regionale 2006 (002.200; GF 100.2)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.192.850	544.624	-54,3	3.510.215	-84,5
Ausgaben	1.584.912	492.542	-68,9	4.232.795	-88,4
Differenz	-392.062	52.082		-722.580	

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Regionale 2006 erfolgte im Verwaltungshaushalt hauptsächlich die Verbuchung der Einnahmen und Ausgaben für die Regionaleagentur sowie der Bergischen Expo einschließlich der Stadtschau, den kooperativen bzw. örtlichen Repräsentationsprojekten der Regionale.

Die Personal- und Sachkosten der Agentur wurden durch einen Landeszuschuss von 80 % sowie gleichen Anteilen der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal finanziert. Die Kosten für die Bergische Expo deckte ein Landeszuschuss von 70 % sowie Eigenanteile der beteiligten Städte von jeweils 10 %.

Die Regionaleagentur hat ihren Gesellschaftszweck mit dem Ende der Förderung für die Organisation der Regionale 2006 durch das Land beendet und wurde Ende des Berichtsjahres aufgelöst. Das Rechnungsergebnis beinhaltet, bezogen auf das Berichtsjahr, nur die anteiligen Einnahmen und Ausgaben aus der Abwicklungsphase der Gesellschaft. Zahlungen für die Bergische Expo und Stadtschau fielen im Berichtsjahr nicht mehr an. Die Bergische Entwicklungsagentur GmbH hat die Aufgaben zur Fortsetzung und Weiterentwicklung der Projekte der Regionaleagentur gemäß Ratsbeschluss vom 23.06.08 übernommen. Dafür stehen die bisher nicht verausgabten Mittel zur Verfügung.

UA 6010 Gebäudemanagement Wuppertal (002.200; R 403; GMW)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.540.000	12.144.362	688,6	1.678.424	623,6
Ausgaben	132.056	120.000	-9,1	120.000	0,0
Differenz	1.407.944	12.024.362		1.558.424	

Der Unterabschnitt dient der Verrechnung mit dem nach Eigenbetriebsrecht geführten GMW. Die Ausschüttung des Betriebes an die Stadt fiel im Berichtsjahr sehr viel höher als im Vorjahr aus und betrug insgesamt 12.144.941 €.

Neben dem jährlich festzulegenden Gewinnanteil und anteiligen Erlösen aus Grundstücksverkäufen rekrutierte sich die Abführung an den städtischen Haushalt insbe-

sondere aus einer Rücküberweisung des GMW von Mieten (Verzicht des Eigenbetriebes) über knapp 10 Mio. €. Die kurzfristige Einsatzmöglichkeit dieser Summe zur Realisierung entsprechender Bauvorhaben hatte sich beim Eigenbetrieb nicht eröffnet.

Aus dem Jahresüberschuss des GMW werden zunächst die von der Stadt vorgeleisteten Tilgungsausgaben erstattet. Aus dem danach noch verbliebenen Gewinn wird ein Teilbetrag an die Stadt abgeführt und der Rest auf die neue Betriebsrechnung vorgetragen.

Ausgaben fielen lediglich als Energiekosten für Brunnenanlagen an. Weitere in der Ansatzplanung enthaltene Ausgabepositionen wurden nicht beansprucht, weil die Weiterberechnung mieterhöhender Maßnahmen durch das GMW nicht über diesen Unterabschnitt abgewickelt wurde.

Die Rechnungsergebnisse der Finanzpositionen im Haushalt für an das GMW zu entrichtende Mieten entsprechen meistens gerundet den Ansätzen. Abweichungen von den vereinbarten, ursprünglich bestimmten Mieten ergeben sich in den Fällen geänderter Nutzflächen, der Umlegung von Neubaumaßnahmen und Modernisierungen und in den Fällen von Mietminderungs-beseitigungen. Das GMW kalkuliert die Mieterhöhungen nach verschiedenen Kriterien und Methoden, die vom Grundsatz her nachvollziehbar sind. Sie beziehen sich individuell auf das jeweilige Bauvorhaben und werden mit R 403 abgestimmt.

Nach dem neu formulierten § 19 (3) der Eigenbetriebsverordnung NRW ist festgelegt, dass der Eigenbetrieb die für die Kostenrechnungen erforderlichen Unterlagen zu führen hat. Dazu soll eine Kosten- und Leistungsrechnung mit einem Kennzahlensystem zur Unterstützung der Steuerung und zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Aufgabenerfüllung geführt werden.

Der Bereich der Unternehmenssteuerung wurde im Betrieb weiter ausgebaut. Ein dort entwickeltes kostenorientiertes Kennzahlensystem orientiert sich an den Empfehlungen der KGSt. Das GMW erwartet dessen vollständige Inbetriebnahme nunmehr zum Herbst 2008.

Bis dahin lassen sich die mit dem vor 10 Jahren eingerichteten Gebäudemanagement erhofften Synergieeffekte, Kosteneinsparungen und Qualitätssteigerungen weiterhin nur bedingt ermitteln.

UA 6100 Stadtentwicklung und -planung (002.210; R 101)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	15.000	123.693	724,6	33.607	268,1
Ausgaben	2.462.247	1.794.352	-27,1	3.465.105	-48,2
Differenz	-2.447.247	-1.670.659		-3.431.498	

Die im Juni 2006 vom Rat beschlossenen Veränderungen in den Geschäftsbereichen 0, 1.1 und 1.2 mit der anschließenden Umorganisation ergab auch Änderungen in

der Zuordnung von Finanzpositionen sowie entsprechende Budgetauswirkungen in verschiedenen Unterabschnitten. Damit begründen sich für das Haushaltsjahr 2007 die erheblichen Unterschiede zwischen Haushaltsansatz und Rechnungsergebnis sowohl in Einnahmen als auch Ausgaben aller Finanzpositionen des UA 6100.

UA 6130 Bauordnungsamt (002.200; R 105)

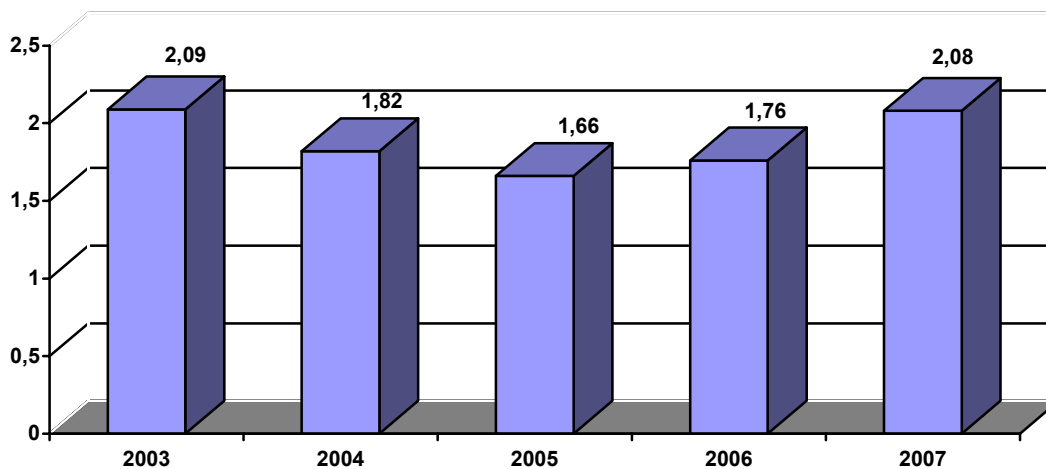
	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006 / RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	3.455.300	2.099.185	-39,2	1.789.115	17,3
Ausgaben	3.469.871	3.482.080	0,4	3.517.056	-1,0
Differenz	-14.571	-1.382.895		-1.727.941	

Relativ konstant gebliebenen Personal- und Sachkosten zu den Vorjahren steht ein um rund 300 T-Euro erhöhtes Baugebührenaufkommen zu 2006 gegenüber. Die Einnahmeerwartungen aus der Haushaltsplanung werden hingegen seit einem Jahrzehnt nicht erreicht. Die Gebühreneinnahmen sind im Wesentlichen von der Art und der Zahl der erteilten Baugenehmigungen geprägt. Im bundesweiten Durchschnitt sinkt die Zahl der erteilten Baugenehmigungen seit einem Jahrzehnt ebenfalls kontinuierlich (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Einzelaspekte:

6130-100.0000 Verwaltungsgebühren (002.200; R 105)

Baugebührenaufkommen in Mio. €



Die Bauordnungsbehörde registrierte in 2007 insgesamt 1.536 freigestellte, vereinfachte und volle Antragsverfahren sowie Bauvoranfragen. Das sind rund 6 % mehr Vorgänge als im Vorjahr. Während die Zahl der Genehmigungsverfahren insgesamt weiter etwas rückläufig war, ist die Zahl der Bauvoranfragen um mehr als das Dop-

pelte gestiegen. Die Gebühreneinnahmen aus der bauordnungsbehördlichen Tätigkeit stiegen um rund 18 %.

Die Zahl der von einer Genehmigung rechtlich freigestellten Bauvorhaben betrug 11 (Vorjahr 24). 1.131 Fälle (Vorjahr 1.113) wurden im sogenannten vereinfachten Genehmigungsverfahren und 156 Fälle (Vorjahr 198) im normalen Genehmigungsverfahren abgewickelt. Die Zahl der Bauvoranfragen belief sich auf 238 Fälle (Vorjahr 105).

Der Bearbeitungsschwerpunkt liegt seit der letzten umfassenden Änderung der Landesbauordnung mengenmäßig eindeutig auf den vereinfachten Genehmigungsverfahren.

Die Schätzung des Baugebührenaufkommens erfolgte im Zusammenhang mit der Teilergebnisplanung 2008 vorsichtiger.

UA 6200 **Bauförderung und Wohnungswesen (002.200; R 105)**

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006 / RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	347.550	259.937	-25,2	432.201	-39,9
Ausgaben	2.876.246	2.414.782	-16,0	2.689.715	-10,2
Differenz	-2.528.696	-2.154.845		-2.257.514	

Einnahmen und Ausgaben verringerten sich durch den gesetzlichen Fortfall der bisher von der Abteilung Bauförderung und Wohnen wahrgenommenen Aufgabe der Erhebung der Ausgleichszahlung (früher: Fehlbelegungsabgabe).

Auf der Ausgabenseite blieb das Personalkostenergebnis durch Stelleneinsparungen ca. 200 T-Euro unter der Planung. Die Miete und die Betriebskosten sanken ebenfalls deutlich durch eine reduzierte Flächeninanspruchnahme der Fachabteilung im Wuppertaler Hof.

UA 6750 **Straßenreinigung (002.118; R 403)**

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006 / RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	11.523.310	12.480.435	8,3	11.142.488	12,0
Ausgaben	11.306.000	11.944.700	5,6	11.884.647	0,5
Differenz	217.310	535.735		-742.159	

Die Veranschlagung der Straßenreinigungsgebühren und die Weiterleitung an den Eigenbetrieb Straßenreinigung Wuppertal (ESW) wird über den UA 6750 abgewickelt. Ferner wird in diesem Unterabschnitt auch die Gewinnausschüttung des ESW veranschlagt.

Ausgelöst durch die Rechtsprechung zum Kommunalabgabengesetz wurden für das Haushaltsjahr 2006 erstmals getrennte Gebühren für Straßenreinigung und Winterdienst erhoben.

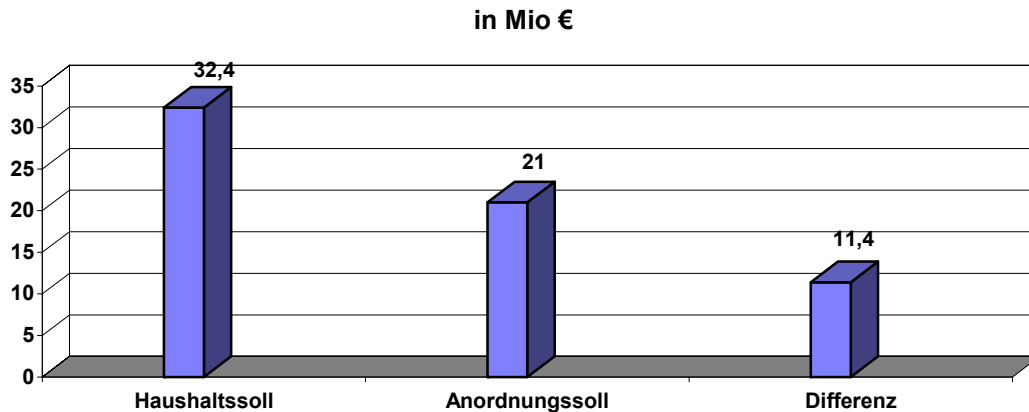
Am 17.12.07 hat der Rat der Stadt mit Drucksache VO/0925/07 zum Jahresabschluss 2006 des ESW u.a. eine Abführung an den städtischen Haushalt in Höhe von 295.942 € beschlossen.

H Die Buchung war bis zum Abschluss der Prüfung noch nicht erfolgt und muss noch vorgenommen werden

2.6.2 Vermögenshaushalt (002.200)

Grafik zur Tabelle 1:

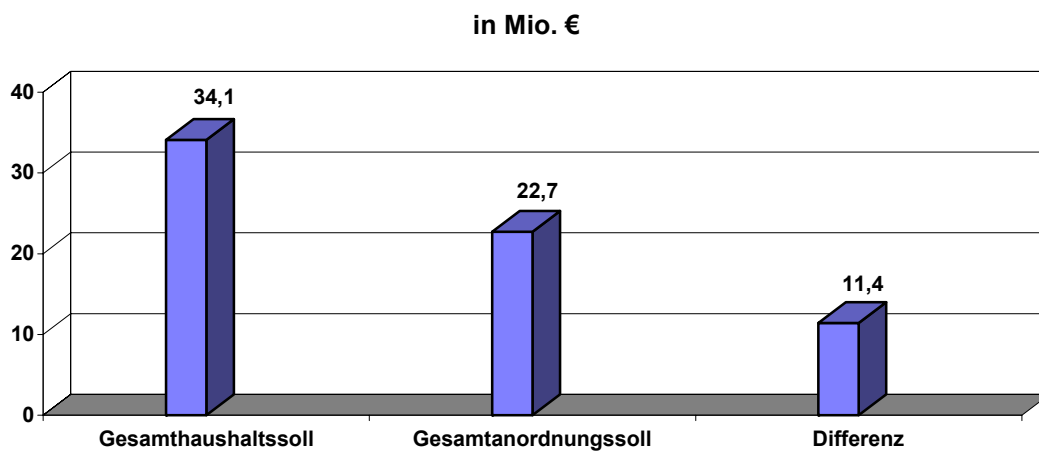
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. u. apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO a. F. +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 64,7 % (2006 = 53,4 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 66,5 % (2006 = 53,9 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
6002 Regionale 2006	17.694.265	9.590.397	8.103.868	54,2
6010 Gebäudemanagement	11.753.895	10.729.772	1.024.123	91,3
6100 Stadtentwicklung und -planung	377.000	108.560	268.440	28,8
6150 Städtebaul. Sanierungs- und Entwicklungsmaßn.	2.571.990	572.510	1.999.480	22,3
6900 Wasserläufe, -bau u. Gewässerschutz	15.800	-30.429	46.229	0,0
Summe EP 6	32.412.950	20.970.810	11.442.140	64,7

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
6002 Regionale 2006	17.797.334	9.693.466	8.103.868	54,5
6010 Gebäudemanagement	13.328.017	12.303.895	1.024.122	92,3
6100 Stadtentwicklung und -planung	377.000	108.560	268.440	28,8
6150 Städtebaul. Sanierungs- und Entwicklungsmaßn.	2.629.061	629.580	1.999.481	23,9
6900 Wasserläufe, -bau u. Gewässerschutz	15.800	-30.429	46.229	0,0
Summe EP 6	34.147.212	22.705.072	11.442.140	66,5

Realisierungsquote im Vermögenshaushalt des Einzelplans 6:

Aufgrund der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements sind die zum 01.01.2007 als Pilotbereiche auf das doppische Haushaltswesen umgestellten Unterabschnitte 6110, 6301, 6302, 6303, 6304, 6305, 6306, 6600, 6700 und 6800 des Vermögenshaushalts in den vorstehenden Grafiken und Tabellen nicht mehr abgebildet. Die im kameralen Haushaltsplan (Entwurf) vorgesehenen vermögenswirksamen Ausgaben der o.g. Unterabschnitte wurden in den NKF-Haushalt übertragen und dort bewirtschaftet. Der Realisierungsgrad in Bezug auf die Gesamtbetrachtung des Vermögenshaushalts im Einzelplan 6 ist insoweit differenziert zu betrachten.

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:

UA 6002 Regionale 2006 (002.200; GF 100.2)

Eine Zusage für den Baubeginn des Döppersbergs wurde durch den Bauminister bereits für Anfang 2009 erteilt. Das Projekt befindet sich aber noch in der Phase der Ausführungsplanung, weil der Bewilligungsbescheid des Landes für die Baumaßnahmen aussteht. Im Rahmen der Konkretisierung der Planungen zur Sanierung des Hauptbahnhofes stand noch eine Rückmeldung der Bahn AG aus. Ebenfalls liefen im Berichtsjahr noch die Vertragsverhandlungen über den Kauf des Bahnhofsvorplatzes, so dass 7 Mio. € für den Umbau noch nicht zum Einsatz kamen.

UA 6010 Gebäudemanagement der Stadt Wuppertal (002.200; R 403; GMW)

Die Weiterleitung der Kredite an den Eigenbetrieb GMW durch das Finanzressort stellt eine Sammelposition aus Maßnahmen des Investitionsplanes im Haushalt dar. Die darin berücksichtigten Projekte wurden in Höhe von rund 1 Mio. € im Hinblick auf den jeweiligen Baufortschritt oder noch offener Beschlusslagen noch nicht vorfinanziert.

UA 6150 Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen (002.200; R 101)

Das vom Land geförderte Projekt Stadtumbau West befindet sich, mit Ausnahme der Teilprojekte „Hof- und Fassadenprogramm“ und „Initiative Zukunft Arrenberg“ noch im Planungsstadium. Rund 1,8 Mio. € konnten allein deshalb noch nicht umgesetzt werden.

UA 6900 Wasserläufe, -bau u. Gewässerschutz (002.201, R 106)

Die Ausweisung des Negativbetrages im (Gesamt-) Anordnungs-Soll ist auf eine Verrechnung zurückzuführen.

Dabei wurden die Ausgaben aus den Vorjahren, die in Vorbereitung einer potentiellen Ausgleichsmaßnahme aus dem UA 6900 vorfinanziert wurden, nach entsprechender Ausweisung der Kompensation im Bebauungsplan „Wiedener Straße“ über den UA 1210 refinanziert.

H Bei der Verrechnung wurde das in § 7 Abs. 2 GemHVO a. F. verankerte Bruttonprinzip nicht beachtet

Entgegen des über § 9 NKFEG bei der Prüfung der Nicht-Piloten weiter geltenden Bruttonprinzips in § 7 Abs. 2 GemHVO a. F., das grundsätzlich eine getrennte Behandlung von Ausgaben und Einnahmen verlangt, wurden die eingenommenen Ersatzgelder als Ausgabe-Absetzung gebucht. Da es sich hierbei um die einzige Buchung auf der Haushaltsstelle handelt, hatte die Buchung keinen Einfluss auf den Realisierungsgrad.

Unterabschnitte des Vermögenshaushalts

UA 6002 Regionale 2006 (002.200; GF 100.2)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	7.272.000	8.787.853	20,8	8.666.844	1,4
Ausgaben	17.694.265	9.556.662	-46,0	20.742.434	-53,9
Differenz	-10.422.265	-768.809		-12.075.590	

Die Regionaleprojekte wurden im Berichtsjahr fortgeführt. Die überwiegende Zahl der Projekte befindet sich in der Schlussrechnungsphase. Die in 2007 veranschlagten Mittel von 17,7 Mio. € für die über das Regionalejahr hinaus weitere Realisierung der Projekte wurden zu 54 % beansprucht. Den geleisteten Ausgaben stehen unter Berücksichtigung der Förderquoten und der Zeitdauer zwischen Leistung und anteiliger Zuwendung Einnahmen aus Städtebauförderungsmitteln, aus Mitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und von Dritten gegenüber.

Die Terminplanung sah für den Umbau des Döppersberg bisher Abbruchmaßnahmen, vorlaufende Ver- bzw. Entsorgungsarbeiten sowie den ersten Spatenstich vor. Die Zusage für den Baubeginn 2009 wurde durch den Bauminister im September 2006 erteilt.

Der Finanzierungsrahmen liegt bei rund 91 Mio. €, von denen 24 Mio. € aus dem GVFG – Individualverkehr, 29,5 Mio. € aus Städtebaufördermitteln und 3,5 Mio. € aus Mitteln des GVFG - Öffentlicher Nahverkehr- gefördert werden. Der Eigenanteil der Stadt liegt bei rund 30 Mio. €. Dritte beteiligen sich mit Mitteln von etwa 4 Mio. €. Die Förderanträge wurden inzwischen mit der Bezirksregierung abgestimmt. Die Vertragsverhandlungen mit der Deutschen Bahn Station und Service für den Kauf des Bahnhofsvorplatzes stehen kurz vor dem Abschluss.

Das Projekt befindet sich derzeit noch in der Phase der Ausführungsplanung, weil der Bewilligungsbescheid des Landes für die Baumaßnahmen noch aussteht. Im Rahmen der Konkretisierung der Planungen zur Sanierung des Hauptbahnhofes stand noch eine Rückmeldung der Bahn AG aus.

Neben dem kommunalen Projekt sollen einzelne Bausteine im Rahmen der „Neugestaltung Döppersberg“ von Dritten realisiert werden. Diese Bausteine sind der sogenannte Investorenkubus, die Bereiche der Passage und der Geschäftsbrücke sowie die Tiefgarage unter dem Vorplatz. Ein Investorenauswahlverfahren wurde inzwischen eingeleitet.

Der Bauablauf soll sich in zwei Bauabschnitte gliedern. Im ersten Bauabschnitt werden der Busbahnhof, die Parkdecks, die „Mall“ und die Straße Döppersberg realisiert. Für den zweiten Bauabschnitt sind die Anbindung der Bahnhofstraße, die Absenkung der Bundesallee, die Fußgängerbrücke, der Vorplatz und der Wupper-Park vorgesehen.

UA 6010 Gebäudemanagement Wuppertal (002.200; R 403; GMW)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	1.900.000	960.700	-49,4	2.253.475	-57,4
Ausgaben	11.753.895	10.729.772	-8,7	7.079.854	51,6
Differenz	-9.853.895	-9.769.072		-4.826.379	

Investive Hochbaumaßnahmen des Gebäudemanagements werden vor allem über die Finanzposition 6010-925.0001 „Weiterleitung der Kredite an den Eigenbetrieb GMW“ abgewickelt.

Im Vermögenshaushalt 2007 standen am Anfang des Jahres Mittel zur Weiterleitung an den Eigenbetrieb Gebäudemanagement über 10.774.123 € (Vj: 14.423.785 €) zur Verfügung. Es handelte sich um eine Sammelposition für in den Investitionsplan eingestellte Projekte des GMW. Das Budget wurde während der Haushaltsperiode um 2.553.895 € überplanmäßig erhöht.

Die Mittelinanspruchnahme des GMW belief sich auf 12.303.895 € (= rd. 92 %). Darin ist ein Teilvorschuss für noch nicht realisierte Maßnahmen enthalten.

Die Positionen wurden im UA 6010 gebildet, um einerseits eine Bereinigung des Vermögenshaushalts von Einzelmaßnahmen, die in die Zuständigkeit des GMW fallen, zu erwirken. Andererseits wurde damit der Forderung der Aufsichtsbehörde Rechnung getragen, den Finanzbedarf für das Gebäudemanagement im Haushalt darzustellen. Aus diesem Grund wurde der Kreditbedarf des GMW auch in der Haushaltssatzung ausgewiesen. Die Stadt nimmt die Kredite auf und leitet sie an den Betrieb weiter. Das GMW erstattet den von der Stadt vorgeleisteten Schuldendienst (vgl. UA 9100).

Wenige Investitionsmaßnahmen konnten wegen noch offener Beschlusslagen, wie z.B. für die Entscheidung entwickelter Ausführungsvarianten zu Schwimmpoper und Opernhaus, nicht mehr in dem Haushaltsjahr planmäßig abgewickelt werden.

Die Entscheidung zur Aus- und Weiterfinanzierung der einzelnen kreditfinanzierten Maßnahmen stand zum Jahresende 2007 noch aus.

Bei den Einnahmen blieb die Erlösabführung aus Grundstücksverkäufen des GMW unter den Erwartungen. Eine Steigerung der Erlöse zeichnet sich für 2008 aufgrund der Verkaufssituation ab.

2.7 Einzelplan 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung**2.7.1 Verwaltungshaushalt (002.201)**Hinweis

Im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements wurde ein Unterabschnitt des Einzelplans 7 bereits zum 01.01.2007 als Pilotbereich auf das doppische Haushaltswesen umgestellt.

Im Verwaltungshaushalt handelt es sich dabei um folgenden Unterabschnitt:

UA 7010 - Bedürfnisanstalten (R 104)

Etwaige Erläuterungen sowie Prüfungsfeststellungen des RPA zu o.g. Bereich werden daher in Kapitel III. dieses Schlussberichts („NKF-Haushalt“) unter der entsprechenden Produktgruppe dargestellt.

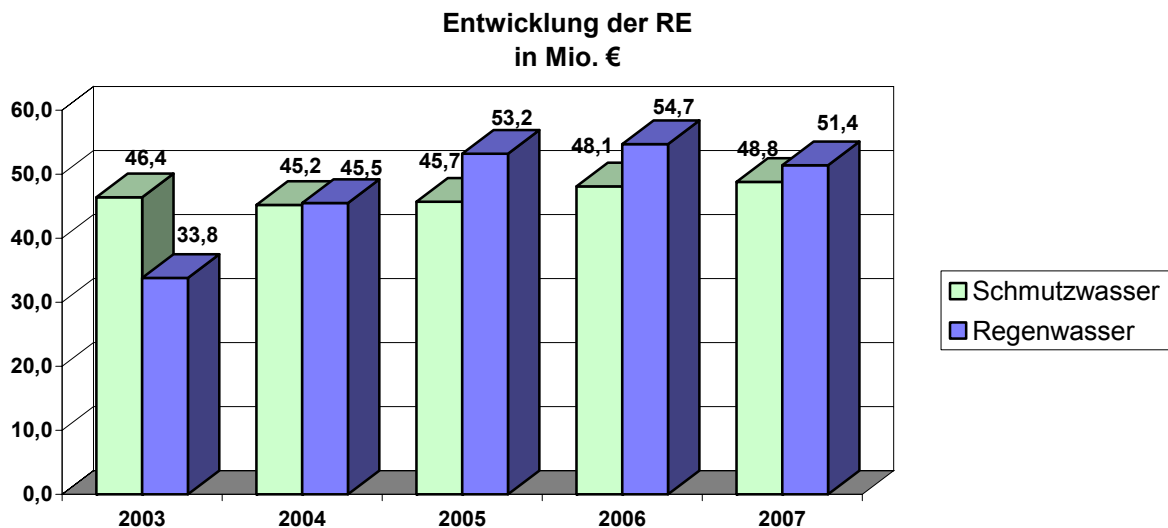
Die bisher an dieser Stelle abgebildeten Grafiken zum Verwaltungshaushalt „Vergleich der Rechnungsergebnisse“ und „Vergleich des Haushaltssolls mit dem Rechnungsergebnis“ besitzen aufgrund des Wegfalls des o.g. Unterabschnitts aus dem kameralen Haushalt keine Aussagekraft und entfallen daher.

Unterabschnitte des Verwaltungshaushalts

UA 7000 Stadtentwässerung (002.201; R 106)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	100.020.300	101.520.191	1,5	102.859.451	-1,3
Ausgaben	109.641.928	108.740.376	-0,8	109.865.966	-1,0
Differenz	-9.621.628	-7.220.185		-7.006.515	

Die **Einnahmeseite** wird nahezu ausschließlich durch die Einnahmen aus den Schmutz- und Regenwassergebühren bestimmt, wobei sich die Entwicklung der Schmutz- und Regenwassergebühren seit 2003 wie folgt darstellt:



Konnte im Bereich der Schmutzwassergebühren noch eine leichte Zunahme des RE (+ 1,5 %) erzielt werden, so ist doch auffällig, dass im Bereich der Regenabwassergebühren erstmalig seit der Umstellung der Regenwassergebühren eine Abnahme (- 6,5 %) zu verzeichnen ist.

Zum Rückgang der Gebühreneinnahme haben im Wesentlichen folgende Faktoren beigetragen:

- Verringerung des durch die Regenwassergebühr zu deckenden Betrages um 1,8 % aufgrund der nach dem Kommunalabgabengesetz erforderlichen gebührenmindernden Berücksichtigung anteiliger Überdeckungen aus Vorjahren.
- Erneute Senkung des Gebührensatzes (rd. 6,6 %) infolge gleichzeitiger Zunahme der zu veranlagenden Flächen um 5,1 %.

Insgesamt wird Wuppertal trotz erfolgter Gebührensenkung nach wie vor als Schlusslicht im Vergleich der Regenwassergebühren in NRW nach Recherchen des Bundes für Steuerzahler NRW geführt.

Die **Ausgabenseite** wird fast ausschließlich durch die Entgeltzahlungen an die WSW AG aus dem Entsorgungsvertrag sowie die Beitragszahlungen an die Wasserverbände und die kalkulatorischen Kosten für das im städtischen Eigentum verbliebene Kanalvermögen beeinflusst.

Obwohl die Entgeltzahlungen an die WSW AG im Vergleich zum Vorjahr anstiegen,

- Erhöhung der Entgeltzahlungen an die WSW AG (Entsorgungsvertrag)	+ 3,72 Mio. €	7,27 %
--	---------------	--------

blieb das RE aufgrund von geringeren Ausgaben in den Bereichen

- Beitrag an den Wupperverband	- 0,459 Mio. €	-1,76 %
- Rücklagenzuführung zum Ausgleich späterer Kostensteigerungen	- 4,334 Mio. €	-41,23 %

unter dem des Vorjahres.

UA 7200 Abfallwirtschaft (002.201; R 106)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	26.040.360	26.237.735	0,8	25.585.657	2,5
Ausgaben	27.228.642	25.509.226	-6,3	26.459.471	-3,6
Differenz	-1.188.282	728.509		-873.814	

Die Abfallbeseitigungsgebühren sind im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,9 % gestiegen. Zusätzlich wird das RE von einer Nachforderung gegenüber dem ESW positiv beeinflusst.

Das auf der Ausgabenseite im Vergleich zum Vorjahr trotz gestiegener Ausgaben für Abfalltransport und -entsorgung sowie angestiegener Verbrennungsentgelte der AWG um 3,6 % verbesserte RE wird wesentlich durch eine geringer ausfallende Rücklagenzuführung zum Ausgleich späterer Kostensteigerungen bestimmt. Des Weiteren wird das RE aufgrund einer höheren Rückgabe der ins Berichtsjahr übertragenen Haushaltsreste infolge ihrer Nichtinanspruchnahme positiv beeinflusst.

UA 7900 Stadtmarketing und Stadtwerbung (002.100; R 003)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	762.300	715.911	-6,1	714.409	0,2
Ausgaben	895.024	893.157	-0,2	883.704	1,1
Differenz	-132.724	-177.246		-169.295	

Nach der zum 01.09.2005 erfolgten Gründung der Wuppertal Marketing GmbH werden im UA 7900 der Betriebskostenzuschuss und weitere finanzielle Beziehungen dieser privaten Gesellschaft mit dem städtischen Haushalt abgebildet.

Die Einnahmen des UA 7900 setzen sich aus den Steuerungsumlagen der Eigenbetriebe und der Verwaltung zusammen. Sie liegen insgesamt leicht über dem Vorjahresergebnis. Die Differenz zur höheren Einnahmeerwartung beruht zum einen auf geringeren Steuerungsumlagen (- 20 T-Euro als eingeplant) und zum anderen auf nicht realisierten Verkaufserlösen aus dem Vertrieb sog. „Lichtaktien“ zur Finanzierung einer Beleuchtung von Teilstrecken des Schwebebahngerüsts mittels Leuchtdioden. Anstatt der im Haushaltsplan prognostizierten 25 T-Euro konnten in 2007 lediglich „Lichtaktien“ im Gegenwert von 64,- € verkauft werden. Bereits im Jahr davor gingen statt der ursprünglich eingeplanten 25 T-Euro nur 856,- € ein.

Den größten Teil der Ausgaben bildet der städtische Betriebskostenzuschuss an die Wuppertal Marketing GmbH mit einem RE in Höhe von 758 T-Euro (Vorjahr: 754 T-Euro). Zwar lag der gegenüber dem RE 2006 geringfügig gestiegene Betriebskostenzuschuss niedriger als der Haushaltsplanansatz (759.800,- €). Es sei allerdings an die Forderung der Aufsichtsbehörde erinnert, wonach auch ausgelagerte Organisationseinheiten stärker als bisher in die notwendige Haushaltskonsolidierung einzubeziehen sind (vgl. Innenministerium NRW: Hinweise für die kommunalaufsichtliche Behandlung von Kommunen ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept vom 03.06.2003, siehe auch Schreiben des Innenministeriums NRW vom 05.01.2006 „Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten“ und die „Bewirtschaftungsregelungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2007 im kamerale System“ des Stadtkämmerers vom 14.12.2006).

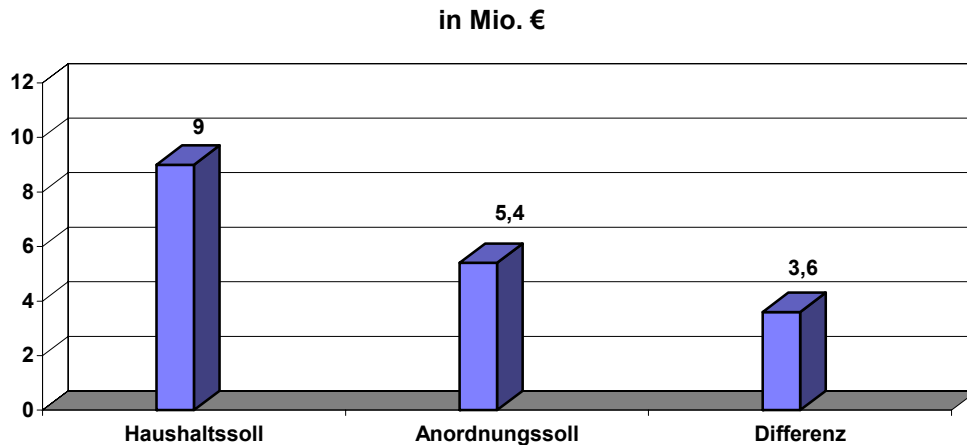
Des Weiteren wurden über den UA 7900 einige wenige Ausgabepositionen der Marketing GmbH bedient. Mieten und Betriebskosten blieben mit zusammen 52 T-Euro in etwa auf Vorjahresniveau. Für besondere Werbemaßnahmen (Wuppertalwerbung auf Kraftfahrzeugen) wurden an die WMG in 2007 zusammen 79 T-Euro geleistet. Die Verwaltung geht davon aus, dass sich diese Marketingaktion über zusätzliche Kfz-Anmeldegebühren „unter dem Strich“ für den städtischen Haushalt rechnet.

Außerdem wird aus dem UA 7900 der städt. Zuschuss für die Durchführung des Rosensonntagszugs in Höhe von 4.100,- € ausgezahlt.

2.7.2 Vermögenshaushalt (002.201)

Grafik zur Tabelle 1:

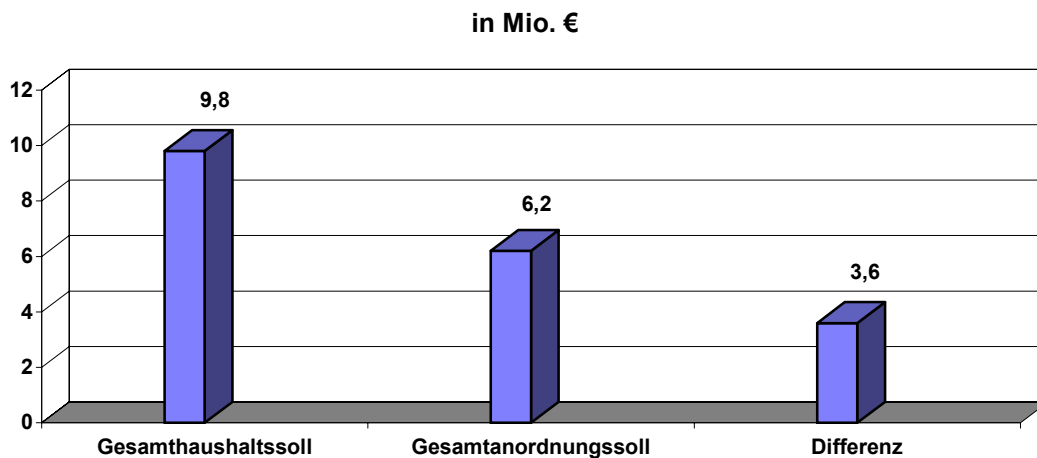
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz – Rückgaben lfd. Budget + üpl. u. apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO a. F. +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 60,0 % (2006 = 91,7 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr+ Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 63,2 % (2006 = 89,9 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
7000 Stadtentwässerung	6.868.000	3.639.750	3.228.250	53,0
7200 Abfallwirtschaft	1.655.536	1.270.270	385.267	76,7
7500 Friedhöfe	3.000	1.341	1.659	44,7
7910 Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung	521.200	521.170	30	100,0
Summe EP 7	9.047.736	5.432.532	3.615.205	60,0

Tabelle 2:

Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
7000 Stadtentwässerung	7.279.204	4.050.954	3.228.250	55,7
7200 Abfallwirtschaft	1.655.536	1.270.270	385.266	76,7
7500 Friedhöfe	3.000	1.341	1.659	44,7
7910 Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung	879.230	879.200	30	100,0
Summe EP 7	9.816.970	6.201.765	3.615.205	63,2

Realisierungsquote im Vermögenshaushalt des Einzelplans 7:

Aufgrund der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements ist der zum 01.01.2007 als Pilotbereich auf das doppische Haushaltswesen umgestellte Unterabschnitt 7010 des Vermögenshaushalts in den vorstehenden Grafiken und Tabellen nicht mehr abgebildet. Für o.g. Unterabschnitt sah der kamerale Haushaltsplan (Entwurf) keine vermögenswirksamen Ausgaben vor. Trotz der Löschung des Unterabschnitts aus den Grafiken und Tabellen ist die Darstellung sämtlicher Realisierungsgrade im Vermögenshaushalt des Einzelplans 7 mithin vollständig.

Erläuterungen zu geringen Realisierungsquoten in verschiedenen Unterabschnitten:**UA 7000 Stadtentwässerung (002.201; R 106)**

Die Situation im Einzelplan 7 wird zu nahezu 75 % durch die finanzielle Entwicklung in diesem UA bestimmt.

Die Aufgaben der Stadtentwässerung wurden - einschließlich wesentlicher Teile des Kanalvermögens - insgesamt auf die WSW AG übertragen. Daher haben die Investitionsmaßnahmen, die noch im Unterabschnitt 7000 des Vermögenshaushalts dargestellt werden, nur einen geringen Anteil am Gesamtinvestitionsvolumen. Zu diesen Maßnahmen gehören die Kanalbauprojekte in dem Teil des Netzes, der im städt. Eigentum verblieben ist, sowie die Herstellung von Kanalhausanschlüssen. Ihre Realisierung wird jährlich von der WSW AG geplant und dem Rat der Stadt zur Abstimmung vorgelegt. Die Höhe des entsprechenden Ansatzes im städtischen Haushalt orientiert sich am Maßnahmenkatalog der WSW AG.

Die Entgeltzahlung der Stadt an die WSW AG entsprechend der Vorgaben des Entsorgungsvertrages erfolgt aus dem Verwaltungshaushalt.

Ausgaben

Der Mittelabfluss bei den einzelnen Kanalbauprojekten bis zur Erstellung und Übersendung der Rechnung wird federführend durch die WSW AG beeinflusst.

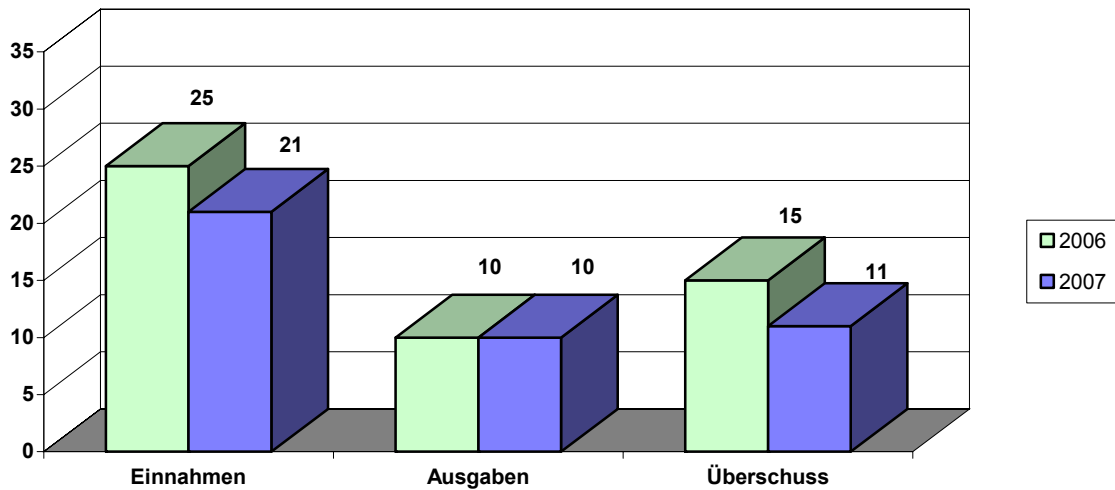
UA 7200 Abfallwirtschaft (002.201; R 106)

Die Abfallentsorgung wurde ebenfalls über einen Entsorgungsvertrag einschließlich des gesamten Betriebsvermögens auf die AWG übertragen. Daher werden im städt. Haushalt nur noch einzelne Projekte veranschlagt, die z.B. bauliche Maßnahmen an der Deponie Lüntenbeck, die im Berichtsjahr abgeschlossen wurden. Die behördliche Abnahme steht noch aus.

2.8 Einzelplan 8 – Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen

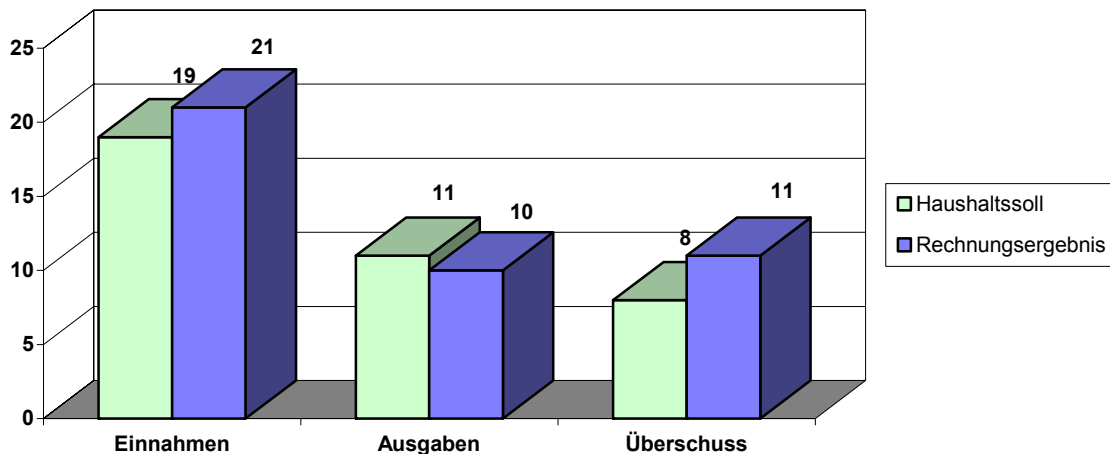
2.8.1 Verwaltungshaushalt (002.201)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)



Die Einnahmeverminderungen gegenüber dem Vorjahr sind im Wesentlichen in den UA 8300 - WSW AG infolge Verringerung der Einnahmen aus Konzessionsabgaben und 8420 - Stadthalle durch Wegfall der in 2006 erfolgten Einmalzahlungen eingetreten.

Vergleich des Haushaltssolls 2007 mit dem Rechnungsergebnis 2007 (in Mio. €)

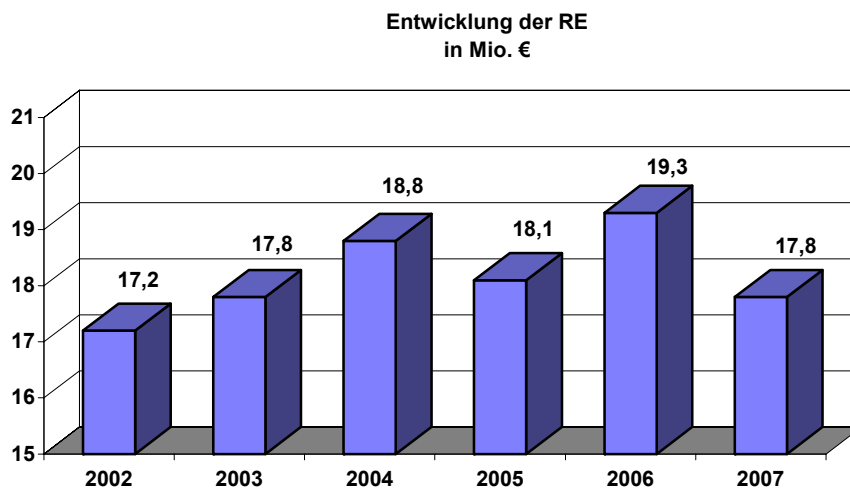


Unterabschnitte des Verwaltungshaushalts

UA 8300 Wuppertaler Stadtwerke AG (002.201; R 403)

Einzelaspekte:

8300-221.0000 Konzessionsentgelte (002.201; R 403)



Die Haushaltsansätze der Einnahmen aus den Konzessionsabgaben der WSW AG für die Jahre 2007/08 wurden wie in den Vorjahren vorsichtig geschätzt, wobei die tatsächliche über den Ansatz hinausgehende Entwicklung hinter den Ergebnissen der Vorjahre zurückblieb.

Es wurden Konzessionsentgelte in folgender Höhe abgerechnet:

Versorgungsparte	Abnehmer	KA-Satz ct / kWh	Haushaltsjahr 2006 (für 2005) T-Euro	Haushaltsjahr 2007 (für 2006) T-Euro
Strom	Tarifvertragskunden			
	- allgemein	1,99	12.935	11.762
	- Schwachlast	0,61	196	260
	- Durchleitung	1,99	642	926
	Sonderabnehmer			
	- allgemein	0,11	711	712
	- Durchleitung	0,11	154	157
Gas	Tarifvertragskunden	0,77	331	294
	Sonderabnehmer	0,03	630	604
Wasser	Tarifvertragskunden	6,25%	2.958	2.950
	Sonderabnehmer	1,5%	78	73
Summe			18.635	17.738

UA 8420 Stadthalle (002.112)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	123.550	150.177	21,6	2.513.115	-94,0
Ausgaben	4.478.850	4.347.001	-2,9	4.374.396	-0,6
Differenz	-4.355.300	-4.196.824		-1.861.281	

Der Betrieb „Stadthalle“ wird seit Januar 1997 als Stadthalle Wuppertal Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung geführt. Er firmiert seit Juni 2004 als „Historische Stadthalle Wuppertal GmbH“.

Der Jahresabschluss der GmbH wird durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft.

Die Mindereinnahmen resultieren fast ausschließlich aus der Position Bürgschaftsprovision GWG, die ebenfalls unter diesem Unterabschnitt geführt wird, aber nicht der Zuständigkeit der Stadthalle unterliegt und somit nicht prüfrelevant ist.

In die Prüfung des RPAs wurden ausschließlich die Finanzpositionen einbezogen, die sich auf den Betrieb der Historischen Stadthalle Wuppertal GmbH beziehen wie z.B. Betriebskostenzuschuss und Erstattung technischer Dienstleistungen.

Betriebskostenzuschuss an die GmbH

2007 wurden aus der Haushaltsstelle 8420-715.0000 (Betriebskostenzuschuss) 885.000 € an die GmbH gezahlt. Dies entsprach dem Haushaltsansatz 2007. Außerdem werden von der Stadt die Kosten für technische Dienstleistungen (Hausmeister-tätigkeit) der Stadthallen-GmbH, die gemäß Pachtvertrag in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Wuppertal fallen, der GmbH erstattet. Diese Personalkosten betragen im Jahr 2007 34.045 € und wurden aus der Haushaltsstelle 8420-715.0100 „Für die Erstattung technischer Dienstleistungen“ an die Stadthallen-Betriebs-GmbH gezahlt.

Nach dem Gesellschaftsvertrag übernimmt die Stadt Wuppertal einen sich ergebenden Fehlbetrag bis zur Höhe von 1.500.000 DM (= 766.938 €). Für das Haushaltsjahr 2007 war dies nicht erforderlich. Über die Übernahme darüber hinausgehender Fehlbeträge entscheidet die Gesellschafterversammlung.

Die Geschäftsanteile der Stadt Wuppertal an der Historischen Stadthalle Wuppertal GmbH wurden mit Ratsbeschluss der Stadt Wuppertal vom 20.02.2006 um 2.000 € (rd. 0,98 %) erhöht. Somit hält die Stadt die Mehrheit der Anteile (rd. 50,98 %) an der Historischen Stadthalle Wuppertal GmbH.

UA 8700 Stadtparkasse Wuppertal (002.100; R 404)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	13.500	13.588	0,7	253	/
Ausgaben	13.600	13.588	-0,1	13.453	1,0
Differenz	-100	0		-13.200	

Über diesen Unterabschnitt werden nur noch die Versorgungsbezüge für die bis zum 31. März 1958 eingetretenen Versorgungsfälle, die die Stadt zunächst vorfinanziert, abgewickelt.

Da die Versorgungskostenerstattung für das Jahr 2006 bereits am Ende des Jahres 2005 zum Soll gestellt worden war, enthält das RE 2006 bei den Einnahmen lediglich einen kleinen Restbetrag. In 2007 entsprachen Einnahmen und Ausgaben in etwa der Planung.

UA 8710 Anschlagwesen und Plakatwerbung (002.118; R 403)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006 RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	631.000	859.197	36,2	1.185.116	-27,5
Ausgaben	0	0		0	
Differenz	631.000	859.197		1.185.116	

Die Werberechte in Wuppertal sind an die Fa. Ströer vergeben. Ausgenommen sind Wartehallen und Citylightboards, für die weiterhin ein Vertrag mit der Deutsche Städte-Medien GmbH (DSM) besteht.

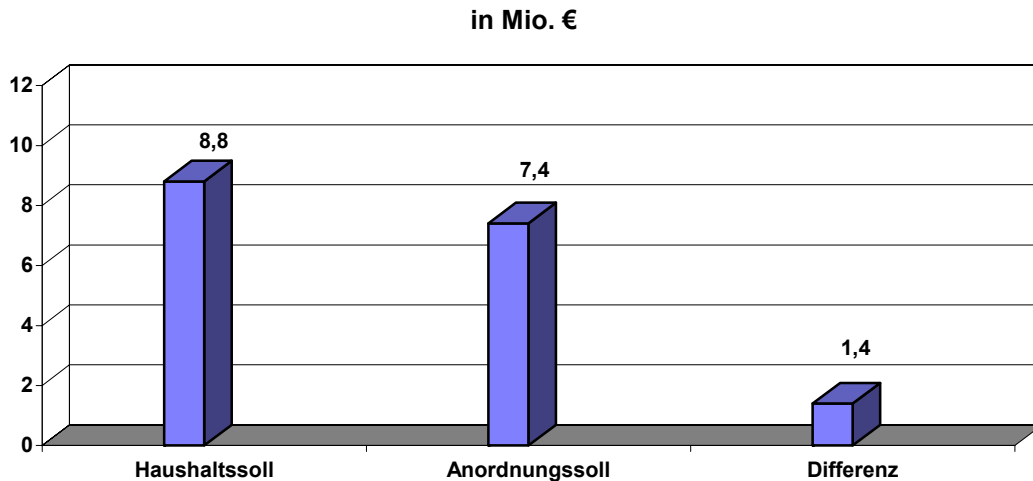
Das o.a. Rechnungsergebnis für 2007 beinhaltet Zahlungen i.H.v. rd. 259 T-Euro, die wirtschaftlich dem Jahr 2006 zuzurechnen sind. Demgegenüber wurden in 2008 Zahlungen über insgesamt rd. 277 T-Euro verbucht, die dem Abrechnungszeitraum 2007 zugerechnet werden müssen.

Die Differenz des RE 2007 zum RE 2006 liegt darin begründet, dass im RE 2006 Nachzahlungen aus Vorjahren über rd. 613 T-Euro enthalten waren.

2.8.2 Vermögenshaushalt (002.201)

Grafik zur Tabelle 1:

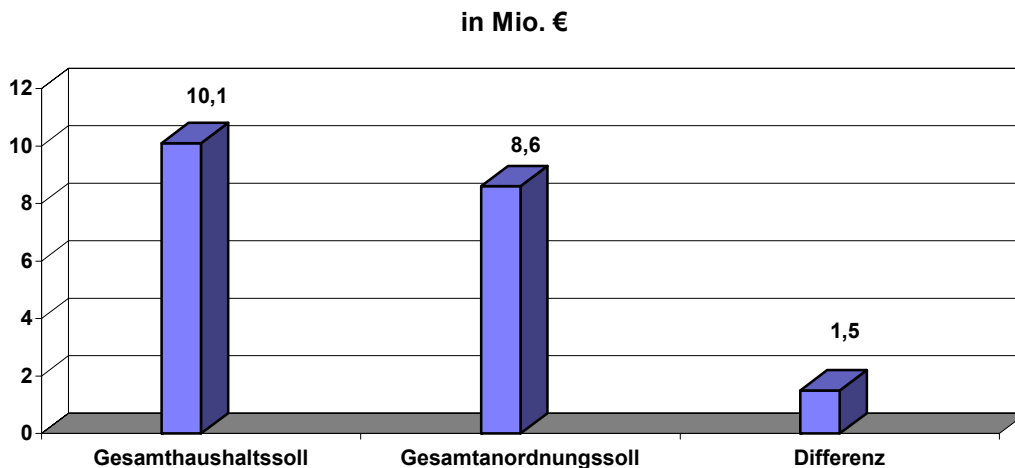
Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz – Rückgaben lfd. Budget + üpl. u. apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO a. F. +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 83,9 % (2006 = 76,5 %).

Grafik zur Tabelle 2:

Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabe-
reste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen
auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. +
Anordnungssoll lfd. Jahr)



Der Realisierungsgrad beträgt 85,9 % (2006 = 52,6 %).

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
8250 Beteiligungen	0	0	0	0,0
8300 WSW AG	2.830.000	2.820.000	10.000	99,6
8420 Stadthalle	58.500	58.500	0	100,0
8550 Forstverwaltung	178.559	34.755	143.804	19,5
8810 Grundstücks- bewirtschaftung	5.711.818	4.452.461	1.259.357	78,0
Summe EP 8	8.778.877	7.365.716	1.413.161	83,9

Tabelle 2:

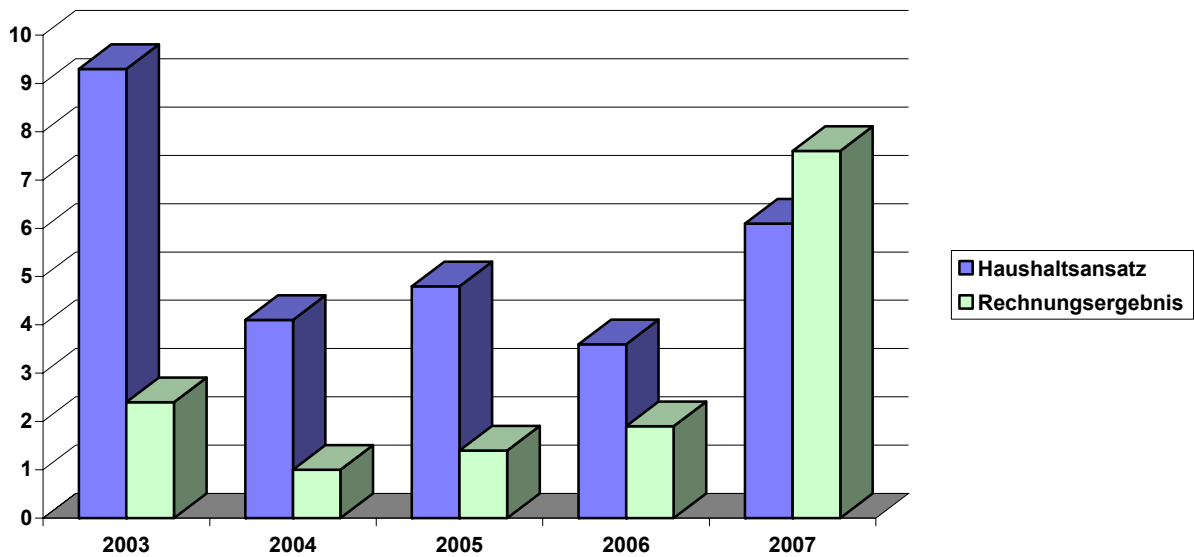
Unterabschnitt Bezeichnung	Gesamt- haushaltssoll €	Gesamt- anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
8250 Beteiligungen	0	0	0	0,0
8300 WSW AG	2.830.000	2.820.000	10.000	99,6
8420 Stadthalle	133.500	133.500	0	100,0
8550 Forstverwaltung	256.422	112.448	143.974	43,9
8810 Grundstücks- bewirtschaftung	6.834.629	5.575.272	1.259.357	81,6
Summe EP 8	10.054.551	8.641.220	1.413.331	85,9

Unterabschnitte des Vermögenshaushalts

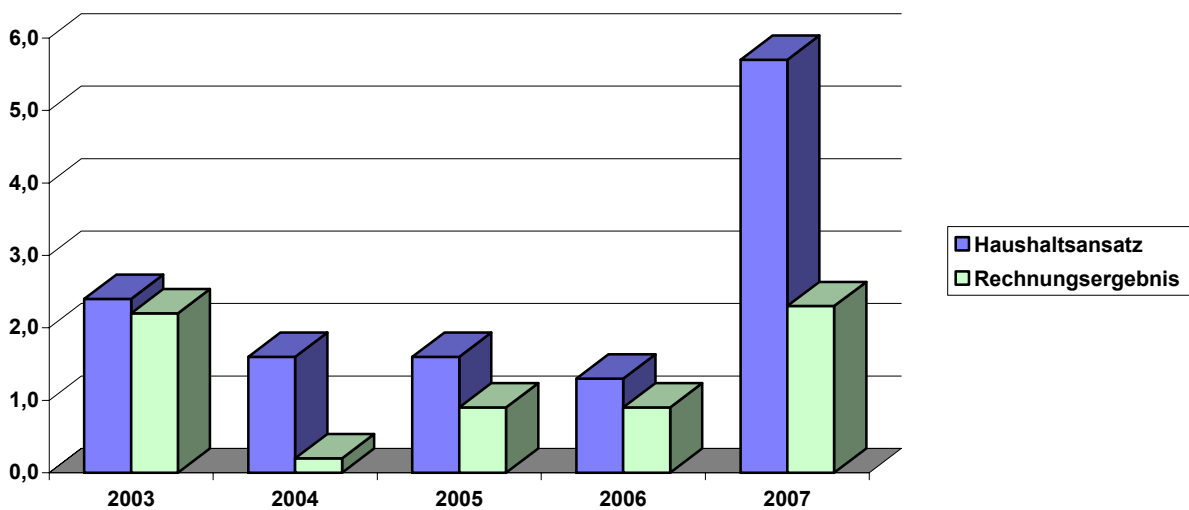
UA 8810 Grundstücksbewirtschaftung (002.200; R 403)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	6.100.000	7.610.176	24,8	1.915.260	297,3
Ausgaben	5.711.818	2.274.481	-60,2	932.193	144,0
Differenz	388.182	5.335.695		983.067	

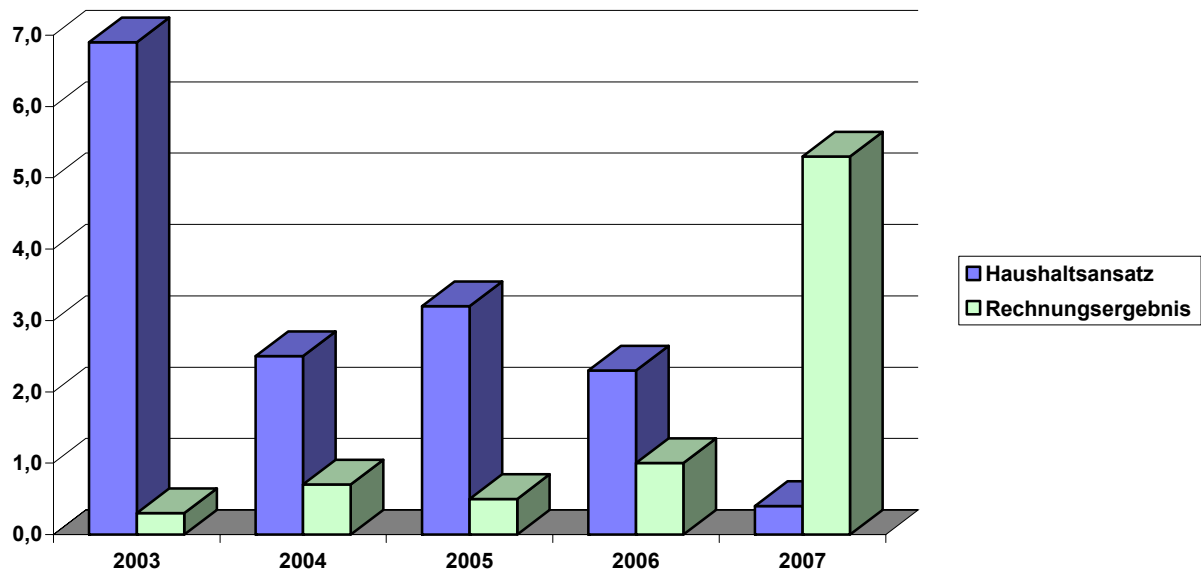
Entwicklung der Einnahmen
in Mio. €



Entwicklung der Ausgaben
in Mio. €



Entwicklung der Überschüsse in Mio. €



Die Erlöse aus Grundstücksveräußerungen sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen. Das Ergebnis liegt auch weit über dem Wert der Haushaltsplanung.

Die positive Abweichung des Rechnungsergebnisses gegenüber dem Ansatz um rund 1,5 Mio. € resultierte in entscheidendem Maße aus dem Umstand, dass sich beträchtliche Verkäufe aus Gewerbeerschließungsprojekten des Jahres 2006 erst auf das Rechnungsergebnis 2007 ausgewirkt haben. Die den Verkäufen zugrunde liegenden Verträge wurden zwar schon im Vorjahr abgeschlossen, jedoch erfolgten die rechnungswirksamen Kaufpreiszahlungen erst in 2007.

Die Ausgabenseite stieg ebenfalls deutlich an. Dies ist auf die erstmalige Abführung anteiliger Kanalanschlussbeiträge aus Grundstücksveräußerungen an den Unterabschnitt 7000 zurückzuführen.

Die Reinerlöse für verkaufte Gewerbegrundstücke sind unter Berücksichtigung der darin enthaltenen, abzuführenden Beiträge und Ausgleichsbeträge als beabsichtigt niedrig einzustufen. Beim Verkauf des Gewerbegrundstücks Linde lag der Erlös unter der Summe des zu erhebenden Kanalanschlussbeitrages und anteiliger Ausgleichsbeträge für den Landschaftseingriff. Beim Verkauf des Gewerbegrundstücks Bahnstraße lag sogar allein der abzuführende Kanalanschlussbeitrag über dem erzielten Verkaufserlös. Der letzte Fall ist kritisch einzustufen, weil die Subvention des Grundstücksgeschäftes zwar im nachweislichen Wirtschaftsförderungsinteresse der Stadt lag, jedoch die über den Grundstückswert hinausgehende Übernahme des Restbeitrages der Kommune aus allgemeinen Haushaltsmitteln nach dem geltenden Kanalanschlussbeitragsrecht nicht statthaft ist.

Einzelaspekte:**8810-932.0033****Ankauf von Grundstücken für allgemeine Zwecke
(002.200; R 403)**

Auf der Ausgabenseite wurde der vom Rechnungsprüfungsamt ständig geforderten Änderung der Veranschlagungspraxis für den Ankauf von Grundstücken zu allgemeinen Zwecken inzwischen Rechnung getragen. Die Jahresrechnung wies eine Inanspruchnahme des Haushaltsrestes von rund einem Drittel aus. Die für das laufende Haushaltsjahr zur Verfügung gestellten Mittel wurden überhaupt nicht benötigt. Es erfolgte ordnungsgemäß eine Abgangsbuchung in Höhe des nicht verbrauchten Haushaltsrestes über ca. 2,1 Mio. €. Das Rechnungsergebnis des Vorjahres war durch die Restebildung zu hoch ausgefallen (vgl. Schlussbericht 2006). Mit der Absetzung der nicht verbrauchten Mittel wird im Berichtsjahr das Rechnungsergebnis nachträglich korrigiert.

Knapp die Hälfte der in Anspruch genommenen Mittel wurde für einen Ankauf im Gewerbegebiet Linde benötigt und die angekaufte Fläche zu Ansiedlungszwecken weiterveräußert.

Die allgemeine Nachfrage nach unbebauten Grundstücken auf dem Wuppertaler Immobilienmarkt war gemäß der Übersicht des Gutachterausschusses über den Grundstücksmarkt des Jahres 2007 wiederum leicht rückläufig. Im Stadtgebiet wurden 4 % weniger Kaufvorgänge bei annähernd gleich gebliebenem Umsatz gegenüber 2006 registriert.

Die Zahl der notariell beurkundeten Grundstücksgeschäfte der Liegenschaftsverwaltung erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 9 % auf 86 Fälle.

Die Gesamtfläche der veräußerten Grundstücke erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr wiederum sehr deutlich (im Berichtsjahr von 168.234 qm um fast das Vierfache auf 623.273 qm), was in erster Linie auf den Verkauf von Gewerbefläche und einen umfangreichen Tausch von Waldfläche mit einer Firma zurückzuführen war.

Vielfach handelte es sich bei den Grundstücksgeschäften um den Verkauf geringwertiger Flächen und um subventionierten Gewerbeflächenverkauf.

44 % der Gesamtfläche wurde ohne Berücksichtigung des vorgenannten Tauschgeschäftes für Gewerbebezwecke, 2 % wurde für Wohnbauzwecke, 34 % der Fläche für Arrondierungen und 20 % als Wald- bzw. Grünfläche und für landwirtschaftliche Zwecke verkauft.

Der durchschnittliche Verkaufserlös betrug für :

- Wohnungsbau:	200 €/ qm
- Gewerbe:	48 €/ qm
- Arrondierung:	15 €/ qm
- Sonstige Verkäufe:	6 €/ qm

Der erzielte Durchschnittspreis/ qm für Gewerbeflächen und Arrondierungsflächen entspricht dem untersten Wert der vom Gutachterausschuss vorgestellten Preisspannen für Flächen aus dem aktuellen Grundstücksmarktbericht. Während Gewer-

beflächen aus Gründen der Wirtschaftsförderung günstig angeboten wurden, muss das RPA bei den niedrigen Preisen für Arrondierungsflächen davon ausgehen, dass sich unter den Verkäufen keine Baulandteilflächen befinden, sondern lediglich Flächen im hinteren Grundstücksbereich, Gartenland u.ä., die nicht baulich genutzt werden dürfen.

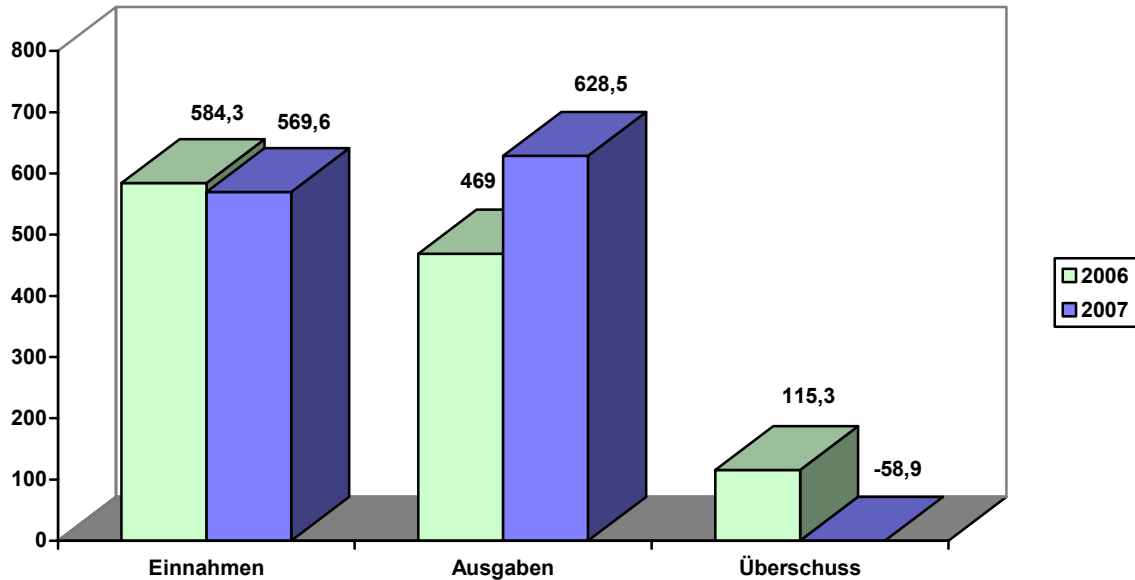
85 beurkundete An- und Verkaufsfälle waren aufgrund ihrer Werthöhe im Berichtsjahr als Geschäft der laufenden Verwaltung zu behandeln. Ein Verkauf wurde dem zuständigen Fachausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

	2005		2006		2007	
	Anzahl	€	Anzahl	€	Anzahl	€
Ausschuss						
Verkäufe	0	0	3	4.223.235	1	2.049.279
Ankäufe	0	0	1	540.000	0	0
Verwaltung						
Verkäufe	59	2.052.782	48	1.412.480	64	1.919.259
Ankäufe	28	681.390	27	562.703	21	588.340
Verkäufe	59	2.052.782	51	5.635.715	65	3.968.538
Ankäufe	28	681.390	28	1.102.703	21	588.340

2.9 Einzelplan 9 – Allgemeine Finanzwirtschaft

2.9.1 Verwaltungshaushalt (002.104; R 403)

Vergleich der Rechnungsergebnisse (in Mio. €)

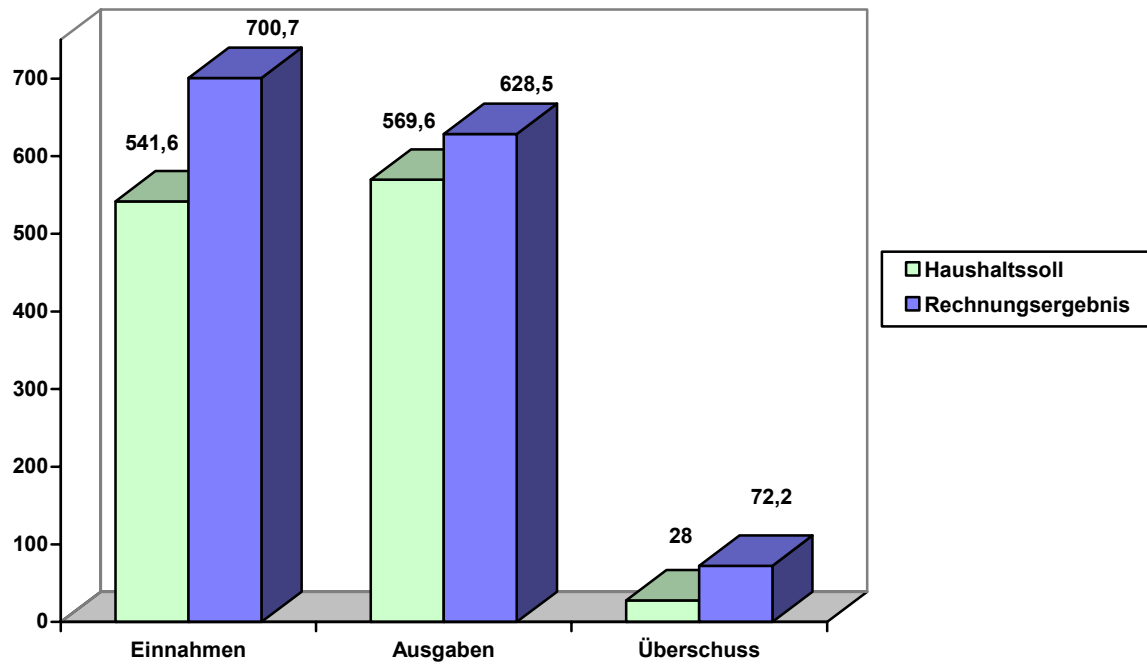


Die Ausgaben im EP 9 übersteigen die Einnahmen um rund 59 Mio. €.

Die oben dargestellten Werte stellen das um den Unterabschnitt 9102 „Abrechnung mit dem NKF-Haushalt“ bereinigte Ergebnis dar.

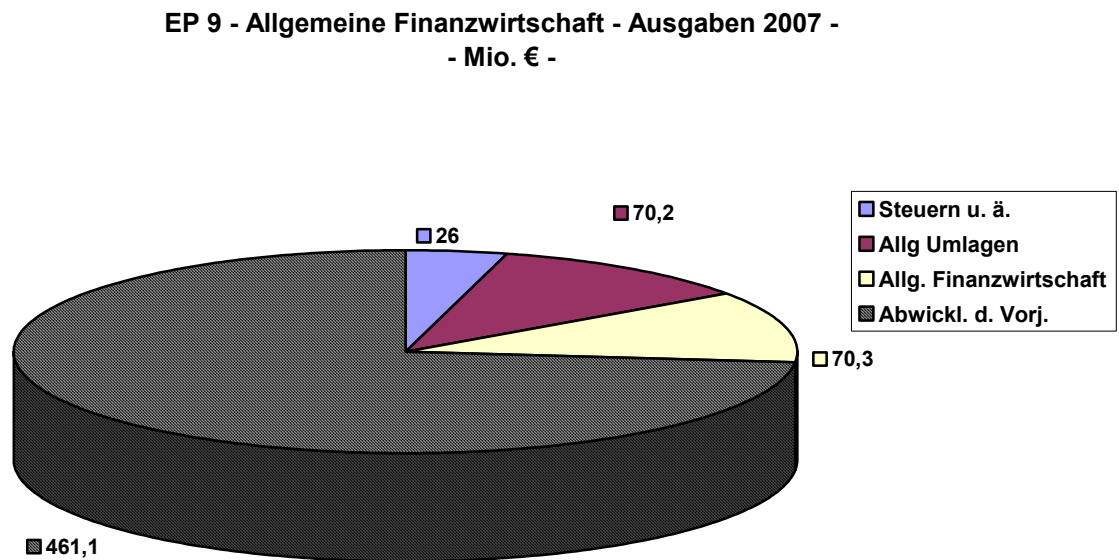
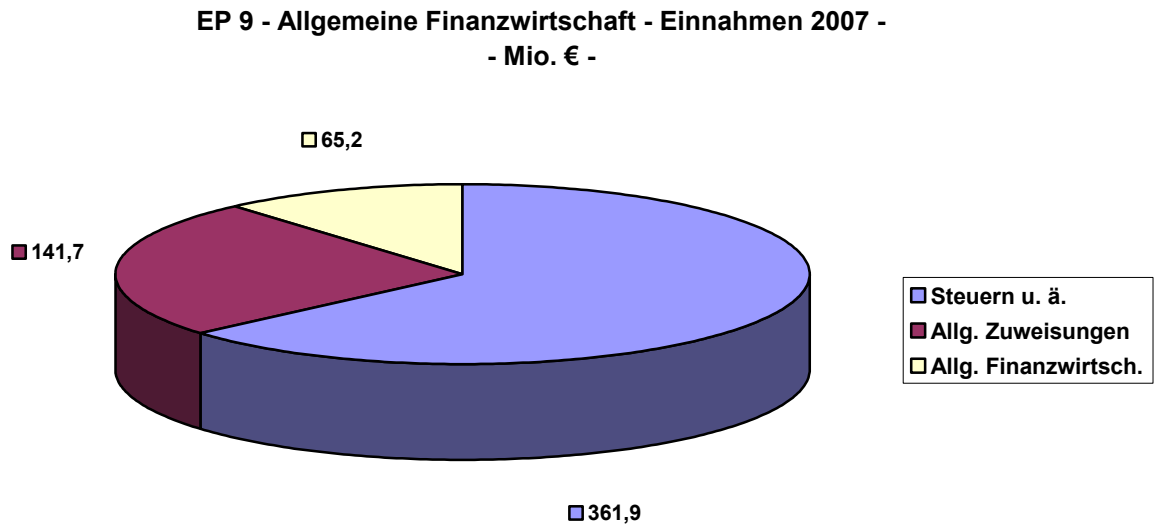
In diesem Unterabschnitt werden die Zahlen ausgewiesen, die aus der Abrechnung mit den NKF-Pilotbereichen resultieren. Da die Summen letztendlich den einzelnen Unterabschnitten der pilotierten Bereiche zugerechnet werden müssen, finden diese in dem Vergleich der Rechnungsergebnisse keine Berücksichtigung.

Vergleich des Haushaltssolls 2007 mit dem Rechnungsergebnis 2007 (in Mio. €)



Gegenüber dem Haushaltssoll ist eine Verbesserung von rund 44,2 Mio. € eingetreten. Auch hier handelt es sich um die um den Unterabschnitt 9102 „Abrechnung mit dem NKF-Haushalt“ bereinigte Darstellung.

Die wichtigsten Einnahme- und Ausgabeblöcke des EP 9 zeigen folgende Grafiken:



Unterabschnitte des Verwaltungshaushalts

UA 9000 Steuern, Steueranteile und steuerähnliche Einnahmen (002.104; R 403)

	Ansatz 2007 €	RE 2007 €	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007 %	RE 2006 €	Differenz RE 2007/ RE 2006 %
Einnahmen	373.816.000	361.861.654	-3,2	345.733.958	+4,7
Ausgaben	30.188.000	26.018.666	-13,8	30.193.507	-13,8
Differenz	343.628.000	335.842.988		315.540.451	

Die **Haupteinnahmequellen** des UA 9000 entfallen auf die Gewerbesteuer, den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer einschließlich eines Umsatzsteueranteils und die Grundsteuer B.

Einzelaspekte:

9000-001.0000 Grundsteuer B (002.104; R 403)

Das Aufkommen betrug im Berichtsjahr rd. 56 Mio. € und lag damit annähernd beim Vorjahresergebnis.

Mit dem Ergebnis konnten die Erwartungen gemäß Haushaltsplan nicht ganz erfüllt werden.

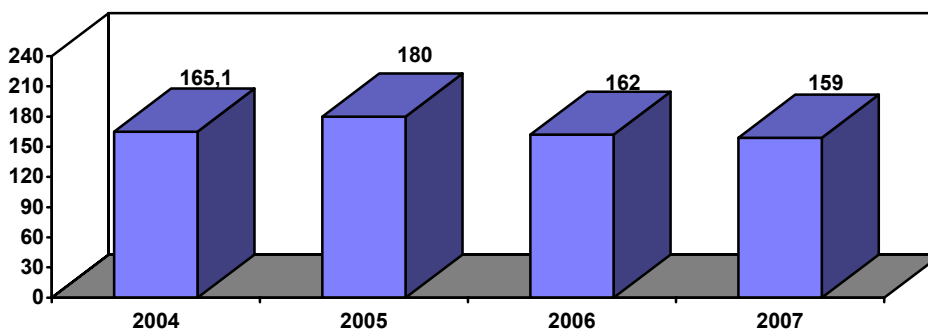
9000-003.0000 Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (002.104; R 403)

Die Gewerbesteuereinnahmen bewegen sich auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr.

Allerdings wurde die Planung für 2007 im Ergebnis um rund 18,3 Mio. € unterschritten.

Über die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen gibt die folgende Grafik Aufschluss:

Gewerbesteuereinnahmen
- Mio. €-



**9000-010.0000 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
(002.104; R 403)**

Der auf die Gemeinden des Landes NW entfallende Gemeindeanteil wird nach einem vom Land festgesetzten Schlüssel aufgeteilt. Diese Schlüsselzahlen, die jeweils für drei Jahre gelten, sind für Wuppertal geringer als in den Jahren zuvor ausgefallen.

Das Rechnungsergebnis 2006 liegt mit 105,8 Mio. € über dem Rechnungsergebnis des Vorjahres (104,4 Mio. €), aber dennoch mit 7,2 Mio. € unter dem Haushaltssoll (113,0 Mio. €).

9000-012.0000 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (002.104; R 403)

Durch den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer sollen die Verluste durch den ab 1998 wirksamen Wegfall der Gewerbesteuer ausgeglichen werden. Das Haushaltssoll von 17,8 Mio. € wurde überschritten.

Der zugunsten der Stadt Wuppertal errechnete Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer für 2007 betrug rd. 20 Mio. €.

Sonstige Steuer-Einnahmen des UA 9000:

Steuerart	RE 2007 €	Ansatz 2007 €	RE 2006 €
Grundsteuer A	96.913	101.000	98.421
Vergnügungssteuer für Vorführung von Bildstreifen	74.552	105.000	77.000
Sonstige Vergnügungssteuer	1.964.110	2.330.000	271.235
Hundesteuer	1.748.865	1.745.000	1.761.559
Jagdsteuer	14.347	14.000	13.956
Zweitwohnungssteuer	465.490	300.000	104.794

Erläuterungen:

Der Hebesatz der **Grundsteuer A** wurde im Berichtsjahr nicht angehoben.

Bei der sonstigen Vergnügungssteuer hat sich das Ergebnis gegenüber dem Rechnungsergebnis 2006 deutlich verbessert. Dies ist darauf zurückzuführen, dass für die Anwendung der Bemessungsgrundlage zur Erhebung sonstigen Vergnügungssteuer nunmehr Rechtssicherheit eingetreten ist. Die in 2006 ausgesetzten Veranschlagungen konnten somit nachgeholt werden.

Die Einnahmen der Zweitwohnungssteuer haben den Ansatz erheblich überschritten.

9000-027.0000 Zweitwohnungssteuer (002.104; R 403)

H Falsche Bezeichnung der Haushaltsstelle

In der Jahresrechnung 2007 wurde die Bezeichnung der Haushaltsstelle 9000-027.000 fälschlicherweise mit „Verpackungssteuer“ angegeben. Der richtige Titel lautet allerdings „Zweitwohnungssteuer“.

Der Fehler konnte rekonstruiert werden und basiert auf einer fehlerhaften Eingabe im SAP-System. Auf das Rechnungsergebnis hat die falsche Bezeichnung keine Auswirkung und konnte durch einen Nachdruck der Seite berichtigt werden.

**9000-265.0000 Verzinsung von Steuernachforderungen
(002.104; R 403)**

Nach den Bestimmungen der Abgabenordnung sind Steuernachforderungen (im kommunalen Bereich bei der Gewerbesteuer) unter bestimmten Voraussetzungen zu verzinsen. Diese Regelung gilt im Übrigen auch für Steuererstattungen.

Bei den Nachforderungszinsen wurden Einnahmen von rd. 2,7 Mio. € erzielt.

9000-810.0000 Gewerbesteuerumlage (002.104; R 403)

Die Gemeinden haben gemäß dem Gemeindefinanzreformgesetz eine Gewerbesteuerumlage nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens zu entrichten.

Die Ausgaben für 2007 betragen rd. 13,0 Mio. € und unterschreiten damit den Ansatz um rd. 1,5 Mio. €.

**9000-811.0000 Fonds Deutsche Einheit (Anteil Gewerbesteuerumlage)
(002.104; R 403)**

Neben der Gewerbesteuerumlage müssen die Gemeinden einen Teil der Gewerbesteuereinnahmen an den Fonds Deutsche Einheit abführen. Gleichzeitig haben sich die Gemeinden ab 1995 an den Kosten aus der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs zu beteiligen.

Das RE 2007 liegt bei rd. 11,9 Mio. €.

9000-845.0000 Verzinsung von Steuererstattungen (002.104; R 403)

Für die Verzinsung von Steuererstattungen (Bereich Gewerbesteuer) gemäß der Abgabenordnung mussten im Berichtsjahr rd. 1,0 Mio. € verausgabt werden. Damit liegt das RE 2007 rd. 30 % unter dem Ansatz.

UA 9010 Allgemeine Zuweisungen (002.104; R 403)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2007/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	119.221.000	141.720.507	+18,9	109.780.245	+29,0
Ausgaben	1.000.000	940.313	-6,0	0	
Differenz	118.221.000	140.780.194		109.780.245	

Einzelaspekte:**9010-041.0000 Schlüsselzuweisungen (002.104; R 403)**

2006 erhielt die Stadt Wuppertal gemäß Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) rd. 90,0 Mio. € an Schlüsselzuweisungen. Für 2007 wurden 108,7 Mio. € veranschlagt und 124,6 Mio. € ausgezahlt.

Nach den Regelungen des GFG erhielten die Gemeinden 2007 wie bereits im Vorjahr 90 % des Unterschiedsbetrages zwischen der „Ausgangsmesszahl“ („Grundbetrag“ vervielfältigt mit dem „Gesamtansatz“, der sich wiederum aus Einwohnerzahl, Schülerzahl etc. errechnet) und der „Steuerkraftmesszahl“.

9010-091.0000 Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich (002.104; R 403)

Den Gemeinden wird ab 1996 zum Ausgleich ihrer Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ein Umsatzsteueranteil gezahlt (Kompensationsleistung).

2007 belief sich dieser Betrag für Wuppertal, um rd. 2 Mio. € höher als im Vorjahr, auf rd. 11,4 Mio. €.

UA 9020 Allgemeine Umlagen (002.104; R 403)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2007/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Ausgaben	72.772.000	70.162.841	-3,6	67.282.652	+4,3

9020-832.0000 Landschaftsumlage (002.104; R 403)

Die einzige Haushaltsposition im UA 9020 ist die Landschaftsumlage. Der Haushaltsansatz 2007 betrug 72,8 Mio. €.

Die Umlage an den Landschaftsverband Rheinland ist gemäß den Bestimmungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes und der Landschaftsverbandsordnung zu zahlen.

UA 9100 Schuldendienst (002.104; R 403)

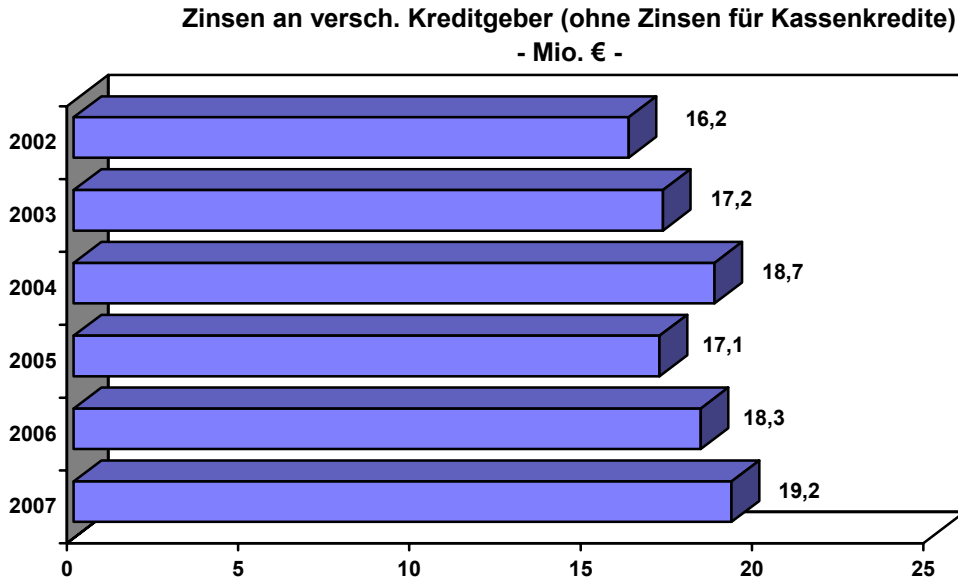
In diesem UA werden nur die den Schuldendienst tangierenden Einnahmen und Ausgaben dargestellt.

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2007/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	14.537.150	15.309.677	+5,3	15.343.787	-0,3
Ausgaben	31.839.400	26.105.771	-18,0	25.204.449	+3,6
Differenz	-17.302.250	-10.796.094		-9.860.662	

Einzelaspekte:**9100-xxx.xxxx Zinsen an verschiedene Kreditgeber (ohne Zinsen für Kassenkredite) (002.104; R 403)**

Im UA 9100 werden die Zinsausgaben für die einzelnen Eigenbetriebe durch entsprechende Erstattungen auf der Einnahmeseite gedeckt.

Die Entwicklung der gesamten Zinsausgaben macht die nachfolgende Grafik deutlich:



Die Zinsausgaben sind gegenüber dem Vorjahr erneut gestiegen und auf dem Niveau des Jahres 2004. Mit rd. 19,2 Mio. € bleibt das Ergebnis 3,8 Mio. € unter den Erwartungen gemäß dem Haushaltsplan 2007 (rd. 23 Mio. €).

Allein 10,8 Mio. € entfallen hiervon auf das GMW. Der städt. Anteil betrug 5,2 Mio. €, der Anteil des APH belief sich auf 217 T-Euro. Auf die ESW entfiel ein Anteil von 128 T-Euro. Weitere 2,0 Mio. € Zinsbelastung sind im Zusammenhang mit der Entschuldung der Klinikum Wuppertal GmbH angefallen.

9100-860.0000

Mindestzuführung an den Vermögenshaushalt (002.104; R 403)

Im UA 9100 weist die Haushaltsrechnung für 2007 einen Betrag von rd. 6,9 Mio. € aus. Hierbei handelt es sich um die nach § 22 GemHVO erforderliche Mindestzuführung.

UA 9101 Allgemeine Finanzwirtschaft (002.104; R 403)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2007/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	33.850.170	49.882.960	+47,4	113.136.707	-55,9
Ausgaben	45.208.539	44.217.188	-2,2	36.346.492	+21,7
Differenz	-11.358.468	5.665.772		76.790.215	

Einnahmen:

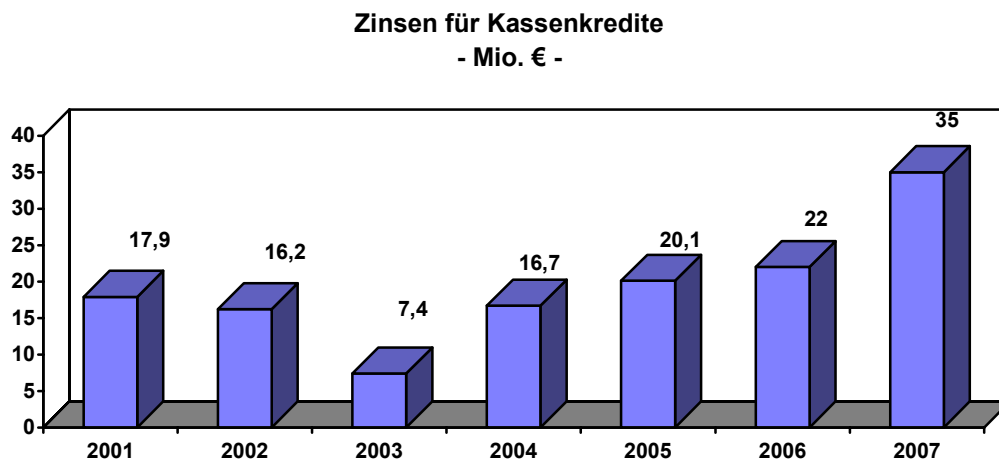
Die Höhe der Einnahmen resultiert im Wesentlichen aus den **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen in Höhe von rd. 16 Mio. € und aus der **Verzinsung** des Anlagekapitals in Höhe von 19 Mio. €. Die Abweichung gegenüber dem RE 2006 ergibt sich aus der teilweisen Umstellung des kameralen Haushalts auf den NKF-Pilotbetrieb. Hierdurch haben sich die Abschreibungen sowie die Verzinsung des Anlagekapitals um rd. 53 Mio. € verringert.

Ausgaben:

9101-807.0100

Zinsen für Kassenkredite (002.104; R 403)

Die Zinsausgaben für Kassenkredite der letzten Jahre stellen sich grafisch wie folgt dar:



Nachdem die Zinsausgaben im Jahr 2003 ihren tiefsten Stand seit dem Jahr 2000 erreichten, setzt sich die Tendenz zu höheren Zinsbelastungen weiter fort. Im Vergleich zum RE 2006 stieg das Ergebnis um ca. 60 % auf 35 Mio. € an.

UA 9102 Abrechnung mit dem NKF-Haushalt (002.104; R 403)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007 %	RE 2006	Differenz RE 2007/ RE 2006 %
	€	€		€	
Einnahmen	4.303.880	4.343.367	+1,0	0	
Ausgaben	73.131.402	73.064.032	+/-0	0	
Differenz	-68.827.522	-68.720.665		0	

Dieser UA wurde im Rahmen der Einführung des NKF-Haushalts bei den sogenannten NKF-Pilotbereichen eingerichtet.

Die bisherigen Ansätze wurden mit der Einbringung eines kamerale Nachtrags- haushaltsplans auf null gesetzt.

Des Weiteren wurden die bisherigen Einnahme- und Ausgabeansätze zur internen Leistungsverrechnung aus den UA der Pilotbetriebe herausgenommen. Um im kamerale Haushalt einen Ausgleich zwischen Einnahme- und Ausgabeansätzen zu gewährleisten, wurden im UA 9102 die entsprechenden Positionen eingerichtet.

Um die Beträge abzubilden, ist laut § 8 NKF-Einführungsgesetz im kamerale Teil der Überschuss bzw. Zuschuss als Transfer an die Piloten auszuweisen.

Dieser Betrag findet sich in der Haushaltsstelle 9102-715.9999 (63,3 Mio. €) wieder.

Der Transferbetrag wird in der Summe um rd. 57.000 € zu niedrig ausgewiesen. Die Differenz ist in der nachträglichen Buchung eines Sachkontos begründet. Auf Grund der im Verhältnis zur Gesamtsumme des Haushalts geringen Summe wurde von einer Korrektur des Betrages abgesehen.

Da die Transferleistungen nach der flächendeckenden NKF-Einführung zum 01.01.2008 nicht mehr anfallen werden, sind für die folgenden Jahresrechnungen keine Maßnahmen zur Vermeidung des Buchungsfehlers zu ergreifen.

UA 9110 Rücklagen (002.104; R 403)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007 %	RE 2006	Differenz RE 2007/ RE 2006 %
	€	€		€	
Einnahmen	136.100	780.295	+473,3	346.054	+125,5

Bei diesem UA werden gemäß Haushaltssystematik die Zinsen aus der allgemeinen Rücklage und den Sonderrücklagen verbucht.

An Zinsen aus der allgemeinen Rücklage wurden im Berichtsjahr rd. 35.368 € erzielt (Vorjahr: rd. 18.019 €).

Die Zinseinnahmen bei den Sonderrücklagen betragen in 2007 insgesamt rund 690.220 € (Vorjahr: rd. 296.982 €). Dabei treten die Zinseinnahmen aus der Sonderrücklage Stadtentwässerung in Höhe von 552.782 € besonders hervor.

UA 9200 Abwicklung der Vorjahre (002.104; R 403)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007 %	RE 2006	Differenz RE 2007/ RE 2006 %
	€	€		€	
Ausgaben	519.716.570	461.076.956	-11,3	310.008.500	+48,7

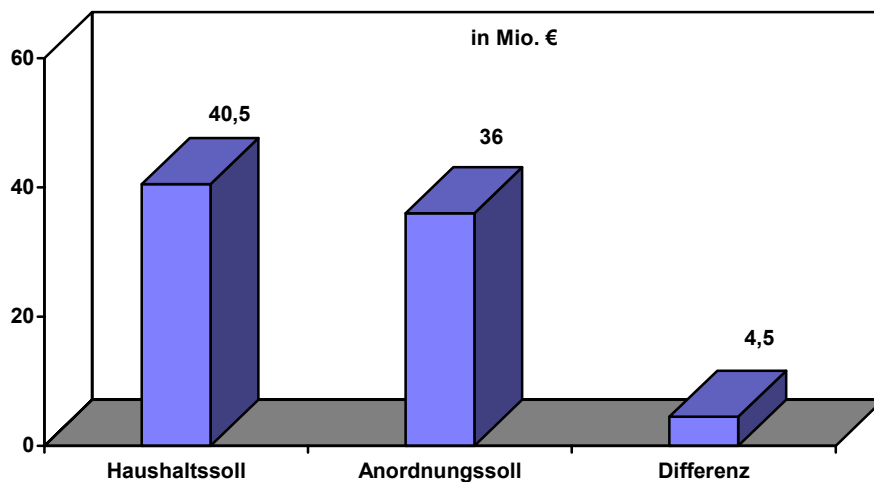
**9200-892.0004 Abwicklung von Soll-Fehlbeträgen aus Vorjahren
(002.104; R 403)**

Der UA weist für das Berichtsjahr Ausgaben in Höhe von rd. 461,1 Mio. € aus. Dabei handelt es sich um den Fehlbetrag des Jahres 2005, der 2007 abgedeckt wurde.

2.9.2 Vermögenshaushalt (002.104; R 403)

Grafik zur Tabelle 1:

Vergleich des Haushaltssolls des laufenden Jahres (Haushaltsansatz - Rückgaben lfd. Budget + üpl. u. apl. Bewilligungen +/- § 17 GemHVO a. F. +/- Deckungsvermerk) mit den Anordnungen auf das Haushaltssoll des laufenden Jahres



Der Realisierungsgrad beträgt 88,7 % (2006 = 94,6 %).

Die oben dargestellten Werte stellen das um den Unterabschnitt 9102 „Abrechnung mit dem NKF-Haushalt“ bereinigte Ergebnis dar.

In diesem Unterabschnitt werden die Zahlen ausgewiesen, die aus der Abrechnung mit den NKF-Pilotbereichen resultieren. Da die Summen letztendlich den einzelnen Unterabschnitten der pilotierten Bereiche zugerechnet werden müssen, finden diese in dem Vergleich der Rechnungsergebnisse keine Berücksichtigung.

Tabelle 1:

Unterabschnitt Bezeichnung	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	Differenz €	Realisierung %
9100 Schuldendienst	25.219.715	20.727.760	-4.491.955	82,2
9101 Allg. Finanz- wirtschaft	6.138.820	6.138.820	0	100
9110 Rücklagen	9.175.740	9.097.248	-78.492	99,1
Summe EP 9	40.534.275	35.963.828	-4.570.447	88,7

Der Vergleich des Gesamthaushaltssolls (Haushaltssoll lfd. Jahr + Haushaltsausgabereste aus Vj. - Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vj.) mit den Anordnungen auf das Gesamthaushaltssoll (Anordnungssoll auf Haushaltsausgabereste aus Vj. + Anordnungssoll lfd. Jahr) ist identisch mit dem in vorhergehender Tabelle dargestellten Ergebnis.

Unterabschnitte des Vermögenshaushalts

UA 9010 Allgemeine Zuweisungen (002.104; R 403)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2007/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	6.966.000	7.598.641	+9,1	5.739.521	+32,4

Einzelaspekte:

9010-361.0331 Investitionszuschuss gem. Gemeindefinanzierungsgesetz (002.104; R 403)

Die Zuweisung betrug im Berichtsjahr rd. 6,6 Mio. €. 2006 belief sich diese auf 4,8 Mio. €.

Die Mehreinnahmen im Vergleich zum Vorjahr sind auf die Festlegung der Investitionspauschale gemäß § 18 Abs. 2 GFG 2007 zurückzuführen.

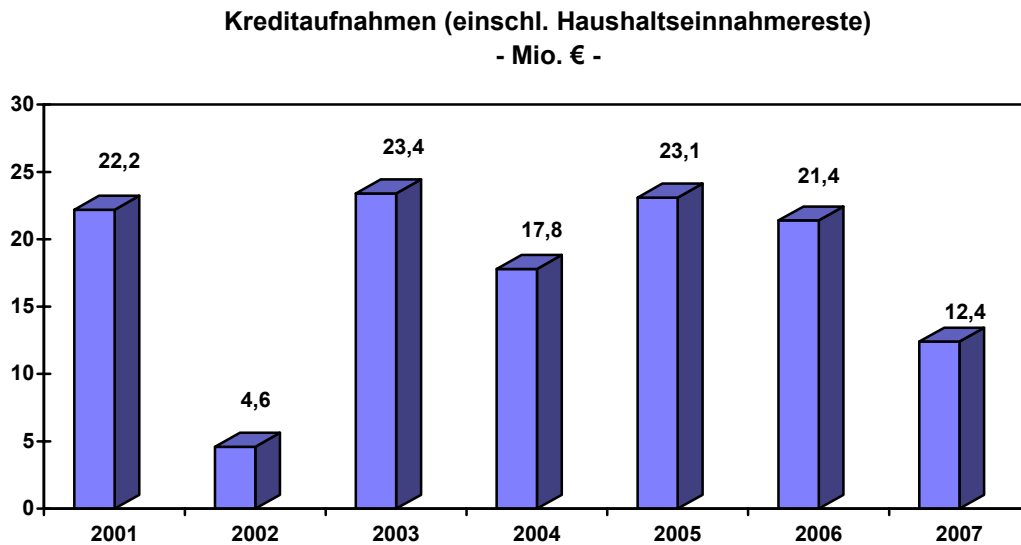
UA 9100 Schuldendienst (002.104; R 403)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2007/ RE 2006
	€	€	%	€	%
Einnahmen	47.601.200	34.472.989	-27,6	51.986.173	-33,7
Ausgaben	25.219.715	20.727.760	-17,8	28.767.533	-27,9
Differenz	22.381.485	13.745.229		23.218.640	

Ausschlaggebend für das Ergebnis auf der Einnahmenseite ist die Position Kreditaufnahmen.

Das Rechnungsergebnis der Zuführung vom Verwaltungshaushalt beträgt rd. 6,9 Mio. € und entspricht der Mindestzuführung gemäß § 22 GemHVO.

Die Entwicklung der Kreditaufnahmen der letzten Jahre macht folgende Grafik deutlich:



Nach dem Haushaltsplan waren für 2007 Kreditaufnahmen in Höhe von rd. 23,7 Mio. € vorgesehen.

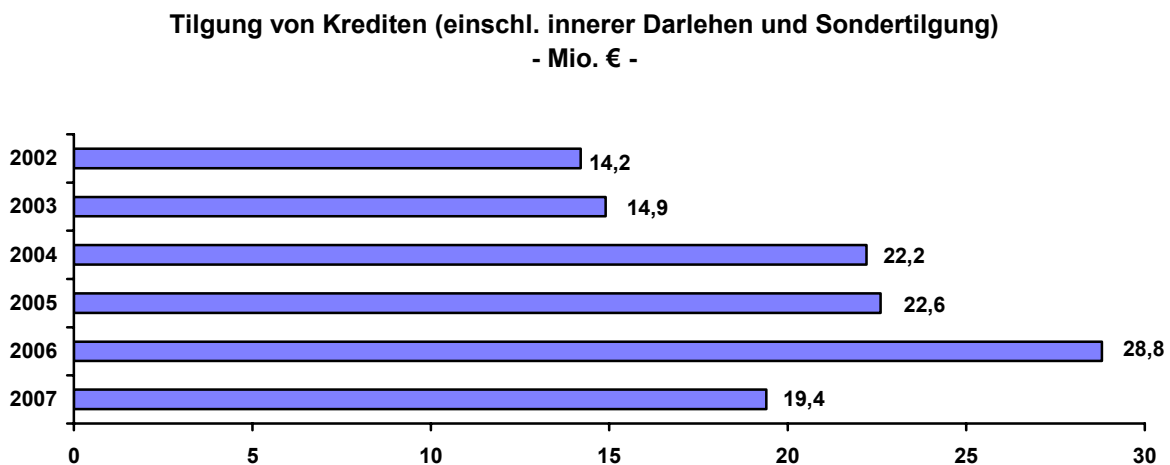
Die Rechnungslegung weist ein Ergebnis von rd. 12,4 Mio. € aus.

Erläuterungen zu Abweichungen auf der Ausgabenseite:

9100-97x.xxxx

Tilgung von Krediten am Kreditmarkt (002.104; R 403)

Über die Entwicklung der Kredittilgungen in den letzten Jahren gibt die folgende Grafik Aufschluss:



Nach der Haushaltsplanung für 2007 sollte für die Tilgung von Krediten ein Betrag in Höhe von rd. 23,9 Mio. € ausgegeben werden. Tatsächlich wurden nur rd. 19,4 Mio. € ausgezahlt. Dies führt zu Minderausgaben von rd. 4,5 Mio. €.

UA 9102 Abrechnung mit dem NKF-Haushalt (002.104; R 403)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007 %	RE 2006	Differenz RE 2007/ RE 2006 %
	€	€		€	
Ausgaben	6.798.701	6.798.701	+/-0	0	+100

Dieser UA wurde im Rahmen der Einführung des NKF-Haushalts bei den sogenannten NKF-Pilotbereichen eingerichtet.

Die bisherigen Ansätze wurden mit der Einbringung eines kameralen Nachtrags Haushaltsplans auf null gesetzt.

Des Weiteren wurden die bisherigen Einnahme- und Ausgabeansätze zur internen Leistungsverrechnung aus den UA der Pilotbetriebe herausgenommen. Um im kameralen Haushalt einen Ausgleich zwischen Einnahme- und Ausgabeansätzen zu gewährleisten, wurden im UA 9102 die entsprechenden Positionen eingerichtet.

Um die Beträge abzubilden, ist laut § 8 NKF-Einführungsgesetz im kameralen Teil der Überschuss bzw. Zuschuss als Transfer an die Piloten auszuweisen.

Dieser Betrag findet sich in der Haushaltsstelle 9102-985.9999 (6,8 Mio. €) wieder.

Wie bereits im Verwaltungshaushalt wird auch hier der Transferbetrag in der Summe um rd. 511.000 € zu niedrig ausgewiesen. Die Differenz ist in der nachträglichen Buchung eines Sachkontos und in einem Rechenfehler begründet. Auf Grund der im Verhältnis zur Gesamtsumme des Haushalts geringen Summe wurde von einer Korrektur des Betrages abgesehen.

Da die Transferleistungen nach der flächendeckenden NKF-Einführung zum 01.01.08 nicht mehr anfallen werden, sind für die folgenden Jahresrechnungen keine Maßnahmen zur Vermeidung des Buchungsfehlers zu ergreifen.

UA 9110 Rücklagen (002.104; R 403)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007 %	RE 2006	Differenz RE 2007/ RE 2006 %
	€	€		€	
Einnahmen	3.410.000	17.550.220	+414,7	21.402.728	-18,0
Ausgaben	9.175.740	9.097.248	+/-0	15.095.919	-39,7
Differenz	-5.765.740	8.452.972		6.306.809	

Im UA 9110 werden auf der Einnahmenseite gemäß Haushaltssystematik Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage und den verschiedenen Sonderrücklagen verbucht.

Auf der Ausgabenseite dieses UA werden die entsprechenden Zuführungen nachgewiesen.

Einnahmen

Das RE 2007 in Höhe von insgesamt rd. 17,6 Mio. € resultiert insbesondere aus Entnahmen bei der Sonderrücklage „Schulpauschale“ von 6,5 Mio. €, der Sonderrücklage Sportpauschale i.H.v. 1,7 Mio. € sowie der Sonderrücklage „Stadtentwässerung“ mit 5,9 Mio. €.

Allgemeine Rücklage

Die **allgemeine Rücklage** soll nach § 20 Abs. 2 GemHVO die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern (Betriebsmittel der Kasse). Zu diesem Zweck wird für den Regelfall ein Sockelbetrag in Höhe von „... mindestens 2 v. H. der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre...“ vorgeschrieben.

Wie bereits im Vorjahr konnte der allgemeinen Rücklage kein Betrag zugeführt werden.

Ausgaben

Die Ausgaben von rd. 9,1 Mio. € sind nahezu deckungsgleich mit dem Haushaltsansatz.

2.10 Sonderhaushalt

UA 9420 Bergisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung e.V. (002.100)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007/ Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	820.924	/	773.891	6,1
Ausgaben	0	739.964	/	696.438	6,2
Differenz	0	80.959		77.453	

In den Gesamteinnahmen ist ein Ist-Überschuss aus Vorjahren in Höhe von rund 77 T-Euro enthalten. Am Ende des Rechnungsjahres 2007 betrug die Höhe des nach 2008 zu übertragenden Überschusses ca. 82 T-Euro. Das um den Ist-Überschuss bereinigte AO-Soll bei den Instituteinnahmen, das die eigentliche Geschäftstätigkeit des Studieninstituts finanziell wiedergibt, belief sich im Jahr 2007 auf ca. 744 T-Euro. Im Vorjahresvergleich wurden (bereinigt) 63 T-Euro mehr vereinnahmt als 2006. Zu dieser Erhöhung beigetragen haben Schulungsmaßnahmen für die ARGE in einem beträchtlichen Umfang. Es handelt sich hierbei um eine Grundlagenausbildung für ARGE-Mitarbeiter/-innen, die sich aber in diesem Volumen zukünftig voraussichtlich nicht fortsetzen wird.

Die Ausgaben betragen nach dem AO-Soll im Berichtsjahr 740 T-Euro, rund 44 T-Euro mehr als im Vorjahr. Die höhere Anzahl an Schulungsmaßnahmen führte folgerichtig zu einer Erhöhung der Ausgaben vor allem für Dozenten honorare.

UA 9470 Gebäudemanagement (002.200; R 403; GMW)

	Ansatz 2007	RE 2007	Differenz RE 2007 / Ansatz 2007	RE 2006	Differenz RE 2006/ RE 2007
	€	€	%	€	%
Einnahmen	0	167.296.249	/	166.321.217	0,6
Ausgaben	0	125.984.467	/	125.478.250	0,4
Differenz	0	41.311.782		40.842.967	

Die Leistungsverrechnungen zwischen dem Betrieb und der Stadt und die Sicherstellung der Liquidität erfolgen gesetzlich über den Sonderhaushalt Gebäudemanagement.

Ungefähr 96 % des Finanzbedarfs des GMW ist im Jahr 2007 bei einem ähnlichen Rechnungsergebnis wie im Vorjahr von rund 126 Mio. € über den Sonderhaushalt gedeckt und abgewickelt worden.

Auf der Einnahmenseite erfolgte die Verbuchung der an das GMW zu entrichtenden Mieten und Betriebskosten sowie der von der Stadt weitergeleiteten Kredite und Zu-

schüsse. Ebenso wurde dort der Überschuss aus Vorjahren in Höhe von rund 41 Mio. € eingebucht.

Auf der Ausgabenseite erfolgte hauptsächlich die Verbuchung der Entnahmen des GMW zur Sicherstellung seiner Betriebsliquidität einschließlich der Ausschüttungen des GMW an die Stadt (Tilgungs- und Zinsleistungen sowie Gewinn- und Verkaufserlösabführungen).

Die Ausgaben und die damit von der Stadt korrespondierenden Einnahmen des GMW sind auf gleich hohem Niveau geblieben. Die Liquidität des Eigenbetriebes darf als gut bezeichnet werden.

Für die nach dem Eigenbetriebsrecht vorgesehene Verzinsung der im Sonderhaushalt enthaltenen Bestände und Fehlbeträge wurde der von der Europäischen Zentralbank festgelegte Tageszinssatz EONIA zugrunde gelegt.

Die Verzinsung variierte im Berichtsjahr in einer Bandbreite von 3,69 % bis 4,14 %.

III. NKF-Haushalt

In der kameralen Jahresrechnung darf sich aus der Herauslösung der pilotierten Bereiche und deren Bewirtschaftung unter NKF-Gesichtspunkten keine Veränderung ergeben; dies wurde durch die Veranschlagung und entsprechende Verbuchung von Transfers zwischen dem kameralen und dem doppischen System erreicht.

Insbesondere wurden die Über-/Unterdeckungen in den Unterabschnitten der NKF-Piloten im kameralen Nachtragsplan an eine im NKF-Haushalt zusätzlich eingerichtete Produktgruppe „Abrechnung mit dem kameralen Haushalt“ übertragen.

1. Gesamtergebnisrechnung

In der Jahresrechnung sind die um NKF-spezifische Komponenten bereinigten Ergebnisse der Piloten über den Unterabschnitt 9102 „Zuschuss an NKF-Haushalt“ in den kameralen Teil zurückgeflossen.

Im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnung wurden bei den Pilotbereichen die nach den NKF-Bestimmungen ermittelten Ergebnisse der einzelnen Produktgruppen geprüft.

Die folgende Tabelle stellt für die Produktgruppen der Pilotbereiche die Ergebnisrechnung den Ansätzen im NKF-Haushaltsplan gegenüber. Die darüber hinaus zur Darstellung erforderlichen Transfers zwischen kameralen und NKF-Haushalt bleiben in der Gegenüberstellung außer Betracht. Es ist eine Abweichung von rd. 3,5 Mio. € zu verzeichnen, die sich wie folgt ergibt (siehe hierzu auch Kapitel III., Ziffer 5 dieses Berichts):

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	18.476.626 €	27.477.638 €	9.001.012 €	48,7
Aufwendungen	-114.109.670 €	-119.576.215 €	-5.466.546 €	4,8
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-95.633.043 €	-92.098.577 €	3.534.467 €	3,7
Finanzergebnis	-48.332 €	-54.409 €	-6.077 €	12,6
Ordentliches Ergebnis	-95.681.375 €	-92.152.986 €	3.528.390 €	3,7
Außerordentliches Ergebnis	0 €	0 €	0 €	
Jahresergebnis	-95.681.375 €	-92.152.986 €	3.528.390 €	3,7

Mit Blick auf die Fortschreibungen in 2007 beim Anlagevermögen wurde eine Prüfung der Abschreibungen und der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, die sich nicht auf den insgesamt kameralen Jahresabschluss auswirken, verzichtet.

Bei der Prüfung der Pilotbereiche wurde festgestellt, dass die Buchungen in SAP teilweise nicht oder nur schwer zuzuordnen und nachzuvollziehen sind, da der Erläuterungstext weitgehend nur die Buchungs- oder Rechnungsnummer enthält.

1.1 Personalaufwendungen (002.100)

1.1.1 Allgemeine Anmerkungen

Die Berichterstattung über die Ergebnisse der sechs NKF-Pilotbereiche soll produktbezogen erfolgen. Eine vor Änderung einer Kostenstellenzuordnung erfolgte Buchung von Beamtenbezügen in Höhe von rd. 6 T-Euro für den SB 209 Sport & Bäder konnte von der Verwaltung nicht verursachungsgerecht der zutreffenden Produktgruppe angelastet werden. Dies hatte zur Folge, dass zwar im Ergebnis des Stadtbetriebs (= Profit-Center) dieser Betrag enthalten ist. Jedoch fällt die Summe der Produkte bzw. der Produktgruppenergebnisse um ca. 6 T-Euro geringer aus als das Gesamtergebnis für die Leistungseinheit bzw. das Profit-Center.

Der vom Rat der Stadt beschlossene Haushaltsplan 2007 für die auf das System der doppelten Buchführung umgestellten Pilotbereiche sah bei der Produktgruppe 7101 „Gemeinnützige Stiftungen“ (lt. städt. Produkthaushalt „Unselbstständige Stiftungen“, vgl. § 97 GO NRW n. F.) u.a. anteilige Personalaufwendungen in Höhe von 18 T-Euro vor. Um den Anforderungen der Finanzstatistik gerecht zu werden, die nach Mitteilung von R 403 für Stiftungen keinen eigenen Produktbereich vorsieht, wurde der Ansatz bei der Produktgruppe 7101 der Produktgruppe 1116 „Finanzmanagement und Rechnungswesen“ zugeordnet.

Zur Frage nach der Maßgeblichkeit der finanzstatistischen Zuordnungsvorschriften für die Planung und Ausführung des Haushalts nach den Regelungen der GO NRW und GemHVO NRW soll erst im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz Stellung bezogen werden.

Bislang liegen die nach § 1 Abs. 3 und § 5 NKFEF NRW vorgesehene Vermögens- und Schuldenübersicht zum Stichtag 01.01.2007 und die in § 8 Abs. 3 NKFEF NRW vorgesehene Abbildung der fortgeschriebenen Vermögens- und Schuldenübersicht zum Stichtag 31.12.2007 nicht vor. Plausibilitätsprüfungen unter Zuhilfenahme der Vermögens- und Schuldenübersichten beispielsweise zur zutreffenden Ermittlung der Höhe der Zuführungsbeträge zu Pensionsrückstellungen sind dem RPA im Rahmen der Prüfung mithin nicht möglich gewesen.

1.1.2 Personalaufwendungen insgesamt und nach einzelnen Konten

Für die pilotierten Bereiche wurden nur die in der nachfolgenden Tabelle aufgelisteten Arten von Personalaufwendungen vorgesehen und gebucht. Sie können den NKF-Pilotbereichen eindeutig zugeordnet werden. Weitere Arten von Personalaufwendungen wurden zentral und damit noch kameral nachgewiesen. Dies betrifft beispielsweise die Versorgungsaufwendungen, die auch bei flächendeckender NKF-Einführung künftig zentral bewirtschaftet werden. Personalnebenkosten und andere personalbezogene Aufwendungen wie beispielsweise Fortbildungsaufwendungen oder Reisekosten fallen unter die Kontengruppe 54 (sonstige ordentliche Aufwendungen) und sind nicht Gegenstand der Berichterstattung über die Personalaufwendungen.

Personalaufwand 2007 in den NKF-Pilotbereichen

Merkmal	Ansatz T-Euro	Ergebnis T-Euro	Saldo Ergebnis/Ansatz	
			T-Euro	v.H.
501100 Beamtenbezüge	7,242	6,963	-0,279	-3,9
501200 Vergütung Tarifkräfte	18,701	18,563	-0,138	-0,7
501990 Vergütung sonst. Beschäft.	0,035	0,026	-0,009	-25,4
502200 Beitr. zu Versorgungskass.	1,402	1,240	-0,162	-11,5
503200 Beitr. zur Sozialversicher.	3,796	3,650	-0,146	-3,8
504101 Beihilfen Beamte	0,364	0,350	-0,014	-3,8
505110 Zuführ. zu Pensionsrückst.	2,857	2,857	0	0
505120 Zuführ. zu ATZ-Rückstell.	0,366	0,366	0	0
506100 Zuführ. zu Beihilferückstell.	0,555	0,555	0	0
Personalaufwand zusammen	35,318	34,571	-0,748	-2,1

Kontengruppe 50 Personalaufwand insgesamt in den sechs NKF-Pilotbereichen

Der im Haushaltsplan 2007 für die umgestellten Bereiche ausgedruckte Gesamtbeitrag der kalkulierten Personalaufwendungen beträgt 35.473.500,- € und weicht vom beim Jahresergebnis ausgewiesenen Ansatz in Höhe von 35.318.452,- € ab. Die Differenz beruht auf über- und außerplanmäßigen Beträgen in Höhe von -155.048,- €, die im Laufe des Jahres 2007 in der Summe zu einer entsprechend hohen Ansatzminderung führten. Von diesen Veränderungen und NKF-bedingten Ausnahmen abgesehen, wurden die anlässlich der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2006/2007 in den früheren UA der NKF-Pilotbereiche kalkulierten Personalausgaben in unveränderter Höhe als Personalaufwand im NKF-Haushaltsplan 2007 übernommen.

Konto 501100 Beamtenbezüge

Berücksichtigt wurden die Beamtenbezüge für die Monate Januar bis Dezember 2007. Beamtinnen und Beamte erhielten mit der Gehaltszahlung für den Monat August 2007 eine Einmalzahlung in Höhe von 350,- €.

Das Ergebnis fiel um 279 T-Euro bzw. 3,9 % niedriger aus als ursprünglich veranschlagt.

Konto 501200 Vergütungen für tariflich Beschäftigte

Die Summe der Vergütungen für die Tarifkräfte umfasst die Aufwendungen der Monate Januar bis Dezember 2007. Im kamerale Rechnungsergebnis 2007 sind in den UA der Pilotbereiche die Vergütungen, ZVK-Umlagen und Sozialversicherungsbeiträge für den Monat Dezember 2006 enthalten (siehe hierzu im kamerale Teil dieses Schlussberichts die Anmerkungen zum UA 0210, Seite 29).

Im Dezember 2007 wurde den tariflich Beschäftigten ein pauschales Leistungsentgelt (vgl. § 18 TVöD) in Höhe von 12 % des ihnen für den Monat September 2007 jeweils zustehenden Tabellenentgelts ausgezahlt.

Im Vergleich zur Planung (unter Berücksichtigung der „Umbuchungen“) liegt der Gesamtbetrag der Vergütungen beim Ergebnis um 138 T-Euro bzw. 0,7 % niedriger. Das Ergebnis entspricht mithin nahezu der Haushaltsplanung.

Konto 501990 Vergütungen für sonstige Beschäftigte

Sämtliche Aufwendungen dieses Kontos fielen an bei der Produktgruppe 4202 „Sportförderung“. Es handelt sich um Übungsleiterhonorare, die nach Ansicht der Kämmerei bei der Kontenklasse für Personalaufwendungen zu verbuchen sind (siehe hierzu die Anmerkungen in Kapitel III., Ziffer 5.6 dieses Berichts bei Produktgruppe 4202). Begründet wird diese Auffassung vor allem mit den Vorgaben der Statistik der kommunalen Erträge und Aufwendungen der Gemeinden im Land NRW. Danach sind u.a. Entgelte für nebenamtlich oder nebenberuflich tätige Personen, Aushilfen, Dozentinnen und Dozenten, Lehr- und Prüfungskräfte dem Konto 5019 (Dienstaufwendungen für sonstige Beschäftigte) zuzuordnen. Insoweit entspricht die von der Verwaltung vorgenommene Kontierung den amtlichen Vorgaben. Allerdings gehören zum Personalaufwand gemäß § 38 Abs. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 10 GemHVO nur die Aufwendungen für das eigene Personal, d.h. Beamtinnen und Beamte, tariflich Beschäftigte und weitere Personen, die auf der Grundlage eines Arbeitsvertrags beschäftigt werden. Diese Voraussetzung liegt beispielsweise für Übungsleiter, die für einen Sportverein tätig werden, in der Regel nicht vor.

Konto 502200 Beiträge zu Versorgungskassen (ZVK) für Tarifkräfte

Die Summe der ZVK-Beiträge für die Tarifkräfte umfasst die entsprechenden Aufwendungen der Monate Januar bis Dezember 2007. Im kamerale Rechnungsergebnis 2007 sind in den UA der Pilotbereiche die ZVK-Umlagen für den Monat Dezember 2006 enthalten (siehe hierzu im kamerale Teil dieses Schlussberichts die Anmerkungen zum UA 0810, Seiten 38 bis 40).

Im Vergleich zur Planung (unter Berücksichtigung der „außerplanmäßigen bzw. überplanmäßigen Umbuchungen“) liegt der Gesamtbetrag der Umlagen für die Versorgungskassen beim Ergebnis um 162 T-Euro bzw. 11,5 % niedriger. Für die auffällig hohe relative Veränderung gegenüber dem geplanten Wert konnte kein Ereignis während des Haushaltsjahres ausfindig gemacht werden, so dass das RPA von überhöhten Planansätzen ausgeht.

Konto 503200 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Tarifkräfte

Die Summe der Sozialversicherungsbeiträge für die Tarifkräfte umfasst die entsprechenden Aufwendungen der Monate Januar bis Dezember 2007. Im kamerale Rechnungsergebnis 2007 sind in den UA der Pilotbereiche die SV-Beiträge für den Monat Dezember 2006 enthalten (siehe hierzu im kamerale Teil dieses Schlussberichts die Anmerkungen zum UA 0210, Seite 29).

Im Vergleich zur Planung (unter Berücksichtigung der „Umbuchungen“) liegt der Gesamtbetrag der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung beim Ergebnis um 146 T-Euro bzw. 3,8 % niedriger.

Konto 504101 Beihilfen für Beamtinnen und Beamte

Für die zu Beginn der NKF-Umstellung in den pilotierten Dienststellen tätigen Beamtinnen und Beamte wurden 2.000,- € pro beamteter Vollzeitkraft pauschal als anteiliger Beihilfeaufwand vorgesehen. Die Differenz zur Gesamtsumme der tatsächlich verausgabten Beihilfeleistungen für diesen Personenkreis wurde kameral im UA 0810 verbucht. Das gewählte Verfahren ist gemäß § 19 GemHVO zulässig. Zur Ermittlung des Jahresergebnisses zum Stichtag 31.12.2007 wurde aber nicht die Summe der Pauschalen auf der Grundlage der anfänglichen Gesamtzahl der beamteten Kräfte in den NKF-Pilotbereichen berechnet, sondern die niedrigere fortgeschriebene Anzahl der Beamtenstellen herangezogen. Dadurch entstand die Differenz zwischen Ansatz und Ergebnis. In der produktbezogenen Darstellung wurden Beamtenstellen im Bedarfsfall prozentual aufgeteilt. Zum Verfahren insgesamt wird ergänzend auf die Bemerkungen im kameralem Teil, UA 0810, verwiesen (siehe Seiten 38 bis 40 dieses Berichts).

Konto 505110 Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Beamte

Zu den für die NKF-Pilotbereiche zu buchenden Geschäftsvorfällen zählen eventuelle Zuführungen zu den gemäß § 36 Abs. 1 GemHVO anzusetzenden Pensionsrückstellungen. Zur Ermittlung des Zuführungsbetrags war der Saldo zwischen dem nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelten abgezinsten Barwert der Pensionsrückstellungen am Abschlussstichtag 31.12.2007 und dem entsprechenden Barwert zum NKF-Umstellungsdatum 01.01.2007 zu bilden. Dabei sind die personenscharf festzustellenden Rückstellungsbeträge durch eine stichtagsnahe Inventur zu ermitteln, die sich auf die im aktiven Dienst befindlichen beamteten Kräfte in den NKF-Pilotbereichen zu erstrecken hat. Dieses an sich notwendige Verfahren hat die Verwaltung indessen nur in Teilen durchgeführt.

Aus dem Personalabrechnungsverfahren „Paisy“ wurden die zur Ermittlung der Rückstellungs- bzw. Zuführungsbeträge benötigten Daten zur Jahresmitte 2006 in eine besondere Datei („Beamtenschnittstelle“) überspielt. Dabei wurden nicht allein die Daten für die beamteten Kräfte in den sechs NKF-Pilotbereichen, sondern die Werte für sämtliche Beamtinnen und Beamte, Versorgungsempfänger/-innen und Hinterbliebene in der Stadtverwaltung herangezogen.

Zur versicherungsmathematischen Ermittlung der Rückstellungsbeträge wurde die zertifizierte Software „Haessler Pensionsrückstellung (kommunal HPR 4.5.9)“ unter Berücksichtigung der Richttafeln „Heubeck 2005 G“ eingesetzt. Mithilfe der individuellen Daten der vorgenannten Datei „Beamtenschnittstelle“ und den allgemeinen Grund- bzw. Stammdaten erfolgte die Berechnungen der Pensionsrückstellungen sowie der Zuführungs- und Auflösungsbeträge durch das Haessler-Verfahren für alle maßgeblichen Personen verwaltungswweit. Der Zuführungsbetrag für die NKF-Pilotbereiche wurde im nächsten Schritt verhältnismäßig zu den Beamtenvergütungen errechnet. Diese Verfahrensweise wird nur bezüglich der für die sechs NKF-Pilotbereiche gebildeten Zuführungsbeträge 2007 für vertretbar erachtet.

Die in den Durchführungshinweisen des Innenministeriums NRW zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen vom 04.01.2006 genannten Pauschalierungsmöglichkeiten hat die Verwaltung nur hinsichtlich der Teilzeitbeschäftigung und der Freistellung

vom Dienst genutzt. Im Übrigen wurden grundsätzlich die tatsächlichen Daten aus dem Personalabrechnungsverfahren verwendet.

Eine lückenlose Prüfung der einzelnen Arbeitsschritte war nicht möglich. R 404 hat die Haessler-Dateien nicht gesichert. Da es sich bei der Berechnung der Pensionsrückstellung im Prinzip um eine Inventur handelt, müssen die Unterlagen aufbewahrt werden (vgl. §§ 28 Abs. 3, 58 GemHVO). Ob also tatsächlich z.B. die allen Rückstellungsberechnungen zugrunde liegenden Stamm- oder Grunddaten richtig eingegeben worden sind, kann nicht anhand von archivierten Dateien geprüft werden. Weiterhin konnten Plausibilitätskontrollen unter Zuhilfenahme der Vermögens- und Schuldenübersichten nicht erfolgen, da solche Übersichten von der Kämmerei bislang nicht vorgelegt worden sind. Die von R 404 zur Verfügung gestellten Listen über die Ergebnisse der Berechnungen enthalten keine Zwischensummen. Auf eine manuelle Prüfung wurde wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwands verzichtet.

Nachrichtlich ist anzumerken, dass für tariflich Beschäftigte und mit Sondervertrag beschäftigte Personen mangels Fällen keine Pensionsrückstellungen zu bilden waren.

Konto 505120 Zuführung zu Rückstellungen für Altersteilzeit

Die Altersteilzeitfälle betreffen sämtlich das sog. „Blockmodell“, bei dem es je zur Hälfte eine Beschäftigungsphase und eine sich daran anschließende Freistellungsphase gibt. Für diese Freistellungsphase sind während der Beschäftigungsphase jährlich Beträge zurückzustellen. In der Freistellungszeit wird die Rückstellung gleichmäßig aufgebraucht. Die Verwaltung hat zur Ermittlung des Zuführungsbetrags ein vereinfachtes Berechnungsverfahren angewandt, bei dem Sterbewahrscheinlichkeiten nicht berücksichtigt sind. Berechnet wurden die Rückstellungsbeträge für Altersteilzeitfälle mithilfe einer auf der Grundlage finanzmathematischer Funktionen erstellten Exceltabelle, die R 403 von dritter Seite erhalten hat. Zur Vornahme der Bewertung von Pensions- und Altersteilzeitrückstellungen verlangt die Kommentarliteratur im Allgemeinen ein versicherungsmathematisches Gutachten oder eine qualifizierte Software. Ob die genutzte Exceltabelle für die Berechnungen der Altersteilzeitrückstellungen bzw. den Zuführungsbeträgen geeignet ist, konnte von R 403 bislang nicht durch ein Zertifikat oder eine ähnliche Bescheinigung belegt werden.

Der Zuführungsbetrag zu Altersteilzeitrückstellungen wurde nicht „spitz“ bezüglich der in den NKF-Pilotbereichen (ehemals) tätigen Kräften ermittelt. Vielmehr wurden für alle Altersteilzeitfälle in der Stadtverwaltung die jeweiligen Teilwerte der Rückstellung jeweils zum Anfang und zum Ende des Jahres 2007 ermittelt und anschließend verhältnismäßig auf die Leistungseinheiten mit ATZ-Fällen, darunter auch auf die sechs NKF-Pilotbereiche, verteilt. Der bereits zur Jahresmitte 2006 errechnete Wert wurde im Juli 2006 als Planansatz gebucht. Er bildet gleichzeitig das Ergebnis für das Berichtsjahr, da eine an sich erforderliche Überprüfung bzw. Neuberechnung zum Abschlussstichtag 31.12.2007 nicht vorgenommen worden ist. Diese Verfahrensweise wird nur bezüglich der für die sechs NKF-Pilotbereiche gebildeten Zuführungsbeträge 2007 für vertretbar erachtet.

Konto 506100 Zuführung zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger

Die Verwaltung hat die Höhe dieser Zuführung gemäß der vereinfachten Berechnungsmethode nach § 36 Abs. 1 S. 5 ff. GemHVO NRW festgestellt. Danach kann der Barwert für Beihilfeansprüche als prozentualer Anteil der Rückstellungen für Versorgungsempfänger/-innen ermittelt werden. Für die Berechnung wurde der Zuführungsbetrag für sämtliche Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der Stadtverwaltung ausgerechnet und im nächsten Schritt entsprechend der Höhe der Personalkosten für Beamte/Beamtinnen auf die Leistungseinheiten, u.a. auf die sechs NKF-Pilotbereiche, verteilt.

Kontengruppe 70 Personalauszahlungen für die NKF-Piloten

Gemäß der gesetzlichen Vorgabe wurden die Beamtenbezüge und die Versorgungsbezüge für den Monat Januar 2008 bereits Ende Dezember 2007 ausgezahlt. Für den das Jahr 2008 betreffenden Aufwand wurde in Höhe von 3,6 Mio. € für alle im aktiven Dienst stehenden beamteten Kräfte der Stadtverwaltung und in Höhe von 1,9 Mio. € für sämtliche Versorgungsempfänger/-innen jeweils aktive Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, deren Summe Bestandteil der zum 01.01.2008 aufzustellenden Eröffnungsbilanz ist.

Für die im aktiven Dienst befindlichen Beamtinnen und Beamten der sechs NKF-Pilotbereiche betrug die Höhe der zur Auszahlung angewiesenen Dienstbezüge im Jahr 2007 insgesamt 7,661 Mio. €. Der Unterschiedsbetrag zum Personalaufwand 2007 in Höhe von 6,963 Mio. € betrifft im Wesentlichen die periodenfremden Bezüge für den Monat Januar 2008 und ist Bestandteil des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens.

2. Gesamtfinanzrechnung

Die Finanzrechnung enthält falsche Spaltenüberschriften. Die Werte in der Spalte „Ansatz 2007“ enthalten bereits Haushaltsreste und über-/außerplanmäßige Bewilligungen. Der Fehler wurde für das Jahr 2008 behoben.

Die nachstehende Gegenüberstellung berücksichtigt ebenfalls ausschließlich die Produktgruppen der Piloten:

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	17.928.626 €	18.185.207 €	256.580 €	1,4
Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-87.447.599 €	-79.931.638 €	7.515.961 €	8,6
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-69.518.973 €	-61.746.432 €	7.772.541 €	11,2
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	2.122.850 €	255.373 €	-1.867.477 €	88,0
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	-19.147.431 €	-6.543.327 €	12.604.104 €	65,8
Saldo aus Investitionstätigkeit	-17.024.581 €	-6.287.954 €	10.736.627 €	63,1
Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	-86.543.554 €	-68.034.386 €	18.509.169 €	21,4
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0 €	0 €	0 €	
Änderung des Bestandes der eigenen Finanzmittel	-86.543.554 €	-68.034.386 €	18.509.169 €	21,4
Liquide Mittel	-86.543.554 €	-68.034.386 €	18.509.169 €	21,4

3. Abrechnung mit dem kameralen Haushalt

Zum Jahresabschluss war das Ergebnis des NKF-Haushalts wieder in den kameralen Haushalt zurückzuführen. Aufgrund eines Rechenfehlers und nachträglicher Buchungen sind an den Verwaltungshaushalt rd. 57 T-Euro zu wenig und an den Vermögenshaushalt rd. 511 T-Euro zu viel verrechnet worden:

	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt
im Jahresabschluss verrechnet	63.298.207,79 €	6.798.700,66 €
Rechenfehler		-510.746,78 €
Nachträgliche Buchung von R 104 bei Sachkonto 522100	+57.187,37 €	
Nachträgliche Buchung von SB 303 bei Sachkonto 783200		-14,34 €
	63.355.395,16 €	6.287.939,54 €

Vor dem Hintergrund des Pilotcharakters wurde im doppischen Teil der Jahresrechnung insgesamt auf Prüfungsmerkungen verzichtet.

4. Vermögens- und Schuldenübersicht

Bei der schrittweisen Umstellung von Aufgabenbereichen auf das NKF ist für die umgestellten Bereiche nach § 5 NKFEF NRW eine Vermögens- und Schuldenübersicht aufzustellen und dem Rat vorzulegen. Ein Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses ist nicht erforderlich.

Die Aufstellung hätte zum 01.01.07 mit Beginn der doppelten Rechnungsführung erfolgen müssen. Eine solche Vermögens- und Schuldenübersicht wurde nicht aufgestellt. Nach Aussage von R 403 war eine solche Darstellung nicht möglich, da sich die Anlagenbuchhaltung in der Pilotphase noch im Aufbau befand. Die Vermögenswerte der Piloten sind im Jahre 2007 nach und nach ergänzt worden. Es wurde dargelegt, dass eine verwertbare Aussage über die Vermögenswerte der Pilotbereiche erst mit der Aufstellung der Eröffnungsbilanz möglich sei.

Der Entwurf der Eröffnungsbilanz zum 01.01.08 wurde im September 2008 dem Rat vorgelegt. Das RPA hat mit der Prüfung begonnen.

5. Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen

5.1 Produktbereich 11 – Innere Verwaltung

Produktgruppe 1116

„Finanzmanagement und Rechnungswesen“ (002.104, R 403)

Im Rahmen der Umstellung verschiedener Teilbereiche des kameralen Haushalts wurden die Unterabschnitte 0300 und 0310 mit der Erstellung des kameralen Nachtragshaushaltsplans aufgelöst und die Ansätze in den NKF-Haushaltsplan übertragen.

Im Einzelnen sind der Produktgruppe 1116 „Finanzmanagement und Rechnungswesen“ für den NKF-Pilotbetrieb die folgenden Produkte zugeordnet:

Produkt	Beschreibung
1116010	Haushaltsmanagement
1116020	Controlling
1116030	Beteiligungsmanagement
1116040	Vermögensmanagement
1116050	Geschäftsbuchführung
1116060	Zahlungsabwicklung
1116070	Vollstreckung und Inkasso

Einzig das Produkt 1116080 „Steuern und sonstige Abgaben“ fehlt in der obigen Aufstellung, da dieser Bereich nicht pilotiert war.

Die Produktgruppe „Finanzmanagement und Rechnungswesen“ befasst sich mit verschiedenen Themen wie z.B.:

- Erarbeitung, Aufstellung und Ausführung der Haushalts-, Finanz- und Investitionsplanung, Finanzstatistik, Budgetierungsverfahren, Jahresrechnung, Haushaltsangelegenheiten der Gesamtverwaltung
- Weiterentwicklung, Betreuung und Durchführung des Finanzcontrollings, Durchführung der Kosten-Leistungs-Rechnung
- Wahrnehmung der Rechte und Pflichten aus der Gesellschafterstellung bei städt. Tochterunternehmen, Beteiligungen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen
- Vermögensverwaltung der Kernverwaltung, Zentrale Anlagenbuchhaltung, Bürgschaftsmanagement, Liquiditätsmanagement, Steuerberatung und Sachversicherung
- Führen von Personenkonten, Verwahr- und Vorschusskonten sowie sämtlicher Haushaltsstellen der Sonderhaushalte und des Landeshaushalts
- Abwicklung des gesamten Zahlungsverkehrs
- Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen
- Erhebung von Benutzungsgebühren

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	1.225.740 €	1.545.968 €	320.228 €	26,1
Aufwendungen	-7.692.891 €	-7.329.528 €	363.363 €	4,7
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-6.467.151 €	-5.783.560 €	683.591 €	10,6

Die Erträge der Teilergebnisrechnung sind höher ausgefallen als veranschlagt. Die positive Verbesserung des Ergebnisses ist auf einen höheren Ertrag bei den vereinbarten Säumniszuschlägen zurückzuführen. Allein hier lag die Mehreinnahme bei 337.000 €.

Auf dem Sachkonto 456200 „Säumniszuschläge und dergleichen“ werden alle eingegangenen Erträge erfasst, die auf Grund von erhobenen Säumniszuschlägen durch die Schuldner erzielt werden.

Bedingt durch die Darstellung und technischen Möglichkeiten, die SAP an dieser Stelle bietet, ist eine genauere Betrachtung der Erträge für die einzelnen Einnahmebereiche nicht ohne weiteres möglich.

Die Summe der Aufwendungen unterschreitet den Ansatz um rd. 363.000 €.

Den größten Posten bilden hierbei die Personalaufwendungen mit rd. 6,8 Mio. €, deren Betrachtung in einem gesonderten Berichtsteil unter Berücksichtigung des Personalaufwandes der übrigen Pilotbereiche erfolgt (siehe hierzu Kapitel III., Ziffer 1.1 dieses Berichts).

Teilfinanzrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	0 €	0 €	0 €	
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	-2.500 €	-2.440 €	60 €	2,4
Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.500 €	-2.440 €	60 €	2,4

Im Jahr 2007 wurden 3 Parkkrallen zur Beitreibung von Forderungen durch die Vollziehungsbeamten eingesetzt.

Da sich der Einsatz bewährt hat, wurde der Ansatz für die Anschaffung von weiteren 10 Parkkrallen verwendet.

Bis zur Erstellung dieses Berichts konnten Forderungen in Höhe von rd. 37.600,- € beigetrieben werden.

5.2 Produktbereich 12 – Sicherheit und Ordnung

Produktgruppe 1202

„Öffentliche WC-Anlagen“ (002.201, R 104)

Die Produktgruppe 1202 umfasst alle Vorgänge im Zusammenhang mit dem Neubau und der Erhaltung der öffentlichen Toilettenanlagen.

Die Produktgruppe wird in das folgende Produkt untergliedert:

- 1202010 „Öffentliche Toilettenanlagen“
Mit dem Produkt wird das Ziel verfolgt, das bestehende Angebot unter dem Aspekt der Kostenminimierung zu 90 % aufrechtzuerhalten, die Toilettenanlagen behindertengerecht auszustatten und das stationäre Wartungspersonal vollständig abzubauen.

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	39.847 €	58.070 €	18.223 €	45,7
Aufwendungen	-376.685 €	-483.261 €	-106.576 €	28,3
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-336.838 €	-425.191 €	-88.353 €	26,2

Das positive Ertragsergebnis ist maßgeblich auf eine Ertragssteigerung im Bereich der „sonstigen Benutzungsgebühren“ und „ähnliche Entgelte“ zurückzuführen, während auf der Aufwandsseite das Ergebnis durch Mehraufwand im Wesentlichen im Bereich „Erstattung an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen“ beeinflusst wurde.

Letztere sind insbesondere dadurch verursacht, dass durch die Umstellung auf NKF eine Zuordnung des erst im Berichtsjahr in Rechnung gestellten Aufwandes zum Entstehungsjahr 2006 im kamerale Haushalt nicht möglich war. Dadurch fließen Aufwendungen - hier für den Betrieb der Öffentlichen Toilettenanlagen - periodenfremd und somit an sich nicht NKF-konform in die Ergebnisrechnung ein.

Daneben werden Aufwendungen, die erst im Jahr 2008 in Rechnung gestellt wurden und sich auf erbrachte Leistungen in dem Jahr 2007 beziehen, als antizipativer passiver Rechnungsabgrenzungsposten in dem Berichtsjahr verbucht, so dass aufgrund der buchungstechnischen Umstellung Aufwände aus zwei Rechnungsjahren ausgewiesen werden.

Produktgruppe 1204
„Verkehrsangelegenheiten“ (002.201, R 104)

Die Produktgruppe 1204 umfasst alle Vorgänge im Zusammenhang mit straßenverkehrsrechtlichen Anordnungen, Erlaubnissen und Ausnahmegenehmigungen sowie straßenrechtlichen Regelungen für die Inanspruchnahme öffentlicher Straßen, Wege und Plätze.

Die Produktgruppe wird in das folgende Produkt untergliedert:

- 1204010 „Straßen- und Verkehrsangelegenheiten“
 Mit dem Produkt wird das Ziel verfolgt, begründete und berechnete Anliegen und Begehren der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer/-innen und Straßennutzer/-innen aufgrund der rechtlichen Vorgabe nach StVO und StrWG zu erfüllen, ein beabsichtigtes Einnahmenvolumen in Höhe von 3,3 Mio. € (bezogen auf 2 Jahre) für die Inanspruchnahme städtischer Dienstleistungen zu erzielen sowie eine Reduzierung unberechtigter bzw. unregelmäßiger Inanspruchnahme von öffentlichen Verkehrsflächen zu erreichen.

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	1.513.400 €	2.098.698 €	585.298 €	38,7
Aufwendungen	-2.052.953 €	-2.078.394 €	-25.441 €	1,2
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-539.553 €	20.304 €	559.857 €	103,8

Das insgesamt positive Rechnungsergebnis der Produktgruppe 1204 ist die Folge von Mehrerträgen im Bereich der Verwaltungsgebühren (Ausnahmegenehmigungen). Bei der Prüfung ist aufgefallen, dass im Vergleich des Ansatzes zum Ergebnis innerhalb von Kontengruppen eine deutlich detailliertere Ausweisung der Aufwendungen erfolgt. Dies liegt in erster Linie daran, dass im Laufe des Berichtsjahres der Kontenrahmen weiter differenziert wurde, ohne dass die ursprünglichen Planansätze entsprechend aufgeteilt wurden.

Teilfinanzrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	0 €	0 €	0 €	
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	-24.834 €	-23.789 €	1.045 €	4,2
Saldo aus Investitionstätigkeit	-24.834 €	-23.789 €	1.045 €	4,2

Produktgruppe 1209**„Regelung des Aufenthalts von Ausländern“ (002.J, R 204)**

Die Erträge und Aufwendungen dieser Produktgruppe entsprechen im Wesentlichen den Einnahmen und Ausgaben des bisherigen kameraleen Unterabschnitts 1140 „Ausländerwesen“. Die Produktgruppe umfasst die Beratung aller Angelegenheiten der in Wuppertal lebenden Ausländer/-innen, die nicht der EU angehören, in den Bereichen:

- Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnis,
- Zuwanderungs- und Integrationsberatung,
- Einbürgerung und Vollzugsmaßnahmen.

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	431.500 €	344.725 €	-86.775 €	20,1
Aufwendungen	-2.355.257 €	-2.121.145 €	234.112 €	9,9
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.923.757 €	-1.776.420 €	147.337 €	7,7

Dass das Ergebnis der Erträge hinter dem Ansatz zurückbleibt, ist darauf zurückzuführen, dass weniger Verwaltungsgebühren erhoben worden sind. Dies liegt zum Teil daran, dass in zunehmendem Maße ein Gebührenbefreiungstatbestand zur Anwendung kommt. Dieser greift beispielsweise, wenn ein minderjähriges Kind eines/r Antragstellers/-in die deutsche Staatsbürgerschaft hat. In den vergangenen Jahren haben viele Kinder ausländischer Mitbürger/-innen die deutsche Staatsangehörigkeit erworben.

Teilfinanzrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	0 €	0 €	0 €	
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	-18.000 €	0 €	18.000 €	100,0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-18.000 €	0 €	18.000 €	100,0

Vorgesehen ist der Ansatz für die Einbruchsicherungsanlage im Gebäude Am Clef. Da die Maßnahme in 2007 nicht durchgeführt wurde, sind die Mittel in das Haushaltsjahr 2008 übertragen worden.

Produktgruppe 1215
„Chemisches Untersuchungsinstitut“ (002.105, GB 3)

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	2.096.950 €	2.171.789 €	74.839 €	3,6
Aufwendungen	-2.141.737 €	-2.183.616 €	-41.879 €	2,0
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-44.787 €	-11.827 €	32.960 €	73,6

Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit verbesserte sich gegenüber der Planung um rd. 33 T-Euro.

Die Erträge erhöhten sich per Saldo um rd. 75 T-Euro (Erstattungen von Solingen und Remscheid rd. + 113 T-Euro; Leistungsentgelte rd. ./ 37 T-Euro).

Die Aufwendungen stiegen per Saldo um rd. 42 T-Euro, verursacht durch höher ausgewiesene Abschreibungen (rd. 150 T-Euro), denen hauptsächlich weniger Personalaufwendungen (rd. 46 T-Euro) und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (rd. 70 T-Euro) gegenüber standen.

Teilfinanzrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	50 €	0 €	-50 €	100,0
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	-195.000 €	-7.916 €	187.084 €	95,9
Saldo aus Investitionstätigkeit	-194.950 €	-7.916 €	187.034 €	95,9

Das Ergebnis wird von einer geringen Investitionstätigkeit (rd. 8 T-Euro) geprägt, die ihre Ursache darin findet, dass aufgrund der gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper“ und der damit verbundenen baldigen Aufgabe des Standorts Wuppertal nur unumgängliche Investitionen vorgenommen wurden.

Der am 08. Januar 2007 geschlossene öffentlich-rechtliche Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, den Städten Essen und Wuppertal sowie dem Kreis Wessel zur Gründung der o. a. Arbeitsgemeinschaft ist am 13. April 2007 in Kraft getreten.

In ihm wird detailliert geregelt, wie alle bisher von den Untersuchungseinrichtungen der Vertragspartner wahrgenommenen Aufgaben nunmehr in den Untersuchungseinrichtungen arbeitsteilig durchgeführt und in einer Arbeitsgemeinschaft koordiniert und gesteuert werden.

Ziel ist es, dadurch die Leistungsfähigkeit im Bereich des Verbraucherschutzes und der Tiergesundheit zu stärken, ggf. vorliegenden Defiziten in der amtlichen Untersuchung entgegenzutreten und dabei den Ressourcenverbrauch auf Dauer zu reduzieren.

Nach dem erklärten Willen der Vertragspartner ist aus der Arbeitsgemeinschaft eine integrierte Untersuchungseinrichtung an einem Standort im Regierungsbezirk Düsseldorf als rechtlich selbständige Institution zu entwickeln.

§ 10 Abs. 2 und 3 des o. a. Vertrages regelt, dass

1. sich die Träger der Untersuchungseinrichtungen für die Dauer der Entwicklungsphase verpflichten, den Aufwand für ihre Einrichtungen weiterhin zu tragen. Die bestehenden Vereinbarungen zur anteiligen Erstattung dieses Aufwandes durch die angeschlossenen Lebensmittelüberwachungs-Kommunen (LMÜ-Kommunen) an die Träger der kommunalen Untersuchungseinrichtungen bleiben hiervon unberührt und
2. die durch Arbeitsoptimierung freiwerdenden finanziellen und personellen Ressourcen während der Entwicklungsphase für den Aufbau und die Weiterentwicklung der genannten Untersuchungseinrichtungen genutzt werden.

Mit in Kraft treten des „Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW)“ zum 01.01.2008 wurde die Grundlage zur Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts geschaffen.

Es ist beabsichtigt, die Arbeitsgemeinschaft zum 01.01.2009 in eine solche Anstalt zu überführen.

5.3 Produktbereich 21 – Schulträgeraufgaben

Produktgruppe 2102

„Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“ (002.114, R 204)

Die Erträge und Aufwendungen dieser Produktgruppe entsprechen im Wesentlichen den Einnahmen und Ausgaben des bisherigen kameraleen Unterabschnitts 4515 „Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher“.

Der Produktgruppe ist das Produkt „Integrationsmaßnahmen für ausländische und spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche (RAA)“ zugeordnet.

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	938.600 €	706.192 €	-232.408 €	24,8
Aufwendungen	-1.318.969 €	-1.044.792 €	274.177 €	20,8
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-380.369 €	-338.600 €	41.769 €	11,0

Die „Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)“ verfolgt das Ziel, die interkulturelle Kommunikation zu verbessern und gleiche (Bildungs-)Chancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu erreichen. Hierzu zählt u.a. die Beratung von pädagogischen Fachkräften sowie die Durchführung entsprechender Schulungen und Fortbildungen. Weiterhin erbringt die RAA Beratungsleistungen für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien und führt eigene interkulturelle Projekte durch. Auch die Organisation des Stipendienprogramms „START“ zur Förderung begabter und engagierter Zuwandererkinder obliegt der RAA.

Die Finanzierung der RAA und deren Projekte erfolgt vorwiegend aus Zuwendungen des Landes NRW sowie aus Zuschüssen und Fördermitteln verschiedener Stiftungen (z.B. Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Ertomis Stiftung oder Mercator-Stiftung).

Sowohl die Erträge als auch die Aufwendungen in dieser Produktgruppe blieben im Jahr 2007 unter dem Haushaltsansatz. Ausschlaggebend hierfür waren die jeweiligen Positionen für das Stipendienprogramm „START“. Zur Zeit der Haushaltsplanung war noch nicht absehbar, wie viele Stipendiaten Aufnahme in das Programm finden und in welcher Höhe Fördermittel vereinnahmt bzw. entsprechend verausgabt werden können.

In der Gesamtbetrachtung weicht das Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit in dieser Produktgruppe mit rd. 42.000 € nur geringfügig vom Haushaltsansatz ab.

5.4 Produktbereich 31 – Soziale Hilfen

Produktgruppe 3105

„Hilfen und Unterstützungsleistungen für Migranten“ (002.113, R 204)

In dieser Produktgruppe werden im Wesentlichen die bisherigen Einnahmen und Ausgaben des UA 4040 „Allgemeine Aufgaben Zuwanderung und Integration“, UA 4102 „Hilfe zum Lebensunterhalt (SB 204)“ sowie UA 4200 „Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (SB 204)“ bewirtschaftet.

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	2.595.900 €	2.288.441 €	-307.459 €	11,8
Aufwendungen	-11.485.363 €	-9.987.284 €	1.498.079 €	13,0
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-8.889.463 €	-7.698.842 €	1.190.621 €	13,4

Die Abweichung bei den Erträgen beruht hauptsächlich auf einem Minderertrag in Höhe von rd. 738.000 € bei den „Erstattungen vom Land“ (Sachkonto 448100). Hierbei handelt es sich zum einen um die pauschale Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG), welche anhand eines Zuweisungsschlüssels auf die Gemeinden verteilt wird. Zum anderen wird hierunter ebenfalls die für den Personenkreis der jüdischen Zuwanderer/-innen und Spätaussiedler/-innen gewährte Landeserstattung gemäß § 10 a Abs. 3 Landesaufnahmegesetz (LAufG) vereinnahmt. Die recht deutliche Abweichung ist dabei insbesondere auf die Tatsache zurückzuführen, dass sich die für die Zuwendungen nach dem FlüAG bereitgestellten Finanzmittel des Landes seit der Haushaltsplanung deutlich reduziert haben. Während im Jahr 2005 vom Land noch 120 Mio. € an die Gemeinden verteilt wurden, waren es im Jahr 2007 lediglich noch 56,2 Mio. €.

O.g. Mindererträge werden dabei teilweise durch Mehrerträge von rd. 232.000 € bei den sonstigen Transfererträgen (u.a. Kosten- / Aufwendungsersatz aus Einkommen oder Vermögen der Hilfeempfänger/-innen und Leistungen anderer Sozialleistungsträger) relativiert. Weiterhin konnten bei den „Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich“ (Sachkonto 448100) um rd. 309.000 € höhere Erträge erzielt werden als zunächst geplant.

Die Aufwendungen fielen bei einem Ergebnis von rd. 10 Mio. € um rd. 1,5 Mio. € geringer aus als veranschlagt. Mit einem Ansatz von rd. 9,4 Mio. € und einem Ergebnis von rd. 8,2 Mio. € entfällt dabei der größte Anteil auf die Transferaufwendungen, worunter insbesondere die vom Ressort Zuwanderung und Integration zu erbringenden Sozialleistungen (Hilfen zur Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes und der Krankenkosten) nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bzw.

dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) verausgabt werden. Ursprünglich war hierfür ein Budget in Höhe von rd. 7,2 Mio. € angesetzt. Nachdem die Zahl der Leistungsempfänger/-innen nach dem AsylbLG allerdings im ersten Halbjahr 2007 von 1378 auf 1.497 Personen enorm angestiegen ist, wurde zusätzlich ein Betrag in Höhe von 2,2 Mio. € überplanmäßig bereitgestellt. Letztlich haben sich dennoch Minderaufwendungen von rd. 1,2 Mio. € ergeben, da sich die Fallzahl im zweiten Halbjahr 2007 wieder deutlich, bis auf 1.240 Personen im Dezember 2007, verringert hat.

Weitere Minderaufwendungen von rd. 300.000 € ergaben sich überdies bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen; hier insbesondere beim Sachkonto 527902 für Integrationsprojekte und beim Sachkonto 527903 für im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Wuppertal (ARGE) durchgeführte Sprachkurse für Migranten/-innen.

Teilfinanzrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	0 €	0 €	0 €	
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	-2.325 €	-1.578 €	747 €	32,1
Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.325 €	-1.578 €	747 €	32,1

5.5 Produktbereich 36 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Produktgruppe 3606

„Hilfen für junge Migranten und ihre Familien“ (002.114, R 204)

In der Produktgruppe werden die Kinder- und Jugendhilfeleistungen des R 204 abgebildet. Neben den Angeboten im Rahmen der Hilfe zur Erziehung für Migrantenfamilien unterstützt das Ressort auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Der Produktgruppe ist das Produkt „Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien (Jugendsozialarbeit für Flüchtlinge)“ zugeordnet.

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	102.250 €	119.633 €	17.383 €	17,0
Aufwendungen	-278.515 €	-284.244 €	-5.729 €	2,1
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-176.265 €	-164.611 €	11.653 €	6,6

Bei den erwirtschafteten Erträgen i.H.v. 119.633 € handelt es sich um eine Zuweisung des Landes NRW zur Förderung von Angeboten zur Sprachentwicklung im Elementarbereich, welche geringfügig höher ausfiel als veranschlagt.

Die Aufwendungen dieser Produktgruppe entsprachen größtenteils den jeweiligen Haushaltsansätzen. Unwesentliche Abweichungen ergaben sich lediglich bei den geleisteten Transferaufwendungen für Sprachfördermaßnahmen im Elementarbereich (Ansatz: rd. 161.000 €, RE: rd. 152.000 €) sowie bei den Personalaufwendungen (Ansatz: rd. 104.500 €, RE: rd. 121.500 €).

5.6 Produktbereich 42 – Sportförderung

Produktgruppe 4202 „Sportförderung“ (002.112; SB 209)

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	75.250 €	102.840 €	27.590 €	36,7
Aufwendungen	-2.180.218 €	-1.875.085 €	305.133 €	14,0
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.104.968 €	-1.772.245 €	332.723 €	15,8

Die ordentlichen Erträge beinhalten insbesondere die zweckgebundenen Zuschüsse vom Land für den Einsatz von Übungsleitern (17.900 €) sowie die Gebühren aus Lehrgängen und sportlichen Veranstaltungen mit 83.094 €.

Die Abweichung zwischen dem Ansatz und dem Rechnungsergebnis 2007 ist auf die höheren Erträge (+ 25.794 €) aus Gebühren für Lehrgänge und sportliche Veranstaltungen zurückzuführen. Gemeint sind hier die Einnahmen aus den Feriensportkursen – Ostern und Sommer 2007 - sowie Sponsorengelder für sportliche Veranstaltungen wie z.B. Hochsprungmeeting.

Bei den ordentlichen Aufwendungen fallen vor allem die Transferaufwendungen, insb. Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche (861.928 €) sowie Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsausgaben (480.308 €) ins Gewicht.

Die Aufwendungen für den Einsatz von Sportübungsleitern wurden in der Haushaltsplanung dem Sachkonto 542100 – Ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten - zugeordnet. Nach dem Produktivstart wurde jedoch das Sachkonto 501990 – Sonstige Beschäftigte bei Personalaufwendungen – für die anfallenden Geschäftsvorfälle als besser geeignet von der Finanzbuchhaltung angesehen, so dass der Ansatz überplanmäßig auf diesem Sachkonto bereitgestellt wurde. Die Differenz zwischen Ansatz und Jahresergebnis (- 8.954 €) kommt durch eine Änderung des Abrechnungsverfahrens des Landessportbundes zustande, d.h. die Abrechnung verlagerte sich teilweise ins Jahr 2008.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen fielen im Berichtsjahr um 86.521 € geringer als geplant aus. Bei dem Sachkonto 527900 – Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsausgaben - wurden 77.000 € überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aufwendungen für das Vereinschwimmen. Da allen Wuppertaler Sportvereinen die Sportanlagen kostenlos zur Verfügung gestellt werden, wird hier zwischen den Produkten Sportförderung und Bäder verrechnet. Der beantragte Mehrbedarf konnte in der Finanzbuchhaltung erst in 2008 verbucht werden (siehe auch Produktgruppe 4203).

Im Vergleich zu der Planung (inklusive Haushaltsreste aus dem Jahr 2006 in Höhe von 289.650 € und BV-Mittel von 111.500 €, die überplanmäßig zur Verfügung gestellt wurden) fiel das Ergebnis bei den Transferaufwendungen, insbesondere bei dem Sachkonto 531800 – Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche - (An Sportvereine), um 240.572 € geringer aus. Zum Großteil handelt es sich hierbei um bereits bewilligte und somit gebundene Mittel, die im Jahr 2007 aber nicht mehr ausgezahlt werden konnten und im Jahr 2008 überplanmäßig zur Verfügung gestellt wurden. Weiterhin wurde ein Betrag von 36.500 € für die Winternutzung des Freibades Neuenhof bereitgestellt, der durch spätere Abrechnung des Vereins im Jahr 2007 nicht ausgezahlt wurde.

Produktgruppe 4203 „Bäder“ (002.112; SB 209)

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	2.491.512 €	2.069.959 €	-421.553 €	16,9
Aufwendungen	-12.523.027 €	-12.344.039 €	178.988 €	1,4
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-10.031.515 €	-10.274.080 €	-242.565 €	2,4

Die ordentlichen Erträge beinhalten insbesondere Erträge aus Verkauf von Badeutensilien, Mieten und Pachten, Schul- und Vereinsschwimmen sowie Benutzungsgebühren der Bäder.

Bei dem Sachkonto 446100 – Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte – fielen die Erträge aus dem Schul- und Vereinsschwimmen sowie die Benutzungsgebühren um 422.333 € geringer aus als geplant. Bei der Kalkulation der Ansätze 2006/2007 wurde zum Einen die Schließung des Kurbades nicht berücksichtigt. Hierdurch sind Einnahmen von rd. 150.000 € weggefallen. Zum Anderen wurden aufgrund des schlechten Sommers in den Freibädern ca. 110.000 € weniger eingenommen. Weiterhin bleibt das Bad Johannisberg seit April 2007 sanierungsbedingt geschlossen. Die überplanmäßig beantragten Mittel aus dem Bereich Vereinsschwimmen (71.962 €) konnten genauso wie bei dem Sachkonto 527900, Produktgruppe Sportförderung, aus kassentechnischen Gründen erst 2008 verbucht werden (siehe Produktgruppe 4202).

Bei den ordentlichen Aufwendungen fällt vor allem der Personalaufwand ins Gewicht. Im Vergleich zur Haushaltsplanung ist insbesondere das Ergebnis bei den Aufwendungen für Vergütungen der tariflich Beschäftigten um 194.695 € geringer ausgefallen.

Bei Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden für sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsausgaben (Sachkonto 527900) 37.052 € mehr verausgabt als geplant. Hier handelt es sich um eine Fehlbuchung der Finanzbuchhaltung in Höhe von 37.185 €. Es wurde fälschlicherweise die Produktgruppe Bäder anstelle der Produktgruppe Sportförderung für Vereinsschwimmen belastet.

Über das Sachkonto 544190 bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen wurde im vergangenen Jahr der Beitrag an den Wupperverband abgewickelt. In 2007 wurden erst die Verbräuche für das Jahr 2005 abgerechnet. Die Abweichung zwischen Plan und Ergebnis (-103.807 €) ergibt sich daraus, dass das Gartenhallenbad Langerfeld das gesamte Jahr 2005 und das Kurbad seit Juli 2005 geschlossen war.

Die Jahresstatistik 2007 des Stadtbetriebes Sport & Bäder verzeichnet in den Hallenbädern 17.793 Besucher weniger (- 1,9 %) – aufgrund der Schließung der Schwimmooper - und in den Freibädern 55.414 Besucher weniger (- 51,3 %) als im Vorjahr.

Im Bereich der Hallenbäder weisen fast alle Bäder wieder steigende Besucherzahlen auf: Gartenhallenbad Langerfeld (+ 33,6 % = 45.386), Ronsdorf (+ 27,9 % = 19.705), Vohwinkel (+ 18,7 % = 16.150), Uellendahl (+ 11 % = 13.438) und SSLZ (+ 4,5% = 7.532).

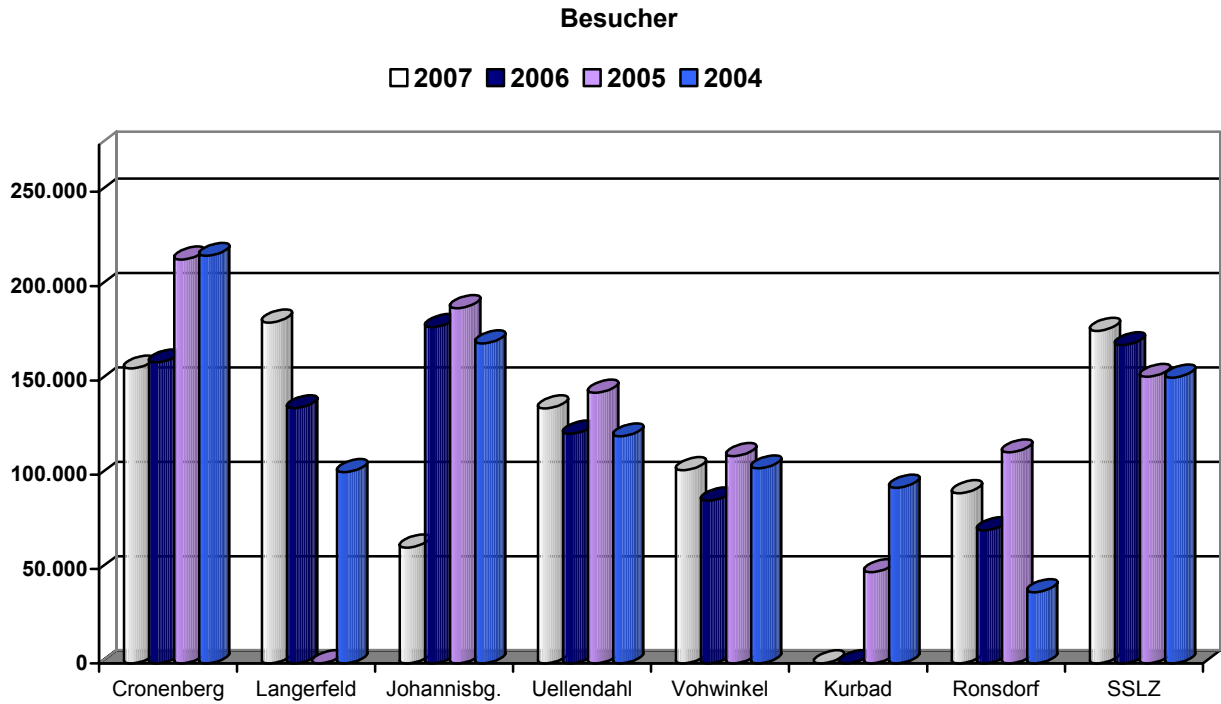
Nur in den Bädern Cronenberg und Johannisberg („Schwimmoper“) waren weniger Besucher zu verzeichnen. Die geringere Besucherzahl im Stadtbad Johannisberg (116.775 weniger Besucher = - 65,51 %) ist auf die sanierungsbedingte Schließung des Bades seit April 2007 zurückzuführen. Im Gartenhallenbad Cronenberg ging aufgrund der Schließung des Bades im April 2007 (wegen Reparatur- und Sanierungsarbeiten) die Besucherzahl um 3.229 (- 2 %) geringfügig zurück. Das Kurbad blieb seit Mitte des Jahres 2005 geschlossen und wurde zwischenzeitlich verkauft.

In allen Freibädern dagegen hat die schlechte Freibadsaison (wetterbedingt) für einen Rückgang der Besucherzahlen gesorgt:

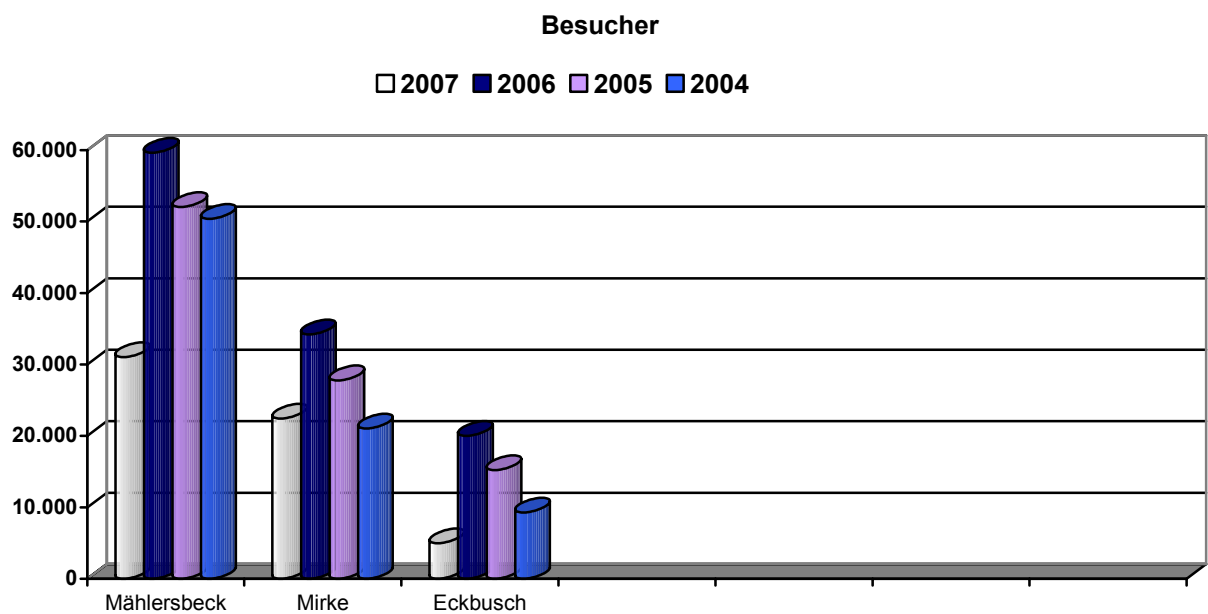
Eckbusch (- 75,1 % = 15.026 weniger Besucher als im Vorjahr), Mählersbeck (- 48 % = 28.602 weniger Besucher) und Mirke (- 34,4 % = 11.786 weniger Besucher).

Wie sich die Besucherzahlen seit 2004 im Einzelnen entwickelt haben, ist nachstehend grafisch dargestellt.

Hallenbäder



Freibäder



Teilfinanzrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	1.000.000 €	0 €	-1.000.000 €	100,0
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	-1.705.775 €	-90.001 €	1.615.774 €	94,7
Saldo aus Investitionstätigkeit	-705.775 €	-90.001 €	615.774 €	87,2

Bei den Einzahlungen handelt es sich um erwartete Zuwendungen in Höhe von 1.000.000 € für den Umbau der Schwimmoper. Die erste Rate des Landeszuschusses in Höhe von 645.000 € ist erst im Dezember 2007 bei der Finanzbuchhaltung auf einem Verwahrkonto eingegangen. Aus kassentechnischen Gründen wurde die korrekte Verbuchung allerdings erst Anfang 2008 vorgenommen.

Daher konnte der Betrag in Höhe von 1.600.000 € (inkl. 600.000 € Sportpauschale) bei den Auszahlungen nicht an das Gebäudemanagement weitergeleitet werden.

5.7 Produktbereich 51 – Räumliche Planung u. Entwicklung, Geoinformationen

Produktgruppe 5102 „Katasteramt“ (002.202, R 102)

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	755.500 €	1.019.335 €	263.835 €	34,9
Aufwendungen	-9.021.310 €	-8.692.901 €	328.409 €	3,6
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-8.265.810 €	-7.673.566 €	592.244 €	7,2

Das Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit war um 592.244 € besser als geplant.

Einzelaspekte:

Konto 431100 Verwaltungsgebühren

Es war ein Ertrag von 580.000 € geplant, während das Ergebnis 713.416 € betrug. Bei der Haushaltsplanung wurde angenommen, dass bei den Planzahlen nur der Nettowert zu Grunde zu legen ist. Daher wurde der Mehrwertsteueranteil von 19 % in der Planung nicht berücksichtigt.

Erst im Nachhinein stellte sich heraus, dass doch Bruttozahlen zu planen waren. Darüber hinaus wurden weitere Mehreinnahmen auf Grund einer erhöhten Anzahl von Anträgen erzielt.

In der Produktgruppe 5102 sind die Verwaltungsgebühren überwiegend mehrwertsteuerpflichtig, da dort Dienstleistungen gebucht werden, die vom R 102 erbracht worden sind, aber auch von öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren durchgeführt werden könnten.

Konto 448500 Erstattung von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen

Es war ein Ertrag von 170.000 € geplant, während das Ergebnis 370.000 € betrug. Auch hier wurde wie bei den Verwaltungsgebühren ohne den Mehrwertsteueranteil geplant.

Darüber hinaus wurde auf diesem Sachkonto gegenüber der Planung zusätzlich ein Ertrag von 110.000 € erzielt. Diese Zahlung leisteten die WSW für eine Umlage (Datenwartung, Datenpflege, Datensicherung etc.) bei der Nutzung der Stadtgrundkarte unter dem Kanaldateninformationssystem KANDIS.

Konto 527210 Wartung und Pflege von Soft- und Hardware und
Konto 527900 Sonst. besondere Verwaltungs- & Betriebsaufwendungen

In der Planungsphase stand das Konto 527210 noch nicht zur Verfügung, so dass die Planung für dieses Konto 0 € aufweist. Der Aufwand auf diesem Konto betrug 281.753 €.

Der Aufwand für die Wartung und Pflege von Soft- und Hardware war ursprünglich auf dem Konto 527900 geplant, so dass sich die Differenz zwischen einem Ansatz von 302.300 € und einem Ergebnis von 58.813 € erklärt.

Teilfinanzrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	1.000 €	210 €	-791 €	79,1
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	-420.282 €	-100.873 €	319.409 €	76,0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-419.282 €	-100.664 €	318.618 €	76,0

Das Ergebnis im investiven Bereich war 318.618 € besser als geplant.

Hauptgrund waren zeitliche Verschiebungen im Projekt ALKIS (Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem). Das führte dazu, dass für den Kauf von DV-Software nur 22.084 € verausgabt wurden. Mittel für ALKIS in Höhe von 210.000 € wurden 2007 nicht verausgabt und nach 2008 übertragen.

5.8 Produktbereich 52 – Bauen und Wohnen

Produktgruppe 5209 (bzw. 3109)

„Hilfen für Migranten bei Wohnproblemen“ (002.113, R 204)

In dieser Produktgruppe werden die Aufwendungen und Erträge für die Verwaltung sowie den Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen für Aussiedler/-innen und Flüchtlinge bewirtschaftet (ehemals UA 4370). Aufgrund geänderter finanzstatistischer Vorgaben erfolgt die Abwicklung ab 2008 unter der Produktgruppe 3109.

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	2.009.900 €	1.271.890 €	-738.010 €	36,7
Aufwendungen	-4.461.393 €	-4.276.385 €	185.008 €	4,1
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.451.493 €	-3.004.495 €	-553.002 €	22,6

Die Abweichung im Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit resultiert fast ausschließlich aus Mindererträgen bei „Sonstigen Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten“ (Sachkonto 432190). Hierunter werden die von der Stadt Wuppertal erhobenen Gebühren für die Benutzung der unterhaltenen Übergangsheime vereinnahmt. Entgegen dem für 2007 geplanten Ansatz von 2 Mio. € wurde im Ergebnis lediglich ein Ertrag in Höhe von rd. 1,26 Mio. € erzielt. Zurückzuführen ist dies auf die weiterhin rückgängige Anzahl von Bewohner/-innen entsprechender Einrichtungen. Nach Angaben des Ressorts 204 hat sich die Bewohnerzahl hier im Laufe des Jahres 2007 von 502 Personen auf 309 Personen verringert.

Aufgrund des sinkenden Wohnraumbedarfs wurden im Jahr 2007 sechs Übergangsheime aufgegeben. In diesem Zusammenhang ergaben sich im Vergleich zum Ansatz auch Minderaufwendungen für Personalkosten in Höhe von rd. 162.000 € sowie für Mieten in Höhe von rd. 74.000 €.

Teilfinanzrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	0 €	0 €	0 €	
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	-16.000 €	-8.538 €	7.462 €	46,6
Saldo aus Investitionstätigkeit	-16.000 €	-8.538 €	7.462 €	46,6

Das in dieser Produktgruppe für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bereitgestellte Budget in Höhe von insgesamt 16.000 € dient grundsätzlich der Ersatzbeschaffung von Einrichtungsgegenständen in Übergangsheimen. Tatsächlich ausgegeben wurden in 2007 allerdings lediglich rd. 8.500 €. Dies hängt ursächlich mit der bereits erwähnten Aufgabe von sechs Einrichtungen zusammen, da hierdurch bedingt weniger Kosten für Ersatzbeschaffungen angefallen sind.

Darüber hinaus mussten im Zuge des Neuen Kommunalen Finanzmanagements geringwertige Wirtschaftsgüter (Kosten zwischen 60 und 410 €) erstmals als Investitionen geplant werden. Im kameralen Haushalt wurden entsprechende Ausgaben noch im Verwaltungshaushalt veranschlagt. Das Budget konnte somit lediglich anhand der Ausgaben aus Vorjahren geschätzt werden.

5.9 Produktbereich 54 – Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Produktgruppe 5401

„Öffentliche Verkehrsflächen“ (002.201, R 104)

Die Produktgruppe 5401 umfasst alle Vorgänge im Zusammenhang mit dem Neubau und der Erhaltung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze sowie der Brücken, Tunnel, Stützmauern und Treppen (konstruktive Ingenieurbauwerke).

Die Produktgruppe wird in die folgenden Produkte untergliedert:

- 5401010 „Straßen, Wege und Plätze“
Mit dem Produkt wird das Ziel verfolgt, ein dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden Zustand der Straßen, Wege und Plätze sicherzustellen sowie die Verkehrssicherheit und Straßeninfrastruktur zu erhalten und zu verbessern.
- 5401020 „Brücken, Tunnel, Stützmauern und Treppen“
In diesem Produkt werden die Maßnahmen zusammengefasst, die der verkehrssicheren Erhaltung aller konstruktiven Ingenieurbauwerke zu 100 % sowie der Instandsetzung von jeweils 4 Brücken und Treppen in den Jahren 2006 und 2007 dienen.

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	3.815.289 €	4.883.422 €	1.068.133 €	28,0
Aufwendungen	-50.789.913 €	-53.485.525 €	-2.695.611 €	5,3
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-46.974.624 €	-48.602.103 €	-1.627.479 €	3,5

Auch wenn – wie in Kapitel III., Ziffer 1 dieses Berichts erläutert – der Bereich Abschreibung und Auflösung von Sonderposten nicht Gegenstand der Prüfung ist, so muss bei der Ergebnisrechnung der Produktgruppe 5401 hierauf eingegangen werden, da allein der Posten „Bilanzielle Abschreibungen“ vorliegend eine Abweichung vom Ansatz zum Ergebnis von nahezu 5 Mio. € ausweist. Hintergrund hierfür ist die im Berichtsjahr (und im laufenden Geschäftsjahr) anhand der abschließenden Klärung von Bewertungsfragen vorgenommene Anpassung der Anlagenwerte und hier insbesondere der Straßenwerte.

Darüber hinaus sind im Berichtsjahr weitere Festlegungen getroffen worden, die sich auf den PLAN-/IST-Vergleich innerhalb der Ergebnis-, aber auch mit Wirkung auf die Finanzrechnung auswirken:

- weitere Differenzierung des Kontenplanes
- Verbuchung von Unterhaltungsmaßnahmen mit investiven und konsumtiven Bestandteilen (siehe unten).

Teilfinanzrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	954.800 €	191.296 €	-763.504 €	80,0
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	-14.371.271 €	-4.986.433 €	9.384.838 €	65,3
Saldo aus Investitionstätigkeit	-13.416.471 €	-4.795.137 €	8.621.334 €	64,3

Die Abweichung des Ergebnisses vom Ansatz auf der Einnahmenseite hat zum einen ihre Ursache darin, dass die Erschließungsbeiträge und die Beiträge nach § 8 KAG investiv geplant worden sind, dann jedoch unterjährig in Höhe von 1.008.236,78 € als „sonstiger ordentlicher Ertrag“ konsumtiv auf das Sachkonto 459100 gebucht wurden. Dies hat zur Folge, dass in der Finanzrechnung das Ergebnis 2007 den Planansatz deutlich unterschreitet, während in der Ergebnisrechnung der Planansatz entsprechend überschritten wird.

Erschließungsbeiträge und Beiträge nach § 8 KAG sind als Sonderposten anzusetzen, da sie Finanzierungszahlungen für Investitionsmaßnahmen der Kommune sind. Folgerichtig ist im Kontenplan der Stadt Wuppertal das Sachkonto 688000 angelegt, auf das gemäß dem städtischen Kontierungshandbuch alle Einzahlungen zu buchen sind, die als „Erschließungsbeiträge nach dem Bundesbaugesetz, Straßenausbaubeiträge, Anschlussbeiträge, sonstige Beiträge und andere Abgaben für Investitionen nach den Kommunalabgaben- bzw. Gemeindeabgabengesetzen und auf zivilrechtlicher Grundlage“ zu qualifizieren sind.

Die im Kontierungshandbuch unter dem Sachkonto 459100 formulierte Ausnahmeregelung, dass unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregelung das Anlagegut bereits vollständig beschrieben ist, konnte nur solange bemüht werden, wie davon ausgegangen wurde, dass die Beiträge im Berichtsjahr nur für bereits abgeschriebene Straßen erhoben worden sind. Dieses Vorgehen wurde seitens der Kämmerei mit dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW abgestimmt.

Mit der abschließenden Festlegung der Bewertungsmaßstäbe für das Straßenvermögen und der damit verbundenen notwendig gewordenen Abschreibung für alle Straßen wurde der Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung die Grundlage entzogen. In der Folge hätten die im Berichtsjahr bis dato auf das Sachkonto 459100 erfolgten Buchungen auf das dann ordnungsgemäße Sachkonto 688000 mit entsprechender Bildung von Sonderposten umgebucht werden müssen.

Das Versäumnis wäre vor dem Hintergrund der angewandten Bewertungs- und Buchungssystematik zumindest dann unschädlich, wenn der Betrag im Rahmen der vorgenommenen Bildung pauschalierter Sonderposten Berücksichtigung gefunden hätte. Da die Höhe der Sonderposten für Beiträge über einen Betrachtungszeitraumes nur bis 2006 ermittelt wurden und infolge der konsumtiven Verbuchung der Bei-

träge aus dem Jahr 2007 weder systemtechnische noch manuelle Automatismen greifen, dass diese Beträge ebenfalls als Sonderposten ausgewiesen werden, sind gerade diese Beiträge nicht in die Summe der zu pauschalierenden Sonderposten eingeflossen.

Zur Sicherstellung des Prinzips der intergenerativen Gerechtigkeit erfolgt nunmehr nachträglich entsprechend der abgestimmten Vorgehensweise zur Feststellung der Höhe der Sonderposten eine Nachbewertung der Beiträge 2007. Über die Zuordnung der Beträge zu den jeweiligen Straßen und wiederum deren Zugehörigkeit zu einer Altersklasse wird die Höhe des dann noch verbleibenden Anteils des Beitrages als nachzubuchender Sonderposten ermittelt. Hierdurch wird sichergestellt, dass durch die - dann auch diese Beiträge erfassende - erfolgswirksame Auflösung des Sonderpostens in den nachfolgenden Perioden dem Ressourcenverbrauch infolge der Abschreibung der zugehörigen Straßen entsprechende Erträge gegenüber stehen und eben nicht wie im Falle der rein konsumtiven Buchung nur einmalig im Berichtsjahr und dann in voller Höhe.

Für Baumaßnahmen ab dem Jahr 2008 erfolgt für Erschließungs- und Straßenbaubeiträge nach § 8 KAG eine Forderungseinbuchung mit gleichzeitiger Einbuchung auf das Verrechnungskonto 149000 der Anlagenbuchhaltung zur Bildung des konkret zuzuordnenden Sonderpostens.

Darüber hinaus hat die Ausweisung der Beiträge in der Ergebnisrechnung statt in der Finanzrechnung Auswirkungen auf die Höhe der Einzelsummen, die aus dem doppelten in den kameralen Haushalt zurückfließen.

Auf der Ausgabenseite ist in der Finanzrechnung zur Produktgruppe „Öffentliche Verkehrsflächen“ auch unter NKF auffällig, dass die im Haushaltsplan eingestellten Ansätze zu einem großen Teil nicht in Anspruch genommen worden sind.

Ein Grund hierfür ist die erst im Berichtsjahr abschließend festgelegte Regelung, dass entgegen der rein investiven Planung von Tiefbaumaßnahmen diese im IST je nach Zuordnung auf ein Erhaltungskonto (konsumtiv) und / oder Herstellungskonto (investiv) verbucht werden.

Daneben sind nicht ausgeschöpfte Mittel im Berichtsjahr unter anderem auf unbeeinflussbare Umstände zurückzuführen wie

- den zuwendungssystematisch bedingten Umstand, dass zur Realisierung von geförderten Baumaßnahmen zunächst immer eine Darstellung in den Haushaltsplänen erforderlich ist
- noch ausstehende Durchführungsbeschlüsse für Maßnahmen
- ausstehende Zuwendungsbescheide des Landes, die den Beginn und Fortgang von Projekten erst erlauben, wenn die Zuwendungsbescheide vorliegen
- Restriktionen, die sich auch nach der Aufstellung des Doppelhaushalts 2006/2007 aus der vorläufigen Haushaltsführung ergeben haben.

Aufgrund der dargestellten förderungsimmanenten Rahmenbedingungen wird auch unter NKF eine verzögerte Realisierung von Investitionsvorhaben in den nächsten Haushaltsperioden zu erwarten sein.

Produktgruppe 5402 „Verkehrstechnik“ (002.201, R 104)

Die Produktgruppe 5402 umfasst alle Vorgänge im Zusammenhang mit dem Neubau, dem Betrieb und der Erhaltung von Lichtzeichenanlagen, Parkleitsystemen, Parkscheinautomaten und weiteren technischen Einrichtungen zum Zwecke der Verkehrsleitung und -regelung, sowie dem Neubau und der Erhaltung der Straßenbeleuchtung.

Die Produktgruppe wird in die folgenden Produkte untergliedert:

- 5402010 „Verkehrsleitende und -regelnde Anlagen“
Mit dem Produkt wird das Ziel verfolgt, die Funktionalität der verkehrstechnischen Sicherheitssysteme zu 100 % zu gewährleisten, Qualitäts- und Sicherheitsstandards verkehrstechnischer Systeme zu erhalten, herstellergarantierte Betriebszeiten nicht zu überschreiten sowie die Betriebskosten zu senken.
- 5402020 „Öffentliche Beleuchtung“
In diesem Produkt werden die Maßnahmen zusammengefasst, die der Gewährleistung der Funktionalität der Straßenbeleuchtung zu 100 %, einer flächendeckenden Ausstattung mit Straßenbeleuchtung in bebauten Flächen des Stadtgebietes und der Kompensation des Lichtpunktzuwachses durch Reduzierung des Anschlusswertes auf Grund des Einsatzes von Energiespartechnik dienen.

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	1.673.672 €	8.595.502 €	6.921.830 €	413,6
Aufwendungen	-6.629.126 €	-11.189.889 €	-4.560.763 €	68,8
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-4.955.453 €	-2.594.387 €	2.361.066 €	47,6

Die Differenz von Ansatz zum Ergebnis sowohl auf Ertrags- wie auch auf Aufwendungsseite ist größtenteils auf die in der Ergebnisrechnung eingestellten Posten „Auflösung von Sonderposten“ bzw. „Bilanzielle Abschreibungen“ zurückzuführen. Grund hierfür ist die im Berichtsjahr und auch noch im Jahr 2008 erfolgte Anpassung der Höhe der Sonderposten und Anlagenwerte infolge neuer Erkenntnisse und Festlegungen in den maßgeblichen Bewertungsfragen. Die auf der Basis der neu ermittelten Werte dann gebuchte Auflösung der Sonderposten bzw. Abschreibung führt im Ergebnis hauptsächlich zu der ausgewiesenen Abweichung.

Bei der Betrachtung einzelner Kostenarten(gruppen) kommt es des Weiteren im Berichtsjahr zum Teil zu deutlichen PLAN-/IST-Abweichungen, die jedoch auf eine unterjährig vorgenommene weitergehende Differenzierung des Kontenrahmens zurückzuführen sind.

Teilfinanzrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	136.000 €	63.800 €	-72.200 €	53,1
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	-2.284.592 €	-1.321.744 €	962.848 €	42,1
Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.148.592 €	-1.257.944 €	890.648 €	41,5

Neben den bekannten nicht beeinflussbaren Umständen im Rahmen der Umsetzung von geförderten Maßnahmen (siehe hierzu die Ausführung zur Produktgruppe 5401) beeinflusst im Berichtsjahr auch der geplante, aber verschobene Austausch des zentralen Verkehrsrechners die niedrige Realisierungsquote.

Produktgruppe 5403 „Verkehrliche Planung“ (002.201, R 104)

Die Produktgruppe 5403 umfasst alle Vorgänge im Zusammenhang mit der Erstellung verkehrsplanerischer Arbeitsgrundlagen, den Konzepten und Rahmenvorgaben für alle Verkehrsarten sowie der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben der Nahverkehrsplanung,

Die Produktgruppe wird in das folgende Produkt untergliedert:

- 5403010 „Verkehrsplanung“
Mit dem Produkt wird das Ziel verfolgt, verkehrspolitische Leitlinien für alle Verkehrsarten als verbindliche Grundlage für verkehrsplanerisches Handeln zu schaffen, die städtische Straßenwegweisung zu 100 % zu überarbeiten bzw. zu optimieren sowie Anträge und Anfragen zu 100 % zu bearbeiten.

Teilergebnisrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Erträge	155.000 €	155.000 €	0 €	0,0
Aufwendungen	-732.513 €	-740.653 €	-8.140 €	1,1
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-577.513 €	-585.653 €	-8.140 €	1,4

Bei der Prüfung ist aufgefallen, dass im Vergleich des Ansatzes zum Ergebnis innerhalb von Kontengruppen eine deutlich differenziertere Ausweisung der Aufwendungen erfolgt. Dies liegt in erster Linie darin begründet, dass im Laufe des Berichtsjahres der Kontenrahmen erweitert wurde, ohne dass die ursprünglichen Planansätze entsprechend angepasst wurden.

Teilfinanzrechnung

	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung Ergebnis vom Ansatz	in %
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	0 €	0 €	0 €	
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	-150 €	0 €	150 €	100,0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-150 €	0 €	150 €	100,0

5.10 Produktbereich 71 – Stiftungen

Produktgruppe 7101

„Gemeinnützige Stiftungen“ (002.104, R 403)

Der Produktgruppe 7101 „Gemeinnützige Stiftungen“ ist für den NKF-Pilotbetrieb das folgende Produkt zugeordnet:

Produkt	Beschreibung
7101010	Stiftungsmanagement

In der Produktgruppe „Gemeinnützige Stiftungen“ ist die Erfüllung von Stiftungszwecken für gemeinnützige und mildtätige Zwecke sowie die Anlage und Verwaltung des Stiftungsvermögens angesiedelt.

Bei der Erstellung des Nachtragshaushaltsplans waren die Forderungen des Statistischen Landesamtes allerdings noch nicht bekannt. Das Statistische Landesamt führt keine Produktgruppe „Stiftungen“, sondern fordert den Nachweis der Erträge und Aufwendungen analog ihrem Verwendungszweck (z.B. Schulen, Kultur, Soziales).

In dem Jahresabschluss finden sich daher keine Werte. Die anteiligen Personalausgaben werden auf Grund dieser Forderung im Produktbereich 11 „Innere Verwaltung“ ausgewiesen und in einem gesonderten Berichtsteil betrachtet (siehe Kapitel III., Ziffer 1.1 dieses Berichts).

IV. Betätigungsprüfung

Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafter, Aktionär oder Mitglied in Gesellschaften und anderen Vereinigungen des privaten Rechts

Das Beteiligungsmanagement bereitet die die Gesellschaften, Eigenbetriebe und Beteiligungen betreffenden Beschlüsse des „Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung“ regelmäßig vor.

So wird u. a. in Form von Quartalsberichten über die wirtschaftliche Entwicklung der städtischen Beteiligungen berichtet.

Das Beteiligungsmanagement fertigt Stellungnahmen, die den Vorlagen zur erforderlichen Beschlussfassung in den zuständigen Gremien beigefügt werden und der Vorbereitung der Beschlüsse dienen.

Zu den Jahresabschlüssen für das Geschäftsjahr 2007 der folgenden Gesellschaften wurden vom Beteiligungsmanagement Beschlüsse herbeigeführt:

- Wuppertaler Bühnen GmbH
- Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH
- APH Service GmbH
- Wuppertal Marketing GmbH
- Hotel AG
- AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal
- Helios Klinikum Wuppertal GmbH
- WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH
- WSW Energie & Wasser AG
- WSW Mobil GmbH
- VSG Verkehrsservice GmbH
- Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Wuppertal mbH
- Delphin Verwaltungs GmbH
- Delphin Vermögensverwaltung GmbH & Co KG
- Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR
- Historische Stadthalle Wuppertal GmbH

Die Wuppertaler Bühnen GmbH und die Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH haben ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr; dies reicht jeweils vom 01.08. eines Jahres bis zum 31.07. des Folgejahres. Insoweit betreffen die Beschlüsse zum Jahresabschluss beider Gesellschaften jeweils das Geschäftsjahr 2006/2007.

Die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen mit der Prüfung der Jahresabschlüsse beauftragten Wirtschaftsprüfer bzw. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften haben den im Berichtsjahr vorgelegten Jahresabschlüssen für das Geschäftsjahr 2007 bzw. 2006/2007 der genannten Gesellschaften den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gem. § 322 HGB erteilt.

Den Mitgliedern der geschäftsführenden Organe (Vorstände bzw. Geschäftsführer) und der Aufsichtsräte wurde durch die jeweilige Haupt- bzw. Gesellschafterversammlung regelmäßig Entlastung erteilt.

Zusätzlich wurden die Wirtschaftspläne der folgenden Gesellschaften vom „Ausschuss für Finanzen und Besteuerung“ genehmigt:

- Wirtschaftsplan 2008 APH
- Wirtschaftsplan 2007/2008 der Wuppertaler Bühnen GmbH
- Wirtschaftsplan 2007/2008 der Tanztheater Wuppertal Pina Bausch GmbH
- Wirtschaftsplan 2008 der Delphin Vermögensverwaltung GmbH & Co KG
- Wirtschaftsplan 2008 der Helios Klinikum Wuppertal GmbH
- Wirtschaftsplan 2008 der Wuppertal Marketing GmbH
- Wirtschaftsplan 2007/2008 der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH
- Wirtschaftsplan 2008 der Wuppertaler Stadtwerke GmbH
- Wirtschaftsplan 2008 der WSW mobil GmbH
- Wirtschaftsplan 2008 der Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR
- Wirtschaftsplan 2008 der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft Wuppertal mbH

Das RPA nimmt an allen Sitzungen des „Ausschusses für Finanzen und Besteuerung“ teil und bezieht - soweit erforderlich - zu einzelnen Vorlagen Stellung.

In Ausnahmefällen wird auch an Aufsichtsratsitzungen teilgenommen.

Bei der eigenen Prüftätigkeit werden u.a. die Einladungen, Drucksachen und Protokolle der Aufsichtsratsitzungen, die Abschlussunterlagen der Gesellschaften, die Prüfberichte der Abschlussprüfer sowie die Vorlagen des Beteiligungsmanagements ausgewertet.

Der Beteiligungsbericht, der gemäß § 117 GO NRW n. F. jährlich fortzuschreiben ist, wurde letztmalig für das Jahr 2006 am 15.09.2008 vom Rat der Stadt zur Kenntnis genommen. Um den zeitlichen und finanziellen Aufwand zu optimieren, wird im Herbst 2009 ein Doppelbericht 2007/2008 vorgelegt.

V. Mitarbeit in Projekten

1. Neues Kommunales Finanzmanagement (002.105)

Nach dem Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Finanzmanagementgesetz NRW – NKFG NRW) haben die Gemeinden und Gemeindeverbände spätestens ab dem Haushaltsjahr 2009 ihre Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung in ihrer Finanzbuchhaltung zu erfassen und bis zum Stichtag 1. Januar 2009 eine Eröffnungsbilanz aufzustellen.

In Wuppertal werden ab dem 01.01.2007 alle Finanzvorfälle in den 6 Pilotbereichen nach den Regeln des NKF gebucht. Seit dem 01.01.2008 geschieht dies verwaltungsweit.

Das RPA führte die in der Gemeindeordnung vorgeschriebene Programmprüfung der in der Finanzbuchhaltung eingesetzten Programme in Form einer System- und Prozessprüfung im Rahmen eines Projektes mit 5 Mitarbeiter/-innen durch; dabei wurde auch das Kontrollgefüge der automatisiert ausgeführten finanzbuchhalterischen Tätigkeiten, d. h. die Eingabe, Verarbeitung und Ausgabe sowie die Aufbewahrung von Daten einschließlich der Zugriffs- und Bearbeitungsrechte in die Prüfung einbezogen. Im Ergebnis ergaben sich einige Beanstandungen, Anregungen und Hinweise, die zwischenzeitlich nahezu vollständig behoben wurden bzw. denen gefolgt worden ist. Zusammenfassend war festzustellen, dass aus den Erkenntnissen der Prüfung und den Ergebnissen der Plausibilitätsbeurteilung einer Beratungsgesellschaft aus Sicht des RPA keine Sachverhalte bekannt geworden sind, die dem produktiven Einsatz des Verfahrens entgegengestanden hätten.

Somit ist davon auszugehen, dass mit den eingesetzten Programmen das Rechnungswesen in der Stadtverwaltung Wuppertal ordnungsgemäß und zweckmäßig betrieben wird.

Der Rechnungsprüfungsausschuss wurde im Rahmen der halbjährigen Berichterstattung in seiner Sitzung am 11.09.2008 über die einzelnen Prüfungsbemerkungen unterrichtet (s. Drucksache VO/0665/08 NichtÖff.).

Die Neufassung der Gemeindeordnung sieht u.a. vor, dass die Eröffnungsbilanz und die NKF-Jahresabschlüsse durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüft werden. Zur Durchführung dieser Prüfungen bedient sich dieser der örtlichen Rechnungsprüfung.

Die Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Wuppertal ist zwischenzeitlich an die aufgrund des NKF-Gesetzes geänderten gesetzlichen Grundlagen angepasst worden; dies gilt auch für die Geschäftsanweisung.

2. Planung und Einführung eines Service-Centers bei der Stadt Wuppertal (002.100 / 002.202)

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 12.02.2007 grundlegende Entscheidungen zur Einrichtung eines Service-Centers bei der Stadtverwaltung getroffen und den Kosten- und Finanzierungsplan gebilligt. Daraufhin wurden außerplanmäßig 172 T-Euro für das Jahr 2007 zur Verfügung gestellt, darunter 80 T-Euro im Vermögenshaushalt. Verausgabt wurden davon lt. RE 2007 zusammen rund 95 T-Euro. Das Service-Center ist im Gebäude Untere Lichtenplatzer Straße 102 untergebracht. Das Objekt wurde bzw. wird vom Eigenbetrieb GMW umgebaut. Die renovierten Etagen werden an mehrere städtische Dienststellen vermietet. Das Service-Center hat inzwischen die 6. und 7. Etage des Objekts bezogen, deren Umbau und Einrichtung bis Ende des Haushaltsjahres 2007 zum größten Teil abgeschlossen werden konnten. Seinen Betrieb hat das Service-Center am 1. Februar 2008 aufgenommen.

In 2007 wurden Leitungskräfte und Personal für das Service-Center ausgewählt und Schulungsmaßnahmen eingeleitet. In der ersten Ausbaustufe sind durchschnittlich 25 Kräfte eingesetzt, teilweise mit verminderter Stundenzahl.

Mit der Einrichtung eines zentralen Service-Centers sollen u.a. die telefonische Erreichbarkeit der Stadtverwaltung verbessert, der Vollzug standardisierter Verwaltungstätigkeiten optimiert und ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erreicht werden. Gemäß Projektauftrag zielt dieses Projekt nicht auf eine Optimierung der bestehenden Telefonzentrale. Vielmehr ist an eine quantitativ und qualitativ völlige Umorientierung der Stadtverwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gedacht. Basierend auf einer Frontoffice-/Backoffice-Struktur soll das Service-Center die Beantwortung von geeigneten Anfragen und Anträgen und deren weitere Bearbeitung aus allen Themenfeldern der Verwaltung (als Frontoffice) möglichst weitgehend selbst übernehmen. Die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sollen direkt beim ersten Kontakt erfolgreich erledigt werden. Die Fachverwaltungen werden um die vom Frontoffice erledigten Geschäfte entlastet und können sich (als Backoffice) auf die verbleibende qualifizierte Sachbearbeitung konzentrieren.

Die Refinanzierung des Vorhabens soll u.a. durch die Einsparung von Stellen in den Leistungseinheiten der Verwaltung erfolgen, deren Aufgaben teilweise vom Service-Center erledigt werden. Die Verwaltung plant, bis zum Jahr 2011 dadurch zusammen acht Stellen einzusparen und dann somit jährlich eine Entlastung des Haushalts in Höhe von etwa 350 T-Euro zu erzielen.

Schwerpunkt der Prüftätigkeit der örtlichen Rechnungsprüfung war bzw. ist eine kritische Begleitung des für Wuppertal neuen Projekts. Das RPA war in der zur Umsetzung des Projekts gegründeten zentralen Arbeitsgruppe, die sich aus Fachleuten aus verschiedenen Dienststellen nebst Beteiligung der Personalvertretung zusammensetzte, vertreten. Insbesondere wurde auf etliche Risiken aufmerksam gemacht, die sich u.a. für den städtischen Haushalt mittel- und langfristig ergeben könnten.

3. Regionale 2006 (002.210)

Die Mitarbeit des RPA findet durch sachverständige Beratung, Vorklärung und Vorprüfung in ordnungs- und rechtmäßiger, technischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu Entscheidungen der Bau- und Investitionsmaßnahmen statt und dient der Prävention. Somit hilft die begleitende Prüfung bei der Umsetzung wichtiger strukturpolitischer Ziele.

Das RPA hat an allen Sitzungen des Steuerungsgremium Regionale teilgenommen, nimmt nunmehr alle Sitzungstermine der Planungs- und Baubegleitkommission Döppersberg wahr und bezieht -falls erforderlich- zu einzelnen Vorlagen Stellung.

Da durch die mit der Realisierung von Regionale-Projekten betrauten Dienststellen auch die Präsenz des RPA zu Teamsitzungen, für Jour-fixe und Besprechungen gewünscht und eingefordert wurde bzw. wird, ist durch die Wahrnehmung dieser Termine eine erhebliche Prüfkapazität gebunden. Daraus entwickelt sich zusätzlich auch Aufwand für Informationsaufbereitung, Dokumentation oder entsprechende Veranlassungen zur Vermeidung von Fehlern.

Im Ergebnis führte die Mitwirkung des RPA in der begleitenden Prüfung und Beratung zu zeitnahen Lösungen aktueller Probleme und verhinderte zielgerecht Konflikte in der Projektabwicklung.

Im Berichtsjahr 2007 wurde eine begleitende Prüfung für die Projekte Neugestaltung Döppersberg und Kulturachse Barmen bei sämtlichen Beauftragungen, Kaufverhandlungen, Abrechnungen, Untersuchungen, Planungen und Vergaberecht durchgeführt.

4. Einführung eines Elektronischen Beschaffungsmanagements (002.204)

Ausgangslage

Seit dem Jahr 2001 befasst sich die Stadt Wuppertal mit der Einführung eines Elektronischen Beschaffungsmanagements (E-Procurement).

Das Elektronische Beschaffungsmanagement umfasst zum einen die Ausschreibung und Vergabe der zu beschaffenden Waren und Dienstleistungen über eine internetbasierte elektronische Vergabepattform (E-Vergabe) und zum anderen die Beschaffung der benötigten Artikel über eine ebenfalls internetbasierte elektronische Beschaffungsplattform.

Ziel des Projektes ist die Vereinfachung und Beschleunigung von Vergabe- und Beschaffungsprozessen, um so einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Wuppertal zu leisten.

Das RPA wirkt seit Januar 2002 an den Maßnahmen zur Einführung des Elektronischen Beschaffungsmanagements begleitend beratend mit.

Entwicklungen im Berichtsjahr

a) Einführung einer elektronischen Vergabepattform

Das im Januar 2004 gestartete Teilprojekt „Einführung einer elektronischen Vergabepattform“ konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

Die durch das RPA durchgeführten Vergabevorprüfungen haben ergeben, dass die Teilprojektziele (z.B. verwaltungseinheitlich standardisierte Ausschreibungs- und Vergabeprozesse, geringerer Verwaltungsaufwand, Verringerung der Anzahl formal ungültiger Angebote, ...) mit dem elektronischen Ausschreibungs- und Vergabesystem realisiert werden konnten. Seit dem 01.01.2007 werden mit Ausnahme einzelner Ausschreibungen (z.B. der Schulbuchausschreibung) alle Ausschreibungen im VOL- und VOB-Bereich ab einer geschätzten Auftragssumme von 10.000 € netto über die E-Vergabe abgewickelt.

Da der Vertrag mit der Firma V. über die Bereitstellung und den Betrieb der Vergabepattform bis zum 30.06.2008 befristet war, wurde bereits zu Beginn des Jahres 2007 mit einer Markterkundung begonnen, um zu prüfen, welche der auf dem Markt befindlichen Produkte für die Stadt Wuppertal nach Vertragsablauf geeignet sein könnten. Ab Mai 2007 wurden die ermittelten Systeme unter Einbeziehung mehrerer Leistungseinheiten, dem Zentraleinkauf, der Zentralen Vergabestelle und dem RPA getestet und bewertet. Nach Vorliegen aller Testergebnisse wurde das erforderliche Vergabeverfahren eingeleitet und noch im Jahr 2007 abgeschlossen. Den Zuschlag erhielt der Rechtsnachfolger der Firma V., die Firma R..

b) Einführung einer elektronischen Beschaffungsplattform

Durch die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) zum 01.01.2007 in einigen Pilotbereichen wurde für einen Übergangszeitraum die Nutzung unterschiedlicher Beschaffungsplattformen notwendig.

Während die doppisch buchenden Leistungseinheiten seit Jahresbeginn 2007 die SAP-taugliche Beschaffungsplattform „IDScat“ nutzten, war für die weiterhin kameral buchenden Leistungseinheiten die weitere Nutzung der Beschaffungssoftware „Commerce One“ vorgesehen. Da der Vertragspartner der Stadt Wuppertal, die Firma T., seine bisherige Beschaffungssoftware „Commerce one“ zum 01.01.2007 auf die Beschaffungssoftware „nTerra“ umstellte, mussten sich alle Leistungseinheiten auf ein neues System einstellen.

Dem RPA wurden jedoch keine Sachverhalte bekannt, die dem produktiven Einsatz der jeweiligen Systeme entgegen gestanden hätten.

Seit dem 01.01.2008 ist die umfassende Nutzung der Beschaffungssoftware „IDScat“ für alle Leistungseinheiten verbindlich. Aufgrund spezieller Gegebenheiten mussten in einigen Leistungseinheiten (überwiegend im Geschäftsbereich 2) gesonderte Nutzungsregelungen vereinbart werden.

Eine eingehende Prüfung des Einsatzes der Beschaffungssoftware „IDScat“ in der Gesamtverwaltung ist vorgesehen.

VI. Schlussbemerkung und Entlastungsvorschlag

Für Gemeinden, die in der Übergangszeit Pilotbereiche auf NKF umgestellt haben, finden für die nicht umgestellten Bereiche weiterhin die Vorschriften der GO NRW a. F. Anwendung. Da der kamerale Haushalt führend ist, basiert auch die Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes auf der GO NRW a. F..

Das Rechnungsprüfungsamt hat gemäß § 103 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW a. F. seine ihm gesetzlich übertragene Aufgabe, die Prüfung der Rechnung (§ 101 GO NRW a. F.), mit dem vorliegenden Bericht erfüllt.

Auf die einzelnen Prüfungskriterien des § 101 GO NRW a. F. bezogen ist festzuhalten, dass

- der Haushaltsplan eingehalten wurde,
- die Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch begründet und belegt sind,
- bei den Einnahmen und Ausgaben grundsätzlich nach den geltenden Vorschriften verfahren wurde und
- das Vermögen und die Schulden im maßgebenden kameralen Abschluss in der vorgeschriebenen Form nachgewiesen wurden (zum NKF-Teilabschluss siehe Kapitel III., Ziffer 4 dieses Berichts).

Die Prüfung der Jahresrechnung hat keine Tatsachen ergeben, die einer Entlastung des Oberbürgermeisters entgegenstehen.

Das Rechnungsprüfungsamt schlägt dem Rechnungsprüfungsausschuss vor,

- den Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2007 als Schlussbericht gemäß § 101 Abs. 3 GO NRW a. F. zu übernehmen,
- dem Rat der Stadt zu empfehlen, die geprüfte Jahresrechnung zu beschließen und dem Oberbürgermeister die Entlastung zu erteilen.

Wuppertal, den 12. November 2008

Peter Kobelt
Leiter des Rechnungsprüfungsamtes

VII. Abkürzungsverzeichnis

a. F.	alte Fassung
ADV	Automatisierte Datenverarbeitung
AG	Aktiengesellschaft
ALKIS	Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem
AO	Anordnung
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
APH	Alten- und Altenpflegeheim(e)
apl.	außerplanmäßig(e)
ARGE	Arbeitsgemeinschaft (hier: Arbeitsgemeinschaft der Stadt Wuppertal und der Agentur für Arbeit Wuppertal)
AsSH	Arbeit statt Sozialhilfe
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
ATZ	Altersteilzeit
AWG	Abfallwirtschaftsgesellschaft
BA	Bundesagentur für Arbeit
BauGB	Baugesetzbuch
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BV	Bezirksvertretung(en)
BVG	Bundesversorgungsgesetz
CCC	Customer Competence Center
CD	Compact Disc
ct	Cent
DAV	Deutscher Alpenverein
DFB	Deutscher Fußball-Bund
DM	Deutsche Mark
DSM	Deutsche Städte-Medien GmbH
DV	Datenverarbeitung
DVD	Digital Versatile Disc
e.V.	eingetragener Verein
EFoG	Gesetz zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen
EONIA	Euro Overnight Index Average
EP	Einzelplan
ESW	Eigenbetrieb Straßenreinigung Wuppertal
EU	Europäische Union
FlüAG	Flüchtlingsaufnahmegesetz
GB	Geschäftsbereich(e)
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GESA	Gemeinnützige Gesellschaft für Entsorgung, Sanierung und Ausbildung
GF	Geschäftsführung

GFG	Gemeindefinanzierungsgesetz
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMW	Gebäudemanagement Wuppertal
GO	Gemeindeordnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GWG	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft
HGB	Handelsgesetzbuch
HSK	Haushaltssicherungskonzept
IUAG	Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes
KA	Konzessionsabgabe(n)
KAG	Kommunalabgabengesetz
KANDIS	Kanaldateninformationssystem
KB	Kulturbüro
KdU	Kosten der Unterkunft
KER	Kasseneinnahmerest(e)
KFA	Kommunaler Finanzierungsanteil
Kfz	Kraftfahrzeug(e)
KG	Kommanditgesellschaft
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KIJU	Kinder und Jugendwohngruppen der Stadt Wuppertal
KOF	Kriegsopferfürsorge
KoFo	Kommunale Fortbildung
kWh	Kilowattstunde(n)
LAufG	Landesaufnahmegesetz
LE	Leistungseinheit(en)
LMÜ	Lebensmittelüberwachung
LOS	Lokales Kapital für soziale Zwecke (Förderprogramm Soziale Stadt)
LV	Landschaftsverband
LVR	Landschaftsverband Rheinland
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
n. F.	neue Fassung
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
NKFEG	Gesetz zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden
NKFG	Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden
NRW	Nordrhein-Westfalen
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr

R	Ressort
RAA	Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien
RE	Rechnungsergebnis
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RPO	Rechnungsprüfungsordnung
SAP	Systeme, Anwendungen, Produkte in der Datenverarbeitung (Finanzsoftware der Firma SAP AG)
SB	Stadtbetrieb(e)
SGB	Sozialgesetzbuch
SSLZ	Schwimmsportleistungszentrum
StrWG	Straßen- und Wegegesetz
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung
SV	Sozialversicherung
T-Euro	Tausend Euro
Tul	Technikunterstützte Informationsverarbeitung
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
UA	Unterabschnitt(e)
üpl.	überplanmäßig(e)
UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
v. H.	vom Hundert
VHS	Volkshochschule
Vj.	Vorjahr(e)
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOL	Verdingungsordnung für Leistungen
VSG	Verkehrs-Service GmbH
WMG	Wuppertal Marketing GmbH
WSV	Wuppertaler Sportverein
WSW	Wuppertaler Stadtwerke
ZVK	Zusatzversorgungskasse